



KVJS

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

KVJS

**Neue Bausteine in der Eingliederungshilfe
und der Wohnungslosenhilfe
2013 bis 2015 – I**

**Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
im sozialen Raum – Soziale Medien und
Fallmanagement**



IfaS

Institut für angewandte Sozialwissenschaften



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
----------------	----------

Ansätze mit Hilfe moderner Kommunikationsplattformen

Bericht der Stadt Heidelberg	7
-------------------------------------	----------

„Neue Bausteine“ in der Eingliederungshilfe und Wohnungslosenhilfe Projekt der Stadt Heidelberg	7
--	----------

1. Einleitung	7
2. Ausgangsposition	7
3. Projekt	9
4. Fazit	10
5. Perspektiven	11

Bericht der Landeshauptstadt Stuttgart	17
---	-----------

Machen wir was! Erfahrungsbericht der Landeshauptstadt Stuttgart	17
---	-----------

1. Ausgangslage	17
2. Projektverlauf	18
3. Fazit und Ausblick:	19

Bericht des Ifas zu den Projekten Heidelberg und Stuttgart	21
---	-----------

1. Ausgangssituation	21
1.1 Forschungsergebnisse zum Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich	21
1.2 Die aktuelle Freizeitsituation von Menschen mit Behinderung	25
1.3 Die Bedeutung von Assistenz für die Umsetzung von Teilhabe in der Freizeit	26

1.4	Die Nutzung des Internets durch Menschen mit Behinderung	28
2.	Die beiden Modellprojekte zur Inklusion von Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich in Stuttgart und Heidelberg – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung	28
2.1	Das Projekt „Machen wir was!“ (Landeshauptstadt Stuttgart)	29
2.1.1	Forschungsdesign und zentrale Fragestellungen der wissenschaftlichen Begleitung	29
2.1.2	Ergebnisse der Begleitforschung	31
2.1.3	Schlussfolgerungen aus Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung	47
2.2	Darstellung des Projekts „Inklusions-Atlas Freizeit für alle“ in Heidelberg	51
2.2.1	Ziele der wissenschaftlichen Begleitung, Fragestellungen und Forschungsdesign	51
2.2.2	Ergebnisse der Begleitforschung	56
2.2.3	Schlussfolgerungen aus Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung	70
	Tabellenverzeichnis	73
	Abbildungsverzeichnis	74
	Literaturverzeichnis	75

Ansätze im Fallmanagement

3

Bericht des Ifas zum Projekt im Landkreis Ravensburg		78
1.	Personenzentrierte Planung und Sozialraumorientierung als zentrale theoretische Perspektiven im Konzept des präventiven Fallmanagements	78
2.	Das Projekt „Präventives Fallmanagement für Menschen mit geistiger Behinderung“ im Landkreis Ravensburg	84
3.	Ziele der wissenschaftlichen Begleitung, zentrale Fragestellungen und Forschungsdesign	84
4.	Ergebnisse	86
4.1	Baustein 1: Diskursives Projektmonitoring (Modul 1)	86
4.2	Baustein 2: Bestandsaufnahme von Interessen, Wünschen und Erwartungen von jungen Menschen mit geistiger Behinderung (Modul 2)	86
4.2.1	Personenbezogene Angaben zur Stichprobe	87
4.2.3	Vorstellungen zur zukünftigen Lebenssituation	93
4.3	Baustein 3: Bestandsaufnahme von Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung in der Stadt Ravensburg	102
4.3.1	Quantitative Befragung mittels eines standardisierten Fragebogens (Modul 3)	102
4.3.2	Vertiefende Interviews von Sozialraumakteuren in Ravensburg (Modul 4)	109



4.4	Baustein 4: Analyse und Evaluation der im Rahmen des Projekts durchgeführten Angebote für junge Menschen mit geistiger Behinderung	111
4.4.1	Beobachtung einer persönlichen Zukunftsplanung (Modul 5)	111
4.4.2	Elternbefragung (Modul 5)	113
4.4.3	Modul 6: Fallanalysen	119

	Tabellenverzeichnis	134
	Abbildungsverzeichnis	135
	Literaturverzeichnis	136

Bericht des Landkreises Ravensburg 138

„Empowerment für Menschen mit geistiger Behinderung“ Projekt für das Fallmanagement der Eingliederungshilfe mit präventivem Ansatz

1.	Landkreisfakten	138
2.	Projektstart und Rahmenbedingungen	138
3.	Projektdurchführung	140
3.1	Projektausstattung	140
3.3	Projektverlauf	141
3.3	Projektmodule	141
3.3.1	Trainingswohnen	141
3.3.2	Freizeit	142
3.3.3	Persönliche Zukunftsplanung	143
3.3.4	Sozialraumanalyse	144
3.3.5	Intensivfallstudie	144
4.	Fazit	144
5.	Perspektiven	145



Der vorliegende Abschlussbericht stellt eine gemeinsame Veröffentlichung der Forschungspartner dar:

IfaS

**Institut für angewandte Sozialwissenschaften
Zentrum für kooperative Forschung
an der DHBW Stuttgart, Fakultät Sozialwesen
Steinbeis Innovation gGmbH**

Rotebühlstraße 131
70197 Stuttgart
Telefon 0711 1849-726
info@ifas-stuttgart.de



Institut für angewandte Sozialwissenschaften

Projektleitung: Prof. Dr. Paul-Stefan Roß,

Prof. Dr. Thomas Meyer

Wissenschaftliche Mitarbeit:

Martina Bell

Christina Kieslinger

Die Berichte entstanden in Kooperation mit den Kreisen Heidelberg, Ravensburg und Stuttgart, in denen die Projekte angesiedelt waren.

5

Wir danken allen Beteiligten für ihre engagierte Unterstützung der Baustein-Projekte!

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Projektleitung Christine Blankenfeld

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

als 2008 die „Neuen Bausteine“ ihren Anfang nahmen, stand lediglich die Hoffnung, dass dieses Programm positiv aufgenommen und langfristig weitergeführt werden würde. Acht Jahre später liegt der Ergebnisbericht der mittlerweile dritten Programmreihe vor.

Anliegen war es von Beginn an, die örtlich zuständigen Träger der Sozial- und Eingliederungshilfe zu unterstützen, ihre Angebote weiterzuentwickeln. Neue Schwerpunkte waren zu setzen in Hinblick auf Qualität, Zielgruppen oder um den aktuellen fachlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Die Projektthemen spiegeln daher auch immer aktuelle sozialpolitische Themen wider: Älter werdende Menschen mit Behinderungen, die Bemühungen um inklusive Arbeit für Menschen mit Behinderungen oder Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten in der Wohnungslosenhilfe. Erstmals in 2013 wurden hierfür durch die Gremien des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt. Neben den Angeboten der Eingliederungshilfe können nun auch solche der Wohnungslosenhilfe erprobt werden. Insgesamt 550 000 Euro standen dafür zur Verfügung.

6

Sieben Stadt- und Landkreise prüften von 2013 bis 2015 innovative Unterstützungsformen. Stuttgart, Tübingen und Biberach, konzentrierten sich auf Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Die Kreise Heidelberg, Ravensburg und Stuttgart bemühten sich, Menschen mit Behinderungen einen verbesserten Zugang zu kulturellen und Freizeitangeboten zu verschaffen oder sie bei der individuellen Zukunftsplanung zu unterstützen. Der Landkreis Reutlingen schließlich schuf mit der Inklusionskonferenz ein vielbeachtetes Referenzprojekt.

Wieder sind die Ergebnisberichte in drei themenbezogene Broschüren gegliedert:

- **Teilhabe stärken – Ansätze im Fallmanagement und unter Nutzung moderner Kommunikationsplattformen (Broschüre I)**
- **Teilhabe stärken – Wohnungslosigkeit und multiple soziale Problemlagen (Broschüre II)**
- **Teilhabe stärken im politischen und strukturellen Prozess auf Kreisebene – Inklusionskonferenz (Broschüre III)**

Die vor Ihnen liegende Publikation stellt Ihnen die **Erkenntnisse aus den Projekten der Eingliederungshilfe** vor. Drei Kreise stellten sich der Aufgabe, mit moderner Technologie ebenso wie mit konventioneller persönlicher Beratung, Inklusion zu realisieren: In Stuttgart wurden lebendige und unkomplizierte Freizeitkontakte und inklusive Begegnungen auf Augenhöhe mithilfe moderner sozialer Netzwerke angeregt. In Heidelberg vernetzt und eröffnet ein Inklusionsatlas Freizeitaktivitäten für Menschen mit Behinderung und im Landkreis Ravensburg setzt ein präventives Fallmanagement an, um frühzeitig Lebenswege in der Regelstruktur aufzuzeigen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Landrat Karl Röckinger
Verbandsvorsitzender

Senator e. h. Prof. Roland Klinger
Verbandsdirektor

Erfahrungsbericht der Stadt Heidelberg

Erstellung eines „Inklusionsatlases“ zur Erschließung von Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangeboten für Menschen mit Behinderungen jeden Alters und Aufbau einer Vermittlungsbörse in Heidelberg

1. Einleitung

Das Wort Inklusion ist derzeit in aller Munde. Spätestens mit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2009 in Deutschland wurde ein Prozess angestoßen, der nicht nur das Leben von Menschen mit Behinderungen maßgeblich beeinflussen wird, sondern das aller Menschen in Deutschland.

Die Konvention verfolgt ein grundsätzlich neues Leitbild: die Inklusion. Nicht mehr der behinderte Mensch muss sich anpassen, damit er in der Gesellschaft dabei sein kann, stattdessen muss sich die Gesellschaft mit ihren Strukturen anpassen. Eine inklusive Gesellschaft bezieht behinderte Menschen mit ihren Bedürfnissen von Anfang an ein und grenzt gar nicht erst aus.

Ziel der Inklusion ist es, dass Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam und selbstbestimmt leben und zusammenleben. Es geht also um eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, um Chancengleichheit in der Bildung und beruflichen Integration und um die Aufgabe, allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit für einen selbstbestimmten Platz in einer barrierefreien Gesellschaft zu geben. Dabei ist die Orientierung im Sozialraum der Schlüssel für die Entstehung eines inklusiven Zusammenlebens.

7

Dennoch verbringen Menschen mit Behinderungen, egal welchen Alters, ihre Freizeit zurzeit noch häufig in Sondersystemen. Die Suche nach geeigneten inklusiven Freizeitangeboten für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige ist meist sehr mühsam und zeitintensiv. Ist ein Angebot gefunden, warten schon die nächsten Hürden: Wo und wann findet das Angebot statt? Ist es mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar? Welche Voraussetzungen sind notwendig? Gibt es einen direkten Ansprechpartner oder Übungsleiter, der bereits Erfahrungen mit Menschen mit Behinderungen hat? In einem gemeinsamen Projekt möchte die Stadt Heidelberg in Kooperation mit dem Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung (Vbi) e.V. deshalb den Zugang zu inklusiven Freizeitaktivitäten erleichtern.

2. Ausgangsposition

Heidelberg will eine Stadt des sozialen Ausgleichs sein, die Ausgrenzung verhindert und sozialräumliche Spaltungstendenzen überwindet, und hat sich deshalb schon seit längerem auf den Weg zu einer inklusiven Kommune gemacht. Schwerpunkte der bundesweiten und auch der Diskussion in Heidelberg sind die Themen Kindertagesstätten und Schulen, Barrierefreiheit, Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Selbstvertretung.

Einem Teil dieser Themenfelder hat sich die Stadt bereits gewidmet, indem die Sozial- und Teilhabeplanung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung zusammen mit dem Rhein-Neckar-Kreis fortgeschrieben und 2015 eine Teilhabeplanung für Menschen mit seelischer Behinderung gestartet wurde. Beides soll dafür sorgen, dass die Angebote für Menschen mit Behin-



derungen qualitativ und quantitativ so weiter entwickelt werden können, dass sie zukünftigen Anforderungen gerecht werden. Außerdem hat die Stadt Heidelberg zum 01.01.2016 eine hauptamtliche kommunale Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen eingestellt.

Ein Fokus lag in den vergangenen Jahren auf dem Bereich Schule und Bildung, da Heidelberg mit dem Staatlichen Schulamt Mannheim zu einer der fünf Schwerpunktregionen gehörte, in denen systematisch Erkenntnisse gesammelt und dokumentiert wurden, um die Schulgesetzänderung vorzubereiten

Auch das Thema Arbeit gewinnt an Bedeutung. Nach der UN-Behindertenrechtskonvention haben alle Menschen mit Behinderung ein Recht auf die Möglichkeit, sich – als Alternative zu einer Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung – ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Zu den Aufgaben der Schule und der Werkstatt gehört daher auch, Personen mit einer Behinderung je nach Eignung und Leistungsfähigkeit für Tätigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten, zu trainieren und in Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Dabei erfolgt in Heidelberg eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales und Senioren. Auch die Stadt selbst beschäftigt schon zahlreiche Menschen mit Behinderungen und kann hier auf ein hohes Erfahrungspotential zurückgreifen. 2014 hat der Gemeinderat eine Konzeption beschlossen, wie hier die Beschäftigung von Menschen mit einer geistigen Behinderung noch besser gefördert werden kann.

- 8 Viele Menschen mit Behinderung haben – wie der überwiegende Anteil der Bevölkerung – den Wunsch, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Die Förderung individueller Wohnmöglichkeiten am bisherigen Lebensmittelpunkt durch neue inklusive Wohnprojekte und den Ausbau ambulant betreuter Wohnmöglichkeiten hat daher in Heidelberg Priorität. Daneben ist die Entwicklung und Unterstützung von barrierefreiem und inklusivem Wohnraum voranzutreiben. Dafür hat die Stadt Heidelberg schon vor Jahren die kostenlose Wohnberatung beim Amt für Baurecht und Denkmalschutz eingerichtet, die die rund 20.000 Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in Heidelberg über Wohnmöglichkeiten, Hilfsmittel, bauliche Veränderungen und über das städtische Förderprogramm „Barrierefreie Lebenslaufwohnungen“ informiert. Mit diesem Programm fördert die Stadt Heidelberg, ergänzend zu den Leistungen der Pflegekasse, den Neubau, Erwerb oder Umbau von Wohnungen durch Privatpersonen oder Investoren mit bis zu 50.000 €, wenn diese barrierefrei im Sinne des Förderprogramms hergestellt werden.

Auch die Stadt selbst hat sich dem Ziel des barrierefreien Bauens genähert, indem der Gemeinderat 2014 seinen Grundsatzbeschluss zum barrierefreien Bauen in Heidelberg aus dem Jahr 1995 erneuert hat.

Diese Bemühungen nützen im Übrigen nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern erleichtern auch anderen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere älteren Menschen, ihre alltägliche Lebensführung.

Mit dem **Projekt Inklusions-Atlas** hat sich die Stadt Heidelberg nun auch intensiv der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft in der Freizeit gewidmet. Auch Menschen mit einer Behinderung sollen ihre Freizeit nach ihren Neigungen gestalten und sich mit ihren Hobbies beschäftigen können.

Ziel dieses Projektes war es deshalb, inklusive Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangebote für Menschen mit Behinderungen, insbesondere im unmittelbaren Sozialraum, zu finden, weiterzuentwickeln und in diese Angebote zu vermitteln. Menschen mit Behinderung sollen gleichberechtigt am Vereinsleben, am kirchlichen oder am politischen Leben im Quartier und im gesamten Stadt- raum teilnehmen können. Zwar öffnen immer mehr (Sport-) Vereine, Kirchengemeinden etc. ihre Angebote für Menschen mit Einschränkungen, allerdings sind die Angebote oft noch wenig be- kannt oder es bestehen Kontaktschwierigkeiten, auf beiden Seiten.

Das Projekt richtet sich an Menschen mit Behinderung jeden Alters. Nicht nur Kinder und Jugend- liche, sondern auch Erwachsene oder Senioren haben individuelle Interessen und Bedürfnisse, für deren Umsetzung sie teilweise Unterstützung benötigen. Im Rahmen des Projektes sollten Brücken für die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am ge- sellschaftlichen Leben gebaut werden. Das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung spielt dabei eine zentrale Rolle.

Als Kooperationspartner konnte der Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung (Vbl) e.V. gewonnen werden, ein gemeinnütziger Beschäftigungsträger und sozialer Dienstleister, der bereits über Erfahrungen in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung verfügt, das Projektbüro des Beirats von Menschen mit Behinderungen (bmb) betreibt und gemeinsam mit dem bmb den Online-Stadt- führer www.heidelberg.huerdenlos.de ins Leben gerufen hat.

3. Projekt

Das Projekt startete mit einer Sozialraumanalyse zur Erhebung von inklusiven Kultur-, Sport-, Frei- zeit- und Tourismusangeboten in Heidelberg. Dafür wurden rund 600 Fragebögen an Anbieter von Freizeit-, Sport-, Kultur- und Tourismusangeboten im Stadtgebiet Heidelberg verschickt, um zu er- mitteln, welche inklusiven Angebote es in Heidelberg bereits gibt. Die Fragebögen wurden vom In- stitut für angewandte Sozialwissenschaften – IfaS – / Zentrum für kooperative Forschung an der Du- alen Hochschule Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Vbl entwickelt.

Bereits im ersten Projektschritt war erkennbar, dass es im Bereich inklusiver Freizeitangebote einen enormen Informations- und Beratungsbedarf bei den (potenziellen) Anbietern gibt. In den meisten Fällen genügte es nicht, lediglich die Fragebögen an die recherchierten Adressen zu verschicken, sondern es waren zahlreiche Telefonate und Besuche, z.B. auch bei Dachverbänden wie dem Hei- delberger Sportkreis oder dem Stadtjugendring erforderlich, um letztlich einen Rücklauf von unge- fähr einem Drittel der Fragebögen zu erreichen.

Dieser Beratungsbedarf bezog sich zum einen darauf, bewusst zu machen, dass es nicht nur um Menschen mit einer Körperbehinderung geht, bei denen vielleicht die bauliche Barrierefreiheit ei- ner Teilnahme am Angebot entgegen steht, sondern dass es auch vielfältige andere Behinderungs- arten gibt.

Zum anderen ging es bei diesen Beratungs- und Informationsgesprächen darum, Barrieren in den Köpfen und Berührungspunkte abzubauen.

Der Rücklauf der Fragebögen wurde anschließend vom IfaS ausgewertet.

Parallel dazu wurde ein Flyer entwickelt, um weitere Anbieter inklusiver Freizeitangebote zu werben beziehungsweise über das Projekt zu informieren (siehe Anlage 1).



Mitte November 2014 startete die zweite Fragebogenrunde, in der Details zu den gemeldeten Angeboten und Aktivitäten erfragt und erfasst wurden. Auch hier war wieder intensive Beratung und Begleitung erforderlich. Im Rahmen der weiter laufenden Suche und Recherche wurden auch viele Institutionen und Vereine zum einen über die Möglichkeiten informiert, ihr Angebot auch inklusiv zu gestalten, zum anderen für inklusive Angebote geworben und diese angeregt. Beim sehr detaillierten Nachfragen und in vielen Gesprächen zeigte sich ein weiterhin großer Schulungs- und Informationsbedarf, den das Projekt aus Zeit und Kapazitätsgründen nur punktuell befriedigen konnte. Hier gibt es einen weiteren laufenden Handlungsbedarf.

Gleichzeitig begann auch der technische Aufbau der Online-Datenbank, in der die Angebote am Ende dargestellt werden sollten. Die Idee war, dass die Daten der online ausgefüllten Fragebögen der zweiten Runde direkt in der Datenbank landen, und nach einer Endkontrolle durch den Vbl freigeschaltet werden können, um einen doppelten Erfassungsaufwand zu vermeiden. Der Aufbau der Datenbank erwies sich letztlich aber als sehr viel aufwändiger als zunächst vermutet, unter anderem musste das bestehende Programm individuell an die Anforderungen des Inklusionsatlases angepasst werden.

Parallel begann das IfaS mit Interviews ausgewählter Schlüsselpersonen. Befragt wurden 16 Personen aus unterschiedlichen Bereichen und mit unterschiedlichen Funktionen (Selbsthilfegruppen, ambulante Betreuung/Betreuung im Freizeitbereich, Wohn- beziehungsweise Werkstätten der Behindertenhilfe, Schule für Kinder mit einer geistigen Behinderung, Übungsleiter in einer Reha-Einrichtung) mit dem Ziel, aus erster Hand mehr über die derzeitige Freizeitsituation und das Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung zu erfahren.

Ein zweiter Flyer wurde erarbeitet, der den Onlinegang des Inklusionsatlases öffentlichkeitswirksam begleiten sollte (s. Anlage 2).

Letztlich konnte der Inklusions-Atlas im Rahmen einer Pressekonferenz des Bürgermeisters für Familie, Soziales und Kultur, Dr. Gerner, am 21. Oktober 2015 der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Menschen mit Behinderung, die beispielsweise eine neue Sportart ausprobieren, im Chor singen oder einfach nur Kontakte zu Menschen mit und ohne Behinderung knüpfen wollen, finden hier jetzt unkompliziert Angebote. Er ist unter www.heidelberg.de/inklusionsatlas aufrufbar und enthält zum Stand 31.12.2015 insgesamt 68 Einträge.

Am 26.01.2016 wurde das Projekt dem Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit der Stadt Heidelberg vorgestellt.

4. Fazit

Der Bedarf an inklusiven Freizeitangeboten für Menschen mit Behinderung und eine entsprechende Darstellung und Unterstützung hat sich aus Sicht der Kommune in jedem Fall bestätigt.

So haben die Interviews des IfaS ergeben, dass es bei der Ausgestaltung von inklusiven Freizeitangeboten einen Bedarf gibt an Sensibilisierung/Aufklärungsarbeit und Qualifizierung, an Unterstützungsmaßnahmen im Angebot (Barrierenabbau) sowie an veränderten Rahmenbedingungen der

Angebote und einer entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

Allerdings hat sich die Suche nach entsprechenden Anbietern beziehungsweise der Kontaktaufbau, der Abbau von Berührungsängsten und so weiter als wesentlich schwieriger und zeitintensiver erwiesen als zunächst erwartet. In den meisten Fällen waren persönliche Gespräche erforderlich, schriftliche Anfragen und so weiter genügten in den wenigsten Fällen.

Insgesamt konnten deshalb nicht alle vorab gesteckten Ziele des Projektes realisiert werden. Insbesondere der Aufbau einer Vermittlungsbörse, in der Ehrenamtliche Menschen mit Behinderung und deren Angehörige beraten, in inklusive sozialräumliche Angebote vermitteln und dort zumindest am Anfang beratend und begleitend zur Seite stehen, konnte im Rahmen des Projektzeitraumes nicht mehr umgesetzt werden. Auch um nach Veröffentlichung des Inklusionsatlases Erfahrungen zu sammeln, wie stark das Angebot nachgefragt wird und ob die Vermittlung in Angebote gelingt, lässt sich im Rahmen des Projektes aufgrund der Kürze des Förderzeitraumes nicht mehr evaluieren. Außerdem kamen Netzbildung und der Knowhow-Austausch zu kurz – im Rahmen des Inklusionsatlases ist zwar aufgefallen, dass es bereits verschiedenste Akteure und Projekte in Heidelberg gibt; diese zusammen zu bringen und intensiv zu vernetzen hätte aber die Grenzen des Projektes gesprengt.

Abschließend lässt sich sagen, dass eine Projektdauer von zumindest drei Jahren sinnvoll gewesen wäre.

11

5. Perspektiven

Da die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg ein wichtiges Anliegen der Landesregierung ist und um den Inklusionsgedanken weiter ins Land zu tragen und die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger auf dieses wichtige Thema zu lenken, hatte sich das Sozialministerium im vergangenen Jahr entschieden, Projekte zu fördern, die besonderen Modellcharakter für die zukünftige inklusive Gestaltung Baden-Württembergs haben und dafür im Jahr 2015 insgesamt einen Betrag von bis zu 700.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Der Paritätische Baden-Württemberg/Regionalgeschäftsstelle Heidelberg hat sich mit dem Projekt „anders? – engagiert!“ um eine Förderung beworben und für den Projektzeitraum 01.10.2015 - 31.12.2016 die Zusage für eine Förderung erhalten. Das Projekt wird gemeinschaftlich von der FreiwilligenAgentur Heidelberg des Paritätischen als Teil der lokalen Anlaufstelle für bürgerschaftliches Engagement, dem Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung (Vbi) als Träger u.a. des Stadtführers für Menschen mit Behinderungen und Kooperationspartner der Stadt beim **Inklusions-Atlas**, dem Amt für Soziales und Senioren und dem Beirat von Menschen mit Behinderungen (bmb) als kommunalpolitischer Interessenvertretung umgesetzt.

Die Grundidee für das Projekt „anders? – engagiert!“ lässt sich bereits aus dem programmatischen Titel sowie der Ergänzung „Freiwilliges Engagement von/mit/für Menschen mit Behinderungen“ ableiten. Ein wesentliches Ziel des Antrags ist es, Menschen mit Behinderung mit der Idee des freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements vertraut zu machen, sie zu ermutigen und darin zu unterstützen, sich selbst zu engagieren. Engagement schafft zum einen Begegnung, indem Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen für ein gemeinsames Ziel aktiv sind, Vorurteile abbauen und



voneinander lernen können. Zum anderen ermöglicht Engagement Lern-, Entwicklungs- und Wertschätzungserfahrungen: Menschen mit Behinderung erfahren Selbstwirksamkeit und werden befähigt und darin bestärkt, für sich selbst und für das Gemeinwesen einzutreten.

Das Projekt ist daher ein Beitrag, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Zusammenleben in der örtlichen Gemeinschaft zu ermöglichen. Sie sollen selbst entscheiden, wie sie leben möchten, woran sie sich beteiligen und wofür engagieren möchten.

Dafür bedarf es vielfältiger Angebote, entsprechender Strukturen und Rahmenbedingungen. Daher wird das Projekt auch daran arbeiten, Vereine und Nachbarschaften für das Thema Inklusion zu gewinnen, damit sie ihre Angebote und Vorhaben auch für Menschen mit Behinderungen öffnen und ohne (nicht nur bauliche) Barrieren weiterentwickeln. Ein Ansatz dafür sind Fortbildungsangebote, um zum Beispiel jeweilige Unterstützungsbedarfe von Behinderungen zu kennen, gute Beispiele und Handreichungen/Materialien vorzustellen. Andererseits wird ein individuelles Beratungsangebot sowohl für die Anbieter als auch potentielle Nutzer konzipiert und erprobt.

Öffentlichkeitsarbeit wird ein wichtiges Element sein: das freiwillige, ehrenamtliche Engagement von/mit/für Menschen mit Behinderungen soll anhand von guten Beispielen konkreter Personen kommuniziert werden und es sollen niederschwellige Engagementangebote (z.B. beim Freiwilligentag) genutzt werden, um die Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen.

12

Das Projekt soll auch genutzt werden, um verschiedenen lokalen Akteuren, die bereits mit eigenständigen Projekten im Bereich von Freizeit/Engagement/Inklusion in Heidelberg arbeiten, in einem Netzwerk einen Austausch, eine Kooperation und einen Wissenstransfer zu ermöglichen und so die Wirksamkeit der unterschiedlichen Ansätze für einen positiven Beitrag zur Inklusion zu bündeln. Insofern greift das Vorhaben auch bereits bestehende Projekte und Angebote wie den **Inklusions-Atlas** auf und trägt zu ihrer Weiterentwicklung und besseren Verzahnung bei. Anknüpfend an die Erfahrungen bei der Erstellung des Inklusions-Atlases soll beispielsweise die Öffentlichkeitsarbeit für dieses Angebot intensiviert und um ein Beratungsangebot (sowohl für Anbieter als auch „Nachfrager“) erweitert werden. Auch sollen für interessierte Vereine/Organisationen Fortbildungen zum Thema Inklusion angeboten werden.

Ziel für den „Inklusionsatlas“ ist ab 2017 die Schaffung einer nachhaltigen Struktur, die eine Weiterführung des Projektes gewährleisten kann.

Inklusive Freizeitangebote
Kooperationspartner

Kontaktieren Sie uns!

Projekt „Inklusive Freizeitangebote“
beim Vbi e.V.
Alte Eppelheimer Straße 38
69115 Heidelberg
Das Projektteam:
Martina Götz
Telefon 06221 9703-50
Christian Roder
Telefon 06221 9703-37
Inklusion@vbi-heidelberg.de
Telefax 06221 9703-22

vbi
verein zur beruflichen
integration und
qualifizierung e.v.

Kooperationspartner

Das Projekt wird gefördert vom Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg und wissenschaftlich begleitet durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften (IfaS) der Dualen Hochschule Stuttgart.

Heidelberg

Amt für Soziales und Senioren

Fischmarkt 2
69117 Heidelberg
Telefon 06221 58-38540
Telefax 06221 58-38900
sozialamt@heidelberg.de
www.heidelberg.de

Stadt Heidelberg
Fischmarkt 2
69117 Heidelberg
Telefon 06221 58-38540
Telefax 06221 58-38900
sozialamt@heidelberg.de
www.heidelberg.de

Inklusive Freizeitangebote in Heidelberg

Ein gemeinsames Projekt der Stadt Heidelberg und des Vereins für berufliche Integration und Qualifizierung e.V. (Vbi)

KVJS
Kommunalverband für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

IfaS
Institut für angewandte Sozialwissenschaften
Hochschule Stuttgart

Kooperationspartner

Inklusive Freizeitangebote
Was ist Inklusion?

Inklusion – was heißt das?

Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann – ganz gleich ob im Verein, im kulturellen, kirchlichen oder im politischen Leben. In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, verschieden zu sein. Nicht die Menschen mit Behinderungen müssen sich an die Umwelt anpassen, sondern diese ist von vornherein so ausgestaltet, dass alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können.



Quelle: Aktion Mensch e.V.



Inklusive Freizeitangebote
Das Projekt

Das Projekt

Viele Menschen mit Behinderungen werden noch immer aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt und verbringen ihre Freizeit in Sondereinrichtungen. Die Suche nach geeigneten inklusiven Freizeitangeboten ist für sie und ihre Angehörigen meist sehr mühsam und zeitintensiv. Ist ein Angebot gefunden, warten schon die nächsten Hürden: Wo und wann findet das Angebot statt? Ist es mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar? Welche Voraussetzungen sind notwendig? Gibt es einen direkten Ansprechpartner oder Übungsleiter, der bereits Erfahrungen mit Menschen mit Behinderungen hat?



Oben: Inklusive Heidelberger Beschwerdeförderung. Foto: Anpiff ins Leben e.V.
Titelfoto: Volleyball mal anders. Foto: Anpiff ins Leben e.V.

Inklusive Freizeitangebote
Das Projekt

In einem gemeinsamen Projekt möchte die Stadt Heidelberg in Kooperation mit dem Vbl e.V. deshalb den Zugang zu inklusiven Freizeitaktivitäten erleichtern.

- Wir suchen Angebote, die nicht ausschließlich für Menschen mit Behinderungen gedacht sind, sondern in denen alle Interessierten teilhaben können.
- Wir möchten zusammen mit Anbietern und Betroffenen daran arbeiten, inklusive Aktivitäten in Heidelberg weiter auszubauen und Impulse für neue Angebote setzen. Dabei können wir Anbieter durch Beratungs- und Schulungsangebote unterstützen.
- Wir möchten Menschen mit Behinderungen über inklusive Angebote informieren. Alle Angebote sollen in einem „Inklusionsatlas“, einer frei zugänglichen Online-Datenbank, zur Verfügung stehen.

Inklusive Freizeitangebote
Unterstützen Sie uns

Unterstützen Sie uns!

In den vergangenen Monaten wurden rund 600 Fragebögen an Heidelberger Anbieter von Freizeit-, Sport-, Kultur- und Tourismusangeboten verschickt, um zu ermitteln, welche inklusiven Angebote es in Heidelberg bereits gibt. Vermutlich haben wir aber trotz sorgfältiger Recherche nicht alle Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung ausfindig gemacht. Kontaktieren Sie uns, wenn Sie einen Verein oder eine Einrichtung kennen, in dem Menschen mit Behinderungen schon mitmachen oder mitmachen könnten.

Den Fragebogen zum Ausfüllen finden Sie auch als Download auf der Webseite des Vbl: www.vbl-heidelberg.de



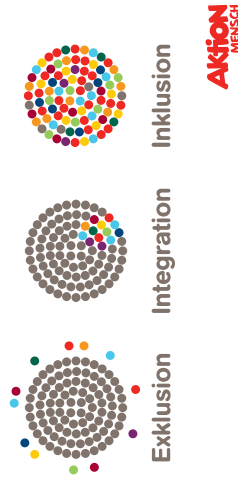
Oben: Inklusives Laufevent. Foto: Anpiff ins Leben e.V.
Rechts: Alles ist möglich – sogar Klettern. Foto: Anpiff ins Leben e.V.



Inklusion – was heißt das?

Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann – ganz gleich ob im Verein, im kulturellen, kirchlichen oder politischen Leben.

In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, verschieden zu sein. Nicht die Menschen mit Behinderungen müssen sich an die Umwelt anpassen, sondern diese ist von vornherein so ausgestattet, dass alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können.



Quelle: Aktion Mensch e.V.

Mit Behinderungen sind alle Arten von Behinderungen und chronischen Erkrankungen gemeint, egal ob sie Körper, Geist oder Seele betreffen.

Heidelberg

Amt für Soziales und
Senioren

Stadtkreis Heidelberg
Fischmarkt 2
69117 Heidelberg
Telefon 06221 58-38540
Telefax 06221 58-38900
sozialamt@heidelberg.de
www.heidelberg.de

Stadtkreis Heidelberg

**Der Heidelberger
Inklusions-Atlas**
Freizeit für alle

Kooperationspartner:

KVJS
Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

vbi
Verein für
Integration und
Beratung

IyaS

www.heidelberg.de/inklusionsatlas



Der Heidelberger Inklusions-Atlas
Freizeit – Wir wollen noch mehr

Freizeit – zusammenbringen, was zusammen gehört

Suchen Sie eine Freizeit-Betätigung, bei der es egal ist, ob Sie eine Behinderung haben oder nicht?
Die Stadt Heidelberg und der Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung e.V. (Vbi) möchten Sie dabei unterstützen, ohne große Mühe und Zeitaufwand, ein für Sie passendes Angebot zu finden. Ob Sie eine neue Sportart ausprobieren, eine Museumsführung machen, im Chor singen oder einfach nur neue Kontakte mit Gleichgesinnten knüpfen wollen:

- Unter www.heidelberg.de/inklusionsatlas haben wir für Sie ganz verschiedene Aktivitäten zusammengestellt. Sie finden dort Antworten auf viele wichtige Fragen wie zum Beispiel:
- Wo und wann findet das Angebot statt?
 - Wer ist mein direkter Ansprechpartner im Vorfeld und vor Ort?
 - Welche Voraussetzungen zur Teilnahme sind notwendig?
 - Ist das Angebot mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen?
 - Ist das Gebäude barrierefrei zugänglich?

Wir wollen noch mehr

Der Inklusions-Atlas soll noch wachsen. Sie kennen ein Angebot, das wir noch nicht veröffentlicht haben?
Kontaktieren Sie uns, wenn Sie einen Verein oder eine Einrichtung kennen, in dem Menschen mit Behinderungen schon mitmachen oder mitmachen können. Den Fragebogen zum Ausfüllen finden Sie unter:

www.vbi-heidelberg.de oder
www.heidelberg.de/inklusionsatlas



Foto: Kletterwand Anpfiff ins Leben e.V.
Foto: Titel Rehability

Der Heidelberger Inklusions-Atlas
Kooperationspartner / Kontaktieren Sie uns

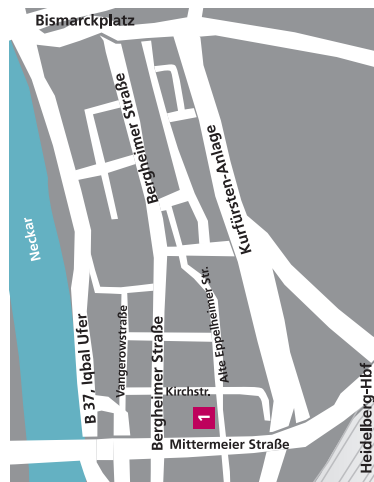
Kooperationspartner

Das Projekt wird gefördert vom Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg und wissenschaftlich begleitet durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften (IfaS) der Dualen Hochschule Stuttgart.

Kontaktieren Sie uns

Sie haben Fragen oder interessieren sich für ein spezielles Angebot? Dann rufen Sie uns an oder schreiben uns eine E-Mail. Wir beraten Sie gerne!

Das Projektteam:
Martina Götz, Telefon 06221 970350
Christian Roder, Telefon 06221 970337
Telefax 06221 970322
inklusion@vbi-heidelberg.de



1 Standort des Vbi

Machen wir was!

Erfahrungsbericht der Landeshauptstadt Stuttgart

1. Ausgangslage

Menschen mit Behinderung sind in ihrem Alltag nicht nur durch ihre Behinderung beeinträchtigt, sondern in der Regel auch durch das räumliche und soziale Umfeld, in dem sie leben. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die im Jahr 2009 von Deutschland ratifiziert wurde, fordert in Artikel 30 deshalb die gleichberechtigte „Teilhabe von Menschen mit Behinderung am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport“.

In der Praxis scheitert dieser Aspekt der Teilhabe neben fehlender baulicher Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes häufig auch am Mangel persönlicher Assistenzen, etwa zum Besuch kultureller Veranstaltungen. Dass dieser Assistenzbedarf ausschließlich durch professionelle Kräfte gedeckt wird, ist nicht immer nötig – und im Hinblick auf sozialpolitische Ziele wie Sozialraumorientierung und Inklusion auch nicht ausschließlich anzustreben. Ehrenamtliche Assistenz erhöht in Ergänzung zu bestehenden Angeboten der Eingliederungshilfe nicht nur Teilhabechancen und Selbstbestimmungsmöglichkeiten, sie ermöglicht die Einbindung von Menschen mit und ohne Behinderung in neue soziale Netzwerke, schafft Begegnungen und hilft „Barrieren in den Köpfen“ abzubauen.

In bestehenden Partizipationsstrukturen der Landeshauptstadt Stuttgart (wie dem „Beirat Inklusion – Miteinander Füreinander“ des Sozialamtes oder dem „Runden Tisch zur Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung an Kultur in der Landeshauptstadt Stuttgart“) wurde von Menschen mit Behinderung geäußert, dass eine zentrale Informations- und Vermittlungsstelle ehrenamtlicher Assistenz und gemeinsamer Freizeitgestaltung von Menschen mit und ohne Behinderung eine wichtige Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe ist.

Ausgehend von diesen durch Betroffene geäußerten Wünschen hat die Sozialplanung des Sozialamtes der Landeshauptstadt Stuttgart das Projekt „Machen wir Was!“ ins Leben gerufen. Ziel war es zu erproben, unter welchen Bedingungen eine Online-Freizeitbörse für Menschen mit und ohne Behinderung dazu beitragen kann, dem Wunsch der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung nach ehrenamtlicher Assistenz in den genannten Bereichen entgegenzukommen und damit die Forderung nach kultureller Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Stuttgart umzusetzen, wie sie in Artikel 30 der UN-Behindertenrechtskonvention formuliert wird.

Das Projekt wurde in Kooperation mit der Initiative KULTUR FÜR ALLE Stuttgart e. V. durchgeführt. Das Ziel der Initiative ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe am kulturellen, sportlichen und sozialen Leben in der Landeshauptstadt Stuttgart zu ermöglichen – und zwar unabhängig von ihrer jeweiligen Lebenssituation und ihren finanziellen Ressourcen.



2. Projektverlauf

Der Projektverlauf gliederte sich in drei Phasen (Klärung der Rahmenbedingungen, Konzeptionsphase und Testbetrieb), die im Folgenden erläutert werden.

a) Klärung der grundlegenden Rahmenbedingung

In einer ersten Phase wurden zunächst fachliche, organisatorische und rechtliche Grundlagen einer Onlinebörse zur Vermittlung von Freizeitpartnern und ehrenamtlicher Assistenz erarbeitet. Hierzu gehörten zum Beispiel eine genaue Betrachtung der Zielgruppe und ihrer Bedürfnisse, die Klärung versicherungs- und datenschutzrechtlicher Fragen sowie technischer Rahmenbedingungen. Auch die Frage nach der Qualifikation und der Prüfung der Assistenzgeber war zu klären.

Diese inhaltliche Klärung vollzog sich unter Einbeziehung von Betroffenen und den Leistungserbringern der Eingliederungshilfe, die beim Thema Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in der Behindertenhilfe auf zum Teil umfangreiche Erfahrungen zurückblicken sowie auf die Anknüpfung an bestehende Freiwilligen- und Ehrenamtsstrukturen der Landeshauptstadt Stuttgart.

Die grundlegende Klärung war aufwändig, da keine Referenzprojekte zur Verfügung standen.

b) Konzeptionsphase

In der zweiten Projektphase wurde ausgehend von den Rahmenbedingungen und unter Einbezug der potentiellen Nutzerinnen und Nutzer die konkrete Ausgestaltung der Börse entwickelt. Hierfür wurde ebenfalls die wissenschaftliche Begleitung hinzugezogen. Als Arbeitsmethoden kamen zum Beispiel eine Ideenwerkstatt mit möglichen Nutzerinnen und Nutzern sowie eine Resonanzgruppe mit Expertinnen und Experten zum Einsatz (mit und ohne Behinderung).

Zentrale Erkenntnis der Rückmeldung durch potentielle Nutzerinnen und Nutzer war, dass das Augenmerk des Projekts eher auf dem Gedanken der gemeinsamen Freizeitgestaltung und weniger auf der reinen Vermittlung von Assistenz liegen soll. Als Grundprinzip wurde der Tauschgedanke formuliert: Jede Form von Unterstützung wird durch eine materielle oder immaterielle Gegenleistung beantwortet (z. B. „Tausche Apfelkuchen gegen Begleitung ins Kino“, „Tausche gute Gespräche gegen Begleitung bei einem Spaziergang“). Auf diese Weise konnten zudem die von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als diskriminierend empfundenen Begriffe „Assistenznehmer“ und „Assistenzgeber“ vermieden werden.

Ebenfalls in der Konzeptionsphase wurde die technische Ausgestaltung des Projekts festgelegt und die Frage beantwortet, wie die Internetseite im Sinne der Nutzerinnen und Nutzern gestaltet werden muss.

Darüber hinaus wurde in dieser Phase auch der Name des Projekts mittels Umfrage unter allen Prozessbeteiligten ermittelt. Am 2. Juli 2014 erhielt das Projekt den Namen „Machen wir was!“.

Die Konzeptionsphase wäre in dieser Form nicht ohne die Beteiligung von Menschen mit Behinderung sowie den Institutionen der Eingliederungshilfe und Vertretern der Selbsthilfe möglich gewesen, die dankenswerter Weise ihre Erfahrungen und Erkenntnisse zur Verfügung gestellt haben.

c) Testbetrieb

Der Online-Auftritt von „Machen wir was!“ mit der zugehörigen Vermittlungsbörse wurde im Verlauf des Jahres 2015 für zwölf Monate getestet. Die aktuelle Fassung der Seite ist am 28. Januar 2015 online gegangen und wurde seitdem in Einzelaspekten angepasst und weiterentwickelt. Am 14. Februar 2015 wurde über „Machen wir was!“ erstmals ein Freizeittreffen vermittelt.

Im Laufe des ersten Jahres haben sich 82 Mitglieder bei „Machen wir was!“ angemeldet, von denen ein knappes Drittel die Seite aktiv nutzt und sich mit anderen verabredet. Hierbei ist zu erwähnen, dass die inaktiven Mitglieder allesamt noch kein polizeiliches Führungszeugnis vorgelegt haben, was bislang zwingende Voraussetzung ist, um sich über die Onlinebörse mit Anderen verabreden zu können. Die Zahl der Vermittlungen ist also stark abhängig vom Erfüllen dieser Zugangsvoraussetzung, die sich im Projektverlauf für viele Nutzerinnen und Nutzer als große Hürde und Vermittlungshemmnis herausgestellt hat. Bei einer Weiterentwicklung des Projekts werden hierfür Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten sein.

In der Phase des Testbetriebs wurde die Öffentlichkeitsarbeit stark intensiviert. Als Reaktion wurde in den lokalen Medien (u. a. Stuttgarter Zeitung, LIFT-Stadtmagazin) sowie im regionalen Rundfunk (SWR) über das Projekt berichtet. Auch bundesweit erregte das Projekt Aufmerksamkeit (Aktion Mensch, Inklusionslandkarte der Bundesbehindertenbeauftragten).

19

Als Reaktion auf diese Berichterstattung stiegen die Abrufzahlen der Seite www.machen-wir-was.de auf durchschnittlich 125 unterschiedliche Besucher (Unique Visits) pro Tag. 90 % dieser Besucher kommen aus Stuttgart und der Region, 10 % aus dem gesamten Bundesgebiet. Diese vergleichsweise hohen Abrufzahlen von Personen außerhalb Stuttgarts und der Region weisen auf ein großes grundsätzliches Interesse am Konzept von „Machen wir was!“ hin, da für diese Personen die Börse keinen effektiven Nutzen hat, da sie nur Freizeitverabredungen in der Landeshauptstadt Stuttgart ermöglicht. Mit den Projektmitteln des KVJS konnte das Sozialamt Stuttgart somit ein Projekt gestalten, das bundesweit auf Resonanz stößt.

3. Fazit und Ausblick:

Das Projekt „Machen wir was!“ ist sowohl bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als auch bei Fachkräften der Behindertenhilfe sowie der Verwaltung auf großes Interesse und positive Resonanz gestoßen. Besonders gut bewertet werden dabei das grundlegende Prinzip der gemeinsamen Freizeitgestaltung und die dadurch hergestellte gleiche Augenhöhe zwischen allen Nutzerinnen und Nutzern von „Machen wir was!“. Auch die Möglichkeit spontaner und gegebenenfalls nur gelegentlicher Verabredungen und die damit verbundene Niedrigschwelligkeit möglichen Engagements im Projekt werden häufig als positive Merkmale von „Machen wir was!“ betont.



Die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts lassen den Schluss zu, dass „Machen wir was!“ einen guten Beitrag leistet, um die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Stuttgart zu verbessern.

Aus diesem Grund wurde für das Projekt „Machen wir was!“ bei den Haushaltsplanberatungen der Landeshauptstadt Stuttgart für den Doppelhaushalt 2016/2017 eine dauerhafte Förderung in der Höhe von 30.000 EUR pro Jahr beschlossen. Damit wird das Projekt in eine Regelstruktur überführt.

In den kommenden beiden Jahren wird nun zum einen eine Vergrößerung der Mitgliederzahl angestrebt und zudem eine weitere Verbesserung der Nutzbarkeit von „Machen wir was!“. Dazu gehören neben vereinfachten Anmeldewegen (z. B. über einen Facebook- oder Google-Account) auch die Entwicklung eines vereinfachten Vermittlungsprozesses und dabei vor allem eine Diskussion um die Frage nach dem Führungszeugnis.

Die Seite soll zudem um einen Veranstaltungskalender sowie eine Beschreibung von Veranstaltungsorten (und zum Beispiel deren Barrierefreiheit) ergänzt werden. Hierzu liegen beim Kooperationspartner KULTUR FÜR ALLE Stuttgart e. V. bereits Informationen vor, die in vorangegangenen Projekten zur kulturellen Teilhabe (Runder Tisch „Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung“) gesammelt wurden. Auch wird die Seite um ein internes Forum erweitert.

20 Ebenfalls angestrebt ist die Schaffung eines konkreten Treffpunkts für „Machen wir was!“ in Form einer eigenen, öffentlich zugänglichen Räumlichkeit.

Im Rahmen des Projekts wurde der Einbezug von Menschen mit Behinderung beispielhaft verwirklicht, an diesem Ansatz wird „Machen wir was!“ natürlich weiterhin festhalten. Das Projekt und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch während des Beteiligungsprozesses zum Stuttgarter Fokus-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wichtige Impulse geliefert. Die Nachhaltigkeit des Projekts ist dank der Überführung in Regelstrukturen gesichert.

Bericht des Ifas zu den Projekten Heidelberg und Stuttgart

1. Ausgangssituation

Freizeit gilt als frei verfügbare und selbstbestimmt zu gestaltende Zeit, die nicht durch fremdbestimmte Verpflichtungen oder zweckgebundene Tätigkeit beeinflusst ist. Sie setzt sich zusammen aus „Eigenzeit, Sozialzeit, Bildungszeit und Arbeitszeit“ (Opaschowski 1990, S. 17) und leistet somit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit. Weiterhin wirkt Freizeit sinn- und identitätsstiftend und stellt ein „Spiegelbild der Lebensqualität“ dar (Markowetz 2006, S. 54; vgl. ebenso Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, S. 207). Nicht zuletzt kann Freizeit körperlichen und psychischen Erkrankungen entgegenwirken (vgl. Arbeits-abc.de o.Jg., o.S.). Grundlegend muss festgehalten werden, dass Freizeit, die durch autonome Wahlmöglichkeiten, bewusste Eigenentscheidungen und soziales Handeln charakterisiert wird, „für Menschen mit Behinderung ein genauso wichtiges Anliegen wie für nicht behinderte Menschen ist“ (Markowetz 2006, S. 54). Zugleich sind „die Freizeitbedürfnisse und das Freizeitverhalten von behinderten und nicht behinderten Menschen nahezu identisch“ (ebd., S. 56). Trotz dieser Feststellung ist die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Freizeitsektor aber häufig eingeschränkt.

In den folgenden Unterkapiteln wird ein kurzer Überblick über den Stand der Forschung rund um das Themenspektrum „Freizeit von Menschen mit Behinderung“ gegeben. Neben den Forderungen nach einem inklusive(re)n Freizeitsystem steht vor allem die Frage im Vordergrund, wie die Situation von Menschen mit Behinderung im Freizeitsektor einzuschätzen ist.

21

1.1 Forschungsergebnisse zum Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich

Insgesamt betrachtet liegen nur wenige Studien zum Thema Freizeit und Behinderung vor. In der Vergangenheit zeichnete sich die Behindertenpädagogik eher durch eine Zurückhaltung gegenüber diesem Untersuchungsfeld aus (vgl. Markowetz 2006, S. 54). Aber es mangelt nicht nur an empirischen Studien, auch in der Praxis „rangiert das Anliegen der sozialen Rehabilitation und Integration behinderter Menschen im Lebensbereich Freizeit [...] weit hinter dem der schulischen, beruflichen und medizinischen Rehabilitation“ (ebd.; vgl. ebenso Markowetz 2011, S. 5f.). Dementsprechend werden Menschen mit Behinderung unter „bildungs-, sozial- und gesellschaftspolitischen wie integrationspädagogischen Gesichtspunkten [...] [die] damit verbundenen Möglichkeiten der Teilhabe an Gesellschaft“ (ebd., S. 6) verwehrt.

Grundlegend für die Debatten zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich ist jedoch die Erkenntnis, dass die Freizeitinteressen, Bedürfnisse sowie das Freizeitverhalten von Menschen mit und ohne Behinderung nahezu identisch sind (vgl. Markowetz 2009, S. 178). Gleichwohl zeigen Studien, dass die Teilnahme an verfügbaren Freizeitangeboten noch immer schwierig für Menschen mit Behinderung ist. Der letzte Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen verdeutlicht beispielsweise, dass Menschen mit Behinderung zwar die gleichen Freizeitbedürfnisse wie Menschen ohne Beeinträchtigung haben, jedoch eine selbstbestimmte Gestaltung sowie die Teilhabe an Freizeitangeboten in ver-



schiedener Hinsicht eingeschränkt sein kann. Außerdem sind Menschen mit Behinderungen aufgrund der vorhandenen Barrieren unzufrieden mit den für sie verfügbaren Angeboten im Freizeitbereich (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, S. 207; 210).

Wird das Nutzungsverhalten von kulturellen Freizeitangeboten zwischen Menschen mit und ohne Behinderung verglichen, bestehen Unterschiede im Hinblick auf den Besuch von kulturellen Veranstaltungen und – je nach Alter und Schweregrad einer Behinderung – in der Ausübung entsprechender Tätigkeiten in der Freizeit. So sind beispielsweise junge Erwachsene mit Behinderung in ihrer Freizeit seltener künstlerisch oder musisch aktiv als Gleichaltrige ohne Behinderung, und je stärker eine Behinderung ist, desto seltener findet eine entsprechende kulturelle Betätigung statt. Was den Besuch von kulturellen Veranstaltungen (Konzerte, Theater etc.) betrifft, sind Menschen mit Behinderung im Vergleich zu Menschen ohne Behinderungen deutlich unterrepräsentiert. Das gilt für alle Altersklassen mit Ausnahme von Personen mit und ohne Behinderung ab 80 Jahren (vgl. ebd., S. 217ff.).

Im Gegensatz zu kulturellen Freizeitangeboten besitzen sportliche Freizeitbeschäftigungen seit jeher eine verbindende Funktion zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen. So gaben 72% der in einer Studie befragten Menschen mit Behinderung an, inklusiv Sport zu treiben. Allerdings sind nach Ansicht der Befragten die in den Sportvereinen angebotenen inklusiven Trainingseinheiten noch ausbaufähig. So bestehen in über 50% der Fälle keine inklusiven Sportangebote beziehungsweise inklusiven Mannschaften in den Sportvereinen (vgl. Decker, 2014). Im letzten Teilhaberbericht der Bundesregierung zeigt sich zusätzlich, dass erwachsene Menschen mit Behinderung weitaus seltener sportlich aktiv sind als Gleichaltrige ohne Behinderung. Auch bei jungen Menschen mit Beeinträchtigungen betätigen sich nur 33 % der Befragten sportlich, während es bei ihren Altersgenossen ohne Behinderung 81 % sind. Zwei Drittel der 18- bis 29-jährigen Menschen mit Behinderung sind in ihrer Freizeit sogar überhaupt nie sportlich aktiv. Klar zu erkennen ist hierbei ein Zusammenhang zwischen dem Grad der Behinderung und der Teilnahme an Sportaktivitäten: Je höher der festgestellte Grad der Behinderung, desto seltener üben Menschen mit Behinderung aktiv Sport aus (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, S. 221 ff.).

- Einschränkungen, die Menschen mit Behinderung in der Freizeit erleben, können laut Kerkhoff zehn verschiedene Ursachen haben (vgl. Kerkhoff 1982 in Markowetz 2000, S. 16):
- *Unmittelbare Folgen der Schädigung* (z. B. sichtbare Behinderungen, Bedarf an einer Begleitperson);
- *Zeitliche Ausdehnung der alltäglichen Versorgungs-, Hygiene- und Gesundheitsmaßnahmen* (z. B. Mehraufwand im Rahmen der Alltagsorganisation in Bezug auf Körperpflege, Essen etc.);
- *Familiäre Bindung* (z. B. Überbehütung in der Familie);
- *Rehabilitationsübermaß* (Ein „Zuviel“ an medizinischer Beratung und Behandlung bzw. an Rehabilitationsmaßnahmen, was in der Folge eine zeitliche Eingrenzung von Freizeitmaßnahmen außerhalb dieser Maßnahmen bedeutet);
- *Starke Kompensations- und Regenerationswünsche infolge starker Beanspruchung durch Arbeit* (z. B. als Folge eines schlechten Gesundheitszustandes oder zu lang dauernder Konzentrationsphasen im Arbeitsprozess);
- *Fehlende Kontaktstellen für Menschen mit und ohne Behinderung*;
- *Unzulänglichkeit des öffentlichen Nahverkehrs oder Freizeitangeboten*;
- *Erreichbarkeitsprobleme* (z. B. Überwindung von weiten räumlichen Entfernungen oder Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung);

- *Unzureichende ausgeprägte persönliche Interessen- und Freizeitgewohnheiten;*
- *Selbstisolierungstendenzen* (z.B. durch Vermeidungsverhalten).

Aus den von Kerkhoff geschilderten Gründen ist es mehr als verständlich, warum Menschen mit Beeinträchtigungen ihre freie Zeit häufiger alleine verbringen als Menschen ohne Beeinträchtigungen. Diese Einschätzungen Kerkhoffs werden untermauert von Markowetz, der das Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung von einer Vielzahl von verschiedenen Wirkungszusammenhängen abhängig macht (Markowetz 2006, S. 55). Die Art und der Schweregrad, mit denen Einschränkungen in Bewegung, Mobilität und Kommunikation einhergehen, begrenzen beispielsweise die Auswahl an Freizeitmöglichkeiten, was auch in einer aktuellen Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales nachgewiesen wurde. Je höher der Grad der Behinderung, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, die Freizeit alleine zu verbringen. So sind 19 % der Menschen mit einem anerkannten Grad der Behinderung in ihrer Freizeit alleine (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, S. 210). Der Zeitpunkt des Erwerbs und Sichtbarwerdens sowie die Verlaufsprognose einer Behinderung beeinflussen möglicherweise die eigene Entscheidung zur Freizeitgestaltung. Rehabilitative Möglichkeiten, Schulbildung, berufliche Ausbildung und Tätigkeiten, eigene sozio-ökonomische Verhältnisse oder die der Ursprungsfamilie und die Verfügbarkeit eines sozialen Netzwerks wirken letztlich im gleichen Ausmaß wie das subjektive Erleben von sozialen Reaktionen auf das Ausleben von Freizeitbedürfnissen von Menschen mit Behinderung. Allerdings ist „ein unerfülltes Freizeit(er) leben nicht zwangsläufig die Folge einer Behinderung“ (Markowetz 2006, S. 55). Die „Möglichkeiten, die unsere Gesellschaft für Behinderte bereitstellt bzw. ihnen vorenthält“ (ebd.), korrespondieren mit einem aktiven bzw. passiven Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung. Beispielsweise scheinen Menschen mit einer geistigen oder schwer mehrfachen Behinderung vielfach benachteiligt zu sein, was die Ausgestaltungsmöglichkeiten ihrer Freizeitmöglichkeiten betrifft: Ihre Freizeit verbringen sie häufig im „Versteckten“ (z. B. zu Hause) und in „exklusiven“ Freizeitclubs, organisiert durch Einrichtungen der Behindertenhilfe. Dementsprechend belegen empirische Studien, dass die Freizeitsituation von Menschen mit einer geistigen Behinderung oft nur wenig deren persönlichen Wunschvorstellungen entspricht. Statt jener exklusiven, weniger geselligen Aktivitäten wünschen sie sich mehr Autonomie und Partizipation sowie die Teilnahme an inklusiven Freizeitangeboten, bei denen sie neue Kontakte und möglicherweise Freundschaften zu (nicht)behinderten Menschen schließen können (vgl. ebd., S. 54 f.).

23

Die dargestellten Wirkungszusammenhänge verdeutlichen aber auch, dass das Fehlen einer Behinderung „... [k]ein Garant für [eine] sinnerfüllte, selbstbestimmte und qualitativ in unserer Gesellschaft hoch bewertete Freizeit“ ist (ebd., S. 56). Schwierigkeiten bei der Gestaltung von Freizeit ist somit nicht zwangsläufig eine Problematik von Menschen mit Behinderung. Das Freizeitverhalten hängt von verschiedenen Variablen ab (z. B. Geschlecht, Lebensalter, Regional- sowie Wohnfaktoren, familiäre Verhältnisse, Einkommen, materielle/finanzielle und persönliche Ressourcen, Freizeitmöglichkeiten etc.); bei Menschen mit Behinderung insbesondere davon, ob und inwiefern diese Faktoren von der betroffenen Person selbst und von ihrer Umwelt positiv beeinflusst und in Folge dessen verändert werden können.

Einschränkungen der Bewegung, Kognition, Kommunikation und Mobilität wirken sich somit in einem erhöhten Maße auf das Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung aus. Nur bis zu einem gewissen Maße können diese Einschränkungen durch eine entsprechende räumliche und technisch-apparative Ausstattung kompensiert werden.



Abgesehen von technisch-apparativen Möglichkeiten ist es aber auch mehr als notwendig, nach sozialintegrativen Lösungen (Abbau von Barrieren im Kopf, Entstigmatisierung) zu suchen, damit Menschen mit verschiedenen Behinderungen in gleichem Umfang wie Menschen ohne Behinderungen ihre Freizeitinteressen ausüben können (vgl. Markowetz 2009, S. 178). Wie dringend notwendig sozialintegrative Lösungen für das Ermöglichen gesellschaftlicher Teilhabe sind, zeigen zuletzt die von Markowetz benannte Abhängigkeit von Menschen mit Behinderung im Hinblick auf die Befriedigung ihrer Freizeitbedürfnisse (vgl. Markowetz 2010, S. 10).

Tabelle 1: Freizeitbedürfnisse und Behinderung (Markowetz 2010, S.10)

Bedürfnisse	Bedürfnis nach...	Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen
1. Rekreation	Erholung, Ruhe, Wohlbefinden, angenehmem Körpergefühl und sexueller Befriedigung	• Abhängigkeit von anderen Menschen (Bsp.: Rückzugsmöglichkeiten, Lageveränderung, Zeiteinteilung, Körperpflege, etc.) • Ausleben sexueller Bedürfnisse
2. Kompensation	Ausgleich, Ablenkung und Vergnügen	• mangelnde Mobilität durch nicht behindertengerechte Umwelt • ungenügende Freizeitangebote
3. Edukation	Kennenlernen, Weiter- und Umlernen in verschiedenen sachlichen und sozialen Handlungsfeldern	• geringe Auswahl an Bildungseinrichtungen • eingeschränkte Berufswahl
4. Kontemplation	Selbsterfahrung und Selbstfindung	• Abhängigkeit von oft zugeteilten Pflegepersonen, Bevormundung • Isolation von Menschen mit Behinderung unter „ihresgleichen“
5. Kommunikation	Mitteilung, vielfältigen sozialen Beziehungen, Geselligkeit	• Rückgang des Kommunikationsbedürfnisses durch Frustration und sich „unverstanden fühlen“ • eingeschränkte Erreichbarkeit und Auswahl von Kommunikationspartnern
6. Integration	Zusammensein, Gemeinschaftsbezug und sozialer Stabilität	• Wechsel der Bezugspersonen oder Bezugsgruppen [sic] ohne Berücksichtigung der persönlichen Interessen • Diskriminierung und Isolierung in der Gesellschaft

7. Partizipation	Beteiligung, Mitbestimmung und Engagement	• Fremdbestimmung durch andere Personen und Institutionen • Entscheidungen werden von Stellvertretern getroffen
8. Enkulturation	Kreativer Entfaltung, produktiver Betätigung und Teilnahme am kulturellen Leben	• Möglichkeiten kreativer und produktiver Freizeitgestaltung müssen erst geschaffen werden • kulturelle Angebote sind häufig nicht behindertengerecht und nur schwer erreichbar

1.2 Die aktuelle Freizeitsituation von Menschen mit Behinderung

Inklusion in der Freizeit bedeutet den bedingungslosen Zugang sowie die uneingeschränkte Zugehörigkeit zu allen Freizeiteinrichtungen und die vorbehaltlose Teilhabe an ausnahmslos allen Freizeitangeboten im sozialen Umfeld (Markowetz 2015, Folie 9). Um dies zu gewährleisten, bedarf es einer bedürfnisorientierten Konzipierung von Freizeitangeboten, so dass „jeder Mensch als selbstverständliches Mitglied der Gemeinschaft anerkannt sowie wertgeschätzt wird und somit eine möglichst qualitativ hochwertige Freizeit erleben kann“ (vgl. ebd.).

25

In der Praxis zeigt sich jedoch ein anderes Erleben von Inklusion im Freizeitbereich bei Menschen mit Behinderung. Vereinzelt vorliegenden Expertisen und Berichten zufolge werden Menschen mit Behinderung in ihrer Freizeit noch immer benachteiligt und exkludiert. Beim Zugang zu Dienstleistungen privater Unternehmen und im Freizeitbereich, bei sozialen Kontakten, kulturellen oder sportlichen Aktivitäten gibt es große Diskrepanzen zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2012, S. 277 ff.). Statistisch gesehen finden folgende Formen der Benachteiligung im Lebensbereich Freizeit und Kultur am häufigsten statt: Verweigerung des Nachteilsausgleichs, des Zutritts und der Dienstleistung, Barrieren, Belästigung und Ungleichbehandlung (vgl. ebd., S. 78ff.). Insgesamt geht auch aus dem Barriere-Index 2012 hervor, dass 80% der befragten Menschen mit Behinderung ihre Stadt – egal in welchen Lebensbereichen (und damit auch im Freizeitsektor) – nicht als eine barrierefreie Vorzeigestadt begreifen. Zwar setzen die Befragten sowohl bezogen auf Barrierefreiheit als auch hinsichtlich der gleichberechtigten Teilhabe oder dem Abbau von Vorurteilen unterschiedliche Prioritäten. Insgesamt besteht jedoch ein Handlungsbedarf durch die Kommunal- und Bundespolitik (vgl. Decker 2012).

Doch was benötigen Menschen mit Behinderung, um gleichberechtigt im Freizeitbereich teilhaben zu können? Forschungserkenntnisse auf die Frage, welche äußere und materielle Bedingungen das Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung beeinflussen, einschränken, prägen etc., liegen aber kaum vor. Schon das subjektive Verständnis des Freizeitbegriffes stellt bei der Untersuchung der Freizeitsituation von Menschen mit Behinderung eine Herausforderung dar: Während z.B. von einigen Menschen mit Behinderungen das „unbewußte [sic] In-den-Tag-Hineinleben“ (Markowetz 2000, S. 16) schon eine Freizeitaktivität darstellt, sehen andere erst eine konkrete Aktivität als Frei-



zeitbeschäftigung an. Aus einer Schriftreihe des Bundesministeriums für Familien und Senioren geht hervor, dass folgende Freizeitaktivitäten von Menschen mit Behinderung innerhalb von vier Wochen am häufigsten durchgeführt wurden (vgl. ebd., S. 18):

- Kurzbesuche empfangen;
- Regelmäßig Zeitung lesen;
- Regelmäßig Zeitschriften lesen;
- Spazieren gehen;
- Kurzbesuche machen.

Am wenigsten wurden hingegen folgende Freizeitaktivitäten genannt:

- An Weiterbildungen teilnehmen;
- Club für Behinderte besuchen;
- Sich an Selbsthilfegruppen beteiligen;
- Sich politisch engagieren;
- Hilfsdienste für andere tätigen.

Insgesamt zeigt der Teilhabebericht über die Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen zwar, dass die soziale Kontaktpflege und Geselligkeit mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn die am häufigsten ausgeübte Form der Freizeitbeschäftigung von Menschen mit Behinderung darstellt (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, S. 212). Allerdings kann gleichzeitig beobachtet werden, dass zwischen den Altersklassen deutliche Unterschiede bei der sozialen Kontaktpflege bestehen. Hierbei fällt auf, dass „sowohl junge als auch 80-jährige und ältere Menschen mit einer anerkannten Behinderung überdurchschnittlich häufig davon berichten, dass sie sich in ihrer Freizeit nie mit anderen Menschen treffen“ (ebd., S.213). Insofern scheint die soziale Kontaktpflege insbesondere bei den mittleren Altersstufen eine größere Rolle zu spielen.

Wird schließlich die freizeitbezogene Inklusion von Menschen mit Behinderung in Dienstleistungen privater Unternehmen betrachtet, werden auch hier Menschen mit Behinderungen mehrfach benachteiligt und diskriminiert. Am häufigsten erfolgt dies im Unterhaltungsgewerbe, wie etwa beim Besuch von Freizeitparks und Sportveranstaltungen, beim Sporttreiben sowie in Konzerten und im Gastronomiegewerbe. Dabei erfahren Menschen mit Behinderung sowohl passive Diskriminierung durch fehlende bauliche Anpassungen als auch Benachteiligungen, die direkt und absichtlich durch Personal und andere Personen ausgeübt werden (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2012, S. 78ff.).

1.3 Die Bedeutung von Assistenz für die Umsetzung von Teilhabe in der Freizeit

Erst die Gestaltung einer „inklusionsorientierten Lebenswelt“ (Dannenbeck 2011, S.1) führt zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und sichert die Möglichkeit der Selbstbestimmung. Hierzu gehört, dass „öffentliche und gesellschaftliche Inklusionsbemühungen miteinander koordiniert werden“ (ebd.) müssen. Zu diesen Inklusionsbemühungen gehört die Bereitstellung von Assistenz für Menschen, die ohne Unterstützung nur eingeschränkt oder gar nicht an gesellschaftlichen Angeboten teilhaben können. Assistenz ist in diesem Zusammenhang nicht nur unter dem Aspekt gesellschaftlicher

Teilhabe und Selbstbestimmung zu sehen, sondern sie hat auch eine stark empowernde Wirkung. Menschen mit Behinderung nutzen bspw. Assistenz, um ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Zu nennen ist hier etwa die Möglichkeit der Arbeitsassistenz, die Menschen mit einer Schwerbehinderung dabei unterstützt, ihren Beruf ausüben zu können (vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales 2014). Es lässt sich jedoch keine Aussage darüber treffen, in welchem Umfang Assistenzdienstleistungen von Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich in Anspruch genommen werden, da es bisher „keine bundesweiten Statistiken zur Verbreitung der Inanspruchnahme von Persönlicher Assistenz [gibt]“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, S.324).

Insbesondere für den Freizeitbereich spielt Assistenz eine wichtige Rolle. Hier begleitet die Assistenz „Menschen mit schweren Behinderungen bei den Hobbies, zu Kulturveranstaltungen, in die Discothek, zum Sport, zu integrativen Ferien- und Freizeitangeboten, u.v.m.“ (einfach teilhaben 2016a). Die Inanspruchnahme von Freizeitassistenz ermöglicht somit eine „umfassende Partizipation an zentralen Lebensbereichen und Lebenssituationen“ (Markowetz 2006, S.60). Wenn Assistenz im Freizeitbereich angeboten wird, bedeutet dies zusätzlich, dass Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Behinderung ermöglicht werden. Erfahrungen, die im Umgang miteinander gemacht werden, können nachhaltig positiv wirken und somit auch eine Entstigmatisierung in Gang setzen (vgl. Markowetz 2006, S.61). Trotzdem besteht bei der Nutzung von Assistenzen aber auch die Gefahr, dass diese zusätzlich stigmatisierend wirken können, wenn die angebotene Assistenz einer weiteren „Besonderung“ von Menschen mit Behinderung Vorschub leistet, etwa wenn durch das Angebot die Botschaft transportiert wird, dass Menschen mit Behinderung zur Ausübung ihrer Freizeit auf Unterstützung angewiesen sind. Insofern ist bei der Installation von entsprechenden Angeboten darauf zu achten, dass Menschen mit Behinderung auch in ihren Kompetenzen wahrgenommen werden. Nur dann kann es zu einem Entstigmatisierungsprozess kommen.

27

Bei der Installation entsprechender Angebote ist außerdem darauf zu achten, dass diese in unbürokratischer Weise zugänglich gemacht werden. Dies gilt sowohl auf der Ebene der Inanspruchnahme als auch auf der Ebene der Finanzierung (vgl. ebd., S.62), so dass der Zugang so niedrigschwellig wie möglich gestaltet werden kann. Damit Menschen mit Behinderung wohnortnah ihren Freizeitaktivitäten nachgehen können, bedarf es in der Konsequenz des Konzeptes einer „Stadt für Alle“ (ebd., S.61). Darunter ist zu verstehen, dass Gemeinden, Kommunen, Städte, Landkreise etc. in der Pflicht stehen, für ihre Bürgerinnen und Bürger einen Lebensraum anzubieten, „der den individuellen Bedürfnissen entgegenkommt und behinderungsbedingte Nachteile so auszugleichen vermag, dass ein Leben in sozialer Integration und die Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben grundsätzlich möglich ist“ (ebd.). Hierzu gehört auch die Bereitstellung von Assistenzen, um die Teilhabe im Bereich der Freizeit zu ermöglichen, „auf einem Kontinuum zwischen ehrenamtlicher Arbeit und bürgerschaftlichen Engagements einerseits und professioneller Freizeitassistenz andererseits“, um Unterstützung „unbürokratisch, unkompliziert, rasch, bedarfsgerecht, diskret und verlässlich“ (ebd., S.64) anbieten zu können. Das heißt, bei der Umsetzung einer Freizeitbörse, die Assistentinnen und Assistenten vermittelt, kann einerseits auf der Ebene des bürgerschaftlichen Engagements angesetzt werden - bspw. wenn es darum geht, Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu ermöglichen. Aber es ist bei der Konzipierung auch darüber nachzudenken, in welchen Bereichen professionelle Unterstützung notwendig wird, zum Beispiel als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner, wenn in der Praxis offene Fragen geklärt werden müssen.



1.4 Die Nutzung des Internets durch Menschen mit Behinderung

80 % der Menschen mit Behinderung in Deutschland nutzen das Internet. Insbesondere bei Menschen mit einer Sehbehinderung, Bewegungseinschränkung oder chronischen Krankheit erfährt dieses Medium eine überdurchschnittliche Akzeptanz (vgl. einfach teilhaben 2016b).

Die hohe Akzeptanz ist unter anderem damit zu erklären, dass das Internet mittlerweile ein leicht zugängliches Medium ist, das es Menschen mit Behinderung ermöglicht, einfach und selbständig an Informationen zu gelangen oder auch sonstige Dienstleistungen (bspw. Online-Banking, Einkaufen im Internet) in Anspruch zu nehmen. Insofern ist es naheliegend, für die Installation von Freizeitbörsen an das Medium Internet zu denken.

Um ein erfolgreiches Angebot für Menschen mit Behinderung im Internet zu gestalten, müssen bestimmte Aspekte berücksichtigt werden (vgl. einfach teilhaben 2016b):

- der Zugang ist einfach, sowie örtlich und zeitlich uneingeschränkt
- der Zugang ist hardware- und softwareunabhängig
- die Suchfunktion ist umfangreich
- die Website ist einfach, übersichtlich und verständlich geschrieben
- die Website ist gut strukturiert

28

Zudem ist darauf zu achten, dass ein „Mehrwert“ für die Nutzerinnen und Nutzer der Website entsteht. Dies ist dann der Fall, wenn solche Informationen bereitgestellt werden, die von der Nutzerin oder dem Nutzer in den eigenen persönlichen Lebensbezügen direkt weiterverarbeitet werden können (vgl. Frosch-Wilke/Raith 2002, S.7). Weiterhin sollten bei der Gestaltung entsprechender Seiten die Grundsätze einer barrierefreien Website beachtet werden, so dass die Website unabhängig von der Art der Behinderung genutzt werden kann (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016).

Auch wenn statistisch gesehen sehr viele Menschen mit Behinderung das Medium Internet nutzen, sollte bei der Konzipierung einer Freizeitbörse im Internet auch darüber nachgedacht werden, wie dieses Angebot von Menschen mit Behinderung genutzt werden kann, die über keinen Internetzugang verfügen bzw. diesen nicht vollumfänglich nutzen können, denn „[b]esonders Menschen mit geistigen und mehrfachen Behinderungen brauchen bereits im Vorfeld der Leistungserbringung ... kompetente Unterstützung, zum Beispiel bei den Findungsprozessen für sozialintegrativ wirksame Entscheidungen, der Gestaltung persönlicher Zukunftsvisionen, der konkreten Assistenzplanung und reflexiven Beurteilung des Verlaufs“ (Markowetz 2007, S.323).

2. Die beiden Modellprojekte zur Inklusion von Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich in Stuttgart und Heidelberg – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

Menschen mit Behinderungen möchten in unserer Gesellschaft „mitten im Leben stehen, als gleichberechtigte Bürger am gesellschaftlichen Leben teilhaben und vermehrt Einfluss auf ihre Lebenszeitgestaltung nehmen“ (Markowetz 2012, S. 188). Aus diesem Grund dürfen Menschen mit Behinderungen „nicht länger als beliefierungs-, anweisungs- und behandlungsbedürftiges Klientel“ (ebd.,

S. 188) angesehen werden, sondern sie müssen als Expertinnen und Experten in eigener Sache sowie als Kundinnen und Kunden ernst genommen werden. Lebenszeit, -zufriedenheit und -qualität sind für Markowetz drei Aspekte, die - auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft - das Zusammenleben und -handeln der Menschen tragen und bestimmen. (vgl. ebd., S. 188).

Die beiden Projekte in Stuttgart und Heidelberg, deren Evaluation im Folgenden dargestellt wird, stellen den Versuch dar, genau diese Aspekte in die Praxis umzusetzen, so dass Menschen mit Behinderung als vollwertige Bürgerinnen und Bürger der Gesellschaft wahrgenommen werden können.

2.1 Das Projekt „Machen wir was!“ (Landeshauptstadt Stuttgart)

Ziel des durch IfaS begleiteten Projektes (E2: „Aufbau einer Ehrenamtsbörse für die Assistenz von Menschen mit Behinderung“) war, dass Menschen mit Behinderung mithilfe einer onlinebasierten Freizeitbörse Assistenz im Freizeitbereich vermittelt werden kann. Dadurch sollte gewährleistet werden, dass die Menschen mit Behinderung ihren Lebensalltag stärker selbstbestimmt gestalten können und unabhängiger werden von professionellen Hilfen. Dabei stand von Anfang an der Grundgedanke im Vordergrund, dass nicht nur Menschen ohne Behinderung, sondern auch Menschen mit Behinderung als Assistenzdienstleister auftreten können. Somit ist im Projekt von zwei Grundhaltungen auszugehen:

- Menschen mit Behinderung sollen in ihren Teilhabemöglichkeiten gestärkt werden,
- Menschen mit Behinderung sollen mit ihren Kompetenzen und nicht nur als Empfänger von Unterstützungsleistungen wahrgenommen werden.

29

Für die Realisierung der Freizeitbörse arbeitet die Landeshauptstadt Stuttgart eng mit dem Verein „Kultur für alle e. V.“ zusammen, der in erster Linie für den Aufbau des Internetauftritts verantwortlich ist.

2.1.1 Forschungsdesign und zentrale Fragestellungen der wissenschaftlichen Begleitung

Das von IfaS als dem beauftragten Forschungsinstitut konzipierte Forschungsdesign war multi-perspektivisch angelegt. Es wurde darauf geachtet, verschiedene Akteure zu berücksichtigen, die ein Interesse an der onlinebasierten Vermittlung von Freizeitpartnerinnen und -partnern haben könnten: also an Freizeitaktivitäten interessierte Menschen mit und ohne Behinderung sowie Fachkräfte aus dem Bereich der Behindertenhilfe.

Bei der Vorgehensweise gab es diesbezüglich zwei Schwerpunkte: Erhebungen vor dem Start der Website, um Erkenntnisse zu gewinnen, die für die Gestaltung der Website relevant sind (Forschungsmodul 1, s. u.), und Erhebungen nach dem Start der Website, um die Website und deren Nutzen zu evaluieren und weiterzuentwickeln (Forschungsmodul 2, s.u.). In Tabelle 2 sind die einzelnen Forschungsmodule, Erhebungszeitpunkte, Befragungspersonen und die jeweiligen Ziele innerhalb der Forschungsmodule aufgeführt.



Tabelle 2: Übersicht über die einzelnen Forschungsmodule und einzelnen Erhebungsverfahren

Zeitraumen	Module / Erhebungsverfahren	Ziele
Modul 1: Qualitative Vorstudie		
Zwei Phasen: Herbst 2014 November/Dezember 2015	Qualitative Interviews mit Nutzerinnen und Nutzern von Assistenzleistungen, Erbringenden und Erbringern von Assistenzleistungen, der koordinierenden Kräfte, von Schlüsselpersonen aus dem sozialräumlichen Umfeld, von Vertreterinnen und Vertretern örtlicher Fachstellen sowie von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Dabei werden Nutzerinnen und Nutzer schwerpunktmäßig zu ihren Erwartungen, Erfahrungen, Bewertungen, Zufriedenheit usw. befragt; die ehrenamtlich Tätigen vor allem zu ihrer Motivation und Betreuungs-/Schulungsbedarf. In insgesamt 13 Interviews wurden 17 Personen von IfaS interviewt. Die Erkenntnisse wurden transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet.	vor der Startphase: • Identifikation von Anforderungen an eine Freizeitbörse • Abklären von datenschutzrechtlichen Fragestellungen • Einblick in die Bedarfe von Menschen mit Behinderung im Rahmen der Nutzung einer Freizeitbörse • Einblick in die Bedarfe von Menschen ohne Behinderung im Rahmen der Nutzung einer Freizeitbörse nach der Startphase: • Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der Website • Einschätzung zur Nutzung und Zugänglichkeit der Website
Modul 2: Evaluation der Freizeitbörse		
April bis September 2015	Durchführung und Auswertung einer quantitativen Befragung von Nutzerinnen und Nutzern der Börse. Entwicklung von standardisierten Fragebögen (Verteilung durch „Kultur für Alle e.V.“ Grundgesamtheit jeweils 25 Fragebögen): • Assistenznehmerinnen und -nehmer (Rücklauf: n=15) • Assistenzgeberinnen und -geber (Rücklauf: n=4) • Fachkräfte aus der Behindertenhilfe (Rücklauf: n=5) • Gestaltung der Website (Rücklauf: n=8) Datenerfassung und Auswertung durch IfaS.	• Einschätzung zur Gestaltung und den Inhalten der Website • Identifikation von Ansatzpunkten für die Weiterentwicklung der Website sowie der Gesamtkonzeption des Projektes • Erkenntnisse zu unterschiedlichen Perspektiven bzgl. der Nutzung der Website • Identifikation von Bedarfen bzgl. der Begleitung von Assistenznehmerinnen und -nehmern sowie Assistenzgeberinnen und -gebern

Zeitraumen	Module / Erhebungsverfahren	Ziele
Modul 3: Diskursives Projektmonitoring		
regelmäßig während der gesamten Projektlaufzeit	Projektberatung, Teilnahme an Sitzungen, Rückkoppelung von Zwischenergebnissen der Begleitforschung	- Information und Austausch im Rahmen der Weiterentwicklung und zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Projektes - Planung weiterer Schritte
Mai 2014	Diskussionswerkstatt/Ideenwerkstatt mit exemplarischen Vertreterinnen und Vertreter der o.g. Interessengruppen.	- Identifikation der Akzeptanz der Idee - Anregungen für den Aufbau der Börse
Modul 4: Instrument zur Selbstevaluation		
Januar 2016	Erstellung eines in der Praxis anwendbaren Instrumentariums für die kontinuierliche Selbstevaluation der verstetigten Ehrenamtsbörse auf Basis der eingesetzten standardisierten Fragebögen aus Modul 2	selbständige Evaluation des Projektes durch „Kultur für Alle e.V.“

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, lag der Schwerpunkt in der Begleitforschung bei der Erfassung von Wirkung und Akzeptanz des Angebotes einer Ehrenamtsbörse. Im Rahmen der Begleitforschung wurde eine Projektgruppe installiert, die aus Vertreterinnen und -vertretern der Landeshauptstadt Stuttgart, des Vereins „Kultur für alle e.V.“, des beauftragten Büros für das Webdesign sowie des Begleitforschungsinstituts bestand. Somit war gewährleistet, dass alle am Projekt Beteiligten sich gegenseitig informieren konnten und die Internetbörse in ihrer bisherigen Form weiterentwickelt werden konnte.

Am Ende der Projektlaufzeit wurde im November 2015 eine Abschlussveranstaltung durchgeführt. Diese war so angelegt, dass die bisherigen Nutzerinnen und Nutzer Raum für gegenseitigen Austausch hatten. Es zeigte sich bei der Veranstaltung der Wille der Beteiligten, die Freizeitbörse weiter auszubauen und dadurch eine Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Im Herbst 2015 wurden im Sozial- und Gesundheitsausschuss der Landeshauptstadt Stuttgart erste Ergebnisse aus der Begleitforschung präsentiert, die unter anderem belegten, dass es wünschenswert wäre, das Projekt langfristig anzulegen.

2.1.2 Ergebnisse der Begleitforschung

a) Erwartungen an die Börse (Modul 1)

Im Rahmen des Moduls 1 konnten im Rahmen einer Vorstudie zunächst mit insgesamt 13 Personen¹ Interviews geführt werden (erste Erhebungsphase). Dabei standen die folgenden erkenntnisleitenden Fragestellungen im Vordergrund:

¹ Ein Gruppeninterview mit drei Personen und zwei Interviews mit Menschen mit Behinderung und deren Begleitung



- Welche Aspekte müssen beachtet werden, dass die Vermittlung von Freizeitassistenz zwischen Menschen mit und ohne Behinderung gelingen können?
- Was ist bei einer onlinebasierten Freizeitbörse zu beachten, deren Ziel es ist, Menschen mit und ohne Behinderung für die gemeinsame Freizeitgestaltung zusammenzubringen?

Bei den Interviewpartnerinnen und -partnern handelte es sich um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Projektebene (Verein „Kultur für alle e. V.“ sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des für die Konzeption der Website beauftragten Grafikbüros), Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Behindertenhilfe sowie interessierten Assistenznehmerinnen und -nehmern. Die Erkenntnisse aus diesen Interviews sollten dann in die weitere Konzeption der onlinebasierten Freizeitbörse einfließen beziehungsweise wurden auch genutzt für die Erstellung der Fragebögen zur Evaluation der Ehrenamtsbörse (Modul 2).

In diesen Interviews kristallisierten sich vier Themen als besonders relevant für die Konzeption der onlinebasierten Freizeitbörse heraus:

- Menschen mit (geistiger) Behinderung als Zielgruppe,
- Bedarfe von Ehrenamtlichen als Assistenzgeberinnen und -geber,
- Prozess der Vermittlung/Begegnungsgestaltung,
- Nachhaltigkeit des Angebots.

32 Im Folgenden werden anhand dieser vier Themen die Ergebnisse aus den Interviews dargestellt.

1. Menschen mit (geistiger Behinderung) als Zielgruppe

Grundsätzlich könnte das Angebot der onlinebasierten Freizeitbörse dazu beitragen, dass die Selbstständigkeit der Menschen mit Behinderung erweitert wird und ein Zugewinn an Lebensqualität sowohl für die Menschen mit Behinderung als auch für die Fachkräfte in den Einrichtungen entsteht. Beide könnten sich auf Augenhöhe begegnen, und Menschen mit Behinderung seien in ihrer Freizeitgestaltung nicht mehr auf die Anregung von den Fachkräften angewiesen, sondern können selbst planen und müssen nicht mehr um Erlaubnis fragen. Somit haben sie die Möglichkeit, ihren Kreis an Ansprechpersonen zu erweitern „...und auch nicht immer nur aus der Richtung Pädagogik, sondern einfach auch so aus dem bunten Leben“ (Interview M_003).

Menschen mit Behinderung, die die Website der Freizeitbörse nutzen möchten, sollten diese eigenverantwortlich und selbstbestimmt nutzen können. Hierfür ist bei der Gestaltung der Website auch die technische Barrierefreiheit (Vergrößerungen, Brailleschrift, Screenreadern, einfache Sprache etc.) zu berücksichtigen (Interview M_002), so dass auch Menschen mit einer geistigen Behinderung Zugang zu den Inhalten der Website haben. Dennoch kann es möglich sein, dass insbesondere für Menschen mit einer geistigen Behinderung die Abstraktion über das Internet zu kompliziert ist bzw. die Komplexität der Website überfordern kann (Interviews M_001 und M_008).

Neben dem Anspruch, dass die Website eigenverantwortlich und selbstbestimmt genutzt werden kann, sollte man auch davon ausgehen, dass die Menschen mit Behinderung ihren Assistenzgeberinnen und -gebern selbst sagen können, welche Unterstützung sie benötigen. Hier sei es in der Verantwortung der Fachkraft der Behindertenhilfe, nicht mehr zu denken, dass sie „die Glückseligkeit bringt“ (Interview M_009).

Deshalb sollte Vertrauen in die Fähigkeiten von Menschen mit (geistiger) Behinderung entwickelt werden, da sie durchaus auch Gefahr laufen würden, unterschätzt zu werden. Das heißt, es müsse auch damit gerechnet werden, dass die Website mangels Interesse Einzelner nicht genutzt wird. Der Grund kann also nicht nur darin liegen, dass einzelne Menschen mit Behinderung aufgrund ihrer Beeinträchtigung nicht in der Lage sind, die Website zu bedienen.

Mit Blick auf Menschen mit Körperbehinderung wird vermutet, dass diese lediglich an „reiner Assistenz“ (Interview M_009) Interesse haben könnten und dass es dort weniger um langfristige Bindung gehen wird.

2. Bedarfe von Ehrenamtlichen als Assistenzgeberinnen und -geber

Um den Umgang miteinander zu lernen, seien Schulungen für Assistenzgeberinnen und -geber hilfreich. Diese sollten kostenlos angeboten werden. Erfahrungen der Interviewpartnerinnen und -partner zeigen, dass Schulungen von Ehrenamtlichen gerne angenommen würden. Mithilfe der Themen „Ermutigung“, „Selbständigkeit“, „eigene Grenzen in der Kommunikation mit Menschen mit Behinderung“ sowie „Geduld im Umgang mit Menschen mit Behinderung“ könnte für die Bedarfe von Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden. Zudem könnten mit dem Angebot von Schulungen Hemmschwellen und Berührungsängste abgebaut werden.

Andererseits wird von einer Interviewpartnerin (Fachkraft der Behindertenhilfe) betont, dass die persönliche Begleitung wichtiger sei, als die Schulung der Assistenzgeberinnen und -geber: „Der Austausch mit uns und unter den Freiwilligen ist viel viel wichtiger, wirklich dieses Individuelle: Ich habe das und das Problem und brauche da und da jetzt einen Tipp“ (Interview M_001). Schulungen im Freizeitbereich werden als nicht notwendig betrachtet, es gehe darum zu „entdramatisieren“ (Interview M_009). Schulungen könnten auch verunsichern und eher vermeidendes Verhalten hervorrufen - so kann bspw. ein Vortrag über Epilepsie dazu führen, dass man mit der betreffenden Person nicht mehr in die Disco geht (Interview M_009). Ausschlaggebend sei bei der Assistenz letztlich nicht, ob die Person im Umgang mit Menschen mit Behinderung geschult ist, sondern ob sie sympathisch ist (M_005).

33

Jedoch bräuchten die Assistenzgeberinnen und -geber wenigstens hilfreiche Informationen, die beispielsweise durch eine kontinuierliche Ansprechperson gegeben werden können. Insbesondere am Anfang sei es eine hilfreiche Unterstützung für die Assistenzgeberinnen und -geber, zu wissen, an wen man sich bei Fragen wenden könnte, die sich aus dem Kontext ergeben können (z. B. die Information, dass Ironie von manchen Menschen mit Behinderung nicht verstanden wird).

Die Interviewpartnerinnen und -partner geben an, dass die Beziehung zwischen Assistenzgeberin beziehungsweise -geber und Assisenznehmerin beziehungsweise -nehmer Zeit brauche und wachsen müsse. In diesem Zusammenhang müssten Assistenzgeberinnen und -geber sich möglicherweise in manchen Situationen toleranter zeigen. Zum Beispiel könnten sich diese überfordert fühlen oder peinlich berührt sein aufgrund einzelner Verhaltensweisen von Menschen mit Behinderung, zum Beispiel wenn ein lauter Schrei ein Ausdruck von Freude ist (Interviews M_004 und M_009).

Hinsichtlich der Frage des „bezahlten Ehrenamtes“ zeige die Erfahrung mit studentischen Ehrenamtlichen, dass es notwendig sein könne, eine finanzielle Vergütung vorzuhalten oder zumindest



den Selbstnutzen aufzuzeigen. Dies könnte hilfreich sein für die Gewinnung von weiteren Assistenzgeberinnen und -gebern (Interview M_001).

3. Prozess der Vermittlung/Begegnungsgestaltung

Eine wichtige Rahmenbedingung der Vermittlung von Freizeitpartnerinnen und -partnern sehen die Interviewpartnerinnen und -partner in der rechtlichen Absicherung der Nutzerinnen und Nutzer. Dies betrifft Fragen nach dem Versicherungsschutz für die Freizeitpartnerinnen und -partner, ein erweitertes Führungszeugnis als Voraussetzung, Berücksichtigung von Datenschutzbestimmungen sowie das Sicherheitszertifikat des Web-Servers, bei dem die Internetseite hinterlegt ist.

Weiter wird angeregt, Kooperationen mit Fachkräften aus der Behindertenhilfe einzugehen, da diese nach Ansicht der Interviewpartnerinnen und -partner als „Katalysator bzw. Vermittler“ (Interview M_008) dienen können, um zum Beispiel Menschen mit Behinderung im stationären Wohnen den Zugang zum Internet zu ermöglichen. Außerdem wird vermutet, dass die Fachkräfte im stationären Wohnbereich motivierende Ansprechpersonen sein können für Personen, die dort sehr zurückgezogen leben. Die Fachkräfte aus der Behindertenhilfe werden in diesem Zusammenhang als Vertrauenspersonen angesehen, denen eine Vermittler- und Türöffnerfunktion für die Freizeitbörse zukommt (Interview M_009). Eine Kooperation mit Behindertenhilfeeinrichtungen diene auch dem Schutz der Menschen mit Behinderung selbst. Zudem seien Kooperationen mit Behindertenhilfeeinrichtungen auch für die Durchführung entsprechender Schulungsmaßnahmen hilfreich.

Die Bildung und die Weiterentwicklung der Tandems zwischen den Freizeitpartnerinnen und -partnern benötigt nach Aussage der Befragten Begleitung und Unterstützung. Hierfür sollten aus folgenden Gründen entsprechende zeitliche und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden:

- Herstellung einer größtmöglichen Übereinstimmung zwischen den Tandempartnerinnen und -partnern, um Beziehungsabbrüche zu vermeiden,
- Ausschluss unseriöser Assistenzgeberinnen und -geber (z.B. Erschleichung von günstigen Eintrittskarten etc.),
- Abklärung der Motivation - Ehrenamtliche würden häufig erst im Erstgespräch bemerken, dass sie es bei ihrem Engagement mit Menschen mit Behinderung zu tun haben und nähmen dann Abstand vom Engagement (Interview M_001).

4. Nachhaltigkeit

„Es wird empfohlen, das Angebot der Online-Börse und auch Beispiele von Freizeitpartnerinnen und -partnern regelmäßig in Behindertenverbänden und Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe vorzustellen. Dadurch könnte gewährleistet werden, dass auch Menschen mit Behinderung, die über keinen Internetzugang verfügen, an die Informationen kommen. „... Statt dem Internet hätten wir einen Marktschreier, sprich eine - von mir aus gerne ehrenamtliche - Gruppe von Leuten, die sagen ‚wir wandern einmal im Monat in die bestehenden Heime in Stuttgart [...] und verkünden, was im nächsten Monat alles läuft und wozu die Ehrenamtsbörse auch einlädt‘ [...] ich rudere immer samstags ich habe noch Platz in meinem Boot will jemand mit ?‘ [...] Wirklich eine mündliche Verkündung...“ (Interview M_004).

Zusätzlich sollte überlegt werden, über die Leitungsebene der Einrichtungen zu gehen, da diese über eigene Pools von Ehrenamtlichen verfügen würden, an die man mit der Freizeitbörse evtl. anknüpfen könnte (Interview M_009).

Ergänzend zur Vorstellung in Einrichtungen der Behindertenhilfe wird angeregt, eine regelmäßige reale Börse außerhalb der virtuellen Welt zu veranstalten, bei der man in Kontakt kommen kann, bei der Austausch und Kennenlernen möglich sind (Interview M_009). Die Börse dürfe also nicht nur online existieren, denn „das ist kein Selbstläufer. Also auch wenn es internetbasiert ist, da müssen Menschen dahinter stehen, engagierte Menschen, die sich sowohl um die technische Begleitung als auch um die menschliche Begleitung kümmern sonst schläft es irgendwann wieder ein. Einfach nur da sein, reicht in diesem Fall dann nicht, da sein im Internet“ (Interview M_001).

Zusammenfassend lässt sich für die erste Erhebungsrunde sagen, dass alle Interviewpartnerinnen und -partner offen sind für die Idee einer onlinebasierten Freizeitbörse, die im Freizeitbereich Partnerschaften vermittelt, um dadurch die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit (geistiger) Behinderung auf- und auszubauen. Allerdings geben die Interviewpartnerinnen und -partner unterschiedliche Aspekte zu bedenken, die bei der Konzeption berücksichtigt werden sollten, damit die Freizeitbörse ein Erfolg werden kann:

- Ergänzung der Website durch begleitende Maßnahmen in der „Realität“
- Maßnahmen zur Vorbereitung der Ehrenamtlichen auf ihre Rolle als Assistenzgeberinnen und -geber
- Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung als Akteure und nicht als Empfängerinnen und Empfänger von Dienstleistungen

35

Offen bleibt die Frage, wie gewährleistet werden kann, dass sich alle interessierten Menschen mit Behinderung an der Freizeitbörse beteiligen können. Hier sind sich die Interviewpartnerinnen und -partner einig, dass ein Internetauftritt allein nicht ausreichend ist.

b) Einschätzungen zu ersten Erfahrungen mit der Börse (Modul 1 - zweite Erhebungsphase; Modul 2)

Ergebnisse der qualitativen Erhebung (Modul 1)

Nach dem Start der Website „Machen wir was!“ und ersten Vermittlungen zwischen Freizeitpartnerinnen und -partnern wurden Ende des Jahres 2015 mit jeweils zwei Assistenznehmerinnen und -nehmern sowie Assistenzgeberinnen und -gebern Interviews geführt (insgesamt also vier). Hier standen der Zufriedenheitsaspekt sowie Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Freizeitbörse im Vordergrund. Zusätzlich zu den in der ersten qualitativen Erhebungsphase identifizierten Themen spielte in dieser zweiten Erhebungsphase noch das Thema „Zugang zum Angebot“ eine Rolle.

1. Menschen mit (geistiger) Behinderung als Zielgruppe

Im Frühjahr/Sommer 2015 fanden die ersten Treffen von Freizeitpartnerinnen und -partnern statt. Auffallend ist, dass bei den durchgeführten Freizeitaktivitäten die Begegnung und der Austausch im Vordergrund standen. Die Begleitung zu Kulturveranstaltungen wurde zwar auch benannt (Inter-



view M_011), jedoch ging es bei den Begegnungen der Freizeitpartnerinnen und -partner insbesondere darum, dass man sich sympathisch ist und gemeinsame Interessen hat (Interviews M_010 und M_011). So wurden insbesondere gemeinsame Besuche in Restaurants oder Cafés oder Spaziergänge als Aktivitäten angegeben (Interviews M_010, M_012 und M_013).

Ergänzend zu den gemeinsamen Aktivitäten sollte die körperliche Herausforderung nicht unterschätzt werden. Es kann zu sehr „nahen Begegnungen“ kommen, wenn bspw. bei Transfers (z.B. vom Rollstuhl ins Auto) Unterstützung geleistet wird, bei der es sich um eine körpernahe Aktivität handelt. Hier kann es schnell zu Überforderungen kommen (Interview M_012).

2. Bedarfe von Ehrenamtlichen als Assistenzgeberinnen und -geber

Dadurch, dass das Angebot der Freizeitbörse niedrigschwellig ist und keine langfristigen Verpflichtungen eingegangen werden müssen, ist das Angebot auch geeignet für ein kurzfristiges Engagement beziehungsweise für ein Ausprobieren. Man ist als Assistenzgeberin oder -geber nicht verpflichtet, sich mit einer Person zu treffen, die man nicht sympathisch findet. Man kann sich ausprobieren und Fehler zulassen, weil man beispielsweise keine Konsequenzen von einem Arbeitgeber erwarten muss, weil man sich nicht korrekt verhalten hat (Interview M_012).

Neben diesem Aspekt des Ausprobieren-Könnens spielt es auch eine Rolle, dass der Umgang mit Menschen mit Behinderung ausprobiert werden kann und eigene Lernfelder identifiziert werden. Manchmal fühle man sich als Mensch ohne Behinderung „unnormale“, denn „man wird schon angeschaut“, wenn die Behinderung der Person, die man begleitet, auffällig ist (Interview M_013).

Das Angebot könnte dazu beitragen, dass Hemmschwellen und Berührungängste abgebaut werden (Interview M_010). Voraussetzung für die Vermittlung als Freizeitpartnerin oder -partner ist die Vorlage eines Führungszeugnisses. Dies wird als Hemmnis betrachtet, weil es für Einzelne möglicherweise einen zu großen Aufwand bedeutet (Interview M_013).

3. Prozess der Vermittlung/Begegnungsgestaltung

Das Ziel der onlinebasierten Freizeitbörse ist die Vermittlung von Freizeitpartnerinnen und -partnern mit und ohne Behinderung. In diesem Zusammenhang wird bemerkt, dass darauf hingewiesen werden sollte, dass das Angebot seriös sei und vom Verein „Kultur für alle“ sowie der Landeshauptstadt Stuttgart angeboten werde (Interview M_011). Es wird nicht näher darauf eingegangen, ob dieser Hinweis auf der Website oder allgemein in der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen sollte.

Die Vermittlung der Freizeitpartnerinnen und -partner erfolgte in zwei Fällen mithilfe einer persönlichen Ansprechperson (Interviews M_010 und M_012). In zwei Fällen erfolgte die Initiative durch den Menschen mit Behinderung, der dann einen potenziellen Freizeitpartnerin oder einen potenziellen Freizeitpartner angeschrieben hat (M_011 und M_013). Lediglich in einem Interview wird jedoch deutlich, dass die Freizeitpartnerin oder der Freizeitpartner über die Website gefunden wurde (Interview M_011).

Ein Interviewpartner äußerte, dass für die Vorbereitung der Aktivitäten das Wissen um Behinderung nicht wichtig war, „das war irrelevant“ (Interview M_012). Jedoch sei eine Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner, an die oder den man sich jederzeit wenden kann, gut (Interview M_012).

4. Nachhaltigkeit

Durch den Austausch mit den Akteuren entwickelt sich die Website² stetig fort. Um das Interesse an der Website aufrechtzuerhalten, muss sie aktuell gehalten werden, denn „wenn ein paar Wochen lang die gleichen Köpfe kommen auf der Website und darunter steht ‚eine Woche dabei, seit einer Stunde registriert‘, dann finde ich das ein bisschen komisch“ (Interview M_011). Außerdem sollten die Nutzerprofile gepflegt oder zumindest ausgefüllt sein (Interview M_012). Außerdem sollte überlegt werden, ob zusätzlich Austauschmöglichkeiten der Nutzerinnen und Nutzer untereinander auf der Website angeboten werden (Interview M_012).

Die Marke „Machen wir was!“ wird als prägnant wahrgenommen. Sie assoziiere Spontaneität und Lockerheit (M_012). Dies ist sicherlich ein wichtiger Aspekt, dass die Freizeitbörse positiv in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Jedoch sollten Mittel für Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden, denn bisher werde die Börse kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen (M_011).

Ergänzend zur Website sollte die Freizeitbörse die Möglichkeit bieten, dass die Nutzerinnen und Nutzer sich regelmäßig treffen können, z.B. in Form von monatlichen Austauschtreffen (Interview M_010). Dadurch könnte auch eine längerfristige Bindung der Nutzerinnen und Nutzer erreicht werden (Interview M_013).

5. Zugang zum Angebot

37

Keiner oder keiner der vier Interviewpartnerinnen und -partner ist über die Website selbst auf die Börse aufmerksam geworden. Zwei haben darüber in der Zeitung gelesen (Interviews M_010 und M_011), zwei wurden von Freunden darauf aufmerksam gemacht (Interviews M_012 und M_013). Zusätzlich wurde von einer/einem Interviewpartner/in geäußert, dass sie/er über keinen Internetzugang verfügt. Hier wurde der Kontakt zusätzlich telefonisch sowie über Treffen aufgebaut.

Zusätzlich wurde geäußert, dass anfangs die Befürchtung bestand, es handele sich um kein seriöses Angebot (Interview M_011).

Ergebnisse der quantitativen Erhebungen (Modul 2)

Für die Evaluation der Freizeitbörse wurden insgesamt vier Zielgruppen mit jeweils spezifisch konzipierten Fragebögen befragt:

- Assistenzgeberinnen und -geber
- Assistenznehmerinnen und -nehmer
- Fachkräfte aus der Behindertenhilfe
- Nutzerinnen und Nutzer der Website allgemein

Die Fragebögen für Assistenzgeberinnen und -geber, Assistenznehmerinnen und -nehmer sowie Nutzerinnen und Nutzer der Website lagen zusätzlich in Leichter Sprache vor. Die Fragebögen bestanden in der Hauptsache aus standardisierten Fragen und einem Teil offener Fragen. Den ersten drei Zielgruppen wurden zum Teil dieselben Fragen gestellt, um Vergleiche zu ermöglichen.

² Alle Antworten, die sich auf die gestalterische/inhaltliche Form der Website beziehen, sind im Kontext mit der ursprünglichen Gestaltung der Website zu betrachten. Mittlerweile hat die Website einen anders gestalteten Auftritt.



Insgesamt wurden für jede Zielgruppe 25 Exemplare der Bögen ausgegeben (Auslage bei Veranstaltungen zur Freizeitbörse, direkte Ansprache durch die Projektleitung), ergänzend wurden die Fragebögen in elektronischer Form auf der Website veröffentlicht. Die Rückläufe verteilen sich folgendermaßen:

- Assistenzgeberinnen und -geber: n=4, davon ein Bogen in Leichter Sprache
- Assistenznehmerinnen und -nehmer: n=15, davon 12 Bögen in Leichter Sprache
- Fachkräfte aus der Behindertenhilfe: n=5
- Nutzerinnen und Nutzer der Website: n=8, davon ein Bogen in Leichter Sprache

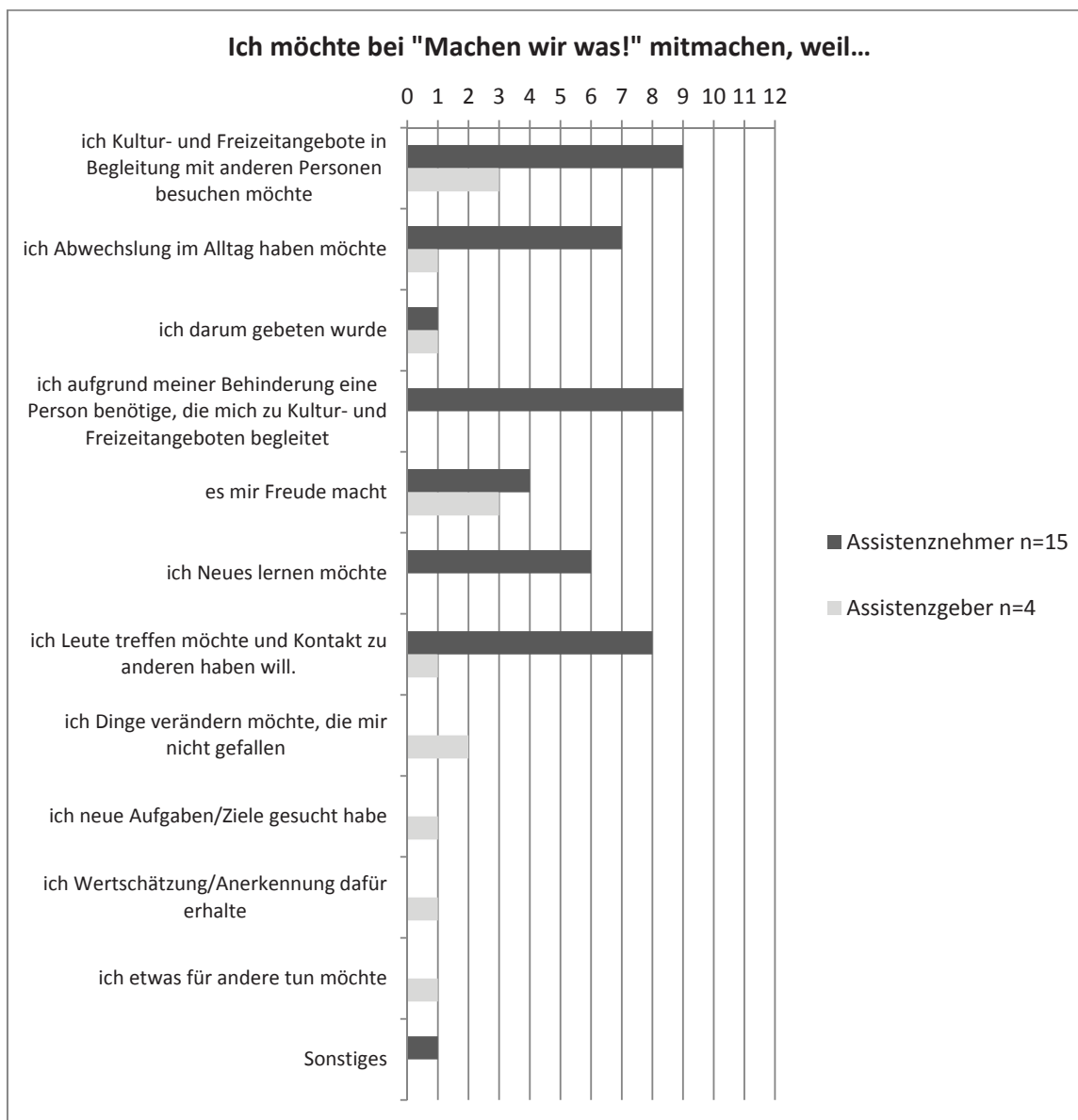
Bei der Bewertung der Ergebnisse ist zu beachten, dass aufgrund der geringen Grundgesamtheit³ die Belastbarkeit der Aussagen eingeschränkt ist. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse dargestellt.

Motivation zur Beteiligung am Projekt

Was motiviert Menschen, bei der Freizeitbörse mitzumachen? Den Befragten wurden verschiedene Antwortmöglichkeiten angeboten, die sie – wenn es auf sie zutraf – ankreuzen konnten. Abbildung 1 ist zu entnehmen, dass es bei den Assistenznehmerinnen und -nehmern im Schwerpunkt darum geht, andere Menschen zu treffen beziehungsweise durch Unterstützung seitens anderer Freizeitaktivitäten durchzuführen. Bei den Assistenzgeberinnen und -gebern spielt zusätzlich noch eine Rolle, die eigene freie Zeit sinnvoll zu verbringen (etwas für andere tun, Wertschätzung erhalten, Dinge verändern).

³ Auf Grund der Struktur des Projekts erfolgte die Verteilung der Bögen über den Projektträger und zum Teil weitere „vermittelnde“ Instanzen. Dies erschwerte eine wirkungsvolle Werbung für die Beteiligung bzw. ein nochmaliges Nachfassen, was die teilweise geringe Rücklaufquote erklärt. Die Gesamtquote ist mit 32% allerdings befriedigend.

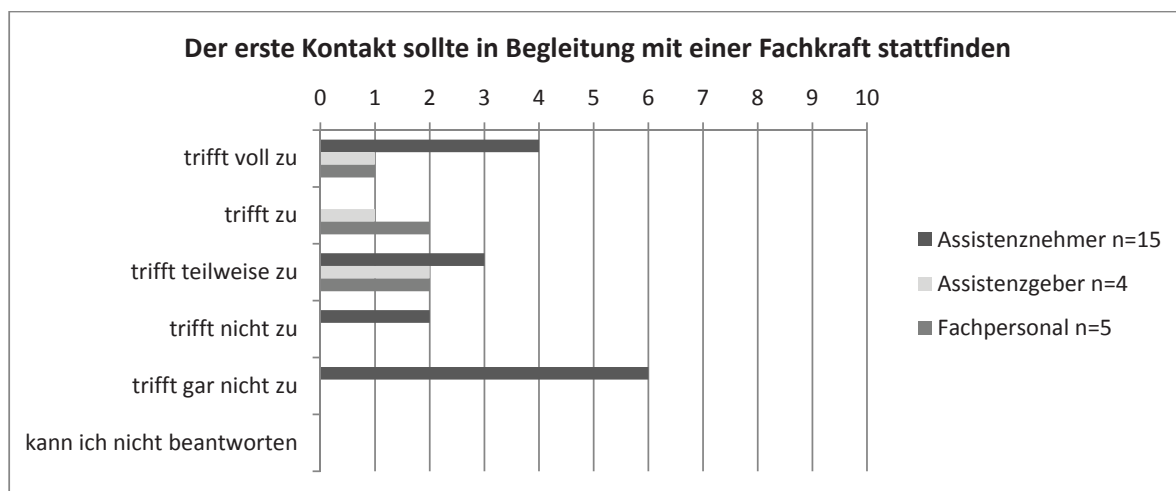
Abbildung 1: Grundsätzliche Motivation der Beteiligung an „Machen wir was!“ (Mehrfachantworten möglich)



Rahmenbedingungen der Treffen

In den qualitativen Erhebungen war mehrfach die Thematik angesprochen worden, ob und inwieweit die Kontakte zwischen Assistenzgebern beziehungsweise Assistenzgeberinnen und Assistenznehmern beziehungsweise Assistenznehmerinnen durch Fachkräfte begleitet werden sollten. Daher wurde eine entsprechende Frage aufgenommen.

Abbildung 2: Erstkontakt mit einer Fachkraft



Insgesamt neun der 24 Befragten sind der Ansicht, dass der Erstkontakt zwischen Assistenznehmerin und -nehmer sowie Assistenzgeberin und -geber durch eine Fachkraft begleitet werden sollte. Zu berücksichtigen ist jedoch auch, dass insgesamt acht der 15 befragten Assistenznehmerinnen und -nehmer dieser Aussage nicht zustimmen (Abbildung 2).

- 40 Eine weitere Anregung aus dem qualitativen Studienteil betraf Gelegenheiten zu Treffen bzw. zu Austausch in der „realen“ Welt. In Abbildung 3 ist dargestellt, dass zwei der vier Assistenzgeberinnen und -geber sowie vier der fünf Fachkräfte einen regelmäßigen Austausch zwischen den Assistenzgeberinnen und -gebern befürworten. Auch sind drei der acht Befragten auf dem Fragebogen der Website der Ansicht, es bedürfe eines regelmäßigen Austausches (Abbildung 4).

Abbildung 3: regelmäßiger Austausch mit anderen Assistenzgeberinnen und -gebern

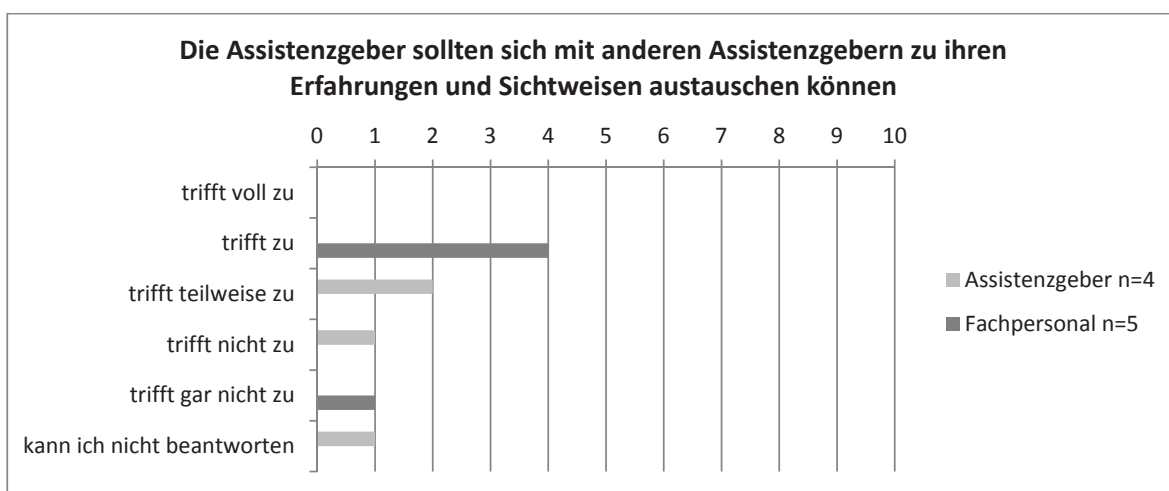
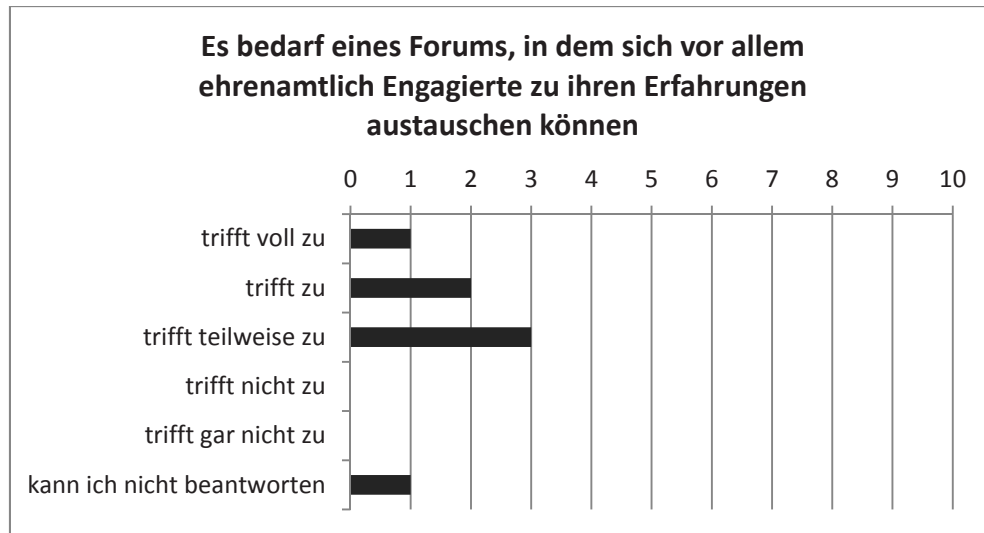


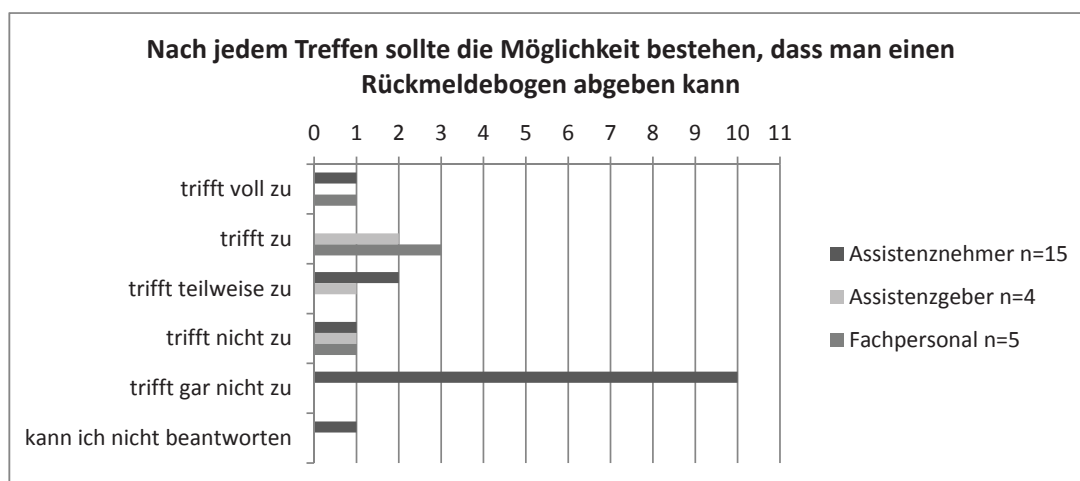
Abbildung 4: Fragebogen Website (n=8) - Austausch von ehrenamtlich Engagierten (keine Angaben: 1)



Als weitere mögliche Rahmenbedingung wurde die Einführung eines Rückmeldebogens zu den Treffen der Freizeit-Tandems ins Spiel gebracht. Die Möglichkeit des Ausfüllens eines Rückmeldefragebogens halten insgesamt 7 der 24 befragten Personen für gut. Die meisten Assistenznehmerinnen und -nehmer (11 von 15) stimmen jedoch dieser Aussage nicht zu (Abbildung 5). Hier wäre es interessant, die näheren Gründe zu erfahren; ob die Zurückhaltung beispielsweise daran liegen könnte, dass die oder der Einzelne Schwierigkeiten beim Erfassen von Texten hat.

41

Abbildung 5: Möglichkeit, einen Rückmeldebogen auszufüllen

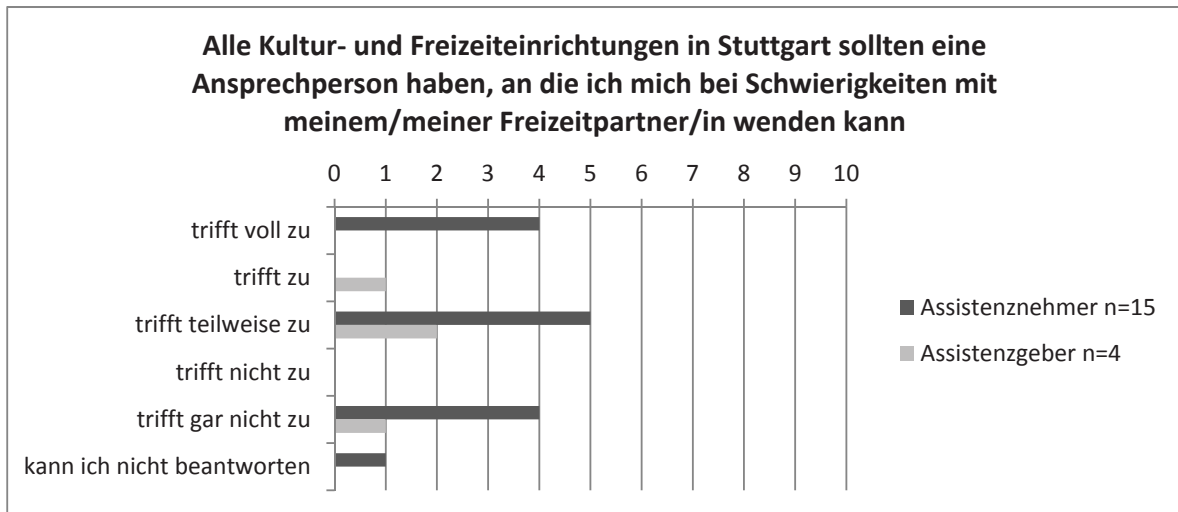


Ergänzend dazu gaben alle vier Assistenzgeberinnen und -geber an, dass sie sich zumindest telefonisch mit dem zuständigen Fachpersonal austauschen möchten.

Eine regelmäßige Supervision befürworteten vier der fünf befragten Fachkräfte jedoch kein/e Assistenzgeber/in (n=4).

Über das Angebot der Freizeitbörse „Machen wir was!“ hinaus wünschen sich vier Assistenznehmerinnen und -nehmer sowie eine Assistenzgeberin beziehungsweise ein Assistenzgeber einen kontinuierlichen Ansprechpartner bei allen Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Stuttgart, an den man sich bei Schwierigkeiten mit der Freizeitpartnerin und -partner wenden kann (Abbildung 6). Eine Assistenznehmerin beziehungsweise ein Assistenznehmer hat hierzu keine Angaben gemacht.

Abbildung 6: Ansprechpartner bei den Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Stuttgart bei Schwierigkeiten mit dem Freizeitpartner



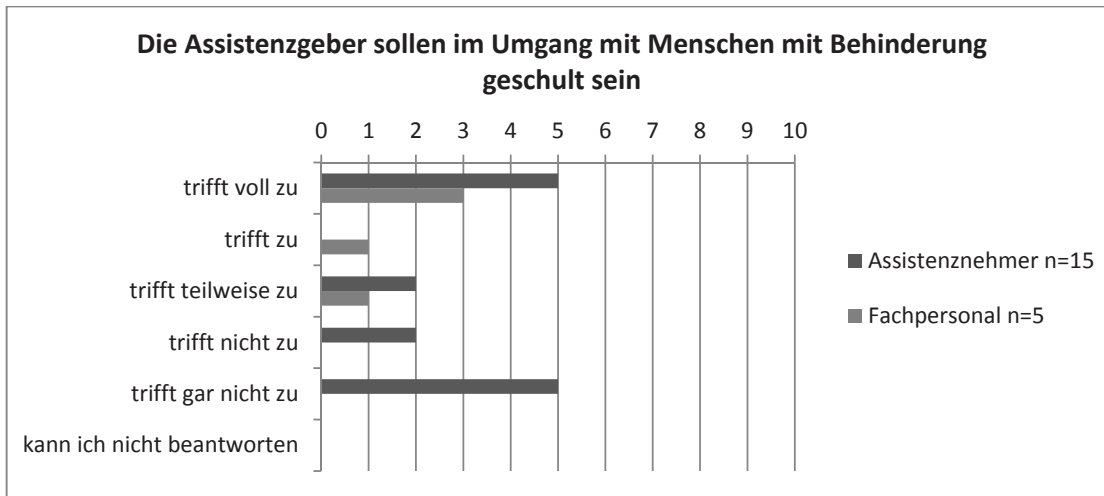
Finanzielle Rahmenbedingungen

Alle Assistenzgeberinnen und -geber (n=4) geben an, dass ihnen ein Honorar für ihre Tätigkeit nicht wichtig ist. Auch der Wunsch nach Auslagenerstattung wird von zwei der vier Assistenzgeberinnen und -gebern lediglich teilweise bestätigt.

Schulungsmaßnahmen

Alle Fachkräfte (n=5) sind der Ansicht, dass Assistenzgeberinnen und -geber verpflichtend an einer Schulung teilnehmen sollten, wohingegen sieben der befragten Assistenznehmerinnen und -nehmer (n=15) der Ansicht sind, dass dies nicht als Voraussetzung gelten müsse. Auf einem Fragebogen der Assistenznehmerinnen und -nehmer wurde keine Angabe gemacht (Abbildung 7). Mit diesem Ergebnis korrespondiert, dass lediglich ein/e der vier Assistenzgeberinnen und -geber auf die Möglichkeit von Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen zurückgreifen möchte (die Frage nach der Schulung als verpflichtende Voraussetzung wurde auf dem Fragebogen der Assistenzgeberinnen und -gebern nicht gestellt).

Abbildung 7: Schulung von Assistenzgeberinnen und -gebern als Voraussetzung



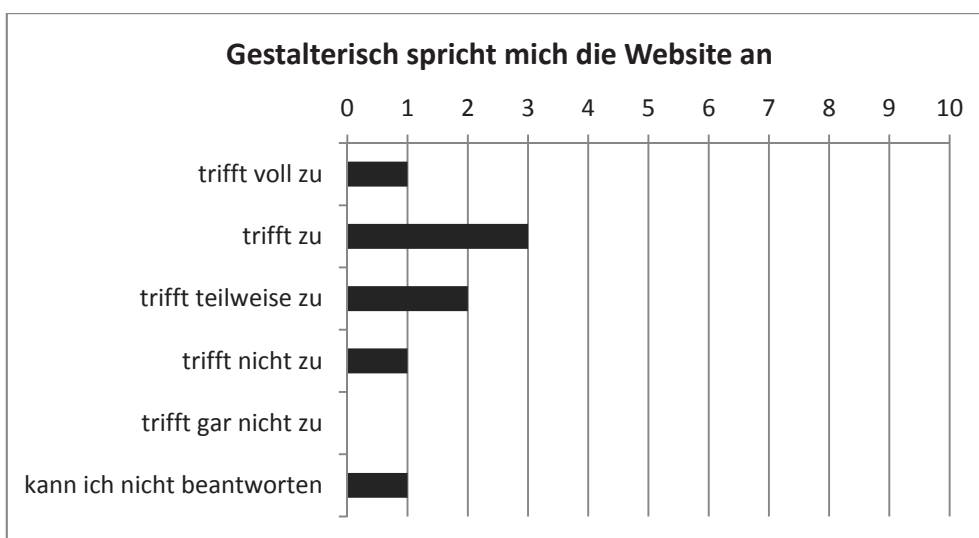
Drei der fünf Fachkräfte sind der Ansicht, dass diese Schulung vor dem Erstkontakt stattfinden sollte, wohingegen sich lediglich eine der vier Assistenzgeberinnen und -geber für eine Basisschulung vor dem Erstkontakt ausspricht. Eine Schulung für die Assistenzgeberinnen und -geber sollte nach Ansicht von vier Fachkräften (n=5) unter Beteiligung von Menschen mit Behinderung stattfinden. Diese Ansicht teilen jedoch nur zwei der vier befragten Assistenzgeberinnen und -geber. Acht der fünfzehn befragten Assistenznehmerinnen und -nehmer gaben an, sich an einer solchen Schulung beteiligen zu wollen.

43

Gestaltung der Website⁴

Vier der acht Personen, die sich an der Befragung zur Website beteiligten, geben an, dass sie sich von der Gestaltung der Website angesprochen fühlen (Abbildung 8).

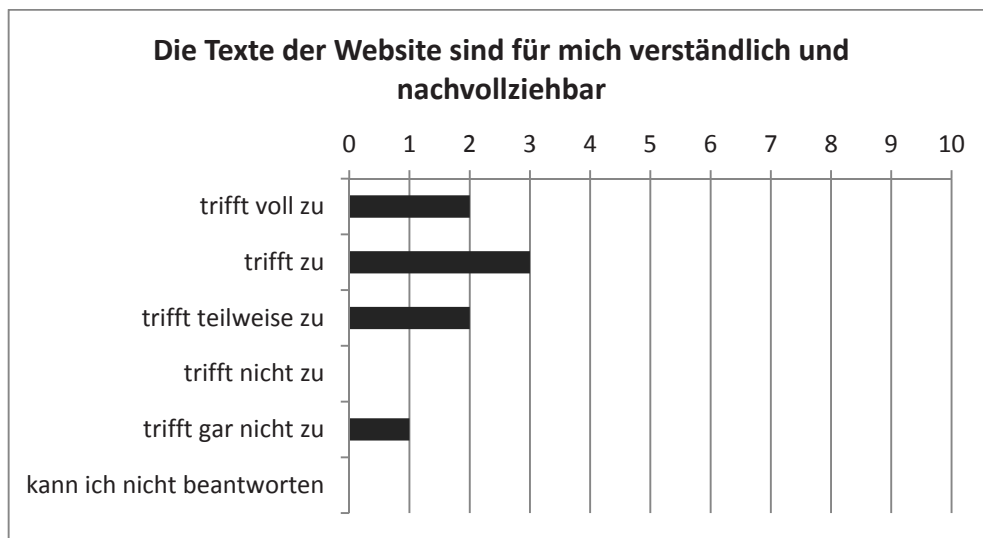
Abbildung 8: Fragebogen Website (n=8) - Gestaltung der Seite, allgemein



⁴ Bezogen auf die ursprüngliche Gestaltungsform der Website (s.a. Fußnote 2)

Im Hinblick auf die Zielgruppen (u.a. Menschen mit einer geistigen Behinderung), die von der Website angesprochen werden sollen, ist auch die folgende Auswertung wichtig (Abbildung 9). Fünf der befragten acht Personen gaben an, dass sie die Texte auf der Website verstehen. Da jedoch in diesem Fragebogen nicht erfasst wurde, ob und welche Behinderung bei den befragten Personen vorliegt, kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie viele Personen mit geistiger Behinderung sich an dieser Befragung beteiligt haben.

Abbildung 9: Fragebogen Website (n=8) - Verständlichkeit der Texte



44

Sicherheitsaspekte

Voraussetzung für die Teilnahme an der Freizeitbörse ist die Vorlage eines Führungszeugnisses. Aus diesem Grund wurde auf dem Fragebogen zur Website abgefragt, wie die Befragten dieses Thema einschätzen. Sieben der acht befragten Personen geben an, dass sie die Vorlage des Führungszeugnisses für gut bewerten. Jedoch sind drei der acht Befragten zugleich der Ansicht, dass dies ein aufwändiges Verfahren ist.

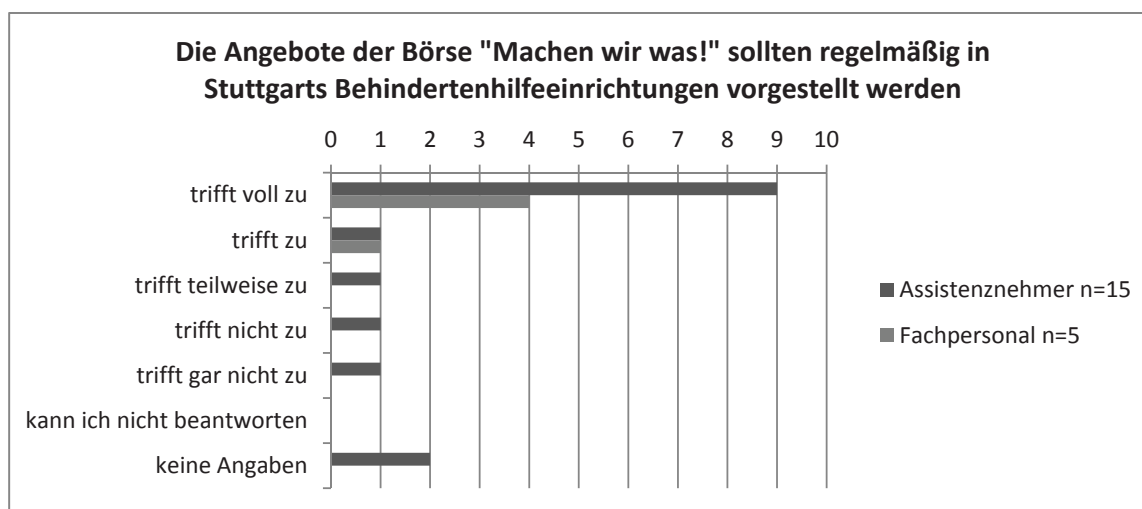
In einer weiteren offenen Frage sollte ergänzt werden, ob es zusätzliche Kriterien neben dem Führungszeugnis gibt, die erfüllt werden sollten. Lediglich eine der acht befragten Personen stimmt dieser Fragestellung zu, führt dies jedoch nicht näher aus. Fünf der acht Befragten machen zu dieser Fragestellung keine Angaben. In den näheren Ausführungen wird von einer weiteren Person angegeben, dass normale Höflichkeitsregeln das Wichtigste seien. Hierzu wurden Pünktlichkeit und Verlässlichkeit (rechtzeitiges Absagen bei Nicht-Erscheinen) angeführt.

Der Datensicherheit des Webserver vertrauen drei der acht befragten Personen, zwei vertrauen der Datensicherheit teilweise. Eine Person kann diese Frage nicht beantworten, zwei Personen machen hierzu keine Angaben.

Zusätzliche Angebote neben der Vermittlung von Freizeitpartnerinnen und -partnern

Auf den Fragebögen der Assistenznehmerinnen und -nehmer sowie des Fachpersonals wurde danach gefragt, ob das Angebot der Freizeitbörse regelmäßig in Einrichtungen der Behindertenhilfe vorgestellt werden sollte. Insgesamt 10 der 15 Assistenznehmerinnen und -nehmer sowie alle fünf Fachkräfte stimmen dieser Aussage zu (Abbildung 10).

Abbildung 10: regelmäßige Vorstellung des Angebotes „Machen wir was!“ in Einrichtungen der Behindertenhilfe



45

Ergänzend wurde im Fragebogen zur Website abgefragt, welche Aspekte beim künftigen Ausbau der Internetseite berücksichtigt werden sollten. Die Ergebnisse (n=8):

- Bündelung von inklusiven Freizeitangeboten (fünf Nennungen),
- Vorschlag eines Freizeitpartners (drei Nennungen),
- Chatmöglichkeit (zwei Nennungen).

Offene Fragen

Die offenen Fragen aller vier Fragebögen wurden in der Auswertung kategorisiert und im Folgenden werden die wichtigsten Rückmeldungen, bezogen auf das Angebot der Freizeitbörse, nach der Häufigkeit ihrer Nennungen dargestellt.

Tabelle 3: Übersicht Offene Fragen

Inhalt	Anzahl Nennungen
Was fehlt Ihrer Meinung nach in den Profilangaben?	
Art der Behinderung / Frage nach dem Pflegebedarf	2
Was fehlt auf der Website?	
Unübersichtlichkeit der Website	2
Was ist auf der Website gut gelungen?	
gutes Logo	1
einfache und übersichtliche Gestaltung	1
Anmerkungen zum polizeilichen Führungszeugnis	
Beschaffung des Führungszeugnisses als Hemmnis / zu aufwändig	2
das Führungszeugnis garantiert nicht die Eignung eines Menschen	1
was passiert mit den Informationen aus dem Führungszeugnis?	1
Wo sollte man Ihrer Meinung nach das Projekt „Machen wir was!“ bewerben, um mögliche Assistenzgeber/-nehmer zu gewinnen?	
Werbung in Einrichtungen der Behindertenhilfe und sonstigen sozialen Einrichtungen	7
Werbung an Hochschulen	4
Werbung an Schulen/Fachschulen	3
Werbung in kirchlichen Einrichtungen	3
Werbung in Kultureinrichtungen (z. B. auf der Rückseite von Kinokarten)	3
Werbung im Radio/Fernsehen	2
Verbreitung des Angebotes auch über den persönlichen Kontakt	1
Werbung bei ver.di (dort gibt es viele ältere Ehrenamtliche)	1
Werbung im Sportverein	1
Werbung bei Facebook	1
Sonstiges/Veränderungswünsche	
schlechte Begrifflichkeiten (Freizeitbörse; Assistenznehmer)	2
Freizeit kostet zu viel Geld	2
Angebot eines regelmäßigen, offenen Treffs	1
Assistenz sollte nett, höflich und freundlich sein, deutsch sprechen, Interessen teilen und Spaß an den Unternehmungen haben	1
Möglichkeit sozialer Kontakte	1
Frage nach dem Honorieren des Einsatzes der Assistenzgeberinnen und -geber	1
Schulung wegen Pflegebedürftigkeit notwendig	1

Zusammenfassung der Ergebnisse der beiden qualitativen Erhebungsphasen

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der qualitativen Erhebungen zusammengefasst. Leitend ist dabei die Frage: Worin besteht die besondere Qualität des Projekts, welchen Zugewinn erbringt es mit Blick auf die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen insbesondere im Freizeitbereich?

Augenhöhe

Menschen mit Behinderung können im Rahmen dieser Freizeitbörse als aktive Partnerinnen und Partner wahrgenommen werden, indem sie beispielsweise die Rolle der Assistenzgeberin beziehungsweise des Assisenzgebers übernehmen. Die Behinderung steht dabei nicht im Vordergrund. Die Börse vermittelt die Grundhaltung, dass es normal ist, wenn Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam ihre Freizeit gestalten.

Lebensqualität

Mit der Begegnung auf Augenhöhe, insbesondere zwischen den Fachkräften und Menschen mit Behinderung, entsteht ein Zugewinn an Lebensqualität sowohl für Menschen mit Behinderung als auch für die Fachkräfte aus den Einrichtungen. Durch die Nutzung der Börse können die Menschen mit Behinderung selbständig agieren, was wiederum mit einer Arbeitsentlastung der Fachkräfte einhergeht: durch die Möglichkeit, sich mit Freizeitpartnern zu treffen, sind die Menschen mit Behinderung in der Freizeitgestaltung nicht mehr abhängig von den Fachkräften.

Vernetzung

Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure auf verschiedenen Ebenen stärkt die Vernetzung und baut Vertrauensverhältnisse auf. Fachkräfte aus der Behindertenhilfe können dabei unterstützend und/oder vermittelnd tätig werden.

47

Begegnung

Die Interviewpartnerinnen und -partner versprechen sich von der Börse

- einen Abbau von Hemmschwellen und Berührungängsten,
- die Weitergabe von positiven Erfahrungen im Freundeskreis,
- die Möglichkeit der Entwicklung von dauerhaften Beziehungen und Freundschaften zwischen den Tandempartnerinnen und -partnern.

Die Form der Assistenz für Menschen mit Behinderung, wie sie von der Börse angeboten wird, wird als Bereicherung wahrgenommen. Man hat die Chance, den eigenen Horizont zu erweitern und man kann Personen näherkommen, die man nicht kennt, und kann andere Lebensentwürfe kennenlernen.

Unabhängigkeit

Durch das Angebot der Freizeitbörse haben Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, in ihrer Freizeitgestaltung unabhängiger von den Behindertenhilfeeinrichtungen zu sein. Zusätzlich haben sie die Möglichkeit, ihren Bekanntenkreis zu erweitern.

2.1.3 Schlussfolgerungen aus Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung

Im Großen und Ganzen wird die Freizeitbörse im Rahmen der Erhebungen als ein Zugewinn wahrgenommen. Sie ermöglicht Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung auf Au-



genhöhe, somit ist es möglich, dass Menschen mit Behinderung als aktive Mitglieder der Gesellschaft wahrgenommen werden können. Dies zeigt sich auch dadurch, dass diese sowohl in die Rolle der Assistenznehmerin und des Assistenznehmers oder Assistenzgeberin und Assistenzgebers übernehmen können.

Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung können nicht verordnet werden, die Teilnahme an der Freizeitbörse ist freiwillig. Durch diesen Ansatz beteiligen sich möglicherweise auch Menschen, die bisher über wenig oder keine Erfahrungen mit Menschen mit Behinderung haben. Dadurch können Hemmschwellen abgebaut und positive Erfahrungen gesammelt werden. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass positive Erfahrungen im Freundeskreis weitergegeben werden und somit ein Beitrag zur Verbreitung der Freizeitbörse geleistet wird.

Die Freizeitbörse ist mit ihrer konkreten Konzeption beziehungsweise ihrem Angebot in zweierlei Hinsicht niedrigschwellig:

- Ein direkter persönlicher Kontakt ist nicht von Anfang an erforderlich; man kann sich einfach zunächst auf der Website umschauen und muss nicht auf jede Anfrage oder jedes Angebot eingehen.
- Der Kontakt zwischen den Menschen mit und ohne Behinderung dient dem Zweck der gemeinsamen Freizeitunternehmung. „Sensibilisierung“ für die Situation von Menschen mit Behinderung steht nicht im Sinne einer didaktischen Absicht im Vordergrund, geschieht von selbst.

48

Das Moment der Freiwilligkeit wird ergänzt durch eine gewisse Unverbindlichkeit (Punkt 1); und gerade diese unverbindliche Art ist das Merkmal, das die Freizeitbörse auszeichnet. Im Zusammenhang mit einem Interview zu inklusiver Erwachsenenbildung wurde davon gesprochen, dass Inklusion nicht sofort alle brauche (DIE Gespräch 2012, S.25), d.h. es gebe keine Mitmachpflicht. Problematisch wird dieser Gedanke erst, wenn diese Nichtverpflichtung, diese Freiwilligkeit dazu führt, dass die Zielsetzung der Freizeitbörse (Vermittlung von Begegnungen/Unterstützungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung) nicht erreicht wird. Zusätzlich spielt die persönliche Zuneigung eine große Rolle (Punkt 2), man sollte sich sympathisch sein und gemeinsame Interessen haben.

Um langfristig erfolgreich zu sein wird das Bereitstellen der Website „Machen wir was!“ nicht ausreichen, um die Ziele zu erreichen. Projekte dieser Art bedürfen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung. In der Regel wird „Neuland“ betreten, auf Erfahrungen anderer kann nicht zurückgegriffen werden. Die Erfahrungen kommen mit der Erprobung in der Praxis. Es bedarf somit einer fortwährenden Weiterentwicklung und Reflexion des Angebots.

Im Folgenden werden die zentralen Punkte angesprochen, die aus Sicht der Begleitforschung bei der Weiterentwicklung des Angebotes beachtet werden sollten:

Verknüpfung zwischen virtueller und realer Welt

Bereits vor 20 Jahren formulierte Heuser: „Die Virtualisierung forciert die Auflösung gemeinschaftsbildender Organisationen, sie verstärkt den Trend zur Entsolidarisierung und Fragmentarisierung der Gesellschaft. Es entsteht eine Gesellschaft im Übergang, in der neue Formen der Solidarität erst

noch gefunden werden müssen“ (Heuser 1996 in Poseck 2001, S. 80). Die Website der Freizeitbörse könnte einerseits eine solche neue Form der Solidarität darstellen. Jedoch zeigt sich bei den Ergebnissen, dass nach Einschätzung der Befragten die Website alleine nicht ausreicht: sie regen vielmehr an, dass es eine Art Austauschforum oder Stammtisch für die Nutzerinnen und Nutzer geben sollte, um sich auch in der „realen Welt“ begegnen zu können. Dies wird als niedrigschwelliger angesehen, da es die Möglichkeit eines „beschnuppern“ bietet, als lediglich über das Internet eine Auswahl für die/den passende/n Freizeitpartner/in zu treffen.

Ein solcher Austauschort kann ebenfalls eine wichtige Rolle dabei spielen, weitere Nutzerinnen und Nutzer zu gewinnen. Zudem sollte der Zugang zur Freizeitbörse nicht allein durch die Website möglich sein, da man davon ausgehen muss, dass manche Menschen keinen autonomen Zugang zur Website haben, sondern auf Unterstützung angewiesen sind - weil sie zum Teil schon nicht die strukturellen Voraussetzungen haben, um die Internetbörse nutzen zu können (z.B. kein eigener PC).

Flexibilisierung

Damit das Angebot sich kontinuierlich weiterentwickeln kann, bedarf es einer grundsätzlichen Offenheit gegenüber den Bedarfen seiner Nutzerinnen und Nutzer. Hierzu gehört unter anderem, dass den „Wechselnden Interessen und Bedürfnisschwankungen von Menschen mit Behinderungen Rechnung zu tragen [ist]“ (Markowetz 2007: 324). Hierzu gehört auch, dass auf die unterschiedlichen Bedarfe Rücksicht genommen wird (wie bspw. Verwendung der Leichten Sprache). Diese Forderung bezieht sich jedoch nicht nur auf Menschen mit Behinderung, sondern auf alle Nutzerinnen und Nutzer der Freizeitbörse.

49

Ein Thema, das in diesem Zusammenhang steht, ist die Frage nach dem Führungszeugnis, das zwar als notwendig wahrgenommen wird, aber auch als aufwändig bewertet wird. Hier gilt es zu überlegen, inwiefern das Führungszeugnis grundsätzlich als Zugangsvoraussetzung angesehen wird oder ob man nicht auch auf die Mündigkeit der einzelnen Nutzerinnen und Nutzer vertraut, selbst zu entscheiden, ob ihnen die Vorlage eines Führungszeugnisses wichtig ist oder nicht.

Formalisierung vs. Normalisierung

Als eine große Stärke des Angebotes werden dessen Niedrigschwelligkeit sowie der Umstand herausgestellt, dass Freizeitpartnerinnen und -partner außerhalb des professionellen Angebotes der Behindertenhilfe vermittelt werden. Dem steht das Bedürfnis gegenüber, im Rahmen des Angebotes der Website Menschen mit Behinderung vor Missbrauch zu schützen.

Aus diesem Grund wurde die Vorlage eines Führungszeugnisses als verbindlich vorausgesetzt⁵. Diese Zugangsvoraussetzung widerspricht in gewisser Weise dem Normalisierungsgedanken, der im Kern hinter der Zielsetzung der Website steht. Es geht eben nicht um die Vermittlung von (semi-) professionellen Assistenzdienstleistungen, sondern um die Vermittlung von Freizeitpartnerinnen und -partnern auf Augenhöhe. Dieses Spannungsfeld (Menschen mit Behinderung als besonders Schutzbedürftige vs. Anspruch der Normalisierung) wird insbesondere im Freizeitbereich sichtbar. Der Normalisierungsanspruch zeigt sich auch in den Auswertungen, wenn bspw. von den Intervie-

⁵ Im Sinne des Gleichheitsgedankens wurde die Vorlage des Führungszeugnisses auch von den Menschen mit Behinderung verlangt.



wpartnerinnen und -partnern formuliert wird, dass ihnen insbesondere der Sympathieaspekt wichtig ist.

Mittlerweile wurde bei „Machen wir was!“ bezüglich der Vorlage des Führungszeugnisses eine Anpassung vorgenommen: Zwar wird unter der Rubrik „Daten-Sicherheit“ die Vorlage eines Führungszeugnisses immer noch als Voraussetzung für die Teilnahme vorgegeben (Machen wir was! 2016a), jedoch ist bei jeder/jedem registrierten Nutzerin und Nutzer zusätzlich angegeben, ob ein Führungszeugnis vorliegt oder nicht (Machen wir was! 2016b). Somit kann die/der einzelne Nutzer/in selbst entscheiden, ob das Führungszeugnis ein entscheidendes Kriterium für die Verabredung darstellt.

Am Beispiel des Umgangs mit der Vorlage des Führungszeugnisses zeigt sich der Bedarf an niederschwelligen Lösungen, die sich insbesondere im Freizeitbereich anbieten, wenn es um die Förderung von Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Menschen mit und ohne Behinderung geht.

Kontinuierliche Ansprechpartnerin – kontinuierlicher Ansprechpartner

Neue Tandems benötigen anfangs möglicherweise eine engmaschige Unterstützung. Hier bedarf es einer/eines kontinuierlichen Ansprechpartnerin oder -partners, die oder der sowohl die Website als auch die Kontakte (Aufbau und Weiterentwicklung) der Tandems koordiniert und diese im Bedarfsfall begleiten und unterstützen kann. Idealerweise verfügt die/der Ansprechpartner/in über ein aktives Netzwerk sowohl bzgl. kultureller Angebote der Landeshauptstadt Stuttgart als auch in der Zusammenarbeit mit der Behindertenhilfe und mit der Verwaltung der Landeshauptstadt Stuttgart. Mithilfe eines solchen Netzwerkes ist es über die konkreten Bedarfe der jeweiligen Freizeitpartnerinnen und -partner hinaus möglich, Kooperationen mit Fachkräften aus der Behindertenhilfe auf- und auszubauen, Kulturveranstalter zu sensibilisieren sowie die Seriosität der Website zu dokumentieren.

Die Kooperation mit Fachkräften der Behindertenhilfe hat zudem Bedeutung in zweierlei Hinsicht. Einerseits kann man über die Fachkräfte Kontakte zu Menschen mit Behinderung in den Einrichtungen herstellen und die Freizeitbörse für diese zugänglich machen. Andererseits können die Fachkräfte wichtige Informationen stellvertretend für einzelne Menschen mit Behinderung vermitteln, sofern diese selbst nur eingeschränkt in der Lage sind, ihre Interessen zu vertreten.

Wenn dieses Wissen von einer/m kontinuierlichen Ansprechpartner/in gebündelt wird, besteht auch die Möglichkeit, den Stuttgarter Kulturveranstaltern dieses Wissen zur Verfügung zu stellen, so dass diese bei Bedarf ihre Angebote inklusiver ausrichten können.

Insofern ist die Einrichtung einer/s kontinuierlichen Ansprechpartnerin oder Ansprechpartners aus mehreren Gründen unabdingbar:

- Die Freizeitpartnerinnen und -partner wissen, an wen sie sich bei aufkommenden Fragen oder Problemen wenden können.
- Hilfreiches Wissen (sowohl zum Thema Behinderung als auch zum Thema Inklusion) wird an zentraler Stelle gebündelt und verfügbar gemacht.
- Die oder der kontinuierliche Ansprechpartner/in gewährt Nachhaltigkeit und Vertrauen in das Angebot.

Angebote in der Art der Freizeitbörse „Machen wir was!“ sind eine adäquate Möglichkeit, um die Forderung nach mehr Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung umzusetzen. Sie berücksichtigen deren Autonomie und können dazu beitragen, Menschen mit Behinderung unabhängiger von Einrichtungen der Behindertenhilfe beziehungsweise sozialen Dienstleistern zu machen. Zusätzlich können Menschen mit Behinderung hiermit in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden – und Menschen ohne Behinderung haben die Möglichkeit, andere Lebensentwürfe kennenzulernen.

Die interviewten Nutzerinnen und Nutzer der Börse sind sich einig: die Beteiligung als Freizeitpartnerin oder Freizeitpartner wird prinzipiell als ein Gewinn angesehen.

2.2 Darstellung des Projekts „Inklusions-Atlas Freizeit für alle“ in Heidelberg

Das durch IfaS begleitete Projekt (E1: „Erstellung eines ‚Inklusionsatlases‘ zur Erschließung von Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangeboten für Menschen mit Behinderungen jeden Alters und Aufbau einer „Vermittlungsbörse“ der Stadt Heidelberg) zielte in seiner Urfassung im Wesentlichen darauf ab, inklusive Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangebote für Menschen mit Behinderungen zu erschließen sowie diese aus- und aufzubauen. Dabei wurden die inklusiven Angebote in einem „Inklusionsatlas“ für Kinder und Jugendliche, Erwachsene und Senioren mit Behinderung zusammengeführt. Der „Inklusionsatlas“ dient in dieser Form als Orientierungshilfe für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige. Parallel dazu sollte der Aufbau einer Vermittlungsbörse mit ehrenamtlichen Kräften erfolgen. Ziel dabei war, geschulte ehrenamtliche Kräfte Menschen mit Behinderung in inklusive Angebote zu vermitteln und vor allem in der Anfangszeit Menschen mit Behinderung und deren Angehörige beratend zur Seite stehen. Andererseits sollten ehrenamtliche Kräfte Vereine, Institutionen und Kirchen zum Thema Inklusion beraten und begleiten sowie dabei unterstützen, Berührungsängste und Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung abzubauen. In der zweijährigen Projektlaufzeit ist es jedoch nicht gelungen, das Ziel der Vermittlungsbörse vertieft zu forcieren und somit Vermittlungsaktivitäten von Menschen mit Behinderung in inklusive Kultur-, Sport, Freizeit- und Tourismusangebote der Stadt Heidelberg durchzuführen. Der Arbeitsumfang für den Aufbau eines Inklusionsatlases war größer als angenommen. Der Aufbau des Atlas brachte beispielsweise die Notwendigkeit einer zeitgleichen Sensibilisierung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure mit sich und die Zusammenarbeit mit der Webagentur, die für die Formatierung des Atlas zuständig waren, gestaltete sich schwierig.

Lediglich die Web-Grundstrukturen für zukünftige Vermittlungsaktivitäten konnten aufgebaut werden. Der Inklusionsatlas verfügt dementsprechend nicht nur über Angebote für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren mit Behinderung, sondern unter der Rubrik „Vermittlungsbörse“ können Personen mit Behinderung ihr Interesse an einer Vermittlung signalisieren. Aufgrund fehlender Vermittlungsaktivitäten liegen der wissenschaftlichen Begleitung zu diesem Projektbaustein keine empirischen Erfahrungswerte vor.

2.2.1 Ziele der wissenschaftlichen Begleitung, Fragestellungen und Forschungsdesign

IfaS als wissenschaftliches Begleitforschungsinstitut hatte in diesem Projekt einen mehrdimensionalen Forschungsauftrag: Es wurde bei der Gestaltung des Projektdesigns beraten, Prozesse zur Unterstützung der Zielerreichung moderiert, der Umsetzungsprozess beobachtet und anhand der im Nachfolgenden benannten empirischen Analysen ausgewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse aus den einzelnen empirischen Analysen wurden im Projektverlauf dem Vbl e. V. und der Stadt Heidelberg kontinuierlich rückgemeldet und somit unabhängige Impulse zur Stärkung der fachlichen



Qualität der Prozesse gegeben. Die empirischen Analysen waren auf die Untersuchung von zwei im Projektbeginn festgelegte Themenschwerpunkte ausgerichtet: Für die Unterstützung des Aufbaus eines Inklusionsatlases wurden Sozialraumanalysen und Interviews mit ausgewählten, zivilgesellschaftlichen Schlüsselpersonen durchgeführt. Die Vermittlungsbörse mit ihren Vermittlungsaktivitäten sollte mittels Dokumentationsformularen und vertiefenden Fallanalysen mit ausgewählten Menschen mit Behinderung evaluiert werden. Bei der Gestaltung der empirischen Analysen orientierte sich die wissenschaftliche Begleitung ebenso an der Idee der Multiperspektivität. Dabei wurden verschiedene Akteure zu den gleichen Themen befragt und zur Anwendung kamen ferner verschiedene Erhebungsmethoden. Weiterhin orientierte sich der Forschungsverlauf an einem modular aufgebauten Evaluationsverfahren. Tabelle 4 sowie Abbildung 11 geben einen Überblick über die verschiedenen Forschungsmodule, Erhebungszeitpunkte, Befragungspersonen und die jeweiligen Ziele innerhalb der Forschungsmodule.

Tabelle 4: Übersicht über die Forschungsmodule und Erhebungsverfahren

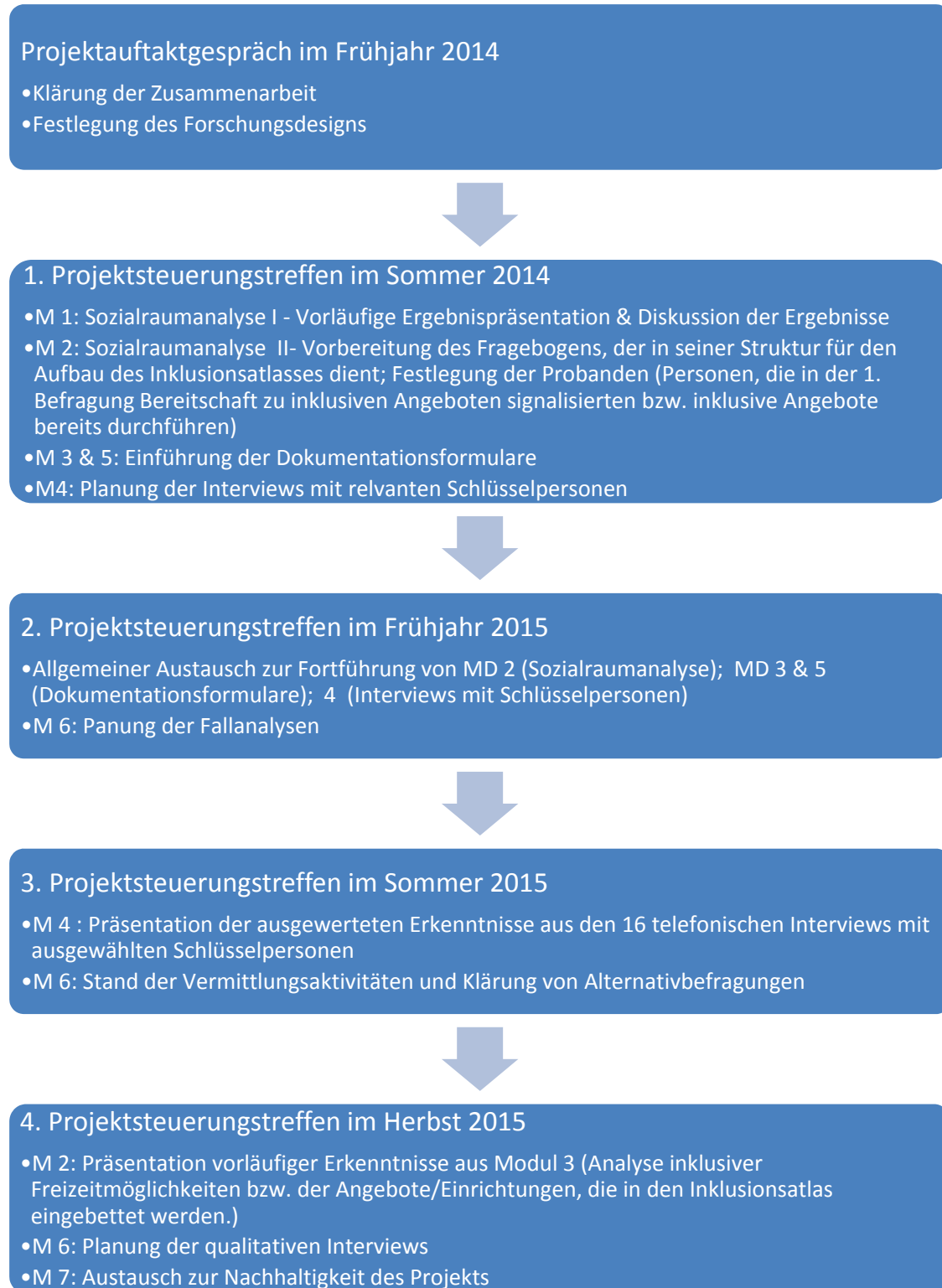
Baustein 1: Flächendeckende Bestandsaufnahme		
Module/ Zeitraumen	Erhebungsverfahren	Ziele
M1 Frühjahr – Herbst '14	Sozialraumanalyse I: Zur Analyse von allgemeinen Freizeitmöglichkeiten im Sozialraum der Stadt Heidelberg entwickelte IfaS einen standardisierten Fragebogen, der an 500 Anbieter von Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangeboten der Stadt per Post und Email gesendet wurde (Rücklauf: 29,8%; 149 Fragebögen). IfaS übernahm zudem die Datenerfassung und statistische Auswertung der Befragung.	Erfassung des Angebotsspektrums der Stadt Heidelberg (Organisationsformen, Angebotsarten, Häufigkeit und Zielgruppe der Angebote) Untersuchung der bisherigen Teilnahme von Menschen mit Behinderung in inklusiven Angeboten (IST-Stand) Analyse der Bereitschaft, Barrieren und Unterstützungsbedarf in der Gestaltung und Umsetzung von inklusiven Angeboten (Soll-Stand)
M2 Frühjahr – Sommer '15	Sozialraumanalyse II: Zur detaillierten Analyse von inklusiven Freizeitmöglichkeiten im Sozialraum der Stadt Heidelberg entwickelte IfaS einen standardisierten Fragebogen, der an Anbieter von inklusiven Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangeboten der Stadt Heidelberg per Email gesendet wurde (Rücklauf: 35,6%; 59 Fragebögen). IfaS übernahm zudem die Datenerfassung und statistische Auswertung der Befragung.	Untersuchung der Rahmenbedingungen in inklusiven Angebote (durchführende Personengruppe, Bedingung der Teilnahme von Menschen mit Behinderung, Zeitrahmen des Angebots, mögliche Behinderungsarten & Altersgruppen, Standort, Erreichbarkeit & Zugangswege der Angebote; IST-Stand) Erhebung des Bedarf, weiterhin inklusive Angebote anzubieten und mögliche Zukunftspläne für die Umsetzung inklusiver Angebote (Soll-Stand)

Baustein 1: Flächendeckende Bestandsaufnahme		
Module/ Zeitraumen	Erhebungsverfahren	Ziele
M3 Sommer '14 – Herbst '15	Zur Dokumentation der vertiefenden Gespräche mit Anbieter von Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangeboten der Stadt Heidelberg wurde ein Dokumentationsformular erstellt, das von Seiten der Projektpartner eingesetzt werden sollte. Der wissenschaftlichen Begleitung lagen zur Datenerfassung und -auswertung neun Dokumente vor.	Analyse der Erfahrungen, Chancen & Risiken und Erwartungen an inklusive Angebote Erhebung der Rahmenbedingungen von inklusiven Angeboten (konkreter Informations- und Unterstützungsbedarf, Voraussetzungen, Barrieren, mögliche Angebotsthemen)
M4 Frühjahr '15	Zur Erfassung der Freizeitsituation von Menschen mit Behinderung wurden 20 Schlüsselpersonen für ein telefonisches Interview angefragt. Es konnten 16 telefonische Interviews mit Menschen mit und ohne Behinderung unterschiedlicher Bereiche und Funktionen durchgeführt werden. IfaS führte die Interviews durch, transkribierte die Erkenntnisse und wertete die Interviews anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring aus.	Untersuchung der aktuellen Freizeitsituation von Menschen mit Behinderung in der Stadt Heidelberg (Inhalte, Häufigkeit, Organisationsformen, Zufriedenheit) Erhebung von Formen der Einschränkung, (inklusive) Freizeitangebote zu nutzen und des daraus resultierenden Verbesserungsbedarfs Analyse der zukünftigen inklusiven Freizeitgestaltung von Menschen mit Behinderung (Rahmenbedingungen und äußere Faktoren)



Baustein 2: Evaluation der Vermittlungsbörse		
Module/ Zeitraumen	Erhebungsverfahren	Ziele
M5 Herbst '14 – Herbst '15	Zur Dokumentation der Vermittlungsaktivitäten von Menschen mit Behinderung in inklusive Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangeboten der Stadt Heidelberg entwickelte IfaS ein Dokumentationsformular, das von Seiten der Projektpartner eingesetzt werden sollte. Da in der Projektlaufzeit keine Vermittlungsaktivitäten von Menschen mit Behinderung stattfanden, lagen der wissenschaftlichen Begleitung keine Dokumente vor. Eine Datenauswertung konnte somit nicht durchgeführt werden.	Untersuchung der Wünsche von Menschen mit Behinderung an ihre Teilnahme an inklusiven Freizeitangeboten (Art, Standort, Häufigkeit & Kosten im Angebot) Erhebung der zu benötigten Unterstützung von Menschen mit Behinderung (persönliche Assistenz, Erreichbarkeit der Angebote) Detaillierte Erfassung der Schritte im Vermittlungsprozess Erhebung der Vermittlungserfolge
M6 Sommer '15 – Herbst '15	Zur Analyse der Vermittlungsprozesse und -erfolge plante IfaS die Durchführung von fünf detaillierten Fallanalysen mit den vermittelten Menschen mit Behinderung, einer Personen aus ihrem nahen Umfeld (Familienmitglied od. Freund) und dem jeweiligen Anbieter des Kultur-, Sport-, Freizeit- oder Tourismusangebots der Stadt Heidelberg. Da in der Projektlaufzeit keine Vermittlungsaktivitäten von Menschen mit Behinderung stattfanden, konnte IfaS keine Fallanalysen anfertigen.	Analyse der Erfahrungen im Vermittlungsprozess (Gelingensfaktoren, hinderliche Faktoren, Ängste, Chancen) Untersuchung der Erwartungen an die zukünftige Teilnahmen im inklusiven Freizeitangebot und Zusammenarbeit mit dem Vbl e.V. Erhebung der Einschätzung des Vermittlungserfolgs
M7 - Ersatzmodul Herbst '15	Aufgrund der fehlenden Analyse der Vermittlungsprozesse und -erfolge führte IfaS zum Projektende eine abschließende Gruppendiskussion mit an der Projektdurchführung beteiligten Akteuren durch. IfaS führte die Interviews durch, transkribierte die Erkenntnisse und wertete die Interviews anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring aus.	Untersuchung des Projektverlaufs (Gelingensfaktoren & Highlights, hinderliche Faktoren und der Umgang mit diesen, Projektmanagement) Bewertung der Inklusion in der Kommune (förderliche Bedingungen/ Strukturen, hinderliche Faktoren und der Umgang mit diesen, Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteure)

Abbildung 11: Ablauf der wissenschaftlichen Begleitung innerhalb der zweijährigen Projektlaufzeit





Wie aus der Tabelle 4 und Abbildung 11 zu entnehmen ist, unterstützte die wissenschaftliche Begleitung die Stadt Heidelberg insbesondere bei der Sozialraumanalyse im Hinblick auf das Erstellen eines Inklusionsatlases für inklusive Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangebote der Stadt Heidelberg. Zudem wurde zu Projektbeginn die Evaluation der Entwicklung, Analyse und Bewertung von Vermittlungsprozessen und -erfolgen innerhalb der Vermittlungsbörse forciert. Allerdings konnten hierzu keine Forschungsaktivitäten durchgeführt werden, da es bis zu Projektende zu keinen Vermittlungsprozessen von Menschen mit Behinderung in inklusive Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangebote der Stadt Heidelberg kam. Aufgrund dessen wurde ein Ersatzmodul zur qualitativen Befragung der Projektbeteiligten konzipiert und durchgeführt.

Die Ergebnisse der jeweiligen Erhebungen werden nach Themen geordnet im folgenden Kapitel dargestellt und diskutiert.

2.2.2 Ergebnisse der Begleitforschung

a) Freizeitsituation und Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung in Heidelberg

Die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durchgeführten Erhebungen zeigen insgesamt: Neben speziellen und integrativen Freizeitangeboten bestehen auch inklusive Freizeitmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung in der Stadt Heidelberg. Entsprechend vielfältig ist das Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung und erstreckt sich von exklusiven und speziellen Settings bis hin zu integrativen und inklusiven Formen der Freizeitgestaltung. Im Folgenden werden die Erkenntnisse aus den verschiedenen Befragungen zur Freizeitsituation und zum Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderungen aufgeführt. Die empirische Grundlage hierfür bilden die Sozialraumanalyse 1 (Modul 1) sowie die Interviews mit Schlüsselpersonen (Modul 4).

Die Intention der ersten Sozialraumanalyse im Herbst 2014 war es herauszufinden, wie viele Freizeitanbieter in der Stadt Heidelberg Teilnehmerinnen und Teilnehmer/Nutzerinnen und Nutzer beziehungsweise Kundinnen und Kunden mit Behinderung haben. Daraus sollten Rückschlüsse auf die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung sowie auf bestehende inklusive Angebote in der Stadt Heidelberg gezogen werden. Innerhalb dieser Sozialraumanalyse wurden daher insbesondere drei Teilaspekte näher untersucht:

- Menschen mit Behinderung als derzeitige Nutzerinnen und Nutzer von Freizeitangeboten in der Stadt Heidelberg;
- Gezielte Durchführung von speziellen Angeboten für Menschen mit Behinderung;
- Gezielte Durchführung von inklusiven Angeboten für Menschen mit Behinderung.

Der Teilaspekt 1 wurde von insgesamt 143 befragten Freizeit Anbietern beantwortet: Über zwei Drittel dieser Freizeitdienstleister in der Stadt Heidelberg werden von Menschen mit Behinderung aufgesucht (68,5%). Dies entspricht in etwa dem Anteil vergleichbarer Städte: In einer aktuell durchgeführten Befragung ähnlicher Akteure (Anbieter aus dem Bereich Freizeit, Sport, Kultur) in der Stadt Esslingen wurde in etwa der gleiche Anteil ermittelt (Meyer/Strähle/Bell; noch nicht veröffentlicht).

Differenziert nach verschiedenen Freizeitbereichen zeigen sich je nach Sparte deutliche Unterschiede: Am seltensten Kontakt mit Menschen mit Behinderung haben demnach Anbieter aus den Berei-

chen Sport und Spiel, Kinder- und Jugendarbeit sowie Traditions- und Brauchtumspflege. Hier liegen die Werte zwischen 54,2% bis 64,2%. Sehr häufigen Kontakt mit Menschen mit Behinderung haben hingegen Freizeitakteure aus dem Bereich Selbsthilfe, Weltanschauung/Glaube, Soziales/caritative Angebote und Umwelt/Natur/Tiere. Hier liegen die Werte zwischen 83,3% bis 100%. Betrachtet man genauer die Frage, aus welchen Sparten die Anbieter von Freizeitangeboten stammen, die einen häufigen beziehungsweise seltenen Kontakt mit Menschen mit Behinderungen haben, bieten vor allem diejenigen Akteure häufiger inklusive Angebote an, die auch eher Nutzerinnen und Nutzer mit Behinderungen haben, wie etwa Selbsthilfeinitiativen, Angebote der Weltanschauung/des Glaubens sowie Aktivitäten im Bereich Umwelt/Natur/Tiere.

Was die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Behinderung in den verschiedenen Freizeitaktivitäten der befragten Einrichtungen/Institutionen/Gruppen betrifft, liegt der Durchschnitt bei 9,2 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Behinderung. Allerdings wird bei genauerer Betrachtung deutlich, dass sich dieser Mittelwert durch eine relativ große Streuung auszeichnet: Die höchste Anzahl liegt bei 25 Menschen mit Behinderung und die niedrigste bei nur einem Mensch mit Behinderung. Der Median, das heißt der mittlere Wert, der die Verteilung in der Mitte trennt, liegt bei 7,5 Personen mit Behinderung. Entsprechend dieser großen Streuung (Werte zwischen 25 und einem Menschen mit Behinderung) gibt es also auf der einen Seite sowohl Freizeitangebote, die auf die Integration einzelner Menschen mit Behinderung setzen, wie auch auf der anderen Seite Aktivitäten, die sich durch eine gewisse „Exklusivität“ für Menschen mit Behinderung auszeichnen (Angebote mit einer hohen Anzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Behinderung sind häufig spezielle Gruppenangebote für ausschließlich Menschen mit Behinderung). Auch die Frage zum Teilaspekt 2 „gezielte Durchführung von speziellen Angeboten für Menschen mit Behinderung“ stützt diese Vermutung: So führen von 111 Freizeit Anbietern etwas mehr als ein Drittel (34,2%) spezielle Angebote durch, die sich ausschließlich an Menschen mit Behinderung richten. Auf die Frage nach der Durchführung von inklusiven Angeboten antwortet hingegen nur knapp die Hälfte von 126 Anbietern mit „ja“ (47,6%).

57

Tabelle 5 stellt die wesentlichen Ergebnisse der drei Variablen „Teilnahme von Menschen mit Behinderung“, „Durchführung spezieller Angebote“ sowie „Durchführung inklusiver Angebote“ nochmals zusammenfassend dar. Es zeigt sich: Etwa zwei Drittel der befragten Freizeitorganisationen haben auch Nutzerinnen und Nutzer mit Behinderung.

Durchgeführt werden jedoch nicht nur inklusive Angebote, sondern auch spezielle Gruppenangebote in mehr oder weniger exklusiven Settings. Die Zahlen verdeutlichen hierbei, dass mehr als die Hälfte der befragten Einrichtungen/Institutionen/Gruppen keine inklusiven Angebote anbieten (52,4% bei N=126). Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung in Heidelberg sind daher in nicht unerheblichem Umfang eher „spezielle Angebote“ für Menschen mit Behinderung.

**Tabelle 5: Zusammenfassende Darstellung über die Auswertung der drei Teilaspekte „Nutze-
rinnen und Nutzer mit Behinderung“, „Durchführung spezieller Angebote“ und „Durchfüh-
rung inklusiver Angebote“ (Quelle: Modul 1)**

	Menschen mit Behinderung als derzeitige Nutzerinnen und Nutzer der Angebote/ Aktivitäten	
Nein	45	31,5 %
Ja	98	68,5 %
Gesamt	143	100 %
Fehlende Angaben	6	

Angebotsarten im Falle von ja (bei n=98); Mehrfachantworten				
	Gezielte Durchführung von Angeboten/ Aktivitäten für Menschen mit Behinderung (spezielle Angebote)		Aktuell gezielte Durchführung von <i>inklusive</i> n Angeboten/ Aktivitäten	
Nein	38	34,2 %	60	47,6 %
Ja	73	65,8 %	66	52,4 %
Gesamt	111	100 %	126	100 %
Fehlende Angaben	38		23	

58

Eine weitere wichtige Untersuchungsthematik ist die Frage nach (bestehenden) Barrieren: Hier zeigte sich in der Auswertung, dass der Anteil bestehender Barrieren bei denjenigen Akteuren, die noch keine inklusiven Angebote durchgeführt haben, besonders hoch ist. *Entsprechend könnte der Barrierenabbau eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung von inklusiven Angeboten sein.*

Tabelle 6: Bereits gezielte Durchführung von inklusiven Angeboten/Aktivitäten geclustert nach Barrieren (Quelle Modul 1)

Gezielte Durchführung von inklusiven Angeboten/Aktivitäten		Gesamt	Gültige Prozente in der Gruppe
Nein	65		
davon			
Sprachliche Barrieren (N=19)		13	68,4 %
Mobilitätsbarrieren (N=3)		2	66,7 %
Inhaltliche bzw. aktivitätsbezogene Barrieren (N=55)		36	66,5 %
Räumliche/bauliche Barrieren (N=57)		31	54,4 %
Sonstige Barrieren (N=4)		2	50,0 %
Soziale Barrieren (N=2)		-	-

Bei den qualitativen Interviews von 16 Schlüsselakteuren stand die Frage im Vordergrund, wie das Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung in Heidelberg charakterisiert werden kann. Hierbei konnte ein vielfältiges Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung, was den Inhalt, die Häufigkeit und Organisationsform der genutzten Freizeitangeboten betrifft, dokumentiert werden: Die Freizeitaktivitäten reichen von Angeboten, die zur Unterhaltung dienen, über sportliche und kulturelle Aktivitäten bis hin zu Angeboten mit Bildungscharakter (Politik, Natur, Geschichte). Weiter werden saisonale und punktuelle aber auch kontinuierliche Angebote genutzt. Außerdem handelt es sich bei den freizeitbezogenen Aktivitäten von Menschen mit Behinderung nicht nur um spezielle Angebote der Behindertenhilfe, sondern auch um allgemeine Vereins- und Verbandsaktivitäten, Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie Kirchengemeinden, städtische sowie private Angeboten wie etwa Fitnessstudios und selbstorganisierte Angebote in Form von Selbsthilfegruppen. *Dementsprechend spiegelt sich die Vielfalt an Freizeitangeboten in Heidelberg auch im Freizeitverhalten von Menschen mit Behinderung wieder.*

Diese Vielfalt lässt sich allerdings nicht im Freizeitverhalten von Menschen mit einer psychischen bzw. seelischen Behinderung beobachten: Das Nutzungsverhalten dieser Personengruppe ist durch die Teilnahme an Freizeitaktivitäten eines spezialisierten Trägers der Behindertenhilfe geprägt. Laut der Aussagen in den Interviews fühlen sich Menschen mit psychischer Beeinträchtigung in solchen Angeboten mit homogener Zielgruppe wohler und bevorzugen dementsprechend gemeinsame, exklusive Freizeitaktivitäten mit anderen psychisch beeinträchtigten Menschen. Verslossenheit, Ängstlichkeit und Unsicherheit sowie fehlendes Nähe-Distanz-Gefühl bewirke in der Praxis häufig eine Ausgrenzung und verhindere, laut der Aussagen befragter Schlüsselpersonen, die Nutzung von inklusiven Freizeitangeboten. Kommt es dennoch in Einzelfällen zur Teilnahme an Freizeitangeboten außerhalb spezialisierter Institutionen, wird das Freizeitverhalten durch eine eher punktuelle und zeitlich begrenzte Nutzung beschrieben. Dieses Nutzungsverhalten von eher kurz andauernden Aktivitäten hinge, laut Aussagen der Interviewpartnerinnen und -partner, mit einem, der Krankheit geschuldeten phasenbedingten positiven beziehungsweise negativen Empfindungszustand zusammen.

59

Geringe Belastbarkeit und soziale Rückzugstendenzen erschweren dann beispielsweise die Wahrnehmung eines solchen Freizeitangebots und eine regelmäßige Teilnahme ist dadurch nicht möglich. Was den Inhalt der Angebote betrifft, stehen bei dieser Personengruppe Angebote mit religiösen Inhalten mehr im Trend als sportzentrierte Angebote. Dementsprechend sei, laut Aussagen der befragten Schlüsselpersonen, auch das Risiko erhöht, dass Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung zur Zielgruppe von Splittergruppen werden. Die fehlende Teilnahme von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen an sportlichen Angeboten ist möglicherweise aber auch durch Antriebsschwäche, Ungeübtheit, medikamentöse Behandlung, mangelndes Motivations- und Durchhaltevermögen und so weiter geprägt.

Auffälligkeit im Freizeitverhalten wurde zuletzt auch bei Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung und in der Gegenüberstellung zwischen Alt und Jung beobachtet. Was Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung betrifft, seien diese weniger in Selbsthilfeinitiativen vertreten, da der Selbsthilfegedanken, laut der Aussage einer Befragten, bei dieser Personengruppe nicht besonders ausgeprägt sei. Inwiefern Menschen mit Behinderung exklusive oder inklusive Settings präferieren, hinge weiterhin mit ihrem Alter zusammen.



Erwachsene und Senioren mit Behinderung ziehen demnach beschützende, exklusive Settings vor, während inklusive Angebote eher befremdend auf sie wirken. Ursache dafür ist möglicherweise eine jahrelange Hospitalisierung.

b) Auf- und Ausbau inklusiver Angebote: Auf dem Weg zu einem inklusiven Heidelberg

Inwiefern zukünftig inklusive Freizeitangebote in Heidelberg durchgeführt werden, ist nicht nur von der Bereitschaft der Zivilgesellschaft, sondern auch davon abhängig, inwiefern Verwaltung und Politik inklusive Prozesse anstoßen und ausgestalten, koordinieren und steuern. Barrieren müssen benannt und abgebaut, Unterstützungsbedarfe erkannt und entsprechende finanzielle und personelle Mittel eingesetzt werden. Über die zukünftigen Herausforderungen bei der Umsetzung von Inklusion von Menschen mit Behinderung in Heidelberger Freizeitangeboten wird in diesem Kapitel berichtet. Die empirische Grundlage bilden hierfür die Sozialraumanalyse 1 und 2 (Modul 1 & 2), Dokumentationsformulare aus vertiefenden Gesprächen mit Freizeitakteuren (Modul 3) sowie Interviews mit Schlüsselpersonen (Modul 4).

Die im Herbst 2014 durchgeführte Sozialraumanalyse zeigt, dass die Bereitschaft der befragten Freizeitanbieter zukünftig inklusive Freizeitangebote einführen bzw. anbieten zu wollen, groß ist: Eine überwältigende Mehrheit von 92,1 % scheinen eine solche Bereitschaft zu haben. Auffällig ist, dass die Bereitschaft bei Akteuren besonders stark ausgeprägt ist, die bereits Erfahrungen mit Menschen mit Behinderung haben (Werte von 100 %): Das sind vor allem Anbieter aus den Bereichen Selbsthilfe, Umwelt/Natur/Tiere und Soziales/Caritatives. Hinzu kommt aber auch der politische Bereich, in dem zuvor eher wenige Menschen mit Behinderung vertreten waren. *Insofern bestätigt sich ein Zusammenhang zwischen der Kontakthäufigkeit mit Menschen mit Behinderung in bestehenden Angeboten und der Bereitschaft zu (weiteren) inklusiven Angeboten.*

Untermauert werden die Erkenntnisse zur Bereitschaft von Heidelberger Freizeit Anbietern durch die Auswertung der Dokumentationsformulare, die zur Protokollierung der vertiefenden Gespräche mit Anbietern von Kultur-, Sport-, Freizeit- und Tourismusangeboten eingesetzt wurden: So sind von neun Gesprächspartnerinnen und -partnern sieben Freizeitanbieter bereit, zukünftig inklusiv zu agieren (N=9; keine Angaben=2). Allerdings benannte ein Akteur eine Eingrenzung dieser Bereitschaft: So sei man prinzipiell offen gegenüber Inklusion, aber nur bei Angebotsformen, die nicht auf Mannschaftssport ausgerichtet sind. Begründet wurde diese Eingrenzung nicht.

Von den neun Gesprächspartnerinnen und -partnern wurde lediglich im Zusammenhang mit der Bereitschaft zur inklusiven Angebotserweiterung eine konkrete Angst benannt; nämlich die Angst vor einem Mehraufwand. Anstatt Nachteile sehen die Akteure mehr Chancen in der inklusiven Freizeitgestaltung für ihr zukünftiges Handeln aber auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst: Durch die innovative Erweiterung ihrer Angebotspalette mit inklusiven Angeboten erhoffen sie sich eine Steigerung ihrer Mitgliederanzahl sowie die Entwicklung von Freundschaften zwischen Menschen mit und ohne Behinderung.

Trotz der überwältigenden positiven Einstellung gegenüber inklusiven Angeboten und der Bereitschaft, inklusive Angebote zukünftig einzurichten, stoßen die Anbieter allerdings häufig auf – vor allem räumliche – Barrieren, die der inklusiven Öffnung entgegenstehen (Sozialraumanalyse 1= 60 %). Hierzu zählen unter anderem laut der befragten Schlüsselpersonen aus Modul 4 fehlendes Equip-

ment zur Unterstützung (wie etwa Rampen, Orientierungspunkte und Beschallungen), mangelnde barrierefreie Toiletten, Kopfsteinpflaster, Anstiegshöhen und Bürgersteig bei der S-Bahn und so weiter. In der Befragung wurden dabei konkrete barrierenbelastete Standorte benannt: Sporthallen, Fitnessstudios, Kinos und Gastronomie. Auch Barrieren inhaltlicher Art bzw. aktivitätsbezogene Hürden wie etwa diverse Leistungsanforderungen und Aufgabenschwierigkeiten sowie der Wettbewerbscharakter sehen die befragten Akteure in der Sozialraumanalyse 1 in ihren Angeboten vorhanden (59,1 %). Es läge noch immer ein fehlender adäquater Umgang mit Unterschiedlichkeiten vor und auf kognitive Leistung gerichtete Angebote würden sich laut der interviewten Schlüsselpersonen aus Modul 4 nicht an Menschen mit Behinderung richten. Vermutlich wurden inhaltliche bzw. aktivitätsbezogene Barrieren insbesondere von Akteuren geäußert, die auf (Individual-)Leistung setzen, wie zum Beispiel Sportvereine oder Bildungsangebote.

Tabelle 7: Mögliche Barrieren für die Teilnahme von Menschen mit Behinderung in inklusiven Angeboten/Aktivitäten (Mehrfachantworten möglich; Quelle: Modul 1)

Barrieren	Gesamt	Prozent der Fälle (N=115)
Räumliche/bauliche Barrieren	69	60,0 %
Inhaltliche bzw. aktivitätsbezogene Barrieren	68	59,1 %
Sprachliche Barrieren wie etwa Dialekt, Fachbegriffe und Schrift	22	19,1 %
Sonstige Barrieren *	4	13,5 %
Mobilitätsbarrieren	3	2,6 %
Soziale Barrieren wie etwa fehlende Anerkennung/Offenheit/Toleranz/Akzeptanz/Ernsthaftigkeit/Zivilcourage/Willkommenskultur; Unsicherheiten/Berührungängste/Unwissenheit/Diskriminierungen; Abhängigkeiten	2	1,7 %
Gesamt	171	146,2 %

* Sonstige Angaben: Mangelnde Fachkenntnis, ärztliche Anweisungen, Übungsleitermangel, fehlende Stadtteilnähe.

In Anbetracht der genannten Barrieren ist es weniger erstaunlich, dass die interviewten Schlüsselpersonen (Modul 4) und die Probanden aus der zweiten Sozialraumanalyse (Modul 2) ihren *Unterstützungsbedarf insbesondere in baulichen Veränderungen und in der Verfügbarkeit über entsprechendes technisches Equipment* zur Unterstützung der Begleitung von Menschen mit Behinderung sehen. In diesem Zusammenhang benötigen sie vor allem unbürokratische finanzielle Ressourcen. Weiterhin wird ein Verbesserungsbedarf im Einsatz von (pädagogisch spezialisiertem) Personal mit entsprechenden Kompetenzen und interessierten Ehrenamtlichen, die die Menschen mit Behinderung während des Angebots individuell begleiten, gesehen. In Folge dessen müssen inklusive Angebote – vor allem in der Aufbau- und Erprobungsphase – sowohl von *haupt- und ehrenamtlichem Personal* begleitet und betreut werden.

Insgesamt bedarf es aber nicht nur an einem Mix an haupt- und ehrenamtlichen Kräften, sondern zusätzlich an einem erhöhten personellen Aufwand und insbesondere Personen, die sich offen im Umgang mit Menschen mit Behinderung zeigen. Letzteres sei besonders für die Überwindung von Kommunikationsbarrieren relevant. Was die Verständigung in inklusiven Freizeitsettings betrifft, betonten die Befragten aber auch, dass eine gelungene Kommunikation beidseitig ist und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Behinderung sich nicht nur als Nutzerinnen und Nutzer des Angebots begreifen dürfen, sondern vor allem in der Aufbau- und Erprobungsphase das inklusive



Angebot mitgestalten müssen. Insgesamt zeigt sich: *Durch offene und ehrliche Dialoge können Strukturen und Rahmenbedingungen in inklusiven Angeboten bedarfsgerecht gestaltet werden.*

Rückblickend auf eine offene und neutrale Haltung seitens des Personals sei diese laut einem Befragten aus Modul 4 mehr bei ehrenamtlich Engagierten als bei Profis, die zuvor über mehrere Jahre in Einrichtungen der Behindertenhilfe tätig waren, gegeben. Was das benötigte Personal betrifft, benannten die Interviewpartnerinnen und -partner auch deren Aufgaben und Rollen: So wird den hauptamtlichen Kräften eine eher angebotskoordinierende, anleitende und beratende Funktion zugeschrieben, die bei Bedarf von den Ehrenamtlichen beansprucht werden kann. Ehrenamtliche hingegen sind für die konkrete Durchführung des Angebots federführend zuständig. Sie sind dabei allerdings nicht nur in ihrer Rolle als Übungsleiterinnen und -leiter tätig. So bedarf es in einem inklusiven Angebot auch einzelner ehrenamtlicher Kräfte, die als Assistenzkräfte zur individuellen Begleitung von Menschen mit Behinderung während eines inklusiven Freizeitangebots eingesetzt werden. Die ehrenamtlichen Assistenzkräfte sollten dabei durch die Freizeitanbieter akquiriert und qualifiziert werden. Für Betroffene sei es immens schwierig, eigenständig ehrenamtlich Engagierte zu finden, die sie zu und während der inklusiven Angebote begleiten.

62

Ein vierter Verbesserungsbedarf wird seitens der befragten Schlüsselpersonen in Modul 4 in der *Anpassung von Rahmenbedingungen an die Bedürfnisse und Interessen der Angebotszielgruppe* gesehen. Diese Interessen sind, wie bereits erwähnt, vielfältig und es dürfen daher keine inhaltliche Eingrenzungen der Angebotspalette vorgenommen werden: So eignet sich beispielsweise Sport (bei Bedarf mit veränderten Angebotsstrukturen und Rahmenbedingungen) genauso wie etwa Kultur- oder Bildungsangebote oder offene Treffs für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen. Wichtig ist allerdings, dass inklusive Angebote kostengünstig und stadtteil-/sozialraumorientiert sind, ein Raum für Austauschmöglichkeiten während des Angebots ermöglicht wird und der Mix an kontinuierlichen und punktuellen Angeboten nicht nur an Werktagen, sondern auch am Wochenende und in den Ferien stattfindet. So gilt es beispielsweise für Kinder mit Behinderung die Teilnahme an städtischen Ferienfreizeiten zu öffnen. Weiterhin bewertet eine befragte Schlüsselperson ein inklusives Angebot als sinnvoll, wenn sich die Gruppe zu Beginn des Angebots neu zusammensetzt und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Anerkennung und direkte Resonanz unmittelbar während des Angebots erfahren bzw. die Aktivitäten auf Selbsterfahrung setzen. Bei kulturellen Angeboten wie etwa Theater- und Schauspiel, Tanz- und Rollenspiel sei dies gut möglich.

Zuletzt müssen *Schulungen/Qualifizierungen/Aufklärungsarbeit* und Informationsveranstaltungen, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit in Form von Bewusstseinsbildung und Kampagnen zur Sensibilisierung des Gemeinwesens, Kursleiterinnen und -leiter oder der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit/ohne Behinderung und deren Eltern umgesetzt werden. Was die Öffentlichkeitsarbeit von Angebotsinhalten und der Zielgruppenstruktur betrifft, müssten diese niedrigschwellig unter anderem durch die Nutzung von Internet/sozialen Medien und der Vergabe durch ein so genanntes Inklusionssiegel⁶ zugänglich sein. Von hoher Bedeutung seien außerdem Vernetzungsaktivitäten zwischen Freizeit Anbietern, Einrichtungen der Behindertenhilfe und Selbsthilfeinitiativen. Ferner sollten übergeordnete Inklusionsarbeitsgemeinschaften seitens der Stadt Heidelberg zur Förderung der Kooperation zwischen relevanten Schlüsselakteuren initiiert werden.

Dieses Kapitel, in dem vor *allem* die vielfältigen Verbesserungsbedarfe für die Umsetzung inklusiver Angebote eruiert wurden, schließt mit einem in der Befragung formulierten Unterstützungswunsch im Hinblick auf die Teilnahme von Menschen mit Behinderung: Laut der ersten Sozialraumanalyse

⁶ Das Inklusionssiegel soll laut einer befragten Schlüsselperson Hinweise darauf geben, ob das Angebot für Menschen mit Behinderung offen steht und festgelegte Standards zur Umsetzung eines inklusiven Angebots gegeben sind.

wünschen sich 45% der befragten Akteure (N=129) Unterstützung in der Umsetzung gelingender inklusiver Angebote. Das größte Bedürfnis nach Unterstützung haben wiederum Akteure, die bereits mehrheitlich Kontakt mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Nutzerinnen und Nutzern oder Kundinnen und Kunden mit Behinderung hatten. Dies verweist auf ihre bleibende Bereitschaft, weiterhin inklusive Angebote durchzuführen. Akteure mit wenig Kontakt und/oder geringer Bereitschaft zu inklusiven Angeboten äußerten in der Sozialraumanalyse weniger Interesse an Unterstützung (Ausnahme: Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit und aus den Bereichen Kulturarbeit und Bildung).

c) Der Inklusionsatlas

Einen wesentlichen *Beitrag* zum Ausbau inklusiver Freizeitangebote und Verstärkung von Vernetzungsaktivitäten zwischen Heidelberger Freizeitdienstleistern kann unseres Erachtens der Inklusionsatlas leisten. Er bietet für alle interessierten Vereine/Organisationen/Gruppierungen die Chance, sich und deren inklusiven Angebotspalette zu präsentieren. Die Akquise von neuen Mitgliedern aber auch ein gemeinsamer Austausch im Hinblick auf die Planung und Durchführung von gelingenden Inklusionsaktivitäten können Vorteile einer Registrierung auf der Onlineplattform sein. Für die Betroffenen selbst ist es ein geeignetes Medium, gezielt passende Freizeitangebote auf einer Plattform gebündelt zu recherchieren. Im Folgenden werden die Reichweite des Inklusionsatlases und zentrale Inhalte aus der Auswertung des Atlases (Modul 2) präsentiert.

Bislang haben sich zum Zeitpunkt Herbst 2015 insgesamt 59 Einrichtungen/Gruppierungen auf der Onlineplattform *angemeldet*. Diese präsentieren sich mit über 66 verschiedenen, meist sportlich ausgeprägten Angeboten, die sich in folgende Kategorien innerhalb des Inklusionsatlases zuteilen lassen⁷:

63

Tabelle 8: Kategorisierte Angebote der Institutionen/Einrichtungen (Mehrfachantworten möglich; Quelle Modul 2)

Kategorisierte Angebote	Gesamt Anzahl Angebote (N=66)	Prozent der gültigen Fälle (N=59)
Sport	21	31,8 %
Kinder- und Jugend	13	19,7 %
Kultur	13	19,7 %
Beratung	11	16,7 %
Musik	9	13,6 %
Stadtteil	8	12,1 %
Senioren	7	10,6 %
Ferienfreizeit	7	10,6 %
Selbsthilfegruppen	4	6,1 %
Dachorganisation	3	4,6 %
Religion	2	3,0 %
Tourismus	2	3,0 %
Gesamt	100	151,5 %

⁷ Für die wissenschaftliche Auswertung des Inklusionsatlases wurden die Angaben zu den Angeboten berücksichtigt. Dabei konnten von 59 Einrichtungen 66 Angebote ausgewertet werden.



In der folgenden Tabelle 9 werden die Einrichtungen die in der Sozialraumanalyse 1 (Modul 1) eine zukünftige Bereitschaft signalisierten, inklusive Angebote durchzuführen (128 Angebote), den Einrichtungen gegenübergestellt, die tatsächlich inklusive Angebote realisiert haben (sprich, die Einrichtungen, die dann im Inklusionsatlas erfasst wurden). Eine solche Gegenüberstellung ist möglich, da die Akteure im Inklusionsatlas eine Teilgruppe der befragten Akteure vom Herbst 2014 ist.

Tabelle 9: Kategorisierte Angebote der Institutionen/Einrichtungen (Mehrfachantworten möglich; Quelle Modul 2)

Kategorisierte Angebote	Befragung Herbst 2014	
	Bereitschaft inklusive Angebote durchzuführen	Erfasste Einrichtungen im Inklusionsatlas 2015 Durchführung von inklusiven Angeboten
	Prozent der Nennungen (N=334)	Prozent der Nennungen (N=78)
Sport und Spiel	16,2 %	23,1 %
Kulturarbeit, kulturelle Bildung (Kulturelles, Kultur, Kunst, Gestaltung, kreative Tätigkeiten, Musik und Theater)	16,5 %	19,2 %
Kinder- und Jugendarbeit	18,6 %	14,1 %
Offenes (Freizeit-)Angebot	nicht erfasst	5,1 %
Bildung	12 %	1,3 %
Selbsthilfe	3 %	3,9 %
Umwelt/Natur/Tiere	5,4 %	1,3 %
Sonstiges	0,9 % *	23 %
Weltanschauung/Glaube	5,1 %	2,6 %
Tourismus	3,9 %	1,3 %
Tradition, Brauchtumspflege	3,3 %	6,4 %
Soziales/Caritative Angebote	12 %	2,6 %
Politik	3,3 %	-

* Zu den sonstigen Angaben sind in den drei Fällen genauere Angaben vorhanden: Gastronomie, Rehabilitationssport/ Gesundheitssport, Gesundheitsprophylaxe.

** Aktiv-Reha-Center Heidelberg, BiBeZ - Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter/chronisch erkrankter Frauen und Mädchen e.V., Elterninitiative Rhein-Neckar „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ e.V., FreiwilligenAgentur Heidelberg, Heidelberger Selbsthilfebüro, Offene Hilfen der Lebenshilfe Heidelberg, Seniorenzentrum Altstadt, Seniorenzentrum Bergheim, Seniorenzentrum Rohrbach, Seniorenzentrum Wieblingen, Begegnungsstätte für Senioren, Tagesstätte für psychisch kranke Menschen, Vbl e. V., Wandlungsbedarfe e V., Whisper Foundation gGmbH

Die Auswertung zeigt, dass insbesondere Akteure aus den Bereichen „Kinder- und Jugendarbeit“ und „Bildung“, letztendlich in der Praxis seltener inklusive Angebote realisierten (siehe Spalte Inklusionsatlas 2015). In der Kinder- und Jugendarbeit waren etwa 19% dazu bereit, zukünftig inklusive

Angebote durchzuführen, und tatsächlich setzen von dieser Teilgruppe nur etwa 14 % inklusive Angebote um bzw. sind im Inklusionsatlas verortet. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Sparte „Bildung“. Hier haben 12 % im Jahr 2014 Bereitschaft gezeigt und etwa 1 % führen letztendlich Angebote durch beziehungsweise sind im Inklusionsatlas aufgeführt.

Die folgende Tabelle 10 gibt einen Überblick über das Alter der Zielgruppe und die möglichen Behinderungsarten. Die inklusiven Angebote des Atlases richten sich eher an Personen mittleren Alters beziehungsweise an jüngere und ältere Erwachsene und insbesondere stehen die Freizeitangebote für Menschen mit einer körperlichen Behinderung offen.

Tabelle 10: Zielgruppe (Mehrfachantworten möglich; Quelle Modul 2)

Zielgruppe	Prozent der Fälle (N=64)		Prozent der Fälle (N=59)
Klein- und Vorschul- kinder zwischen 0 bis 6 Jahren	21,9 %	Körperliche Behinderung	88,1 %
Teenager und Jugendliche zwischen 7 bis 17 Jahren	54,7 %	Geistige Behinderung	61,1 %
Junge Erwachsene zwischen 18 bis 27 Jahren	70,3 %	Sehbehinderung	59,3 %
Erwachsene zwischen 28 bis 64 Jahren	73,4 %	Seelische Behinderung	59,3 %
Senioren ab 65 Jahren	64,1 %	Hörbehinderung	52,5 %
Gesamt	284,40 %	Sonstige Behinderung	40,7 %
		Gesamt	361 %

Betrachtet man schließlich die Verteilung der Behinderungsarten innerhalb der vier häufigsten Sparten (Sport, Kinder- und Jugendarbeit, Kultur, Beratung), so zeigt sich, dass sich der obige Anteil nicht in allen Sparten gleichermaßen widerspiegelt. In Angeboten aus den Bereichen „Sport“ und „Beratung“ sind beispielsweise in beinahe allen Fällen Menschen mit körperlichen Behinderungen vertreten. Andere Behinderungsarten kommen in diesen Angeboten im Verhältnis seltener vor. In der Kinder- und Jugendarbeit sowie in kulturellen Angeboten lässt sich hingegen eine sehr große Vielfalt an Behinderungsarten beobachten. (vgl. Tabelle 11).



Tabelle 11: Kategorisierte Angebotsformen geclustert nach Behinderungsarten (Quelle Modul 2)

Angebotsformen		Gültige Prozente der jeweiligen Gruppe
Sport	21	
davon		
Körperliche Behinderung (N=52)		85,7 %
Hörbehinderung (N=31)		47,6 %
Geistige Behinderung (N=35)		42,9 %
Sehbehinderung (N=36)		38,1 %
Seelische Behinderung (N=35)		33,3 %
Sonstige Behinderung		33,3 %
Kinder und Jugend	13	
davon		
Körperliche Behinderung (N=52)		69,2 %
Geistige Behinderung (N=35)		69,2 %
Seelische Behinderung (N=35)		61,5 %
Sehbehinderung (N=36)		53,8 %
Hörbehinderung (N=31)		53,8 %
Sonstige Behinderung (N=24)		15,4 %
Kultur	13	
davon		
Körperliche Behinderung (N=52)		76,9 %
Sehbehinderung (N=36)		61,5 %
Geistige Behinderung (N=35)		53,8 %
Seelische Behinderung (N=35)		53,8 %
Sonstige Behinderung (N=24)		53,8 %
Hörbehinderung (N=31)		46,2 %
Beratung	11	
davon		
Körperliche Behinderung (N=52)		90,9 %
Sehbehinderung (N=36)		63,6 %
Geistige Behinderung (N=35)		63,6 %
Seelische Behinderung (N=35)		63,6 %
Hörbehinderung (N=31)		63,6 %
Sonstige Behinderung (N=24)		54,6 %

Man könnte einerseits darauf schließen, dass sich die Akteure der verschiedenen Sparten vor allem auf die Inklusion von Menschen mit einer körperlichen Behinderung konzentrieren. Eine andere Möglichkeit wäre aber auch, dass die Nachfrage von Menschen mit anderen Behinderungen geringer ausfällt beziehungsweise fehlt.

Betrachtet man Tabelle 12, werden bei den untersuchten Angeboten vor allem die „klassischen“ Maßnahmen zum Abbau von Barrieren angegangen. Diese Maßnahmen schaffen vor allem Barrierefreiheit für Menschen mit einer körperlichen Behinderung.

Tabelle 12: Barrierefreiheit (Mehrfachantworten möglich)

Barrierefreiheit	Prozent der Fälle (N=56)
Barrierefreie Toiletten	87,5 %
Stufenloser Zugang	71,4 %
Breite Türrahmen	51,8 %
Haltegriffe	48,2 %
Aufzug	39,3 %
Elektrischer Türöffner	30,4 %
Unterstützungspersonen	30,4 %
Kommunikation in leichter/einfacher Sprache	30,4 %
Kontrastreiche Beschilderung	14,3 %
Bebildung	5,4 %
Blinden- und Profilschrift	3,6 %
Dolmetschen/Gebärdensprache	1,8 %
Gesamt	414,5 %

Die Maßnahmen spiegeln somit eine Dominanz von Angeboten für Menschen mit einer körperlichen Behinderung im Inklusionsatlas wider. Möglicherweise ist dies auf eine größere Nachfrage zurückzuführen, das heißt Menschen mit einer körperlichen Behinderung könnten in der Praxis mehr an inklusiven Angeboten interessiert sein als Menschen mit einer geistigen, seelischen oder Hör-/Sehbehinderung. Eine andere Deutung könnte aber auch sein, dass das Thema „Behinderung und Barrierefreiheit“ in der Öffentlichkeit häufig eher mit körperlichen Behinderungsformen assoziiert wird. Diese Lesart würde dann aber eine strukturelle Ausgrenzung anderer Behinderungsarten mit sich bringen. Dementsprechend ist eine Sensibilisierung der Zivilgesellschaft für die Vielfalt von Behinderung erforderlich: Inklusion ist mehr als der Einbezug von Menschen mit einer körperlichen Behinderung. Inklusion geht einher mit einer ganzheitlichen Perspektive auf Barrieren, die es umfassend und im Vorfeld abzubauen gilt.

Die folgenden Tabellen 13 bis 14 zeigen derzeitige Rahmenbedingungen für die Durchführung von inklusiven Angeboten auf: Häufig besteht das Angebot durchführende Team aus einem Mix an haupt- und ehrenamtlichen Kräften (41,4 %). Meistens erfordert die Teilnahme keine Mitgliedschaft, dennoch fallen bei inklusiven Angeboten häufig Kosten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. Dabei handelt es sich nicht selten um geringere Teilnahmebeträge in Form einer Sachkosten- und



Verpflegungspauschale. Werden die anfallenden Kosten nach Angebotsformen differenziert betrachtet, sind die Angebote innerhalb der Sparten „Dachorganisation“, „Selbsthilfegruppen“, „Ferienfreizeiten“ und „Tourismus“ stets kostenpflichtig. Angebote in Form von Stadtteilarbeit und für Seniorinnen und Senioren sind dagegen eher seltener kostenpflichtig (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 13: Durchführende Personengruppe

Durchführende Personengruppe	Gültige Prozente	Mitgliedschaft	Gültige Prozente	Anfallende Kosten	Gültige Prozente
Ehrenamtliche	32,8 %	Ja	29,6 %	Ja	68 %
Hauptamtliche	25,9 %	Nein	55,6 %	Nein	12 %
Team aus Haupt- und Ehrenamt	41,4 %	Wünschenswert	14,8 %	Abhängig vom Angebot	18 %
Gesamt	100 %	Gesamt	100 %	Spenden erwünscht	2 %
				Gesamt	100 %

Tabelle 14: Kosten geclustert nach kategorisierten Angebotsformen

	Gesamt	kostenpflichtige Angebote (Inkl. Antwort: abhängig vom Angebot)	Anteil kostenpflichtiger Angebote an allen Angeboten dieser Sparte
Dachorganisation	2	2	100 %
Selbsthilfegruppen	2	2	100 %
Ferienfreizeit	5	5	100 %
Tourismus	1	1	100 %
Sport	16	15	93,8 %
Musik	6	5	83,3 %
Kinder- und Jugend	12	9	75 %
Kultur	11	8	72,7 %
Beratung	7	5	71,4 %
Stadtteil	8	5	62,5 %
Senioren	7	4	57,1 %
Religion	1	-	-

Die Angebote, so zeigt Tabelle 15, sind in den meisten Fällen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen (91,8 %). Auch mit privaten Kraftfahrzeugen können die Angebote des Inklusionsatlases angefahren werden. Betrachtet man die Möglichkeiten zur Erreichung des Angebots, die vor allem für Menschen mit schwerwiegenden Behinderungen von hoher Bedeutung sind (Behindertenparkplätze, organisierte Fahrdienste), sind diese eher seltener gegeben. Bei weniger als der Hälfte der Angebote sind Behindertenparkplätze vorhanden und nur in etwa 10 % der Fällen werden durch Angebotsdurchführende und/oder Mitglieder Fahrdienste organisiert.

Tabelle 15: Nutzbarkeit/Erreichbarkeit für Menschen mit Behinderung

Nutzbarkeit/Erreichbarkeit	Prozent der Fälle (N=61)
Erreichbarkeit mit ÖPNV	91,8 %
Erreichbarkeit mit privatem Kfz	80,3 %
Behindertenparkplätze vorhanden	49,2 %
Organisierte Fahrdienste	9,8 %
Gesamt	231,1 %

Insbesondere organisierte Fahrdienste zur Erreichung der Angebote sind für Menschen mit schwerwiegenden Behinderungen wesentlich. Möglicherweise kommt auch an dieser Stelle zum Ausdruck, dass inklusive Angebote bislang vor allem von Menschen nachgefragt und genutzt werden, die beispielsweise nicht beziehungsweise seltener von einer Mehrfachbehinderung betroffen sind und mit ihrer Behinderung noch durch die bislang gegebenen Strukturen inkludiert werden können. Jedoch muss immer auch darauf geachtet werden, Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf gleichermaßen zu berücksichtigen, da Inklusion insbesondere eine Anpassung der Strukturen an die Bedürfnisse von Menschen unterschiedlicher Behinderungsarten und -grade bedeutet.

Tabelle 16 zeigt die Vielfalt an Anmeldungs- und Informationsmöglichkeiten zu den inklusiven Angeboten des Atlases auf:

69

Tabelle 16: Anmeldung/Info

Anmeldung/Info	Prozent der Fälle (N=57)
Telefonische Anmeldung	61,4 %
Email	63,2 %
Persönliche Anmeldung	56,1 %
Schriftliches Anmeldeformular	33,3 %
Internet	28,8 %
Digital	26,3 %
Fax	26,3 %
Leichte Sprache	5,3 %
Großdruck	-
Gesamt	301,7 %

Diese Formen zur Anmeldung sowie die Informationsmöglichkeiten spiegeln wiederum nicht die Vielfalt an Behinderungsmöglichkeiten wider. Eine Aufbereitung der Informationen in leichter Sprache (u. a. als eine wesentliche Voraussetzung für Menschen mit einer geistigen Behinderung) ist nur in 5 % der Fälle gegeben. Großdruck der Informationen/Anmeldung besteht bei keinem einzigen der inklusiven Angebote. Auch hier ist zu konstatieren: eine Anpassung der Strukturen an die Bedürfnisse von Menschen mit verschiedenen Behinderungen wird bislang noch nicht in vollem Maße realisiert.



2.2.3 Schlussfolgerungen aus Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung

a) Zum Projektverlauf

Die Stadt Heidelberg und der Vbl e. V. rückten mit ihrem Vorhaben „Aufbau eines Inklusionsatlases und Initiierung einer Vermittlungsbörse“ das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich ins Bewusstsein vieler zivilgesellschaftlicher Akteure. In persönlichen Beratungsgesprächen mit Vereinsvorständen und -mitgliedern konnten vor allem soziale Barrieren in den Köpfen abgebaut und erreicht werden, dass sich insbesondere die Vereinslandschaft dem Thema annimmt und sich Überlegungen zur Gestaltung inklusiver Freizeitaktivitäten macht. Dabei wurden rechtliche Fragen geklärt, passende Rahmenbedingungen erläutert, Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung geleistet sowie der Mehrwert inklusiver Angebote vermittelt. In den Gesprächen fiel allerdings wiederkehrend auf, dass beispielweise ein Großteil der relevanten Akteure Inklusion auf die Teilnahme von Menschen mit einer körperlichen Behinderung reduziert. Überdies begegneten die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auch Vereinsvorständen und -mitgliedern, mit denen es zu eher unerfreulichen Gesprächen bezüglich der Möglichkeit inklusiver Freizeitangebote kam. So gibt es in Heidelberg nach wie vor Initiativen und Gruppierungen, die sich gegenüber der Idee der Inklusion vollkommen verschließen und Menschen mit Behinderungen aus ihren Angeboten bewusst exkludieren. Sensibilisierungs- und Überzeugungsarbeit war bei diesen Akteuren gänzlich nicht möglich.

70

Auch eine weitere Besonderheit lässt sich aus den Ergebnissen ableiten: Prinzipiell scheint eine Bereitschaft zur Etablierung inklusiver Angebote zu bestehen. Jedoch ist die Bereitschaft zur Bewerbung dieser Angebote geringer einzuschätzen. Tatsächlich bestehen bei vielen Akteuren im Freizeitbereich Ängste und Sorgen, die Angebote gezielt auch für Menschen mit Behinderung zu bewerben. Diese Ängste konnten durch die persönlichen Gespräche reduziert beziehungsweise aufgelöst werden. In der Projektplanung wurde allerdings nicht mit der Notwendigkeit dieser doch sehr zeitintensiven und zahlreichen Vorgespräche gerechnet. Der Aufwand schlug sich dabei deutlich im geplanten Projektstrukturplan nieder, so dass vorab definierte Meilensteine aber auch zentrale Projektziele (wie etwa der Aufbau einer Vermittlungsbörse) nicht erreicht werden konnten. Weiterhin wirkte sich der zunächst geringe Rücklauf der ersten und zweiten Sozialraumanalyse, die ausschlaggebend für den Aufbau des Inklusionsatlases waren, negativ auf die Einhaltung des Projektzeitplans aus – häufig benötigte es flankierende Telefonate mit den entsprechenden Personen, um auf die Sozialraumanalysen aufmerksam zu machen. In diesem Kontext darf zuletzt der doch zeitlich hohe Aufwand für die Recherche der Kontaktdaten verschiedener Akteure nicht vergessen werden. Letztendlich zahlte sich der Aufwand für die persönliche Kontaktaufnahme mit verschiedenen relevanten Akteuren aus dem Freizeitbereich nicht nur bezüglich ihrer Mitwirkungsbereitschaft hinsichtlich des Inklusionsatlases aus, sondern ein weiterer Effekt der flankierenden Gespräche mit Vereinsvorständen und -mitgliedern war, dass sich (nicht) bestehende Vernetzungsaktivitäten zwischen dem Vbl e. V. und relevanten zivilgesellschaftlichen Akteuren initiieren beziehungsweise verfestigen ließen.

Eine weitere Schwierigkeit im Projektverlauf war die Zusammenarbeit mit dem Dienstleister, der mit der technischen Umsetzung der Onlineplattform „Inklusionsatlas“ beauftragt wurde. Absprachen gestalteten sich wesentlich zeitaufwändiger als gedacht und gewünschte Formate konnten nicht zügig umgesetzt werden. Auch dies wirkte sich negativ auf den Projektzeitplan aus.

Wie eben dargestellt war der Erfolg des Projekts folglich von vielen Akteuren abhängig. So konnte rückblickend auf die zwei Projektjahre die Idee des Inklusionsatlases zwar an die Zivilgesellschaft herangetragen und erste Einrichtungen/Gruppierungen für den Inklusionsatlas gewonnen werden, nichtsdestotrotz gilt es zukünftig, einerseits die persönlichen Kontakte zu Vereinen, Verbänden etc. zu pflegen und andererseits neue Einrichtungen und Gruppierungen durch breite Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. Bei ähnlichen Aktivitäten bzw. zur Weiterführung des Projekts bedarf es daher zukünftig insbesondere geplanter öffentlichkeitswirksamer Aktionen. Möglicherweise lassen sich zum Beispiel prominente Personen für eine Schirmherrschaft gewinnen, die das Projekt nach außen vertreten, oder (passende) Veranstaltungen finden beziehungsweise umsetzen, in denen der Inklusionsatlas vorgestellt und beworben wird.

Die wissenschaftliche Begleitung sieht das Projekt auch dahingehend noch nicht als abgeschlossen, da die Onlineplattform kontinuierlich durch eine Person gepflegt werden muss: so müssen beispielsweise neue Angebote eingespeist und ggf. veraltete, nicht mehr bestehende Angebote entfernt werden.

b) Zu dem erzielten Ergebnis: Der Inklusionsatlas

Was die Weiterentwicklung von Inklusion im Freizeitbereich in Heidelberg betrifft, so sind Überlegungen nicht nur hinsichtlich der Schaffung neuer Angebote und der Veränderung von Strukturen und Rahmenbedingungen in bestehenden Angeboten zu tätigen. Weitere Anstrengungen sollten sich den Aufbereitungs- und Verbreitungsweisen von inklusiven Angeboten widmen. So sehen auch die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zwar die Vielzahl an inklusiven Angeboten für Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich gegeben, diese sind aber zeitgleich noch zu wenig vernetzt und für ihre Zielgruppe nicht transparent und zugänglich.

71

Unseres Erachtens ist der Inklusionsatlas insgesamt ein gelungenes Instrument, mit welchem die zahlreichen inklusiven Angebote im Heidelberger Freizeitbereich aufgearbeitet, vernetzt und Menschen mit Behinderung zugänglich gemacht werden können. Übersichtlich auf einer Homepage dargestellt, finden Menschen mit Behinderung ihre passenden Freizeitaktivitäten, können sich über dessen Inhalte und Zugangsweisen informieren, finden heraus, ob ihre Teilnahme möglich ist und was es bei der Teilnahme weiterhin zu beachten gilt. Die Transparenz an Angeboten im Inklusionsatlas vermeidet ferner Doppelstrukturen und sie schafft folglich auch einen Überblick welche Akteure für die Angebote die verantwortliche Zuständigkeit tragen.

Zum Inklusionsatlas ist konkret noch zu sagen, dass er eine inhaltliche Vielfalt an inklusiven Angeboten vorweist und somit verschiedenen Interessenlagen von Menschen mit und ohne Behinderung entspricht. Die Angebote richten sich allerdings überwiegend an Menschen im Erwachsenenalter. Angebote für die Zielgruppe Kinder im Klein- und Vorschulalter sind im Inklusionsatlas (noch) unterrepräsentiert. Diese sollten jedoch mehr an Bedeutung im Inklusionsatlas gewinnen, da insbesondere nichtbehinderte Kinder frühzeitig Erfahrungen im Umgang mit Menschen mit Behinderung sammeln sollten. Eine frühzeitige Sensibilisierung ist einer Veränderung bestimmter Sozialisationserfahrungen und festgefahrener Vorurteile in späteren Lebensphasen vorzuziehen.



Die Angebote des Inklusionsatlases richten sich zudem bisher vor allem an Menschen mit einer körperlichen Behinderung. Diese Gegebenheit wird nicht nur durch die allgemeine Abfrage bezüglich der Teilnahme möglicher Behinderungsformen deutlich. Auch die Maßnahmen zur Barrierefreiheit untermauern den strukturellen Ausschluss von Menschen anderer Behinderungsformen. Wenn Umbaumaßnahmen zur Schaffung der Barrierefreiheit umgesetzt werden, beziehen sich diese häufig auf Maßnahmen, die vor allem für eine barrierefreie Teilnahme von Menschen mit körperlichen Behinderungen relevant sind.

Dasselbe Bild zeigt sich in den aufbereiteten Materialien zur Anmeldung und Informationsweitergabe der inklusiven Angebote: Leichte Sprache und Großdruck der Anmeldeformen/Informationen kommen in sehr seltenen bzw. in keinen Fällen vor, obwohl diese Formen vor allem für Menschen mit einer geistigen und/oder Sehbehinderung von hoher Bedeutung sind. Auch was die Erreichbarkeit der inklusiven Angebote betrifft, sind die Ergebnisse zu hinterfragen: Bei weniger als der Hälfte der Angebote sind Behindertenparkplätze und nur in etwa 10 % der Fälle sind organisierte Fahrdienste, als eine wesentliche Maßnahme, dass Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf oder mehrfachen Behinderung an inklusiven Angeboten teilnehmen können, vorhanden. Bei der Erreichbarkeit der Angebote wird somit erneut deutlich, dass die Angebote des Atlases bislang noch nicht die Vielfalt an Behinderungsarten und Behinderungsgraden widerspiegeln. Dieses Defizit geht möglicherweise damit einher, dass es sich bei der Nachfrage nach inklusiven Angeboten vor allem um Menschen mit einer körperlichen Behinderung handelt und/oder deren Behinderung weniger stark ausgeprägt ist bzw. von den bestehenden Strukturen noch abgefangen werden können. Bestätigt sich diese Vermutung, werden Menschen mit anderen Behinderungsarten und mit einem hohen Unterstützungsbedarf von vornherein strukturell ausgegrenzt. Dementsprechend machen die Ergebnisse deutlich, dass eine Sensibilisierung der Zivilgesellschaft für die Vielfalt von Behinderungen und der damit zusammenhängenden Barrieren erforderlich ist: Inklusion geht einher mit einer ganzheitlichen Perspektive auf Behinderungsarten und mit einer umfassenden Planung inklusiver Angebote.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Freizeitbedürfnisse und Behinderung (Markowetz 2010, S.10)	24
Tabelle 2: Übersicht über die einzelnen Forschungsmodule und einzelnen Erhebungsverfahren	30
Tabelle 3: Übersicht Offene Fragen	46
Tabelle 4: Übersicht über die Forschungsmodule und Erhebungsverfahren	52
Tabelle 5: Zusammenfassende Darstellung über die Auswertung der drei Teilaspekte Nutzerinnen und Nutzer mit Behinderung“, „Durchführung spezielle Angebote“ und „Durchführung inklusiver Angebote“ (Quelle: Modul 1)	58
Tabelle 6: Bereits gezielte Durchführung von inklusiven Angeboten/Aktivitäten geclustert nach Barrieren (Quelle Modul 1)	58
Tabelle 7: Mögliche Barrieren für die Teilnahme von Menschen mit Behinderung in inklusiven Angeboten/Aktivitäten (Mehrfachantworten möglich; Quelle: Modul 1)	61
Tabelle 8: Kategorisierte Angebote der Institutionen/Einrichtungen (Mehrfachantworten möglich; Quelle Modul 2)	63
Tabelle 9: Kategorisierte Angebote der Institutionen/Einrichtungen (Mehrfachantworten möglich; Quelle Modul 2)	64
Tabelle 10: Zielgruppe (Mehrfachantworten möglich; Quelle Modul 2)	65
Tabelle 11: Kategorisierte Angebotsformen geclustert nach Behinderungsarten (Quelle Modul 2)	66
Tabelle 12: Barrierefreiheit (Mehrfachantworten möglich)	67
Tabelle 13: Durchführende Personengruppe	68
Tabelle 14: Kosten geclustert nach kategorisierten Angebotsformen	68
Tabelle 15: Nutzbarkeit/Erreichbarkeit für Menschen mit Behinderung	69
Tabelle 16: Anmeldung/Info	69



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grundsätzliche Motivation der Beteiligung an „Machen wir was!“ (Mehrfachantworten möglich)	39
Abbildung 2: Erstkontakt mit einer Fachkraft	40
Abbildung 3: regelmäßiger Austausch mit anderen Assistenzgeberinnen und -gebern	40
Abbildung 4: Fragebogen Website (n=8) - Austausch von ehrenamtlich Engagierten (keine Angaben: 1)	41
Abbildung 5: Möglichkeit, einen Rückmeldebogen auszufüllen	41
Abbildung 6: Ansprechpartner bei den Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Stuttgart bei Schwierigkeiten mit dem Freizeitpartner	42
Abbildung 7: Schulung von Assistenzgeberinnen und -gebern als Voraussetzung	43
Abbildung 8: Fragebogen Website (n=8) - Gestaltung der Seite, allgemein	43
Abbildung 9: Fragebogen Website (n=8) - Verständlichkeit der Texte	44#
Abbildung 10: regelmäßige Vorstellung des Angebotes „Machen wir was!“ in Einrichtungen der Behindertenhilfe	45

Literaturverzeichnis

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2012): Barrierefreie Dienstleistungen – Benachteiligungen von behinderten Menschen beim Zugang von Dienstleistungen privater Unternehmen. Online im Internet: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Barrierefreie_Dienstleistungen.pdf?__blob=publicationFile. Stand: 2016-01-17.

Arbeits-abc.de (o.Jg.): Warum ist Freizeit und Entspannung nach dem Job so wichtig für den Menschen?. Online im Internet: <http://arbeits-abc.de/warum-ist-freizeit-und-entspannung-nach-dem-job-so-wichtig-fuer-den-menschen/>. Stand: 2016-01-26.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): BITV Lotse. Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz. Online im Internet: http://www.bitv-lotse.de/BL/DE/Home/home_node.html Stand: 2016-02-06.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Online im Internet: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a125-13-teilhabebericht.pdf;jsessionid=4FB3DB2A0EC9A828F3E9A05E47D27CB3?__blob=publicationFile&v=2. Stand: 2016-01-13.

Dannenbeck, C. (2011): Theater mit dem Museum - Inklusion und kulturelle Teilhabe. In: Zeitschrift für Inklusion - online. Ausgabe 4/2011. Online im Internet: <http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/79/79> Stand: 2016-01-26.

75

Decker, S. (2014): Sport hat Vorbildfunktion für Inklusion. Online im Internet: <https://www.aktion-mensch.de/presse/pressemitteilungen/detail.php?id=2088&pt=ueberregional>. Stand: 2016-01-17.

Decker, S. (2012): Aktion Mensch-Umfrage zu Barrierefreiheit: 1. Platz für München. Online im Internet: <https://www.aktion-mensch.de/presse/pressemitteilungen/detail.php?id=1089>. Stand: 2016-01-17.

DIE Gespräch (2012): Inklusion braucht (nicht?) alle. Ein interdisziplinäres Gespräch über Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderung. In: DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, 19. Jahrgang 2012, Heft 2, S.22-25.

einfach teilhaben (2016a): Reiseassistenz. Online im Internet: http://www.einfachteilhaben.de/DE/StdS/Mobilitaet/Schwerbehinderung/Reiseassistenz/reiseassistenz_inhalt.html Stand: 2016-03-08.

einfach teilhaben (2016b): Internet. Online im Internet: http://www.einfachteilhaben.de/DE/StdS/Mobilitaet/Medien/Internet/internet_inhalt.html Stand: 2016-03-08.

Frosch-Wilke, D./ Raith, C. (Hrsg.) (2002): Marketing-Kommunikation im Internet. Theorie, Methoden



und Praxisbeispiele vom One-to-One bis zum Viral-Marketing, Braunschweig/Wiesbaden: Friedrich Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft.

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (2014): KVJS spezial. Arbeitsassistenz für schwerbehinderte Menschen im Beruf. Online im Internet: <http://www.kvjs.de/fileadmin/publikationen/spezial/KVJS-Spezial-Arbeitsassistenz-Internet.pdf>. Stand: 2016-02-06.

Machen wir was! (2016a): Ihre Sicherheit. Online im Internet: <http://machen-wir-was.de/sicherheit/> Stand: 2016-03-06.

Machen wir was! (2016b): Startseite. Machen wir was? Etwas, das uns beiden Spaß macht? Klar! Online im Internet: <http://machen-wir-was.de/> Stand: 2016-03-06.

Markowetz, R. (2015): Netzwerk Inklusion. Landkreis Tischreuth. Auftaktveranstaltung. Online im Internet: http://www.inklusion-tirschenreuth.de/files/inkl-tir/daten/inklusion-leben/Projekte%20und%20Aktivitaeten/2015-10-10/MarkowetzVortrag10102015_web.pdf. Stand: 2016-01-24.

Markowetz, R. (2012): Freizeit und Erwachsenenbildung für Menschen mit Lernschwierigkeiten. In: Schwalb, H./Theunissen, G. (Hrsg.): Inklusion, Partizipation und Empowerment in der Behindertenarbeit. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH Stuttgart; S. 178-190.

76 Markowetz, R. (2011): Wenn alle dabei sind... Fachtag Freizeit und Inklusion. Online im Internet: <http://neueschmiede.westfluegel.com/images/pdf/Markowetzvortrag.pdf>. Stand: 2016-01-24.

Markowetz, R. (2010): Inklusion im Lebensbereich Freizeit. Online im Internet: <https://www.lebenshilfe.de/wData/downloads/ueber-uns/weltkongress-2010/dokumentation/2010-06-18-Markowetz.pdf>. Stand: 2016-01-24.

Markowetz, R. (2009): Freizeit und Erwachsenenbildung für Menschen mit Lernschwierigkeiten. In: Schwalb, H./Theunissen, G. (Hrsg.): Inklusion, Partizipation und Empowerment in der Behindertenarbeit. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH Stuttgart; S. 176-188.

Markowetz, R. (2007): Freizeit behinderter Menschen. In: Cloerkes, G.: Soziologie der Behinderten. Eine Einführung. Heidelberg: Universitätsverlag Heidelberg, „Edition S“, 3. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. S. 307-340.

Markowetz, R. (2006): Freizeit und Behinderung – Inklusion durch Freizeitassistenz. Online im Internet: http://www.pedocs.de/volltexte/2012/5253/pdf/SpektrumFreizeit_2006_2_Markowetz_Freizeit_und_Behinderung_D_A.pdf. Stand: 2016-01-13.

Markowetz, R. (2000): Freizeit von Menschen mit Behinderung. In: Markowetz, R./Cloerkes, G. (Hrsg.): Freizeit im Leben behinderter Menschen. Theoretische Grundlagen und sozialintegrative Praxis. Heidelberg: Universitätsverlag Heidelberg, „Edition S“, S. 9-38.

Meyer, T./Strähle, C./Bell, M. (noch nicht veröffentlicht): Wissenschaftliche Begleitung des Projekts

„Auf dem Weg zu einem Inklusiven Esslingen“. Handlungsempfehlungen zur Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung in der Stadt Esslingen auf Basis einer empirisch begründeten Bestandserhebung von Teilhabebedürfnissen und -möglichkeiten. Ergebnisbericht. Institut für angewandte Sozialwissenschaften, Stuttgart (voraussichtliche Veröffentlichung: 2016).

Opaschowski, H. (1990): Pädagogik und Didaktik der Freizeit. Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Poseck, Oliver (2001): Zu Risiken und Nebenwirkungen...Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen des Internet für die Soziale Arbeit, in: Poseck, Oliver (Hrsg.): Sozialarbeit online, Neuwied/Kriftel: Luchterhand, S. 70-102

Ansätze im Fallmanagement

Bericht des Ifas zum Projekt im Landkreis Ravensburg

1. Personenzentrierte Planung und Sozialraumorientierung als zentrale theoretische Perspektiven im Konzept des präventiven Fallmanagements

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des präventiven Fallmanagements im Landkreis Ravensburg wurden verschiedene theoretische Perspektiven und Handlungsmodelle diskutiert (siehe dazu auch Baustein 1 der wissenschaftlichen Begleitung in Tabelle 2). Insgesamt ist zu empfehlen, den in Ravensburg erprobten Ansatz eines präventiven Fallmanagements an den beiden theoretischen Perspektiven „Personenorientierung“ und „Sozialraumorientierung“ auszurichten. Die Bedeutung von Personenorientierung und Sozialraumorientierung erschließt sich auf Basis aktueller Entwicklungen in der Behindertenhilfe und Politik für Menschen mit Behinderung. Im Zuge von Deinstitutionalisierungsprozessen und der aktuellen Forderung nach Inklusion von Menschen mit Behinderung gewinnen beide Begriffe eine zunehmend wichtige Bedeutung (vgl. etwa Theunissen 2012). Seit etwa 30 bis 40 Jahren ist die Behindertenhilfe durch Deinstitutionalisierungsprozesse geprägt, die darauf abzielen, vorstrukturierte Lebenspläne, „Sonderwege“ sowie standardisierte Methoden und Verfahren kritisch zu hinterfragen. Dies geht einher mit einem Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe, der sich aktuell in den relevanten rechtlichen, politischen und fachwissenschaftlichen Diskursen vollzieht (Einführung des SGB IX, UN-Behindertenrechtskonvention, Entwicklung neuer Methoden der personenzentrierten Unterstützungsplanung, Inklusion, Empowerment und Selbstbestimmung). Die beiden Perspektiven Personen- und Sozialraumorientierung ziehen sich dabei wie ein roter Faden durch diese Entwicklungen. Zusätzlich muss dabei noch herausgestellt werden, dass beide theoretischen Perspektiven im Grunde sogar gleichzeitig eingenommen werden müssen, d.h. Person und Sozialraum sind stets gleichzeitig in den Blick zu nehmen (vgl. Niekediek 2010, S. 89). Im Folgenden werden diese beiden Perspektiven im Hinblick auf ihre Relevanz für das Vorhaben im Landkreis Ravensburg ausführlich dargestellt.

Personenzentrierte Planungsansätze stehen vor allem mit Deinstitutionalisierungsprozessen in Verbindung, weil eine solche Neuorientierung von Unterstützung gleichzeitig auch eine Abkehr von institutionalisierten Unterstützungskonzepten bedeutet (vgl. dazu ausführlich Hinz/Kruschel 2013). Unter Institutionalisierung ist nämlich nicht (nur) der Auf- und Ausbau von Einrichtungen oder Organisationen zu verstehen. Der Begriff Institutionalisierung bezieht sich gleichermaßen auch auf standardisierte und auf Dauer angelegte Handlungsabläufe. Die Autoren Berger/Luckmann (2009, S. 56 f.) schreiben hierzu:

„Alles menschliche Tun ist dem Gesetz der Gewöhnung unterworfen. Jede Handlung, die man häufig wiederholt, verfestigt sich zu einem Modell, (...). Habitualisierung in diesem Sinne bedeutet, daß [sic!] die betreffende Handlung auch in Zukunft ebenso (...) ausgeführt werden kann. (...). Habitualisierungsprozesse gehen jeder Institutionalisierung voraus (...).“

Werden solche habitualisierten Handlungen also schließlich anerkannt und damit handlungsleitend (sprich: werden „Gesetz“), entsteht eine Institution. Institutionen haben schließlich wiederum die Kraft, soziale Kontrolle auszuüben, die Menschen dazu bringt, Entscheidungen immer nach einem bestimmten Ablauf zu treffen und Handlungsweisen standardisiert auszuführen (vgl. ebd., S. 58f.).

Insofern sind Institutionen also nicht nur „stofflich“ im Sinne von Gebäuden, Einrichtungen oder Organisationen zu verstehen, sondern allgemein als standardisierte (Handlungs-) Abläufe und Verfahrensweisen. Für einen analytischen Zugang zum Handlungsfeld der Behindertenhilfe ist dieses Verständnis elementar, denn das Leben von Menschen mit Behinderung wird nicht nur durch Einrichtungen und Organisationen, sondern auch durch entsprechende standardisierte Verfahren hochgradig bestimmt. Meist hängen beide Ebenen der Institutionalisierung dann aber auch zusammen: „Insbesondere organisierte Institutionen neigen bekanntlich zur Standardisierung von Handlungsabläufen, die dann notwendig verbunden sind mit einer Einschränkung von individuellen Spielräumen“ (Kastl 2007, S. 10).

Übertragen auf die Unterstützungsplanung für Menschen mit Behinderung bedeutet dies, dass die Planung häufig einer institutionellen Logik folgt, sozusagen von den Möglichkeiten und Logiken der jeweiligen Institution aus gedacht wird. Bei solchen Hilfeplanungen „setzen sich Professionelle (...) zusammen und planen, welche der vorhandenen institutionellen Möglichkeiten für eine Person am angemessensten ist“ (Hinz/Kruschel 2013, S.22). Die personenzentrierte Planung unterscheidet sich hingegen von einer institutionalisierten Unterstützungsplanung dadurch, dass der Mensch mit Behinderung ins Zentrum der Betrachtung gerückt wird und sich die Formen und Zugänge von Unterstützung an den Bedürfnissen und Vorstellungen der jeweiligen Person orientieren. Erst daran anknüpfend wird geschaut, welche Möglichkeiten es hierzu gibt und inwiefern bestehende Angebotsstrukturen verändert oder ob gegebenenfalls neue geschaffen werden müssen:

„Bei personenzentrierten Planungsprozessen geht es (...) darum, möglichst viele unterschiedliche Perspektiven aus dem professionellen und vor allem aus dem privaten Umfeld der Person einzubeziehen, Visionen und konkrete Utopien zu entwickeln und dann daraus eine neue Planungsperspektive abzuleiten, die die Gesellschaft, das bestehende System und den Sozialraum zu neuem Denken, zu neuen Aktionen in einer neuen Logik herausfordert“ (ebd.).

Wichtig bei dieser Vorgehensweise ist es, die Bedürfnisse und individuellen Interessen des Menschen mit Behinderung in den Vordergrund zu stellen. Hierzu bieten sich Methoden an, die erstens auf die individuellen Bedürfnisse, Interessen und Wünsche der zu unterstützenden Person setzen, und zweitens die Unterstützungsplanung radikal an diesen Bedürfnissen, Interessen und Wünschen ausrichten. Dabei können auch Unterstützungssysteme aufgebaut werden, die aus einer Kombination professioneller, semi-professioneller und/oder ehrenamtlicher Hilfe bestehen. Entsprechende Instrumente zur Gestaltung von Unterstützungsnetzwerken und Mobilisierung von Ressourcen sind die „Persönliche Zukunftsplanung“ bzw. die „Bürgerzentrierte Planung in Unterstützernetzen“ (vgl. Boban, Hinz 1999; Doose 2011, Hinz/Kruschel 2013). Die jeweiligen Ansätze stehen in der Tradition personenzentrierter Planung und unterscheiden sich hochgradig von institutionalisierter Hilfeplanung, wie auch die folgende Abbildung verdeutlicht.



Tabelle 1: Institutionelle Hilfeplanung versus Persönliche Zukunftsplanung
(Quelle: Doose 2011)

Institutionelle Hilfeplanung	Persönliche Zukunftsplanung
• Orientierung an Behinderung • Betonung von Defiziten und Bedürfnissen • Ziel: oft Reduzierung von negativen Verhaltensweisen • Hilfeplanung abhängig vom professionellen Urteil, oft standardisierte Tests und Begutachtungen • Schriftliche Berichte • Sieht die Person im Kontext der verfügbaren Maßnahmen und Behinderteneinrichtungen, dies sind oft Lebensräume speziell für Menschen mit Behinderungen • Professionelle Distanz durch Betonung der Unterschiede • Staatlich geregelte Verfahrensweisen, Blickrichtung Kostenträger • Person ist an der Erstellung der Hilfeplanung (oft nur teilweise) beteiligt • Zielrichtung: Stärkung und Ausbau der Institution durch Angebot geeigneter Maßnahmen	• Orientierung an der individuellen Person • Suche nach Fähigkeiten und Stärken • Ziel: Erweiterung der Lebensqualität • Hilfeplanung abhängig von der Person, Familie, Freunde und Fachleuten, verlangt mit der Person Zeit zu verbringen, um sie kennen zu lernen, und gemeinsam eine gute Beschreibung zu erarbeiten • „Geschichten“, Episoden von Menschen, die die Person gut kennen • Sieht die Person im Kontext des regulären Lebens in der Region • Bringt Menschen zusammen durch die Identifizierung von Gemeinsamkeiten • Verfahrensweise nicht vorgeschrieben, Blickrichtung planende Person • Person steuert den Plan und die Aktivitäten • Zielrichtung: Stärkung und Verwirklichung der Ziele des Planenden durch das Angebot geeigneter individueller Maßnahmen, lernende Organisation

80

Die zweite theoretische Perspektive – die **Sozialraumorientierung** – steht vor allem den Forderungen nach mehr gesellschaftlicher Teilhabe bzw. nach Inklusion von Menschen mit Behinderung nahe. Sozialraum- oder auch Gemeinwesenorientierung stellen mittlerweile wichtige aktuelle Konzepte in der Behindertenhilfe dar (vgl. dazu z. B. Aselmeier 2008, 2009, Seifert/Steffens 2009, Seifert 2010). Professionelle Unterstützung von Menschen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung wird in diesen Konzepten durch einen sozialräumlichen Blick erweitert:

„[Es reicht] nicht länger aus, als professionell Tätige(r) in den Grenzen der eigenen Organisation zu denken und zu handeln. (...) so bedeutet dies, dass nicht mehr nur die unterstützte Person, sondern auch das Gemeinwesen mit all seinen Einrichtungen und Menschen zum Adressat professionellen Handelns wird. Dabei wird es zur Aufgabe professionell Tätiger, zwischen dem Mensch mit Behinderung und möglichen Kontaktpersonen im sozialen Umfeld zu vermitteln und Wege zu ebnen, die Teilhabe- und Selbstverwirklichungschancen im Gemeinwesen eröffnen“ (Aselmeier 2009, 116; vgl. auch Aselmeier 2008, S.78).

Im Handlungsfeld der Sozialen Arbeit mit Menschen mit Behinderung ist diese Perspektive bereits mehr und mehr zu einem „State of the Art“ geworden. So wird gefordert, dass Fachkräfte in der Behindertenhilfe Ressourcen im Sozialraum erschließen, als Brückenbauer zu örtlichen Vereinen oder Freizeitangeboten fungieren und gegebenenfalls relevante Personengruppen sensibilisieren und

aktivieren. Eine solchermaßen gemeinwesenorientierte Ausrichtung in der Behindertenhilfe funktioniert gleichermaßen als eine Art „Inklusionsmotor“:

„Vor diesem Hintergrund ist das Knüpfen, Erhalten und Stabilisieren von gemeinwesenbezogenen Netzwerken in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung von hoher Relevanz. (...) Während bislang die pädagogisch orientierte Begleitung und Unterstützung des Individuums zur Teilhabe am allgemeinen Leben im Vordergrund stand, ist der Radius der professionellen Arbeit unter der Zielperspektive Inklusion um die Aufgabe erweitert, Bedingungen in der Gemeinde zu schaffen, die Teilhabechancen stärken“ (Seifert/Steffens 2009, S.12).

Insofern beinhaltet Sozialraumorientierung vor allem die Herausforderung, Ressourcen, Freizeit- und Begegnungsmöglichkeiten sowie sinnstiftende Betätigungsoptionen, wie etwa ehrenamtliches Engagement, im unmittelbaren Gemeinwesen zu erschließen und für Menschen mit Behinderung zugänglich und nutzbar zu machen. Es geht darum, Bedarfe und Bedürfnisse zu erkennen, Ressourcen und Netzwerke zu erschließen, verschiedene Akteure zu vernetzen und letztendlich auch die Bevölkerung für die Belange behinderter Menschen zu sensibilisieren:

„Menschen mit Behinderung sollen überall sichtbar (...) sein, abhängig von den individuellen Möglichkeiten und Interessen – zum Beispiel als Nachbar oder als Kunde im Supermarkt, als Mitglied im Sportverein, als Arbeitskollege, als Teilnehmer einer Selbsthilfegruppe, einer Mieterinitiative oder einer Planungskommission in der Gemeinde. Durch ihre Präsenz in kulturüblichen alltäglichen Zusammenhängen nehmen sie soziale Rollen ein, die die Gemeinsamkeit von Menschen mit und ohne Behinderung dokumentieren“ (ebd., S.14).

81

Auf der anderen Seite gilt es aber auch, die sich im Sinne sozialräumlicher Inklusion verselbständigenden Menschen mit Behinderung auf „ihrem Weg“ in das Gemeinwesen auch zu begleiten und ggf. zu unterstützen. Beide beschriebenen Perspektiven, d.h. sowohl die personenzentrierte Planung als auch die Sozialraumorientierung, müssen daher im Grunde als voneinander abhängig und wechselseitig aufeinander bezogen verstanden werden. Diese Blickrichtung wird von Imke Niediek als die Herausforderung beschrieben, „Person und Sozialraum gleichzeitig zu denken“ (ebd., S.89). Eine solchermaßen gestaltete Unterstützungspraxis muss also sowohl die Bedürfnisse, Wünsche und Vorstellungen des Menschen mit Behinderung genauso in den Blick nehmen, wie die Möglichkeiten, Potenziale und Ressourcen in einem betreffenden Sozialraum. Die hierfür notwendigen Anstrengungen im Sozialraum umfassen entsprechende Erschließungs-, Vernetzungs- und Vermittlungsaktivitäten, während es in der unmittelbaren Arbeit mit den Menschen mit Behinderung vor allem um personenzentrierte Unterstützungsplanung und Empowermentstrategien gehen sollte:

„Eine bevormundende und fürsorgeorientierte Unterstützungspraxis muss einer Kultur der personenzentrierten Unterstützung und einem Höchstmaß an Empowerment weichen. Menschen mit Behinderungen müssen hierbei ermächtigt werden, ihr Leben ‚selbst in die Hand‘ zu nehmen. Dazu gehört auch, persönliche Vorlieben zu entdecken, einen individuellen Lebensstil zuzulassen, Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zu entwickeln und Wege zu ebnen, selbstbestimmt an subjektiv relevanten Lebensbereichen – vor allem im Gemeinwesen – teilhaben zu können.“ (Meyer 2014, S.35f.).

Eine solche „doppelte Perspektive“, das heißt die individuellen Bedürfnisse und Bedarfe sowie die Bedingungen im Sozialraum gleichzeitig in die Betrachtung einzubeziehen, bedeutet für alle in die Unterstützungsplanung involvierten Akteure zweierlei: Auf der einen Seite müssen individuelle Be-

dürfnisse, Lebensvorstellungen, aber auch Unterstützungsbedarfe von Menschen mit Beeinträchtigungen herausgefunden bzw. in den Blick genommen werden (Personenorientierung), was auch ein unbedingtes Ernstnehmen der jeweiligen Wünsche und Bedürfnisse dieser Person beinhaltet. Zur Realisierung dieser Wünsche und Bedürfnisse muss dann in einem zweiten Schritt überlegt werden, welche Unterstützungsformen und -inhalte der jeweilige Mensch braucht und wie diese umgesetzt bzw. organisiert werden können. Auf der anderen Seite sind parallel dazu die jeweiligen sozialräumlichen Bedingungen auszuloten (Sozialraumorientierung), um dadurch eine Realisierung der Wünsche und Bedürfnisse zu ermöglichen. Häufig müssen dazu Ressourcen im Sozialraum erschlossen, weitere Akteure einbezogen oder auch „Brücken“ ins Gemeinwesen gebaut werden.

Im Kern einer solchermaßen gearteten Behindertenhilfe muss die Unterstützungsplanung mit sozialräumlichen Elementen kombiniert werden. Die in der Behindertenhilfe tätigen Professionellen treten dann sowohl als Unterstützungskräfte als auch als Vermittlerinnen und Vermittler sowie Begleitpersonen auf, um so eine sozialräumliche Inklusion zu unterstützen. Manchmal kann das aber auch bedeuten, dass (vor allem im Falle von Menschen, die jahrelang in stationären Kontexten gelebt haben) ein entsprechendes „Zutrauen“ erst gefördert und Interessen geweckt werden müssen. Kurz: es geht auch darum, Menschen mit Behinderung zu „ermächtigen“, als Bürgerinnen und Bürger in einem Gemeinwesen zu partizipieren. Damit besteht die Kernaufgabe von Professionellen und Einrichtungen der Behindertenhilfe zwar nach wie vor darin, adäquate Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Beeinträchtigungen zu entwickeln und vorzuhalten. Aufgrund der oben beschriebenen Möglichkeiten personenzentrierter Planung sowie der sozialräumlichen Öffnung wird diese Unterstützungsplanung jedoch ergänzt werden müssen durch geeignete Empowermentkonzepte. Hierzu sind Methoden zu entwickeln, die auf einen konsequenten Kompetenzerwerb setzen und den Blick auf die Stärken von Menschen mit Beeinträchtigungen richten. Diese Empowermentperspektive richtet ihren Blick auf die Selbstgestaltungskräfte und Ressourcen der betroffenen Menschen. Im Zentrum steht ein unbedingtes Vertrauen in die vorhandenen Stärken der Person (zu Begriff und Bedeutung von Empowerment vgl. ausführlich Theunissen 2009, Herriger 2006).

Die folgende Abbildung 1 verdeutlicht dieses erweiterte Aufgabenspektrum professionell Tätiger in der Behindertenhilfe und listet einige Möglichkeiten und Methoden auf, die diesen Forderungen entsprechen.

Abbildung 1: Ein Modell für das erweiterte Aufgabenspektrum von Professionellen und Einrichtungen der Behindertenhilfe (eigene Darstellung, vgl. Meyer 2014, S.36)



Sozialräumliche Inklusion auf der einen Seite sowie entsprechende Empowermentprozesse auf der anderen Seite erfordern sowohl den Aufbau passgenauer Unterstützungsstrukturen und entsprechender Trainings- oder Bildungsangebote für Menschen mit Behinderung als auch Methoden der Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung, zum Beispiel Sozialraumanalysen, Vernetzung, Aktivierung. Neben der professionellen Unterstützung können hierbei auch regionale Dienstleistungen einbezogen werden, damit eine passgenaue und auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zugeschnittene Unterstützung und Teilhabe gewährleistet ist. Anzustreben ist beispielsweise ein Netz an relevanten Freizeit- und Begegnungsmöglichkeiten. Hierzu sollte zuerst das Vorhandensein und die Eignung bestehender Angebote analysiert und geprüft werden.

Was die personenzentrierte Unterstützungsplanung von Menschen mit Behinderung in Kombination mit Empowermentprozessen betrifft, so eignet sich insbesondere die Methode der „Persönlichen Zukunftsplanung“. Eine solche Zukunftsplanung ist ein Planungstreffen, in dem die spezifische Situation eines Menschen mit Unterstützungsbedarf eingeschätzt und entsprechender Handlungsbedarf ermittelt werden soll. Hierzu werden verschiedene, für die Person relevante Menschen eingeladen (diese Personen werden von dem Menschen mit Behinderung selbst benannt!). Kollektiv werden dann verschiedene Fragen bearbeitet (vgl. dazu exemplarisch Doose 2011):

- welche Bedürfnisse, Interessen, Wünsche, Visionen hat die zu unterstützende Person
- wie können diese Bedürfnisse, Interessen, Wünsche und Visionen realisiert werden
- wie können die Teilhabebarrrieren für diese Person abgebaut werden
- wie kann das Leben in der Gemeinde auf Basis von Unterstützung durch Professionelle und/oder Laienkräfte ermöglicht werden

83

Die an der Zukunftsplanung beteiligten Personen übernehmen dann verschiedene Aufgaben, das heißt, sie erklären sich bereit, die Unterstützung nachhaltig zu sichern. Diese Aufgabenverteilung kann beispielsweise auf Basis einer grafischen Darstellung in Form sogenannter „Unterstützerkreise“ abgebildet werden.

Zusammenfassung

Es sollte deutlich geworden sein, dass eine moderne, auf Inklusion und Selbstbestimmung setzende Behindertenhilfe ohne die beiden theoretischen Perspektiven Personenorientierung und Sozialraumorientierung im Grunde nicht auskommt. Im Ravensburger Modellprojekt wurden hierzu verschiedene Methoden erprobt, die im Zentrum der wissenschaftlichen Begleitung standen. Das Projekt konzentrierte sich dabei insbesondere auf junge Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, die noch bei ihren Eltern wohnen und am Ende ihrer Schulzeit stehen oder bereits eine Ausbildung im Rahmen des Berufsbildungsbereichs einer WfbM absolvieren. Die jungen Menschen befinden sich also an einem wichtigen biografischen Übergang und zentrale Aspekte dieser Schwelle sind dabei die Frage nach einem Auszug aus dem Elternhaus sowie die Entwicklung einer beruflichen Perspektive. Neben den Themen Wohnen und Arbeit spielte jedoch auch das Identifizieren und Finden geeigneter Freizeitmöglichkeiten eine wichtige Rolle. Hier geht es vor allem um die Frage, welche Freizeitaktivitäten die jungen Menschen sich selbst wünschen und welche Möglichkeiten der jeweilige Sozialraum bereithält. Um an dieser Schwelle geeignete Unterstützungskonzepte verfügbar zu haben, wurden verschiedene Angebote erprobt (z.B. Trainingswohnen, Kochkurs, Kinausflüge, Persönliche Zukunftsplanung), die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung evaluiert wurden. Zusätzlich dazu wurden noch empirische Befragungen durchge-



führt, um einerseits die Wünsche und Interessen der jungen Menschen zu erfassen (quantitative Befragung von Schülerinnen und Schülern der Martinusschule sowie jungen Werkstattbeschäftigten in der OWB), und andererseits Teilhabemöglichkeiten im Sozialraum zu erschließen (Sozialraumanalyse). Im Folgenden werden die Ergebnisse dieser Evaluationen und Befragungen dargestellt.

2. Das Projekt „Präventives Fallmanagement für Menschen mit geistiger Behinderung“ im Landkreis Ravensburg

Ziel des durch IfaS begleiteten Projektes (E4: „Präventives Fallmanagement für Menschen mit geistiger Behinderung“) war es, ein personenzentriertes Fallmanagement für Menschen mit (vorwiegend) geistiger Behinderung zu entwickeln und zu erproben. Es soll dazu beitragen, Bedarfslagen möglichst frühzeitig zu erkennen und geeignete Hilfe- und Unterstützungsstrukturen aufzubauen.

Folgende vier Themenschwerpunkte sollten dabei im Vordergrund stehen:

- Verselbständigung (Auszug aus dem Elternhaus, gegebenenfalls auch Auszug aus stationären Wohneinrichtungen in ambulant betreute Wohnformen),
- Freizeitinteressen und -aktivitäten (Sondierung von Interessen und Neigungen, Vermittlung in geeignete Freizeitstrukturen),
- Analyse bestehender, benötigter und gewünschter sozialer Beziehungen/Netzwerke (Nutzung bestehender Ressourcen, Aufbau neuer sozialer Beziehungen, Aufbau von formellen und informellen Unterstützungsstrukturen),
- Beschäftigungsmöglichkeiten (Identifizieren und Erschließen von Arbeits- beziehungsweise Beschäftigungsmöglichkeiten, gegebenenfalls ehrenamtliche Tätigkeiten).

3. Ziele der wissenschaftlichen Begleitung, zentrale Fragestellungen und Forschungsdesign

Das Forschungsdesign von IfaS war mehrdimensional angelegt. Bei der Entwicklung der Instrumente spielte insbesondere die Perspektive der Menschen mit Behinderung und deren Familien eine zentrale Rolle. Bei der Erhebung ging es – neben der Identifikation von Bedarfs- und Unterstützungssituationen einerseits und individueller Lebensentwürfe andererseits – insbesondere darum, Empowermentprozesse der einzelnen Beteiligten zu erkennen und zu bewerten. In Tabelle 2 sind die einzelnen Forschungsmodule, Erhebungszeitpunkte, Befragungspersonen und die jeweiligen Ziele innerhalb der Forschungsmodule aufgeführt.

Tabelle 2: Übersicht über die einzelnen Forschungsmodule und einzelnen Erhebungsverfahren

Module / Zeitraumen	Erhebungsverfahren	Ziele
Baustein 1: Diskursives Projektmonitoring		
Modul 1 März/2014 Juli/2014 Dezember/2014 Oktober/2015	Durchführung von vier Gruppendiskussionen beziehungsweise Workshops mit allen Projektbeteiligten. Inhalte: Grundlagen/ Methodik der persönlichen Zukunftsplanung, gegenseitiger Austausch von Erwartungen bzgl. des Projektes, Diskussion der Erfahrungen, Austausch des Projektstandes und so weiter	Austausch/Vermittlung von relevanten Inhalten, die für die Durchführung des Projektes wichtig sind: auf theoretischer Ebene Stand der Evaluation
Baustein 2: Bestandsaufnahme von Interessen, Wünschen und Erwartungen von jungen Menschen mit geistiger Behinderung		
Modul 2 1. Halbjahr 2014	Durchführung und Auswertung einer quantitativen Befragung von jungen Menschen mit geistiger Behinderung, die entweder noch in die Schule gehen oder sich bereits in einer WfbM befinden. Befragt wurden insgesamt 64 Personen (30 Personen aus der Martinusschule und 34 Personen aus der OWB). Die Befragung wurde vor Ort durch eine Fachkraft anhand eines standardisierten Fragebogens durchgeführt.	Erfassung der aktuellen Lebenssituation sowie die jeweiligen Zukunftsvorstellungen und -erwartungen der jungen Menschen im Hinblick auf die drei Lebensbereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit.
Baustein 3: Bestandsaufnahme von Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung in der Stadt Ravensburg		
Modul 3 1. Halbjahr 2015	Durchführung und Auswertung einer quantitativen Befragung von Anbietern aus den Bereichen Freizeit, Sport und Kultur mittels eines standardisierten Fragebogens, der von den Einrichtungen ausgefüllt ans Landratsamt Ravensburg zurückgesandt wurde. Die Fragebögen wurden an insgesamt 321 Anbieter und Dienstleister versandt, der Rücklauf umfasste 35 Fragebögen.	Identifikation von Ansatzpunkten für die Entwicklung bzw. den Ausbau von Freizeitangeboten für Menschen mit Behinderung im Sozialraum .
Modul 4 2. Halbjahr 2015	Standardisierte Befragung ausgewählter Schlüsselpersonen von örtlichen Organisationen und Freizeitdienstleistern. Durchführung durch eine Praktikantin des Landratsamtes Ravensburg, Auswertung durch IfaS.	Frage nach der Bereitschaft der Organisationen, Angebote zu entwickeln/anzupassen Abfrage von Erfahrungen und Erwartungen Anknüpfungspunkte für mögliche Kooperationen



Module/ Zeitraumen	Erhebungsverfahren	Ziele
Baustein 4: Analyse und Evaluation der im Rahmen des Projekts durchgeführten Angebote für junge Menschen mit geistiger Behinderung		
Modul 5 Schwerpunkt: 2. Projektjahr 2015	1) Beobachtung einer Zukunftsplanung am 25.04.2015 in Ravensburg (Dauer: ca. 8 h). Teilnehmende Beobachtung ohne vorstrukturiertes Beobachtungsprotokoll 2) Entwicklung und Auswertung eines Elternfragebogens zur Erfassung der Zufriedenheit mit den im Rahmen des Projektes stattgefundenen Angeboten (Trainingswohnen, Kochkurs, Freizeitangebot Kino, persönliche Zukunftsplanung)	Zufriedenheitsanalyse und Evaluation der Angebote durch die Eltern Erfassung der Wirksamkeit der Angebote aus Sicht der Betroffenen
Modul 6 zwei Messzeitpunkte: Frühjahr 2015 Herbst 2015	3) Fünf Intensivfallstudien mit ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern und den jeweils relevanten, am Fallmanagementprozess beteiligten Personen (z.B. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Fachkräfte der OWB) in Form von persönlichen Interviews. IfaS führte die Interviews durch, transkribierte die Erkenntnisse und wertete die Interviews anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring aus.	Identifikation der Wünsche, Bedürfnisse, Ängste und Zukunftsvorstellung der Menschen mit Behinderung Bewertung der Erfahrungen im Prozess

86

Ein wichtiger Fokus der im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung eingesetzten Forschungsmethoden lag dabei auf der Befragung von Menschen mit und ohne Behinderung, die gleichermaßen am Projekt beteiligt waren. Es sollte mittels unterschiedlicher Forschungsinstrumente erfasst werden, welche Wirkung ein präventiv angelegtes Fallmanagement auf die Zielgruppe (Menschen mit geistiger Behinderung) hat.

4. Ergebnisse

4.1 Baustein 1: Diskursives Projektmonitoring (Modul 1)

Im Rahmen dieses Bausteines wurden insgesamt vier Workshops im gesamten Projektverlauf durchgeführt. Sinn und Zweck der Workshops war zum einen die kontinuierliche Rückkoppelung der Befunde aus den verschiedenen Befragungen, zum anderen sollten aber auch aktuelle Impulse zur (Weiter-)Entwicklung des Projekts diskutiert und aufgenommen werden. Im ersten Workshop, der gleichermaßen als Auftaktveranstaltung konzipiert war, wurde beispielsweise die Methode der persönlichen Zukunftsplanung durch IfaS vorgestellt und eingeführt. Die weiteren Workshops dienten hingegen schwerpunktmäßig der Besprechung der Untersuchungsergebnisse und den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen.

4.2 Baustein 2: Bestandsaufnahme von Interessen, Wünschen und Erwartungen von jungen Menschen mit geistiger Behinderung (Modul 2)

Im Folgenden werden zusammenfassend die Ergebnisse einer Befragung von jungen Menschen mit einer geistigen Behinderung dargestellt, die entweder ein teilstationäres Angebot der Eingliederungshilfe nutzen (Beschäftigte des Werkstättenangebots der OWB) oder die Förderschule (Marti-

nusschule) besuchen. Ziel der Befragung war die Erfassung der aktuellen Lebenssituation sowie der jeweiligen Zukunftsvorstellungen und -erwartungen der jungen Menschen im Hinblick auf die drei Lebensbereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit. Die Befragung erfolgte mündlich durch eine vertraute Person, mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens. Es ist davon auszugehen, dass es möglicherweise im Einzelfall zu Effekten der sozialen Erwünschtheit kam, weshalb die Ergebnisse lediglich Hinweise auf die tatsächlichen Wünsche und Erwartungen liefern können.

4.2.1 Personenbezogene Angaben zur Stichprobe

Insgesamt wurden 64 junge Menschen befragt. Davon sind 30 Personen Schülerinnen und Schüler der Martinusschule und 34 Personen Beschäftigte der OWB. Von den 30 befragten Schülerinnen und Schülern, gaben alle 30 Personen an, dass sie zwischen 16 und 19 Jahre alt sind. Lediglich eine Person der 34 befragten Beschäftigten der OWB befindet sich ebenfalls in diesem Alter. Zwölf Personen (38 %) sind 20 bis 24 Jahre alt, acht Personen (25 %) 25 bis 29 Jahre alt und elf Personen (34 %) gaben an, 30 Jahre und älter (bis max. 37 Jahre) zu sein.

Die Schülerinnen und Schüler wurden zusätzlich befragt, in welchem Jahr sie aus der Schule entlassen werden (Tabelle 3).

Tabelle 3: Schulentlassungsjahr (nur Schülerinnen/Schüler der Martinusschule; n=30)

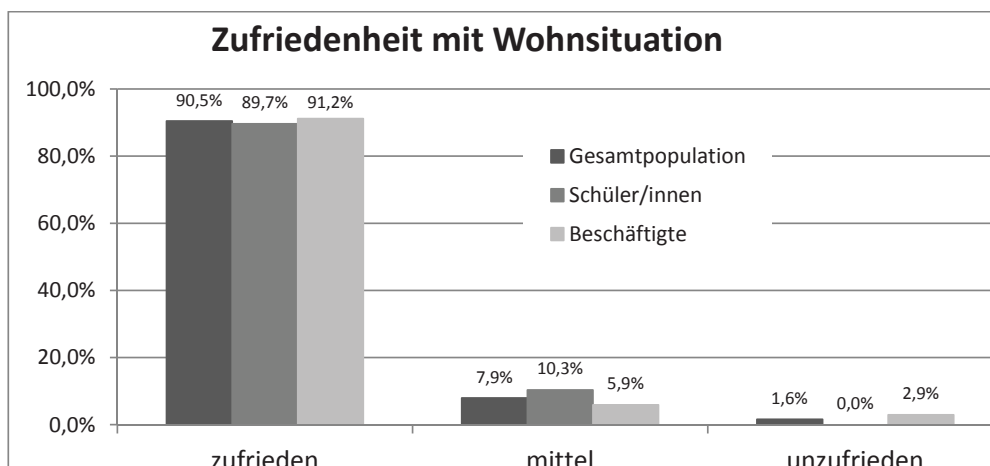
Jahr	Gesamt
2014	14
2015	9
2016	7
Gesamt	30
Fehlende Antworten	0

87

a) aktuelle Wohnsituation

Die Mehrheit der Befragten gab an, bei den Eltern zu wohnen. Etwas mehr als die Hälfte lebt zudem mit Geschwistern zusammen. Die Befragten sind in der überwältigenden Mehrheit zufrieden mit ihrer aktuellen Wohnsituation (Abbildung 2).

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Wohnsituation im Elternhaus (N=63, Angaben in %)



Zu den Gründen für diese Zufriedenheit äußerten sich nur 42 von 64 Personen. Bei allen Äußerungen wird deutlich, dass die Zufriedenheit mit der Anwesenheit der Eltern zusammenhängt (15 Schülerinnen und Schüler; 10 Beschäftigte). An zweiter Stelle steht für die Schülerinnen und Schüler die Wohnausstattung (6 von 25 Antworten), bei den Beschäftigten spielt darüber hinaus die Selbstbestimmung durch eigenes Zimmer bzw. Wohnung eine wichtige Rolle (4 von 18 Antworten). Die restlichen Antworten bei den Schülerinnen und Schülern verteilen sich auf Entspannung aufgrund des Auszugs eines Familienmitglieds (4 Antworten), Anwesenheit von Freunden (3 Antworten), Unterstützung bei der Alltagsbewältigung (2 Antworten), Selbstbestimmung (1 Antwort). Bei den Beschäftigten gibt es jeweils eine Antwort bezüglich der Wohnausstattung, Entspannung der familiären Situation aufgrund des Auszugs eines Familienmitglieds sowie die Anwesenheit von Freunden. Ein/e Schüler/in sowie drei Beschäftigte machten zusätzlich sonstige Angaben¹.

15 Schülerinnen und Schüler sowie 10 Beschäftigte der insgesamt 64 Befragten machten zusätzlich Verbesserungsvorschläge bzgl. ihrer derzeitigen Wohnsituation (Tabelle 4). Da Mehrfachantworten möglich waren, ergibt sich beim Gesamtprozentwert ein Wert von über 100%.

Tabelle 4: Verbesserungsvorschläge zur Wohnsituation (Mehrfachantworten möglich)

Kategorien	Schüler/ innen (N=15) Schüler/ innen (N=15)	Beschäftigte WfbM (N=10)	Anzahl der Angaben gesamt Prozent der Fälle (bei N=25)	Prozent der Fälle (bei N=25)
Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel/kürzerer Arbeitsweg/Stadtnähe	4	4	8	32 %
Wunsch nach eigenem Zimmer	4	3	7	28 %
Bessere Erreichbarkeit von Freunden	6	1	7	28 %
Selbständiges Wohnen	-	3	3	12 %
Anwesenheit von Geschwister	2	-	2	8 %
Konfliktlösungsstrategien	2	-	2	8 %
Unternehmungen	1	-	1	4 %
Gesamt	20	12	30	120 %

Zusammenfassend ist anhand der vorliegenden Daten zu beobachten, dass die Mehrheit der Befragten die Zufriedenheit mit der Wohnsituation durch die Anwesenheit eines oder beider Elternteile begründet. Verbesserungsvorschläge beziehen sich eher auf strukturelle Aspekte (bspw. Stadtnähe, Wunsch nach eigenem Zimmer, etc.). Der Wunsch nach selbständigem Wohnen spielt bei den Schülerinnen und Schülern hingegen (noch) keine Rolle, bei den Beschäftigten äußern immerhin drei von zehn Befragten den Wunsch nach selbständigem Wohnen. Dass dieser Wunsch nach einem selbständigen Wohnen noch keine Bedeutung für die befragten Schülerinnen und Schülern hat, könnte jedoch insbesondere an der aktuell relevanten Übergangsphase am Ende der Schulzeit liegen, da im Moment vor allem Fragen der Ausbildung beziehungsweise der Berufswahl relevant erscheinen.

Was die Verbesserungsvorschläge zur aktuellen Wohnsituation betrifft, spielen insbesondere die öffentlichen Verkehrsmittel eine wesentliche Rolle. Der zukünftige Wohnraum muss entweder

¹ Schön ruhig, schöne Sicht, weil ich noch daheim wohne, weil ich ausschlafen kann.

stadtnah und/oder nah am Arbeitsort der Probanden liegen oder angemessen an öffentliche Verkehrsmittel angebunden sein. Eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel könnte auch für Schülerinnen und Schüler der Martinusschule deswegen so relevant zu sein, weil davon auch die Erreichbarkeit ihrer Freunde abhängt (gerade diese Personengruppe benennt die bessere Erreichbarkeit von Freunden als wichtiges Verbesserungsfeld). Folglich könnte es den Schülerinnen und Schülern häufig schwer fallen, ihre Freundschaften außerhalb der Schule zu pflegen, da das Einzugsgebiet der Sonderschule sehr groß ist und viele der Schülerinnen und Schüler in unterschiedlichen Gemeinden des Landkreises Ravensburg leben. So haben sie meist nur eingeschränkte Möglichkeiten, Freundschaften zu Gleichaltrigen in ihrem direkten Lebensumfeld zu pflegen.

b) aktuelle Beschäftigungssituation

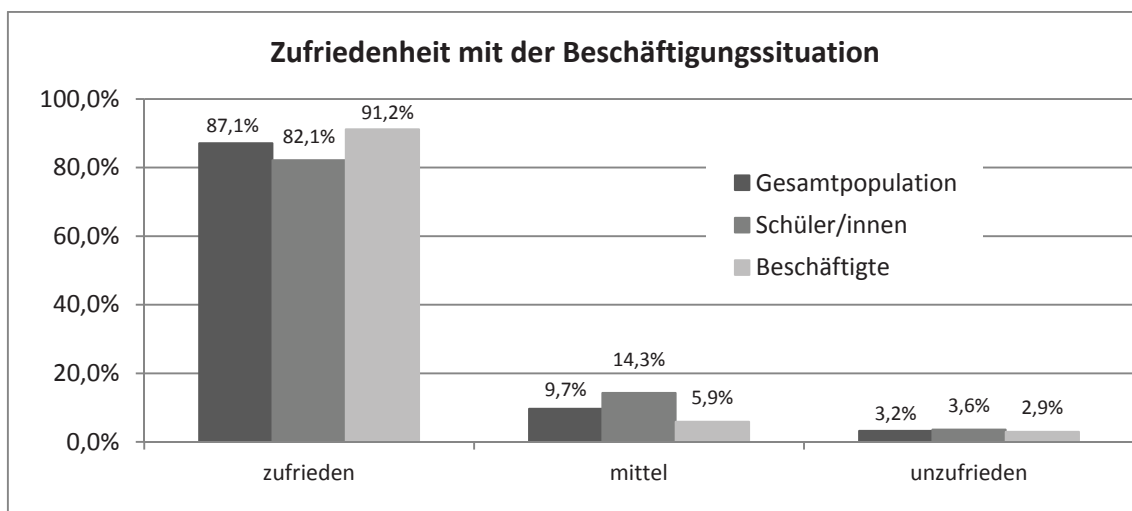
Analog der erfassten Personengruppe (30 Schülerinnen und Schüler sowie 34 Werkstattbeschäftigte) befinden sich 29 Personen noch in der Schule und 32 Personen in einer WfbM (inklusive Berufsbildungsbereich). Eine Person befindet sich aktuell in einem Ausbildungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und in zwei Fällen fehlen Angaben (Tabelle 5).

Tabelle 5: Beschäftigungssituation (Mehrfachantworten möglich)

Beschäftigung	Anzahl der Angaben		Gültige Prozente
Werkstätten für Menschen mit Behinderung	23		37 %
Schule	29		46,7 %
Davon			
Praktikum bereits absolviert		27	
Berufsbildungsbereich	9		14,5 %
Davon			
Praktikum		4	
Sonstige Beschäftigung	1		1,6 %
Gesamt	62		100 %
Fehlende Angaben	2		

Bei den Nennungen zu den Praktika wurden am häufigsten Praktika in einer WfbM genannt. 16 Befragte machten genauere Angaben zu ihren Tätigkeiten in diesem Praktikum. Hierzu gehörten hauptsächlich Nennungen aus dem sozialen und handwerklichen Bereich sowie aus dem Dienstleistungssektor. Inwiefern es sich dabei um Praktika auf dem ersten Arbeitsmarkt handelte oder beispielsweise um (Außen-)Arbeitsplätze einer WfbM, lässt sich anhand der Datenlage nicht sagen.

Die Befragten sind tendenziell sehr zufrieden mit der aktuellen Beschäftigungssituation (Abbildung 3). Unterschiede zwischen den beiden Befragtengruppen lassen sich kaum feststellen. Betrachtet man die Gründe für diese Zufriedenheit, so fällt jedoch auf, dass die Schülerinnen und Schüler häufiger die sozialen Kontakte nennen, wobei bei den Werkstattbeschäftigten die Arbeitsinhalte sowie das Arbeitsteam im Vordergrund stehen (Tabelle 6).

Abbildung 3: Zufriedenheit mit der Beschäftigungssituation (N=62; Angaben in %)

Tabelle 6: Gründe der Zufriedenheit mit Beschäftigungssituation (Mehrfachantworten)

Zufriedenheitsgründe	Schüler/ innen (N=28)	Beschäftigte WfbM (N=30)	Anzahl der Angaben gesamt	Prozent der Fälle (N=58)
Arbeitsinhalt	16	19	35	60,3 %
Kolleg/innen, Anleiter/innen, Lehrer/innen	8	22	30	51,7 %
Erschließung und Pflege sozialer Kontakte	12	5	17	29,3 %
Rahmenbedingungen ²	3	5	8	13,8 %
Bildung	4	-	4	6,9 %
Sonstiges ³	1	2	3	2,9 %
Verpflegung (Essen) und Unternehmungen	2	-	2	3,4 %
Arbeitsatmosphäre	1	1	2	3,4 %
Gefühl, gebraucht zu werden	1	-	1	1,7 %
Förderung der Selbstständigkeit	1	-	1	1,7 %
Sicherheit durch Arbeitsplatz	1	-	1	1,7 %
Gesamt	50	54	104	179,3 %

Verbesserungswünsche werden kaum genannt. Sowohl bei den Schülerinnen und Schülern (4 von 17 Nennungen) als auch bei den Beschäftigten (4 von 9 Nennungen) spielt der Wunsch nach Praktika auf dem ersten Arbeitsmarkt eine bedeutsame Rolle. Zusätzlich wünschen sich mehrere Schülerinnen und Schüler eine bessere Umgangsweise (5 von 17 Nennungen). Angemessene Schulzeiten wünschen sich 4 von 17 Schülerinnen und Schülern, wohingegen sich eine Beschäftigte oder ein Beschäftigter eine angemessene Arbeitszeit wünscht. Drei Schülerinnen und Schüler wünschen sich mehr Freizeitunternehmungen. Eine Nennung bei den Schülerinnen und Schülern bezieht sich auf

² Arbeitszeiten, Abstimmung der Arbeit auf ÖV, Abwechslung der Arbeit, Räumlichkeiten, Unterstützung auf allgemeinem Arbeitsmarkt)

³ ich arbeite lieber und fühle mich sehr wohl; weil es gut ist; weil ich gerne arbeite

die Forderung nach mehr Hausaufgaben sowie Gehalt. Zwei von neun Beschäftigten wünschen sich einen Gruppenwechsel, eine Angabe bezieht sich jeweils auf Freizeitunternehmungen als Wunsch sowie auf den Umgang mit Lautstärke.

Zufrieden mit der Beschäftigungssituation sind die befragten Personen also insbesondere dann, wenn sie Gefallen am Arbeits-/Schulinhalt gefunden haben und eine positive Arbeitsatmosphäre, das heißt ein kollegialer Umgang vor Ort gegeben ist. Letzteres, die Umgangsweise, scheint insbesondere für die Beschäftigten innerhalb der OWB relevant zu sein. Hingegen wird die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler insbesondere durch die Möglichkeit gesteigert, soziale Kontakte schließen und pflegen zu können.

c) aktuelle Freizeitsituation

Bei der Erfassung der aktuellen Freizeitsituation fällt auf, dass die Schülerinnen und Schüler im Verhältnis gesehen häufiger angaben, Freunde zu treffen, während die Werkstattbeschäftigten häufiger betonten, sie würden visuelle Medien nutzen oder sich langweilen (Tabelle 7). Auf der anderen Seite gaben die Beschäftigten aber häufiger Haushaltstätigkeiten, Ausflüge und Reisen oder Spiele als Tätigkeiten in der Freizeit an.

Tabelle 7: Aktuelle Freizeitsituation (Mehrfachantworten möglich)

Freizeitbereich	Schüler/ innen (N=30)	Beschäftigte WfbM (N=34)	Anzahl der Angaben gesamt	Prozent der Fälle (bei N=64)
Freunde treffen	16	9	25	39,1%
Medien (Handy, Computer, Musik hören)	12	12	24	37,5 %
Spaziergang, Stadt, Café	11	13	24	37,5 %
TV, Kino, DVD	9	15	24	37,5 %
Langweilen	5	12	17	26,6 %
Haushaltstätigkeiten (Kochen/Grillen, Waschen etc.)	6	11	17	26,6 %
Ausflüge, Reisen (teilweise mit Eltern)	5	10	15	23,4 %
Faulenzen/Ausruhen/Chillen/Ausschlafen	6	8	14	21,9 %
Sport ⁴	6	7	13	20,3 %
Spiele (teilweise gemeinsam mit Eltern)	3	9	12	18,8 %
Angebote der Lebenshilfe	5	7	12	18,8 %
Sonstiges ⁵	9	2	11	17,2 %
Umgang mit Tieren	2	6	8	12,5 %
Künstlerisch tätig sein	2	2	4	6,3 %
Lesen und Lernen	4	-	4	6,3 %
Gesamt	100	123	224	350 %

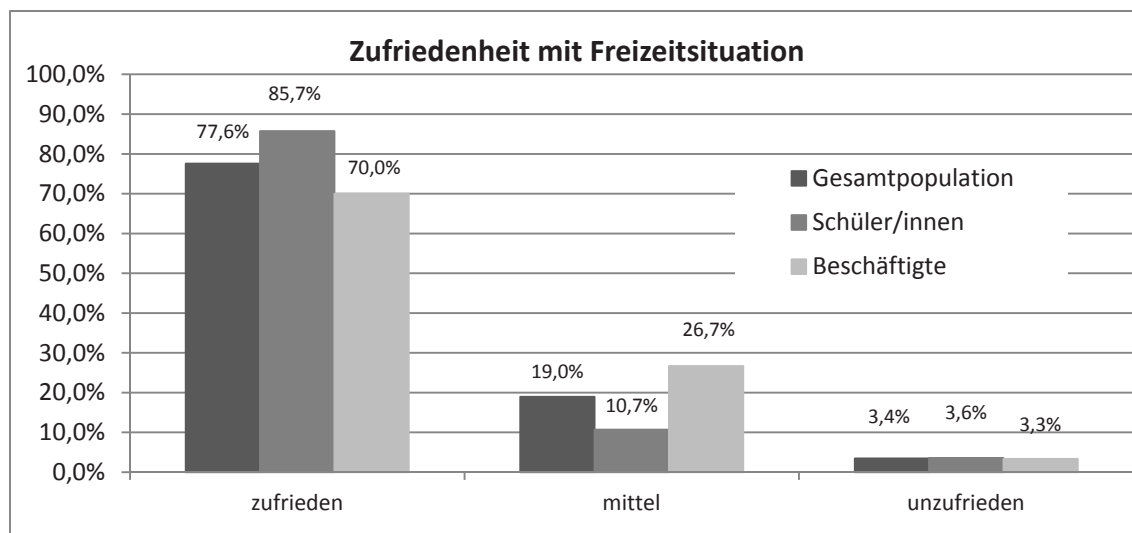
Vermutlich der höheren Bedeutung von „Langeweile“ und „Medienkonsum“ bei den Werkstattbeschäftigten entsprechend (Tabelle 7) zeigt Abbildung 4, dass die Zufriedenheit mit der Freizeitsitu-

4 Fußball (12x), Rad fahren (11x), Fitnessstudio (4x), Schwimmen (3x), Tanzen, Ski fahren, Klettern, Verein

5 Babysitten (Neffe), Mosche, Jugendhaus, Fasching (4x), Gartenarbeiten (3x), Musik machen (2x)

ation bei den Werkstattbeschäftigten etwas weniger ausgeprägt ist als bei den Schülerinnen und Schülern.

Abbildung 4: Zufriedenheit mit der Freizeitsituation (N=58, Angaben in %)



In Tabelle 8 finden sich die Gründe für die Zufriedenheit mit der Freizeitsituation. Dabei wird deutlich, dass Schülerinnen und Schüler sehr viel häufiger Gründe angegeben haben, warum sie mit ihrer Freizeitsituation zufrieden sind (21 von 30 Schülerinnen und Schüler zu 14 von 34 Werkstattbeschäftigten). Eine mögliche Interpretation für die geringer ausgeprägte Zufriedenheit mit der Freizeitsituation bei den Werkstattbeschäftigten könnte die subjektive Interpretation des eigenen Lebens in Institutionen (Tätigkeit in der „Sonderwelt“ WfbM) sein, was sich vor allem auch in einem niedrigen Wert im Bereich „soziale Kontakte“ (Tabelle 8) zeigt. Dieser Wert ist bei den Schülerinnen und Schülern viermal so hoch.

Tabelle 8: Gründe der Zufriedenheit mit Freizeitsituation (Mehrfachantworten möglich)

Zufriedenheitsgründe	Schüler/innen (N=21)	Beschäftigte WfbM (N=14)	Anzahl der Angaben gesamt	Prozent der Fälle (N=35)
Soziale Kontakte (Familie/Freunde)	12	3	15	42,9 %
Draußen sein (Stadt, Garten, etc.)	5	4	9	25,7 %
Sport (Fußball, klettern, Hund, tanzen)	5	2	7	20 %
Keine Langeweile	1	3	4	11,4 %
Selbstständigkeit/Selbstbestimmung	3	1	4	11,4 %
Kreativ sein	2	-	2	5,7 %
Kino, DVD	-	1	1	2,9 %
Gesamt	28	14	42	120 %

Verbesserungswünsche beziehen sich sowohl bei den Schülerinnen und Schülern (15 von 21) als auch bei den Beschäftigten (10 von 14) insbesondere auf Kontakte zu (gleichaltrigen) Freunden. Jeweils sieben Personen in den beiden befragten Gruppen gaben weiterhin an, dass es eine Verbesserung wäre, wenn sie prinzipiell etwas zu tun hätten. Drei Schülerinnen und Schüler möchten in ihrer Freizeit mehr Sport machen, wohingegen lediglich ein/e Beschäftigte/r das Bedürfnis hat, hier

etwas zu verändern. Zwei Schülerinnen und Schüler würden gerne in eine Disco gehen, jeweils eine Schülerin und ein Schüler wünscht sich längere Ausgangszeiten beziehungsweise einen besseren Umgang mit den Geschwistern.

4.2.3 Vorstellungen zur zukünftigen Lebenssituation

a) Vorstellungen zur zukünftigen Wohnsituation

Auf die Frage nach der zukünftig gewünschten Wohnform antworteten 62 von 64 Personen. Im Verhältnis gesehen wollen Werkstattbeschäftigte in Zukunft häufiger als die Schülerinnen und Schüler in einer ambulant betreuten Wohnform leben. Hingegen gaben die Schülerinnen und Schüler im Verhältnis etwas häufiger an, in einer eigenen, z.B. selbst angemieteten Wohnung leben zu wollen.

Tabelle 9: Zukünftige Wohnform (Mehrfachantworten möglich)

Zukünftige Wohnform	Schüler/ innen	Beschäftigte WfbM	Anzahl der Angaben gesamt	Gültige Prozente
Bei den Eltern	9	10	19	30,6 %
In einer gemieteten Wohnung	4	3	7	11,3 %
Davon (Mehrfachantworten möglich):				
Allein	3	2		
Mit Partner/in	2	1		
Private Wohngemeinschaft	1	-		
Mit Kindern	1	-		
In einer stationären Einrichtung	-	-	-	-
Im ambulanten Bereich	14	17	31	50 %
Davon (Mehrfachantworten möglich):				
Private Wohngemeinschaft	13	14		
Allein	1	3		
Mit Partner/in	3	1		
Mit Kindern	-			
Betreutes Wohnen in Gastfamilie	1	-	1	1,6 %
Sonstiges⁶		1	1	1,6 %
Unentschieden	-	3	3	4,9 %
Gesamt	28	34	62	100 %

Die Schülerinnen und Schüler konnten im Verhältnis gesehen mehr Wünsche an ihre zukünftige Wohnsituation benennen als dies bei den Werkstattbeschäftigten der Fall war (Tabelle 10). So formulierte jede Schülerin und jeder Schüler im Durchschnitt 2,8 Wünsche, während die Beschäftigten im Durchschnitt je 2,1 Wünsche genannt hatten.

⁶ möchte zur Schwester ziehen

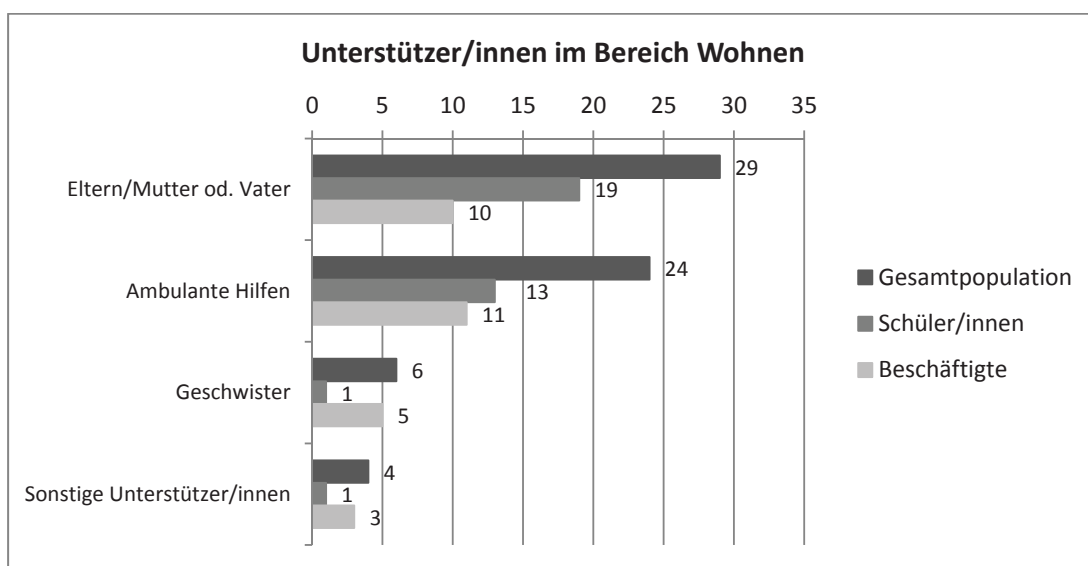
Tabelle 10: Wünsche an zukünftige Wohnsituation (Mehrfachantworten möglich)

Wünsche an zukünftige Wohnsituation	Schüler/ innen (N=22)	Beschäftigte WfbM (N=19)	Anzahl der Angaben gesamt	Prozent der Fälle (N=41)
Infrastruktur (stadtnah, nah am Arbeitsort, Anbindung an ÖV)	16	16	32	78 %
Wohnen mit Freunden/Bekannten	11	7	18	43,9 %
Sonstiges ⁷	12	2	14	34,1 %
Geschlechtsgemischtes Wohnen	5	6	11	26,8 %
Ländlicher Wohnraum	3	3	6	14,6 %
Wohnen mit Partnerin oder Partner	4	1	5	12,2 %
Unterstützung durch Mitbewohnerinnen und Mitbewohner oder ambulante Dienste	5	-	5	12,2 %
Alleine	2	1	3	7,3 %
Gleichgeschlechtliche WG	1	2	3	7,3 %
Zum späteren Zeitpunkt	3	-	3	7,3 %
Gesamt	63	41	104	243,9 %

94

Bezüglich der Unterstützungspersonen im Bereich Wohnen wurden seitens der Schülerinnen und Schüler im Verhältnis gesehen häufiger die Eltern als mögliche Unterstützungskräfte angegeben (Abbildung 5). Dies kann möglicherweise aber durch das Merkmal Alter erklärt werden, da diese Personengruppe aufgrund ihres Alters eventuell noch stärker mit ihrem Elternhaus verbunden ist als die Werkstattbeschäftigten. Als mögliche sonstige Unterstützerinnen und Unterstützer wurden Schwägerin, Sozialdienst und zweimal Freunde benannt.

Abbildung 5: Unterstützer/innen beim Thema Wohnen (Mehrfachantworten möglich) (Ngesamt=35; NSchüler/innen=19; NWerkstattbeschäftigte=16)



⁷ Eigenes Zimmer (2x), gemeinsame Freizeitunternehmungen mit Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern (2x), frühestens bei Volljährigkeit und Schulabschluss, Nähe Elternhaus, keine Nähe zum Elternhaus, in Italien, getrennte Bäder, mit Garten, abhängig von Geld und Arbeit, Beginn des ABW in 3-4 Jahren, gut in WGT/BFT, Gastfamilie sollte nett sein

Auffallend ist auch das Verhältnis der Antworten innerhalb der beiden Gruppen: Während die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler (19 Personen) angab, dass sie am liebsten von ihren Eltern unterstützt werden wollen, wünscht sich die Mehrheit bei den Werkstattbeschäftigten (11 Personen) eine Unterstützung durch ambulante Hilfen.

Obwohl die Anwesenheit der Eltern (Mutter und/oder Vater) von der Mehrheit der befragten Personen als Grund ihrer Zufriedenheit mit ihrer aktuellen Wohnsituation angegeben wurde, wünschen sich die Befragten sehr häufig, zukünftig in einer ambulant betreuten Wohnform oder einer gemieteten Wohnung zu leben. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern sowie den Werkstattbeschäftigten. So möchten im Verhältnis gesehen die Schülerinnen und Schüler lieber in einer (Privat-) Wohnung leben und die Werkstattbeschäftigten bejahen etwas häufiger eine ambulant betreute Wohnform. Inwiefern dies mit dem Alter und den etwaigen Gewöhnungseffekten an eine institutionalisierte Unterstützung zusammenhängen könnte, lässt sich im Nachgang nur schwer beantworten. Neben einer ambulant betreuten Wohnform favorisiert ein weiteres Drittel das Elternhaus als Wohnraum – allerdings in Kombination mit der Möglichkeit in einem eigenen Zimmer zu leben. Eindrücklich ist, dass keine der befragten Personen zukünftig in einer stationären Einrichtung leben möchte.

b) Vorstellungen zur zukünftigen Beschäftigungssituation

Auffallend bei der Frage nach der gewünschten zukünftigen Beschäftigungssituation ist, dass die Schülerinnen und Schüler sehr viel häufiger den Wunsch äußerten, eine Beschäftigung auf einem Außenarbeitsplatz oder auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden (Tabelle 11). Eine Interpretationsmöglichkeit hierzu könnten Gewöhnungseffekte in Institutionen der Behindertenhilfe sein, was wiederum für ein frühzeitiges Einsetzen eines entsprechenden präventiven Fallmanagements im Sinne der Projektidee spricht.

95

Tabelle 11: Berufswünsche (Mehrfachantworten möglich)

Wunschberuf ⁸		Schüler/ innen	Beschäftigte WfbM	Anzahl der Angaben gesamt	Gültige Prozente
Außenarbeitsplatz/Erster Arbeitsmarkt		17	10	27	61,4 %
Davon (N=25)					
Einzelhandel		(3)	(4)	7	
Handwerk		(4)	(2)	6	
Sonstiges		(3)	(2)	5	
Koch/Bäcker		(4)	-	4	
Soziales/Pflege		(2)	(1)	3	
Arbeit mit Maschinen		-	(2)	2	
Gärtnerei		(1)	-	1	
Arbeit mit Tieren		(1)	-	1	
Reinigungskraft		(1)	-	1	
Werkstatt für Menschen mit Behinderung		7	5	12	27,3 %



Wunschberuf ⁸		Schüler/ innen	Beschäftigte WfbM	Anzahl der Angaben gesamt	Gültige Prozente
Davon (N=8)					
Verpackungen/Demontage		(2)	-	2	
Mit Maschinen		(1)	(1)	2	
Handwerk		(1)	(1)	2	
Reinigung		(1)	-	1	
Kochen und backen		(1)	-	1	
Unklar/unentschieden		4	1	5	11,3 %
Davon (N=4)					
Gärtnerei		(2)	-	2	
Handwerk		(1)	-	1	
Verpackungen/Demontage		(1)	-	1	
Arbeit mit Tieren		(1)	-	1	
Soziales/Pflege		(1)	-	1	
Gesamt		28	16	44	100 %

96 Diese Tendenz setzt sich auch bei der Frage nach den Veränderungswünschen fort. Hier nennen Schülerinnen und Schüler sehr viel häufiger Veränderungswünsche als Werkstattbeschäftigte, was wiederum auf Gewöhnungseffekte aufgrund einer bereits bestehenden Tätigkeit in einer tagesstrukturierenden Maßnahme hindeuten könnte (Tabelle 12 und 13).

Tabelle 12: Veränderungswunsch bei der aktuellen Beschäftigungssituation

Veränderungswünsche	Schüler/ innen	Beschäftigte WfbM	Anzahl der Angaben	Gültige Prozente
Ja	24	9	33	71,7 %
Nein	0	13	13	28,3 %
Gesamt	24	22	46	100 %
Fehlende Angaben	6	12	18	

⁸ Handwerk: Steinmetz, etwas Richtung Bau, Schreiner, mit Holz/Metall arbeiten, Friseur, Nagelstudio, Fahrradmechaniker, Photographie, Müllmann
Sonstiges: Schauspieler (2x), Prinzessin, Krankenwagenfahrer, Polizei, Umzugshelfer

Tabelle 13: Veränderungswünsche zur Beschäftigungssituation (Mehrfachantworten möglich)

Veränderungswünsche	Schüler/ innen (N=24)	Beschäftigte WfbM (N=9)	Anzahl der Angaben	Prozent der Fälle (N=33)
Konkrete Tätigkeitsvorstellung bezüglich Arbeit oder Praktikum ⁹	16	4	20	60,6 %
Werkstatt für behinderte Menschen	8	3	11	33,3 %
Allgemeiner Arbeitsmarkt	4	3	7	21,2 %
Praktikum außerhalb der WfbM	3	1	4	12,1 %
Wunsch nach Festanstellung	2	1	3	9,1 %
Sonstiges ¹⁰	-	1	1	3 %
Gesamt	33	13	46	139,4 %

Trotz der hohen Zufriedenheit mit der aktuellen Beschäftigungssituation äußern – vor allem die Schülerinnen und Schüler – Veränderungswünsche bezüglich ihrer derzeitigen Beschäftigungssituation. Hierbei nennen sie meist konkrete Arbeitsinhalte, denen sie zukünftig als Beschäftigung oder als Praktikumsgelegenheit nachgehen möchten (siehe Fußnote 9).

Diese Veränderungswünsche lassen sich sowohl als Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt als auch als Außenarbeitsplatz einer WfbM zuordnen. Die OWB-Werkstattbeschäftigten äußern hingegen im Verhältnis gesehen sehr viel seltener den Wunsch, in Zukunft außerhalb einer WfbM tätig zu sein. Auch hier kann nicht genau abgeschätzt werden, inwiefern dies mit dem Alter und entsprechend etwaigen Gewöhnungseffekten aufgrund der bereits bestehenden Tätigkeit in einer WfbM zusammenhängen könnte.

Weiterhin wünscht sich ein Drittel der befragten Schülerinnen und Schüler sowie der Beschäftigten der OWB, dass die Gelegenheiten zu Praktika - u.a. auch im Hinblick auf den allgemeinen Arbeitsmarkt - ausgeweitet werden sollten. Entsprechend dieses Verbesserungsvorschlags ist es auch wenig erstaunlich, dass sich in der Summe mehr als die Hälfte der Befragten zukünftig einen (Außen-) Arbeitsplatz bei Arbeitgebern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wünscht (v. a. die Schülerinnen und Schüler).

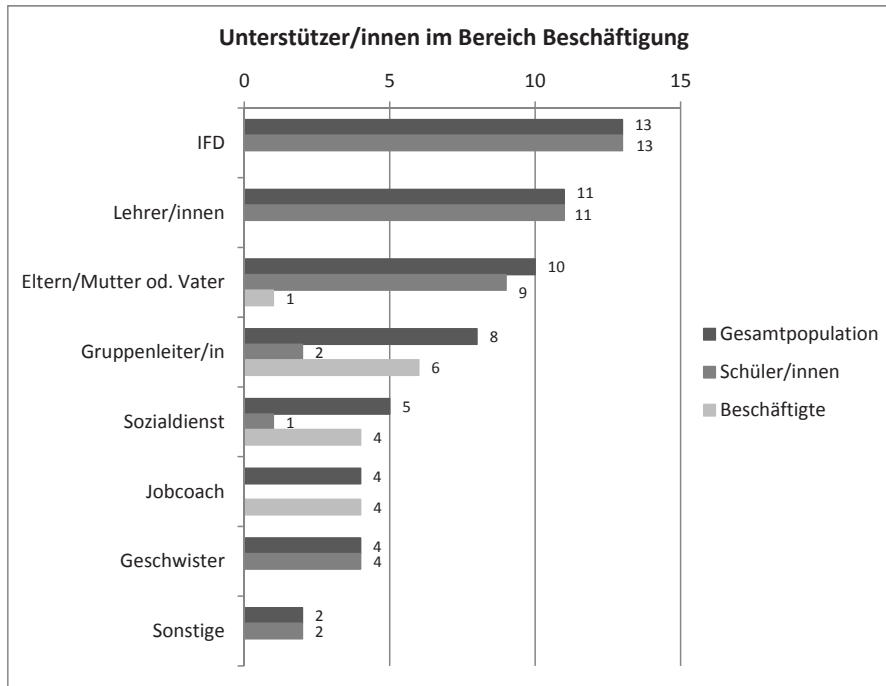
Es ist naheliegend, dass die Werkstattbeschäftigten ihre (zukünftigen) Unterstützungspersonen nicht im Bereich Schule sehen. Auffällig ist jedoch, dass sie ihre zukünftigen Unterstützungspersonen auch nicht im Bereich des Integrationsfachdienstes (IFD) sehen (Abbildung 6). Stattdessen sind für die Werkstattbeschäftigten fast nur Gruppenleiterinnen und -leiter, der Sozialdienst oder ein Jobcoach als Unterstützungskräfte relevant. Im Gegenzug dazu wird der Jobcoach von den Schülerinnen und Schülern nicht als Unterstützerin oder Unterstützer in Betracht gezogen. Die mangelnde Wahrnehmung des Integrationsfachdienstes bei den Beschäftigten als auch des Jobcoaches bei den

⁹ Fahrradprofis, Altersheim, Gärtnerei, Verpackungen, Tiere, Bäckerei, KIK; Krankenhaus, Kindergarten, Koch/Müllmann, Rolachheim, Hausmeister, Computer, CAP Markt/Köchin/ Kindergarten, Schachteln falten, Baufirma, Schreiner, Metallbereich, Kaufland/Friseur, Maschinen

¹⁰ Erlernen der einzelnen Arbeitsschritte

Schülerinnen und Schülern liegt vermutlich an der strukturellen Organisation. Während der Integrationsfachdienst im Schwerpunkt bei den Schülerinnen und Schülern beim Übergang Schule-Beruf in Erscheinung tritt, ist es in der WfbM wohl eher der Jobcoach, der dann bei beruflichen Veränderungswünschen (auch in Kooperation mit dem IFD) in Erscheinung tritt.

Abbildung 6: Unterstützerinnen und Unterstützer beim Thema Beruf (Mehrfachantworten möglich) (N_{gesamt}=29; N_{Schüler/innen}=20; N_{Werkstattbeschäftigte}=9)¹¹



c) Vorstellungen zur zukünftigen Freizeitsituation

Haben die Werkstattbeschäftigten sich bisher, was Wünsche an die zukünftige Lebenssituation betrifft, eher zurückgehalten (Wohnen, Beschäftigung), so sind bei der Frage nach Wünschen zur zukünftigen Freizeitsituation (Tabelle 14) deutlich höhere Werte als bei den Schülerinnen und Schülern zu beobachten.

Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Werkstattbeschäftigten mit ihrer Freizeitsituation unzufriedener sind als die Schülerinnen und Schüler, was die Vermutungen zur Erfassung der aktuellen Freizeitsituation (s.a. Tabelle 7) wiederum bestätigt. So wünscht sich im Grunde fast jede/r Werkstattbeschäftigte (33 von 34), dass sie/er häufiger Freunde (bzw. Gleichaltrige) treffen kann. Hoch im Kurs stehen auch Reisen bzw. Ausflüge. Deutlich stärker ausgeprägt als bei den Schülerinnen und Schülern sind auch die Wünsche in den Bereichen „Außenaktivitäten“ und „soziale Kontakte“ (z.B. Kino, Theater, Musical, In Cafés gehen / Essen gehen, Spazieren gehen, Stadtbummel, Kegeln, Tanzen/Disco, Reiten, Tanzschule).

¹¹ Sonstiges: Freunde (2x)

Tabelle 14: Zukünftige Freizeitgestaltung (Mehrfachantworten möglich)

Freizeitwünsche	Schüler/ innen (N=30)	Beschäftigte WfbM (N=34)	Anzahl der Angaben	Prozent der Fälle (N=64)
Freunde treffen	29	33	62	96,9 %
Ausflüge, Reisen	27	33	60	93,8 %
Kino, Theater, Musical	23	32	55	85,9 %
In Cafés gehen, Essen gehen	23	28	51	79,7 %
Spazieren gehen, Stadtbummel	20	31	51	79,7 %
Spiele spielen	19	29	48	75 %
Tanzen gehen, Disco	19	24	43	67,2 %
Schwimmen gehen, Schwimmverein	21	22	43	67,2 %
Kegeln	13	28	41	64,1 %
Malen, künstlerische Tätigkeiten	16	25	41	64,1 %
Fußball spielen, Leichtathletik, Sportverein	16	20	36	56,3 %
Fitness-Studio, Sportangebote	15	19	34	53,1 %
Musik machen, Band, Musikverein	12	20	32	50 %
Tiere helfen	11	15	26	40,6 %
Reiten	9	16	25	39,1 %
Tanzschule	7	16	23	35,9 %
Singen, in einen Chor gehen	11	11	22	34,4 %
Sonstiges ¹²	15	3	18	28,1 %
Menschen helfen (Ehrenamt)	13	3	16	25 %
Gesamt	319	408	727	1.136 %

Kleinere Unterschiede gibt es auch bei der Frage, wie die (zukünftigen) Freizeitaktivitäten organisiert werden sollen (Tabelle 15). Hier fällt vor allem auf, dass Vereinsstrukturen ausschließlich von Schülerinnen und Schülern gewünscht werden. Auffallend ist ferner, dass die Kategorie „Menschen helfen“ ebenfalls nur von den Schülerinnen und Schülern angegeben wurde.

Tabelle 15: Rahmen der Freizeitgestaltung (Mehrfachantworten möglich)

Rahmen der Freizeitgestaltung	Schüler/ innen (N=25)	Beschäftigte (N=30)	Anzahl der Angaben	Prozent der Fälle (N=55)
Kurs	22	25	47	85,5%
Davon				
Haushaltskurs (Kochen/Backen, Bügeln)	11	16		
Führerschein (Mofa, Auto)	11	6		
Tanz-/Musik-/Theaterkurs	5	5		
Computer-/Internetkurs	5	2		
Sonstiges ¹¹	5	2		

¹² Fahrrad fahren (3x), Basketball/Volleyball (3x), Computer (2x), Boxen/Bodybuilding (2x), Musik hören (2x), Wandern (2x), Auto-/Roller-/Mofaführerschein (2x), Auto waschen, Elektroartikel auf Inhalt untersuchen, Fotografieren, Klettern, Kochen & backen, Modellbau, Playmobil, echte Motoren zerlegen und zusammenbauen, Karate



Rahmen der Freizeitgestaltung	Schüler/ innen (N=25)	Beschäftigte (N=30)	Anzahl der Angaben	Prozent der Fälle (N=55)
Reise	19	18	37	67,3 %
Davon				
Südeuropa	5	9		
Sonstiges ¹⁴	6	2		
Deutschland	3	3		
Mitteleuropa	2	4		
Nordeuropa	1	2		
Amerika	3	-		
Verein	9	-	9	16,4 %
Davon				
Fußball	5	-		
Hand-/Volleyball	2	-		
Mountainbike	1	-		
Chor	1	-		
Besonderer Sport	4	3	7	12,7 %
Davon				
Sonstiges ¹⁵	4	-		
Schwimmen	2	-		
Bewegung	2	-		
Menschen helfen	6	-	6	10,9 %
Davon				
Zeit verbringen/Spiele Spielen	4			
Vesperküche	3			
Essen liefern	1			
Mehr über etwas Bestimmtes erfahren ¹⁶	2	1	3	5,5 %
Gesamt	62	47	109	198,2 %

Ähnlich wie bei der Frage nach den zukünftigen Unterstützungspersonen im Bereich Arbeit und Beschäftigung werden auch bezüglich der gewünschten Unterstützungspersonen für den Freizeitbereich von den Schülerinnen und Schülern mehr Nennungen gemacht als von den Beschäftigten (Abbildung 7).

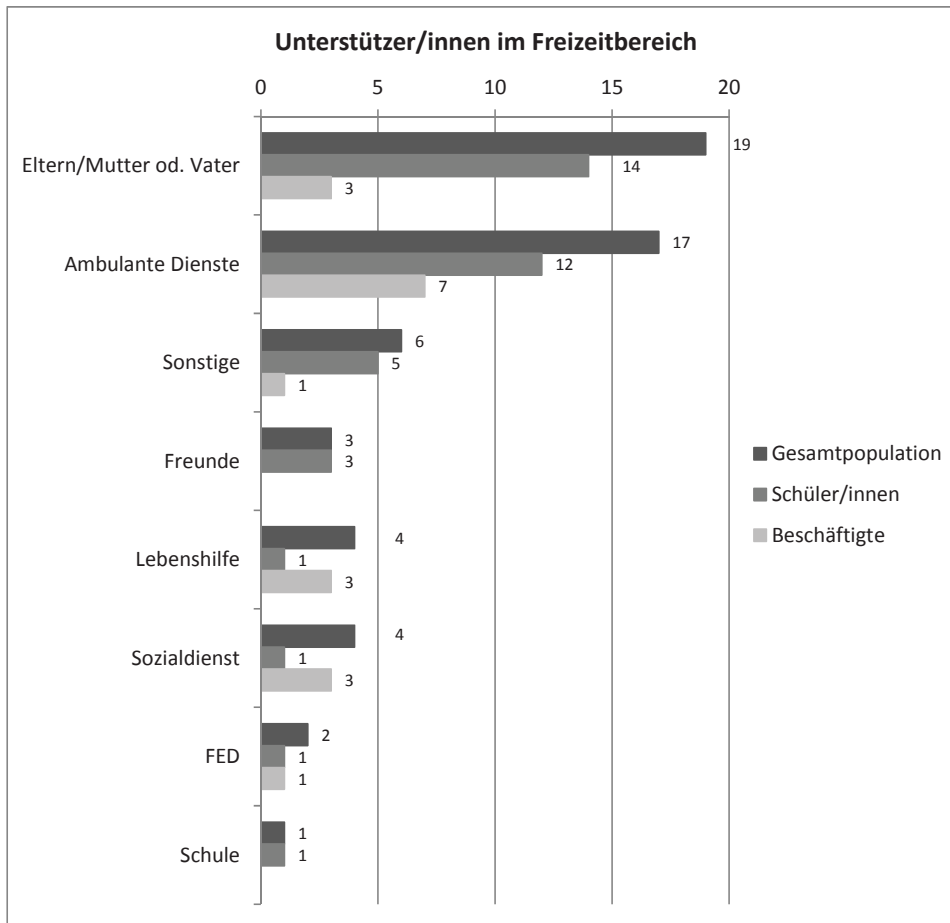
¹³ Prozent der Fälle (N=55)

¹⁴ An das Meer, mit Lebenshilfe, einfach weg (3x), irgendwie Urlaub, Indien

¹⁵ Basketball, Freestyle-Dancing, Klettern, Mountainbike.

¹⁶ Sterne basteln, Neuseeland, Motoren

Abbildung 7: Unterstützerinnen und Unterstützer im Freizeitbereich ($N_{\text{gesamt}}=28$; $N_{\text{SchülerInnen}}=18$; $N_{\text{Werkstattbeschäftigte}}=10$)¹⁷



Insgesamt nennen Schülerinnen und Schüler vor allem ihre Eltern, gefolgt von den ambulanten Diensten als mögliche Unterstützerinnen und Unterstützer im Freizeitbereich. Ambulante Dienste sind hingegen für die Werkstattbeschäftigten scheinbar am Wichtigsten, gefolgt von der Lebenshilfe, dem Sozialdienst und den Eltern.

Die zukünftige Freizeitsituation der Befragten zeigt sich – wie bereits die aktuelle Freizeitsituation – sehr vielfältig. Sie reicht von Aktivitäten wie etwa der Nutzung verschiedener Medien sowie Spaziergängen und Cafébesuchen über Kultur- und Sportangebote bis hin zu Ausflügen und Reisen. Nichtsdestotrotz möchten die Befragten – hier vor allem die Beschäftigten der OWB – ihre Freizeit vor allem dazu nutzen, um soziale Kontakte knüpfen und pflegen zu können. Auffallend ist ferner, dass sich vor allem die Werkstattbeschäftigten häufiger Aktivitäten mit „Außenbezug“ wünschen. Insgesamt gilt es, die Gelegenheiten zu solchen Aktivitäten und zu Kontakten zu (gleichaltrigen) Menschen zu erhöhen. Eine überwältigende Mehrheit wünscht sich zudem in ihrer Freizeit aktive Beschäftigungsmöglichkeiten („etwas zu tun haben“), um ihrer Langeweile vorzubeugen. Momente der Langeweile sind dabei – im Gegensatz zu den Beschäftigten – bei den Schülerinnen und Schülern in geringerem Maße präsent. Bei den Beschäftigten steht dabei auch mehr das Fernsehen im Fokus ihrer Freizeitsituation als dies bei den befragten Schülerinnen und Schülern der Martinus-Schule der Fall ist.

¹⁷ Sonstige: Schwester (2x), ich, die die mich betreuen, Rest der Familie, Werkstattmitarbeiter/innen

Eine weitere Erkenntnis ist, dass sich einige befragte Personen häufig Freizeitangebote im Kursformat wünschen. Dabei wurden auch genaue Kursinhalte genannt: Es sollten Kurse zur Aneignung von Haushaltskompetenzen (Kochen/Backen), zur Erlangung des Führerscheins und zum Tanzen angeboten werden. Auffallend ist, dass Werkstattbeschäftigte solche Kursformate im Verhältnis gesehen etwas häufiger nennen. Dies deutet darauf hin, dass die Beschäftigten – ihrer Lebenssituation entsprechend – sich Angebote wünschen, in deren Rahmen sie ihre Kompetenzen erweitern können. Auf der anderen Seite wünschen sich ausschließlich die Schülerinnen und Schüler auch eine Vereinstätigkeit. Möglicherweise deutet diese Tendenz wiederum auf Gewöhnungseffekte hin. Entsprechende Angebote sind aus unserer Sicht für beide Gruppen zu entwickeln.

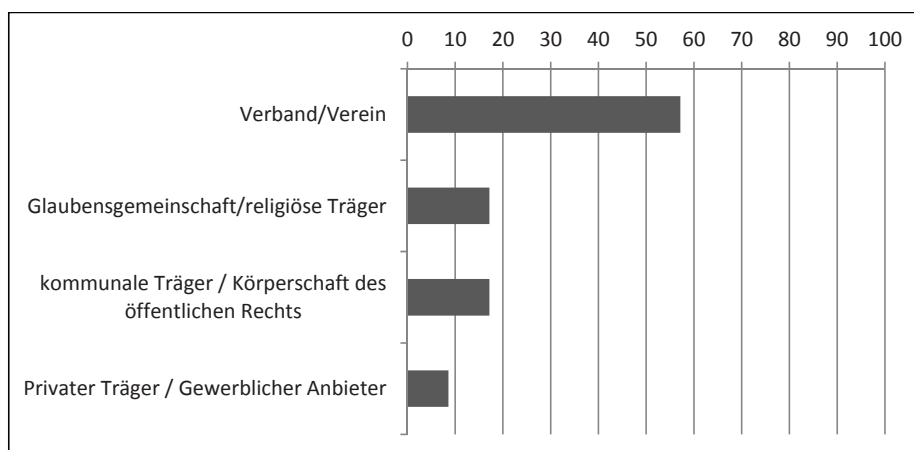
4.3 Baustein 3: Bestandsaufnahme von Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung in der Stadt Ravensburg

4.3.1 Quantitative Befragung mittels eines standardisierten Fragebogens (Modul 3)

Die Befragung der hier relevanten Akteure erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens, der von den Einrichtungen ausgefüllt ans Landratsamt Ravensburg zurückgesandt wurde. Die Fragebögen wurden an insgesamt 321 Anbieter und Dienstleister versandt, der Rücklauf umfasste 35 Fragebögen.

An der Befragung haben sich überwiegend Verbände/Vereine beteiligt (57 %, n=20). Als zweitgrößte Gruppe nahmen Glaubensgemeinschaften/religiöse Träger (n=6) sowie öffentliche Träger (n=6) mit jeweils 17 % an der Befragung teil. Private Träger/gewerbliche Träger machen nur 9 % aller befragten Organisationen aus (n=3).

Abbildung 8: An der Befragung beteiligte Einrichtungen (Angaben in Prozent)



a) Zielgruppen

Die befragten Akteure geben als Zielgruppe am häufigsten Erwachsene zwischen 28 und 64 Jahren an (27 Nennungen). Ein Großteil der Angebote richtet sich aber auch an Schulkinder, Jugendliche und Senioren. Kleinkinder (7 Nennungen) sowie Vorschulkinder (15 Nennungen) werden im Verhältnis dazu vergleichsweise selten als Zielgruppe definiert (Tabelle 16).

Tabelle 16: Angabe der Zielgruppen, für die die Angebote gedacht sind (Mehrfachantworten möglich)

	Antworten		Prozent der Fälle
	N=335	Prozent	
Kleinkinder unter 3 Jahren	7	4,8 %	20,0 %
Vorschulkinder von bis 6 Jahren	15	10,3 %	42,9 %
Schulkinder und Teenager von 7 bis 13 Jahren	23	15,9 %	65,7 %
Jugendliche von 14 bis 17 Jahren	25	17,2 %	71,4 %
junge Erwachsene von 18 bis 27 Jahren	25	17,2 %	71,4 %
Erwachsene von 28 bis 64 Jahren	27	18,6 %	77,1 %
Senioren ab 65 Jahren	23	15,9 %	65,7 %
Gesamt	145	100,0 %	414,3 %

b) Art der Angebote

Wie sich in Tabelle 17 zeigt, werden am häufigsten Angebote im Bereich Sport und Bewegung sowie Kultur, Tradition, Brauchtum (jeweils 12,1 %) genannt, gefolgt von Musik, Gesang (11,4 %) und Bildung, Kultur (11,4 %) sowie von Angeboten im kreativen Bereich und Spielangebote (jeweils 9,1 %).

103

Tabelle 17: Angaben über die in der Einrichtung vorgehaltenen Angebote (Mehrfachantworten möglich)

	Antworten		Prozent der Fälle
	N=35	Prozent	
kreatives /handwerkliches Gestalten	12	9,1 %	34,3 %
Sport, Bewegung	16	12,1 %	45,7 %
Tanz	9	6,8 %	25,7 %
Musik, Gesang	15	11,4 %	42,9 %
Kultur, Tradition, Brauchtum	16	12,1 %	45,7 %
Selbsthilfe zu spezifischen Themen	5	3,8 %	14,3 %
Glaube, Religion, Weltanschauung	10	7,6 %	28,6 %
Umwelt, Natur, Tiere	7	5,3 %	20,0 %
Spiel	12	9,1 %	34,3 %
Reise, Tourismus	1	,8 %	2,9 %
Bildung, Kultur	15	11,4 %	42,9 %
Politik	3	2,3 %	8,6 %
Sonstiges ¹⁸	9	6,8 %	25,7 %
Gesamt	132	100,0 %	377,1 %

¹⁸ Fahrschule, Beratung bzgl. Migration, Kindergarten, Angebote für Menschen mit wenig Geld, Hilfen im Haushalt, Integration, Beratungsstelle, soziales Engagement, Wohnen - Konzept nachbarschaftlicher Unterstützung plus Aktivitäten.

c) Teilnahme von Menschen mit Behinderung an den Angeboten

Die Auswertung in Tabelle 18 zeigt, dass bei knapp drei Viertel der befragten Einrichtungen und Organisationen auch Menschen mit Behinderung an den Angeboten teilnehmen. Dieser Wert entspricht in etwa dem Wert vergleichbarer Kleinstädte bzw. liegt sogar darüber (beispielsweise Esslingen und Heidelberg, vergleiche entsprechende Forschungsprojekte von IfaS).

Tabelle 18: Teilnahme von Menschen mit Behinderung

	Häufigkeit	Prozent
ja	26	74,3
nein	9	25,7
Gesamt	35	100,0

d) Teilnahme von Menschen mit Behinderung nach Art der Angebote

Um eine Aussage darüber treffen zu können, welche Angebote insbesondere von Menschen mit Behinderung genutzt werden, wurden die verschiedenen Angebotsformen einer differenzierten Analyse unterzogen (die angegebenen Prozentwerte beziehen sich auf die Gesamthäufigkeit der Teilnahme von Menschen mit Behinderung im Rahmen der Angebote).

Tabelle 19: Verteilung Menschen mit Behinderung auf die verschiedenen Angebote

Angebotsart		Nehmen behinderte Menschen an den Angeboten teil?		Gesamt
		ja	nein	
kreatives/handwerkliches Gestalten	Anzahl	11	1	12
	Prozentwert	91,7 %	8,3 %	
Sport, Bewegung	Anzahl	12	4	16
	Prozentwert	75,0 %	25,0 %	
Tanz	Anzahl	9	0	9
	Prozentwert	100,0 %	0 %	
Musik, Gesang	Anzahl	11	4	15
	Prozentwert	73,3 %	26,7 %	
Kultur, Tradition, Brauchtum	Anzahl	13	3	16
	Prozentwert	81,3 %	18,8 %	
Selbsthilfe zu spezifischen Themen	Anzahl	5	0	5
	Prozentwert	100,0 %	0 %	
Glaube, Religion, Weltanschauung	Anzahl	7	3	10
	Prozentwert	70,0 %	30,0 %	
Umwelt, Natur, Tiere	Anzahl	6	1	7
	Prozentwert	85,7%	14,3%	
Spiel	Anzahl	11	1	12
	Prozentwert	91,7%	8,3%	

Angebotsart		Nehmen behinderte Menschen an den Angeboten teil?		Gesamt
		ja	nein	
Reise, Tourismus	Anzahl	1	0	1
	Prozentwert	100,0 %	0 %	
Bildung, Kultur	Anzahl	14	1	15
	Prozentwert	93,3 %	6,7 %	
Politik	Anzahl	3	0	3
	Prozentwert	100,0 %	0 %	
Sonstiges ¹⁹	Anzahl	7	2	9
	Prozentwert	77,8 %	22,2 %	
Gesamt	Anzahl	26	9	35

Bei den eingerahmten Angeboten handelt es sich um die Angebote, die stark von Menschen mit Behinderung in Anspruch genommen werden. Angemerkt werden muss jedoch, dass die Rubriken „Reise/Tourismus“ sowie „Politik“ aufgrund geringer Fallzahlen nur eingeschränkt interpretiert werden können.

e) Vergleich Zielgruppe und Teilnahme von Menschen mit Behinderung

105

In einer weiteren Auswertung wurde verglichen, wie sich die Teilnahme von Menschen mit Behinderung auf die unterschiedlichen Zielgruppen verteilt (die angegebenen Prozentwerte beziehen sich auf die Gesamthäufigkeit der Teilnahme von Menschen mit Behinderung an der jeweils angegeben Zielgruppe).

Tabelle 20: Verteilung Menschen mit Behinderung auf die Altersstruktur der Zielgruppen

		Nehmen behinderte Menschen an den Angeboten teil?		Gesamt
		ja	nein	
Kleinkinder unter 3 Jahren	Anzahl	5	2	7
	Prozentwert	71,4 %	28,6 %	
Vorschulkinder von 3 bis 6 Jahren	Anzahl	10	5	15
	Prozentwert	66,7 %	33,3 %	
Schulkinder von 7 bis 13 Jahren	Anzahl	17	6	23
	Prozentwert	73,9 %	26,1 %	
Jugendliche von 14 bis 17 Jahren	Anzahl	19	6	25
	Prozentwert	76,0 %	24,0 %	
junge Erwachsene (18 bis 27 Jahre)	Anzahl	19	6	25
	Prozentwert	76,0 %	24,0 %	
Erwachsene von 28 bis 64 Jahren	Anzahl	20	7	27
	Prozentwert	74,1 %	25,9 %	
Senioren ab 65 Jahren	Anzahl	19	4	23
	Prozentwert	82,6 %	17,4 %	
Gesamt	Anzahl	26	9	35

¹⁹ was unter „Sonstiges“ zusammengefasst wurde, siehe unter Fußnote 18

Es zeigt sich, dass insbesondere unter den Angeboten für Seniorinnen und Senioren Menschen mit Behinderung vertreten sind (Tabelle 20). In den Angeboten, die sich an jüngere Altersgruppen richten, ist die Teilnahme von Menschen mit Behinderung etwas geringer ausgeprägt. Dies ist vermutlich dem Umstand geschuldet, dass Behinderung im Alter häufiger auftritt.

In den erfassten Angeboten sind insbesondere Menschen mit einer körperlichen Behinderung vertreten (bei 80,8% aller Angebote). Die am zweitstärksten vertretene Gruppe sind Menschen mit einer geistigen oder Lernbehinderung (über 60%). Am wenigsten präsent sind in den Angeboten hingegen sowohl Menschen mit einer Sinnesbeeinträchtigung als auch Menschen mit einer psychischen/seelischen Behinderung (unter 40%). Da jedoch eine seelische/psychische Beeinträchtigung häufig nicht immer „sichtbar“ ist, sind diese Angaben nur eingeschränkt interpretierbar.

Tabelle 21: In den Angeboten vertretene Behinderungsformen

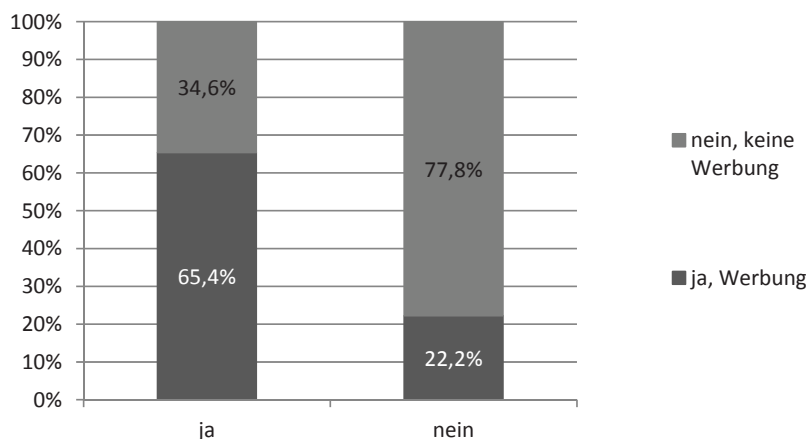
	Antworten		Prozent der Fälle
	N=35	Prozent	
körperliche Behinderung	21	27,6 %	80,8 %
Sinnesbeeinträchtigung (Hör- und Sehbehinderung)	11	14,5 %	42,3 %
Geistige Behinderung	18	23,7 %	69,2 %
Lernbehinderung	16	21,1 %	61,5 %
Psychische/seelische Behinderung	10	13,2 %	38,5 %
Gesamt	76	100,0 %	292,3 %

106

f) Zusammenhang zwischen der Bewerbung der Angebote und Teilnahme von Menschen mit Behinderung

In Abbildung 9 ist zu erkennen, dass es einen Zusammenhang zwischen der Bewerbung von Angeboten für Menschen mit Behinderung und der tatsächlichen Teilnahme von Menschen mit Behinderung an den Angeboten gibt. So gaben 65% aller Einrichtungen, deren Angebote von Menschen mit Behinderung besucht werden, auch an, ihre Angebote entsprechend zu bewerben. Knapp 78% der Einrichtungen, die nicht von Menschen mit Behinderung besucht werden, nehmen keine explizite Werbung für Menschen mit Behinderung vor.

Abbildung 9: Zusammenhang zwischen Bewerbung der Angebote und Teilnahme von Menschen mit Behinderung an den Angeboten



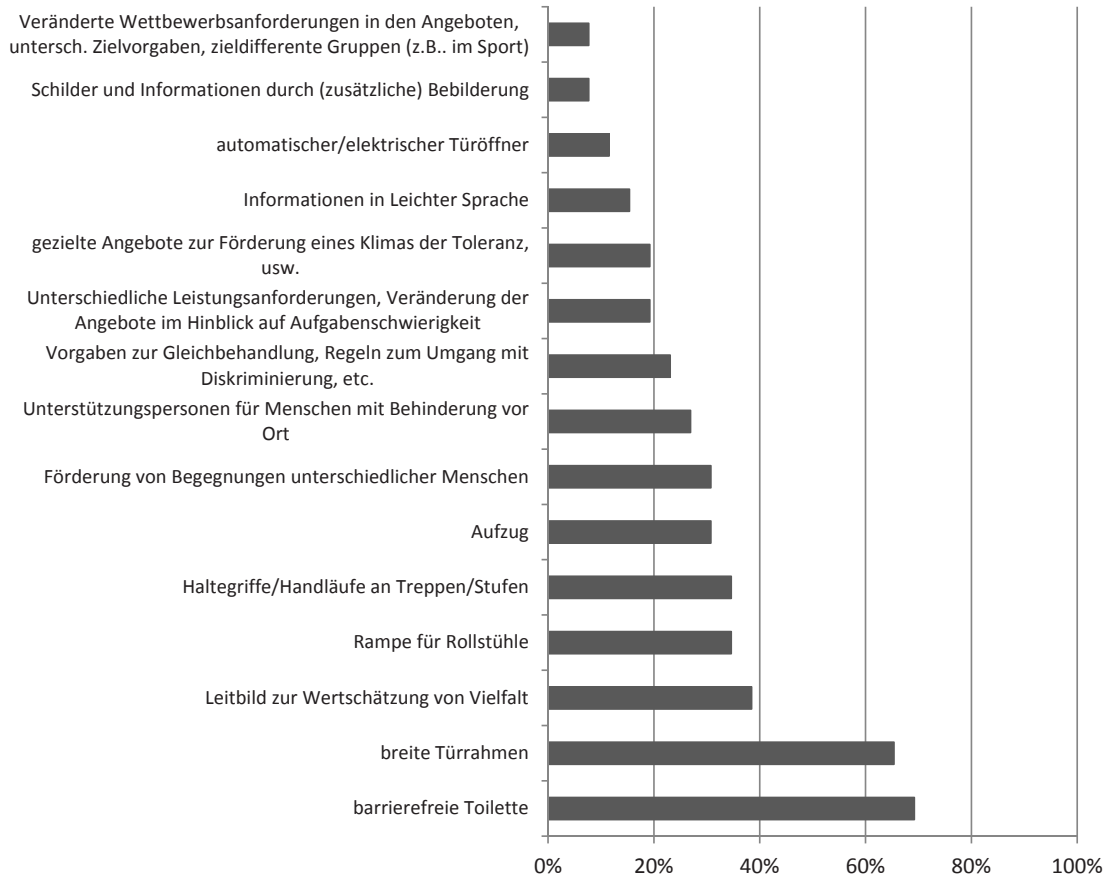
Dies korrespondiert auch mit Ergebnissen aus anderen Forschungsprojekten, bei denen sich eine ähnliche Tendenz bezüglich des Umgangs mit Werbung zeigt.

g) Abgebaute Barrieren in den befragten Organisationen

Auf die Frage nach den bereits abgebauten Barrieren (Abbildung 10) wurden unterschiedliche Maßnahmen genannt, die bisher angegangen wurden. Bei dieser Fragestellung konnten Mehrfachantworten gegeben werden, weshalb die Summe des Prozentsatzes über dem Wert von 100 % liegt. Bei der Auswertung zeigt sich, dass bisher insbesondere räumliche Barrieren abgebaut wurden (barrierefreie Toilette: 69 %; breite Türrahmen: 65 %; Rollstuhlrampe und Haltegriffe/Handläufe: 35 %; Aufzug: 30 %). Viele Befragte gaben aber auch an, dass bereits ein Leitbild in der Einrichtung bestehe, das die Wertschätzung von Vielfalt im Blick hat (38 %), dies lässt sich dem Abbau sozialer Barrieren zuordnen. Seltener wurden hingegen Barrieren abgebaut, die man dem Themenbereich sprachliche Barrieren oder aufgabenbezogene Barrieren zuordnen kann. Insbesondere für Menschen mit geistiger Behinderung sind dies jedoch sehr relevante Barrieren, während räumliche Barrieren eine geringere Bedeutung für diesen Personenkreis haben (Abbildung 10). Diese Ergebnisse verdeutlichen ein eher eingeschränktes Verständnis von Barrieren. Da Inklusion im Grunde auf ein umfassendes Verständnis von Barrieren abzielt, gilt es, Akteure im Sozialraum noch stärker für dieses Thema zu sensibilisieren, da sonst die Teilhabechancen bestimmter Personengruppen strukturell erschwert bleiben.

Abbildung 10: Übersicht über die abgebauten Barrieren in der Einrichtung

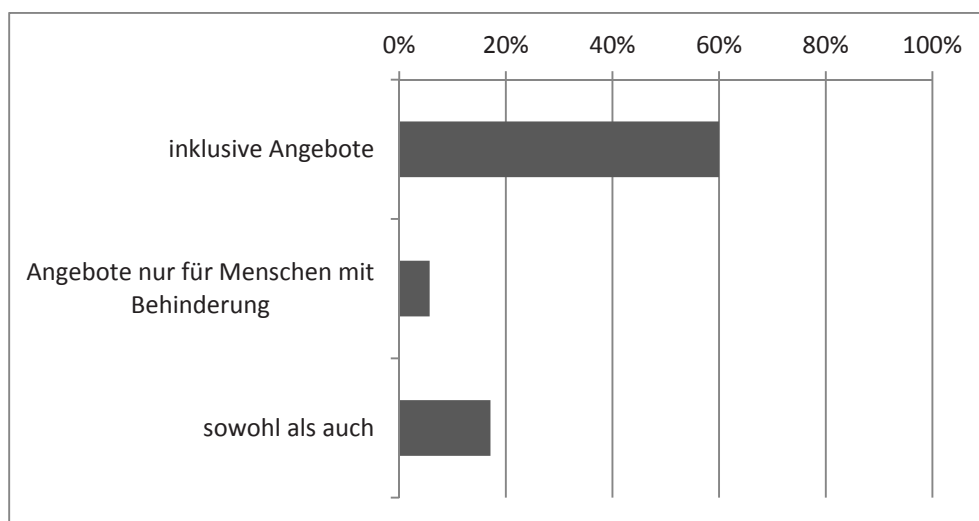
107



h) Ausrichtung der Angebote und Planung weiterer Angebote

Zusätzlich zur Frage nach dem Barrierenabbau wurden die Akteure auch nach der Gruppenmischung in den Angeboten befragt (Abbildung 11). Mit großer Mehrheit handelt es sich bei den Angeboten auch tatsächlich um inklusiv ausgerichtete Angebote (60 %). 17 % der befragten Akteure gaben an, dass sie sowohl inklusive Angebote als auch Angebote nur für Menschen mit Behinderung haben und lediglich 7% (n=2) gaben an, dass ihre Angebote sich nur an Menschen mit Behinderung richten. Sechs Akteure (17 %) machten keine Angaben zur Ausrichtung ihrer Angebote.

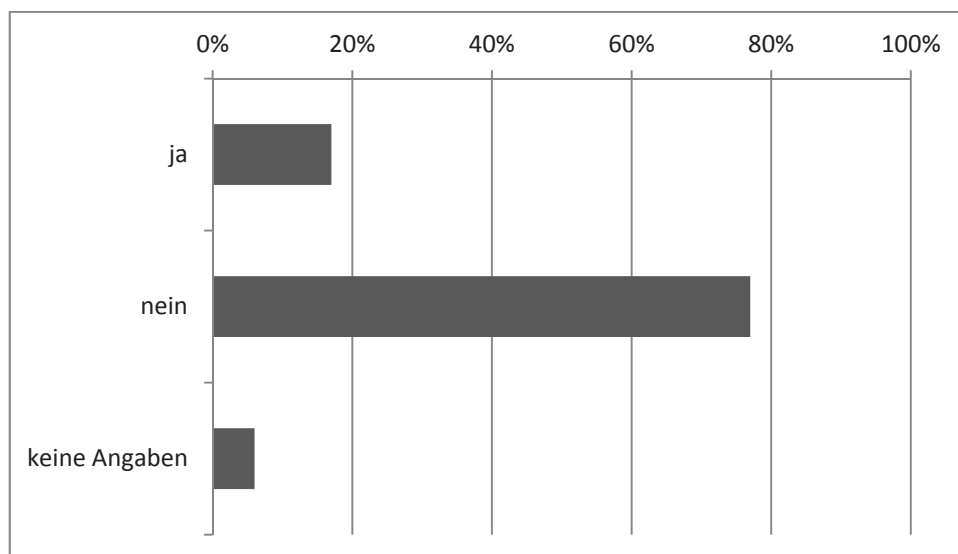
Abbildung 11: Übersicht über die Art der Angebote



108

Weniger als 20 % der befragten Akteure planen hingegen weitere Angebote, an denen auch Menschen mit Behinderung teilnehmen können. Mehrheitlich (knapp 80 %) sind keine weiteren Angebote geplant.

Abbildung 12: Planung weiterer Angebote, die von Menschen mit Behinderung genutzt werden können



Wie auch bei der Bewerbung der Angebote kann auch hier ein Zusammenhang mit der Teilnahme von Menschen mit Behinderung vermutet werden. Eine differenzierte Auswertung zeigt, dass etwa jede vierte Organisation, bei der auch Menschen mit Behinderung an den Angeboten teilnehmen, auch weitere Angebote plant. In der Gruppe derjenigen Akteure, die keine Teilnehmerinnen oder Teilnehmer mit Behinderung haben, wird dies in keinem einzigen Fall genannt, das heißt Akteure ohne Nutzerinnen oder Nutzer mit Behinderung planen ausnahmslos auch keine weiteren Angebote. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass bereits bestehende Erfahrungen mit der Zielgruppe „Menschen mit Behinderung“ die Bereitschaft erhöhen, entsprechende Angebote auszubauen.

Tabelle 22: Ausbau weiterer Angebote für Menschen mit Behinderung im Vergleich zur bisherigen Teilnahme von Menschen mit Behinderung

Planung weiterer Angebote/ Dienstleistungen, die von Menschen mit Behinderung in Anspruch genommen werden können		Nehmen behinderte Menschen an den Angeboten teil?		Gesamt
		ja	nein	
ja	Anzahl	6	0	6
	Prozentwert	24 %	0 %	
nein	Anzahl	19	8	27
	Prozentwert	76 %	100 %	
Gesamt	Anzahl	25	8	33 ²⁰

109

Folgende Gründe werden im Falle einer Verneinung weiterer Planungen genannt:

- keine Personalkapazität (4 Nennungen)
- es besteht kein Bedarf (3 Nennungen)
- Räumlichkeiten / Umbaumaßnahmen sind nicht möglich (3 Nennungen)
- das Angebot ist bereits offen für alle (3 Nennungen)
- Finanzierung von Umbaumaßnahmen nicht möglich
- Kooperationen bereits vorhanden
- ausreichende Vernetzung vorhanden
- keine Nachfrage des Angebots, aber Bereitschaft ist vorhanden
- das Angebot eignet sich nicht
- Gründe der Haftung

4.3.2 Vertiefende Interviews von Sozialraumakteuren in Ravensburg (Modul 4)

Ergänzend zur Erhebung mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens wurden anhand eines halbstandardisierten Interviewleitfadens ergänzend elf Akteure aus dem Sozialraum vertiefend befragt. Dabei wurden Institutionen aus den unterschiedlichsten Bereichen ausgewählt (kreativ-kultureller Bereich, Bildung und Qualifizierung, Beratung, Dienstleistung und Freizeit). Zum großen Teil hatten diese sich bereits an der ersten Befragung beteiligt. Die zweimalig befragten Organisationen decken bei den Zielgruppen zu ungefähr gleichen Teilen alle Altersgruppen ab (Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren).

²⁰ in zwei Fällen wurden keine Angaben gemacht



Zum Teil berichteten die Interviewpartnerinnen und -partner, dass Menschen mit Behinderung in der Vergangenheit bereits aktiv auf die Institution zugegangen seien, da sie Interesse an einer Teilnahme hatten. In einem Interview wurde die Teilnahme jedoch als schwierig beziehungsweise kritisch beurteilt, da bei diesem speziellen Angebot (Chor), vorausgesetzt wird, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Noten lesen können.

In der Regel zeigten alle Interviewpartnerinnen und -partner im Namen ihrer Organisationen eine Bereitschaft zur Teilnahme von Menschen mit Behinderung und nannten alle (hauptamtlichen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Mitglieder des Vorstandes als Ansprechpartner für entsprechende Anfragen.

Die Organisationen wurden bereits von Menschen mit einer körperlichen, geistigen, seelischen oder Lernbehinderung besucht. Sowohl die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch die Häufigkeit der Besuche variieren jedoch erheblich. Zum Teil werden die Angebote in größerem Umfang und auch sehr regelmäßig von Menschen mit Behinderung besucht (in einem Fall ca. 50 Menschen pro Woche). Es wird jedoch auch von nur einzelnen Besucherinnen bzw. Besuchern mit Behinderung berichtet. Die Interviewpartnerinnen und -partner, die über Erfahrungen mit der Teilnahme von Menschen mit Behinderung verfügen, meldeten zurück, dass deren Teilnahme als Normalität empfunden werde und keine Ausgrenzung spürbar sei. Ähnliches zeige sich auch in den Rückmeldungen von Menschen mit Behinderung. Diese äußerten sich beispielsweise, dass sie das Angebot gut finden und sich wohlfühlen. Über Rückmeldungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ohne Behinderung wurden im Rahmen der Interviews keine Aussagen gemacht.

110

Bezüglich der gelingenden Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zeigt sich in den Interviews, dass diese davon abhängig sind, welche Erwartungen an das „Ziel“ des Angebots gestellt werden. Steht beispielsweise Leistung im Vordergrund, wie zum Beispiel beim Singen in einem Chor, wird die Teilnahme an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Es zeigt sich bei diesem Beispiel auch, dass – neben dem Beherrschen von Noten – noch weitere Voraussetzungen wichtig sein können, wie zum Beispiel Konzentrationsfähigkeit über einen bestimmten Zeitraum und Aufmerksamkeit. In einem solchen Setting sind dann der Teilhabewunsch einer einzelnen Person mit Behinderung und die Ziele der anderen Gruppenmitglieder abzuwägen, wie auch die folgende Interviewpassage verdeutlicht:

„Bei einem Chor kann nicht vereinfacht werden, oder die Person aus der Masse genommen werden. Der Chorklang muss ein sauberer sein. Wenn das nicht erreicht werden kann, dann geht es nicht.“

Prinzipiell würde aber der inklusive Gedanke beim gemeinsamen Tun mit einer gemeinsamen Zielsetzung durchaus funktionieren, denn „dadurch schwimmt die Unterschiedlichkeit weg, das ist das Tolle an der Musik“.

Damit Inklusion in Vereinen gelingen kann, wird vorgeschlagen, im Rahmen eines Runden Tisches zu erörtern, welche Angebote inklusiv gestaltet werden können. Es wird empfohlen, ein gemeinsames Handlungskonzept für inklusive Angebote zu entwickeln. Hier seien unterschiedliche Akteure, sowohl aus der Behindertenhilfe und der Freizeit- und Kulturangebote als auch auf der kommunalen Ebene gefordert.

4.4 Baustein 4: Analyse und Evaluation der im Rahmen des Projekts durchgeführten Angebote für junge Menschen mit geistiger Behinderung

Im Rahmen des Projektes wurden unterschiedliche Maßnahmen erprobt, um die am Projekt beteiligten jungen Menschen mit Behinderung zu befähigen, erste Schritte in Richtung Selbständigkeit zu unternehmen. So wurden Trainingswochen, Kochkurse und gemeinsame Kinobesuche angeboten und zusätzlich mit zwei jungen Menschen mit Behinderung eine persönliche Zukunftsplanung durchgeführt. Alle vier Angebote wurden mithilfe eines standardisierten Fragebogens, der sich an die Eltern der jungen Menschen richtete, evaluiert. Zusätzlich wurde durch eine IfaS-Mitarbeiterin eine persönliche Zukunftsplanung beobachtet. Die Ergebnisse der Elternbefragung sowie der Beobachtung dienen im Folgenden als Basis für die Evaluation.

4.4.1 Beobachtung einer persönlichen Zukunftsplanung (Modul 5)

Die persönliche Zukunftsplanung fand an einem Samstag statt und dauerte (mit Pause) circa 8 Stunden. Die Beobachtung erfolgte in Form einer teilnehmenden Beobachtung ohne vorstrukturiertes Beobachtungsprotokoll. Unter den folgenden Leitfragen wurde die Zukunftsplanung beobachtet:

- Ist persönliche Zukunftsplanung eine geeignete Methode, damit Menschen mit Behinderung eigene Ideen/Perspektiven für ihre Selbständigkeit entwickeln können?
- Wie wird mit der Methode der persönlichen Zukunftsplanung umgegangen?
- Welche Möglichkeit der Perspektivenentwicklung bietet die Methode (Nachhaltigkeit)?

111

a) Setting

Die Zukunftsplanung wurde in Räumlichkeiten der Lebenshilfe in Ravensburg durchgeführt. Die Moderation wurde von zwei Personen übernommen, die darin geschult sind. Bei den Personen handelte es sich um Vater und Tochter, wobei die Tochter selbst eine geistige Behinderung hat.

Der Raum war freundlich gestaltet und für die einzelnen Instrumente der Zukunftsplanung (Circle of Friends²¹, MAP²² und PATH²³) vorbereitet. Die Gäste wurden in einem Stuhlkreis platziert und es herrschte eine offene, erwartungsfreudige Atmosphäre.

Wichtig anzumerken ist noch, dass alle Gäste von dem im Mittelpunkt der Zukunftsplanung stehenden jungen Menschen mit Behinderung persönlich eingeladen wurden. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Freunde der Familie, Fachkräfte aus dem schulischen Kontext sowie dem Arbeitsumfeld des jungen Menschen mit Behinderung.

21 deutsche Bezeichnung: Unterstützterkreis. Dabei handelt es sich um die grafische Darstellung der Lebenswelt eines Menschen mit Behinderung in konzentrischen Kreisen, in deren Mittelpunkt die Person selbst steht. Auf dieser Grafik werden alle Personen festgehalten, die für die betreffende Person von Bedeutung sind und im Bedarfsfalle Unterstützung leisten können. Im ersten Kreis stehen dabei die engsten Vertrauten (bspw. Eltern). Je weiter sich die Kreise vom Mittelpunkt entfernen, desto geringer ist die Bedeutung der Beziehung der Unterstützter zur Person im Mittelpunkt (z. B. im Außenkreis sind die Fachkräfte positioniert).

22 engl.: Making Action Plans: bei der MAP geht es darum, die Person, für die eine Zukunftsplanung durchgeführt wird, näher kennen zu lernen. Dabei stehen die eigene Lebensgeschichte, Stärken, Schwächen, Träume, Alpträume sowie deren Bedürfnisse im Mittelpunkt. Die genannten Aspekte werden auf einem vorbereiteten Plakat festgehalten.

23 engl. Planing Alternatives Tomorrow with Hope: Der PATH soll dabei helfen, Wünsche und Träume, die auf der MAP festgehalten wurden, so zu planen, dass sie realisiert werden können. Es werden Ziele in Form von Meilensteinen festgehalten und auch die Personen, die bei der Umsetzung unterstützen werden. Auch der PATH wird auf einem vorbereiteten Plakat festgehalten.



b) Zusammenfassung der Beobachtungen

Zu Beginn der Zukunftsplanung nahm der Mensch mit Behinderung zunächst eine aktive Rolle ein, als er seinen vorbereiteten Lebenslauf vorstellte. Seine Eltern waren sehr aufmerksam und achteten auf die Kommunikation und Interaktion zwischen ihrem Sohn und der Moderation. Im Verlauf des weiteren Tages wechselte der junge Mensch mit Behinderung immer mehr in eine passive Rolle.

Zum Teil wurden seitens der Moderation plakative und einseitige Erklärungen geliefert, bei denen spürbar war, dass die Anwesenden Schwierigkeiten hatten, diese Erklärungen anzunehmen („Wird der Abstand [zwischen Mutter und Kind] nicht größer, hat man in der Erziehung etwas falsch gemacht“). Die Moderation fokussierte sich zu wenig auf den jungen Menschen mit Behinderung und seine Unterstützerinnen und Unterstützer. So wurden abstrakte Beispiele gegeben, ohne zu berücksichtigen, ob und wie die Beispiele verstanden werden („Stell Dir vor, Du machst Wohntraining und Deine Betreuerin sagt Dir, es klappt nicht“).

Es zeigte sich im Laufe des Tages, dass der Prozess der Zukunftsplanung an diesem Tag sehr stark durch die Moderation gesteuert wurde. Dies führte dazu, dass die Gäste immer wieder in die Moderation eingegriffen haben, indem sie Dinge ergänzten oder auch direkt intervenierten. Zusätzlich wurde deutlich, dass die Gäste nicht gut auf das Verfahren der persönlichen Zukunftsplanung seitens der Moderation vorbereitet wurden. So kam es zu grundsätzlichen Fragestellungen, die sich auf die Methode bezogen und dadurch ging der Fokus auf die persönliche Planung des jungen Menschen mit Behinderung verloren. Die Zusammenarbeit zwischen Moderation und Gästen gestaltete sich zunehmend als schwierig, dies zeigte sich auch darin, dass Aussagen der Gäste von der Moderation interpretiert wurden, ohne zu überprüfen, ob die Interpretation zutrifft. Anregungen oder Anmerkungen aus der Gruppe wurden teilweise übergangen.

Die Methode der Zukunftsplanung wurde insgesamt sehr frontal eingesetzt. Die hauptsächliche Kommunikation/Interaktion fand zwischen der Moderation und den Gästen statt. Der junge Mensch mit Behinderung erhielt kaum eine Aufforderung, sich zu beteiligen. Teilweise haben ihn dann die Gäste selbst direkt angesprochen. Über den Zukunftsplan wurde rein verbal gesprochen und die Fixierung der einzelnen Punkte erfolgte schriftlich.

Die Erstellung der MAP erfolgte größtenteils durch die Gäste, die sich teilweise dann bei dem jungen Menschen mit Behinderung vergewisserten, ob ihre Einschätzung stimme.

Bei der Erstellung des PATH lag der Fokus immer auf der Organisation von Unterstützung. Es wurde nicht thematisiert, ob der Mensch mit Behinderung auch etwas alleine oder selbständig machen kann oder möchte.

Der Schwerpunkt bei der Umsetzung von Zielen lag auf Themen, die bis zum Jahr 2018 erfüllt sein sollen. Das Ziel „Wohnen“ als ein Ziel, das im Fallmanagement von Bedeutung ist, spielte jedoch eine untergeordnete Rolle. Weitere Schritte zur Erlangung von mehr Selbständigkeit wurden nicht festgehalten.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Durchführung der persönlichen Zukunftsplanung teilweise eine gewisse Enttäuschung bei den beteiligten Personen nach sich zog. Sicher steht dies auch damit in Verbindung, dass hohe Erwartungen mit dieser Methode im Projekt verbunden waren. Auf der anderen Seite wurde die Methode selbst aber als sinnvoll und spannend bewertet. Letztendlich müssen daher noch weitere Erfahrungen gesammelt werden.

4.4.2 Elternbefragung (Modul 5)

Um die im Rahmen des Projekts durchgeführten Angebote zu evaluieren, wurde ein Elternfragebogen entwickelt, mittels dem verschiedene Eckpunkte und Merkmale der Angebote aus der Wahrnehmung der Eltern evaluiert werden konnten. Der standardisierte Fragebogen umfasste einen quantitativen Teil, bei dem es um die allgemeine Bewertung des Angebotes ging. Hier waren die Eltern aufgefordert, die Einschätzung ihrer Tochter oder ihres Sohnes zur Zufriedenheit mit dem Angebot mitzuteilen. Ergänzend sollten die Eltern im qualitativen Teil des Fragebogens ihre eigene Einschätzung darstellen.

a) Auswertung quantitativer Teil der Elternbefragung

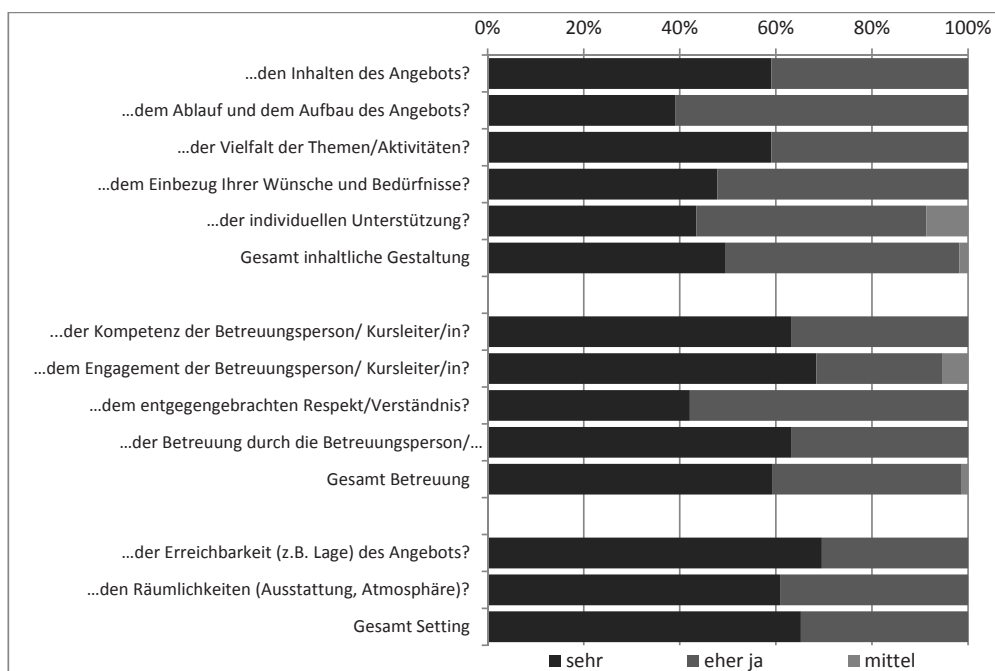
Zwar spiegeln diese Einschätzungen keineswegs die Bewertungen der teilnehmenden jungen Menschen wieder, die Einschätzungen der Eltern sind dennoch ein Versuch, indirekt und näherungsweise Hinweise auf eine Wertung relevanter Aspekte zu bekommen. Die Einschätzungen der jungen Menschen selbst wurden hingegen in den fünf Intensivfallstudien (siehe Kapitel 4.4.3) erfasst.

Zusammenfassend zeigt sich vor allem eine hohe Zufriedenheit mit dem Kochkurs. Auch das Trainingswohnen schneidet noch recht gut ab, es gibt aber auch einzelne kritische Punkte (vor allem was Ablauf sowie Respekt und Einbezug von Wünschen betrifft). Auch beim Angebot Kino lassen sich kritische Punkte finden. Am schlechtesten bewertet wurden hingegen die persönliche Zukunftsplanung, vor allem aufgrund der Moderation (vgl. Abbildung 13 - 17).

113

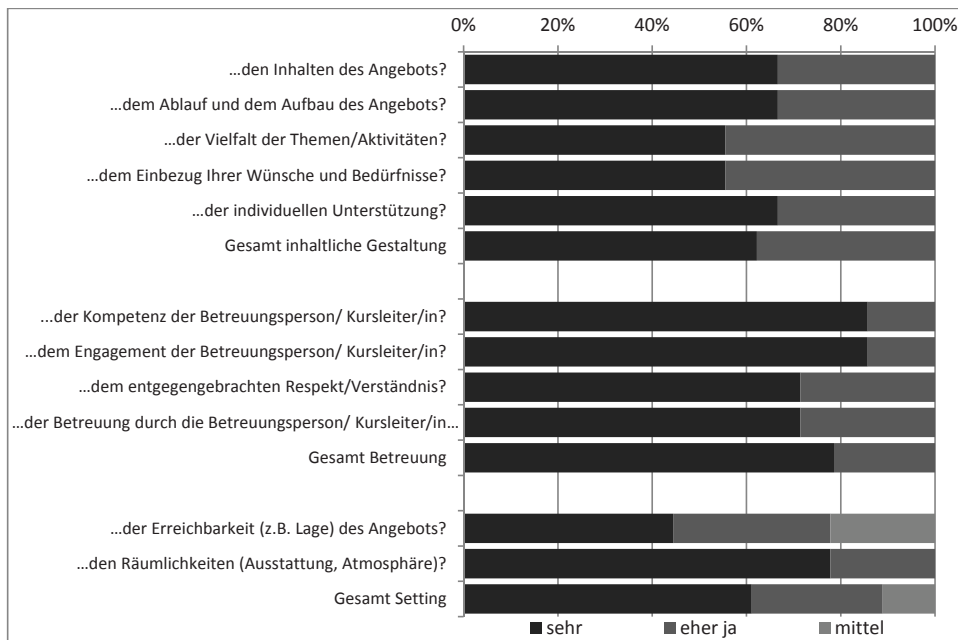
Zufriedenheit mit dem Angebot „Trainingswohnen“

Abbildung 13: Zufriedenheit mit dem Angebot „Trainingswohnen“ (n=24)



Zufriedenheit mit dem Angebot „Kochkurs“

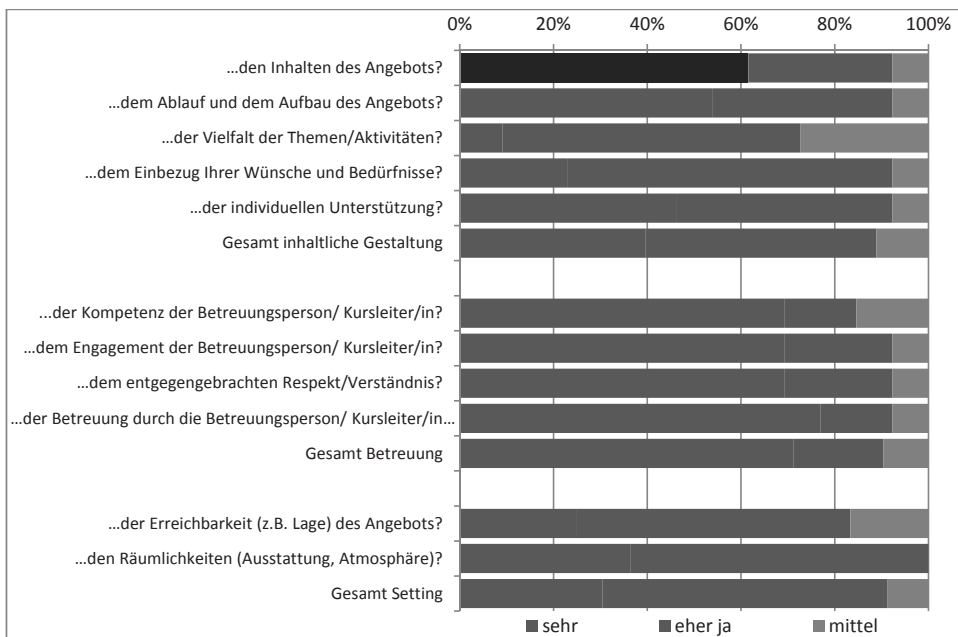
Abbildung 14: Zufriedenheit mit dem Angebot „Kochkurs“ (n=10)



114

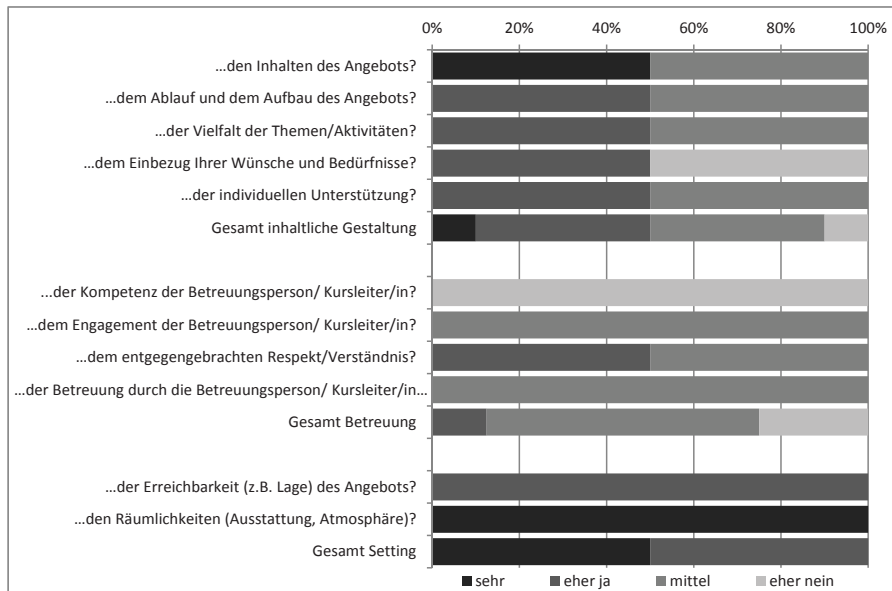
Zufriedenheit mit dem Angebot „Kino“

Abbildung 15: Zufriedenheit mit dem Angebot „Kino“ (n=13)



Zufriedenheit mit dem Angebot „Persönliche Zukunftsplanung“

Abbildung 16: Zufriedenheit mit dem Angebot „Persönliche Zukunftsplanung“ (n=2)



Zufriedenheit mit den Angeboten im Vergleich

115

Abbildung 17: Zufriedenheit mit den Angeboten im Vergleich (n=49)

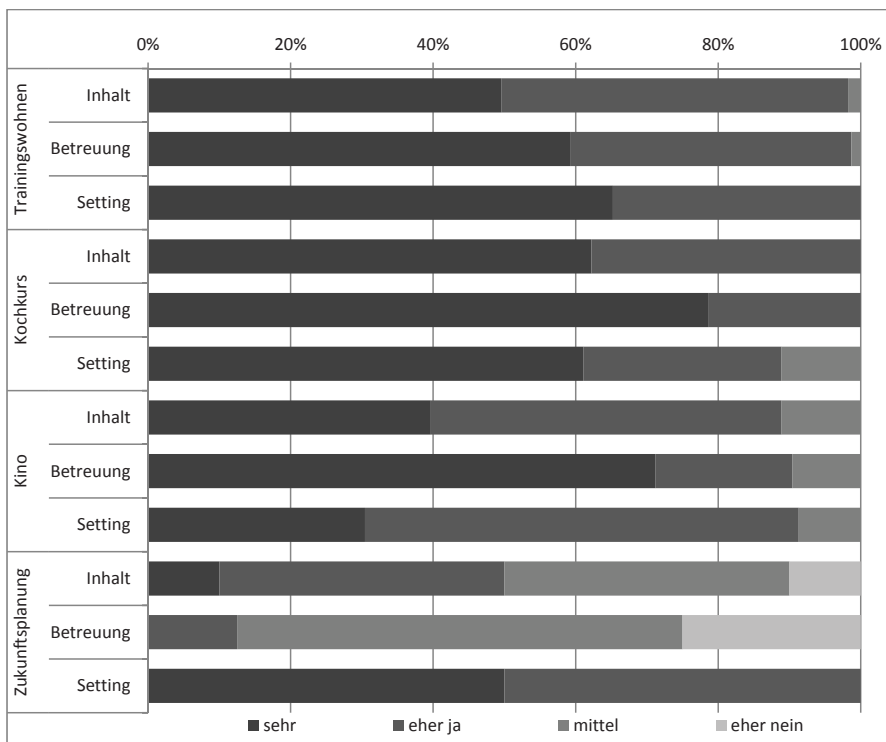


Abbildung 17 stellt eine Zusammenfassung der jeweiligen Bewertungsitems in Themencluster dar. So wurden beispielsweise beim Themencluster „Inhalt“ die Werte aller fünf Items jeweils zusammengezählt und durch fünf geteilt. Dadurch erhält man einen Durchschnittswert über alle fünf Items.

Diese Globalauswertung zeigt eine hohe Zufriedenheit mit den Angeboten „Trainingswohnen“ und „Kochkurs“ über alle drei Themencluster hinweg (Inhalt, Betreuung, Setting). Das Kino-Angebot nimmt hier eher eine mittlere Position ein, d.h. es wurde im Verhältnis als etwas „schlechter“ bewertet (v.a. was Inhalt und Setting betrifft). Am negativsten bewertet wurde die persönliche Zukunftsplanung. Auffällig hierbei ist jedoch, dass das Setting noch am besten bewertet wurde.

b) Auswertung qualitativer Teil der Elternbefragung

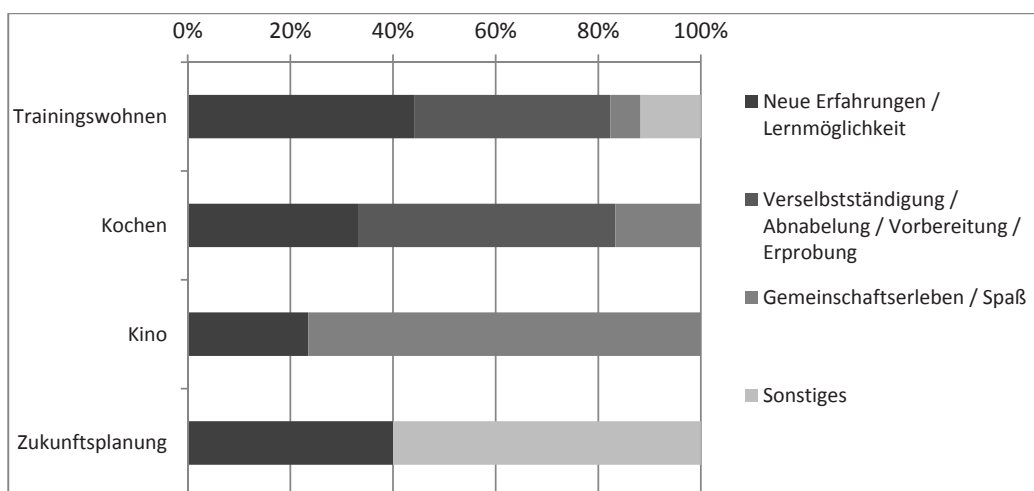
Die Auswertung der offenen Nennungen aus der Elternbefragung verdeutlichen, dass beim Kinoangebot augenscheinlich eher der Spaß und die Geselligkeit im Vordergrund stehen, während bei den anderen Angeboten durchaus die Verselbstständigung, persönliche Entwicklung, Entlastung der Eltern usw. ein höheres Gewicht haben.

Insofern erfüllt das Kino-Angebot strenggenommen nicht die eigentlichen Projektziele (Empowerment, Verselbstständigung). Ergänzend sei jedoch bemerkt, dass die jungen Menschen mit Behinderung eigene Freizeitaktivitäten gemeinsam mit Freunden eher selten durchführen (vgl. Tabelle 7 und Tabelle 8). Insofern kann der Kinobesuch als Anregung für die jungen Menschen dienen, mit anderen gemeinsam Freizeitaktivitäten durchzuführen. Betrachtet man im Übrigen nur den Aspekt der „Verselbstständigung“, schneidet die persönliche Zukunftskonferenz am besten ab.

Die folgenden Abbildungen 18 bis 23 zeigen die verschiedenen Nennungen auf die offenen Fragen im Elternfragebogen.

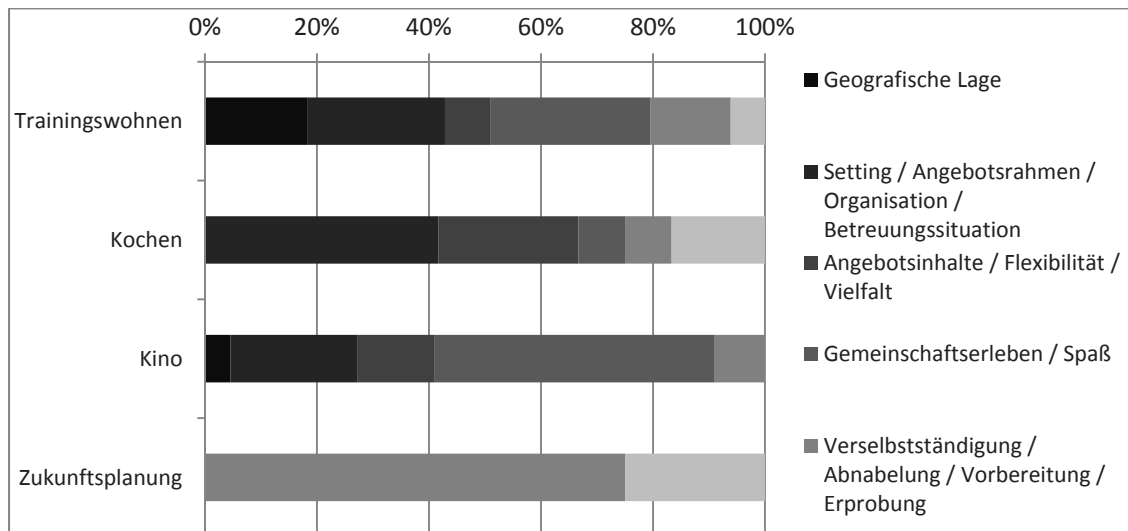
Motive der Teilnahme am Angebot

Abbildung 18: Motive der Teilnahme - Zusammenfassung der Antworten nach Kategorien



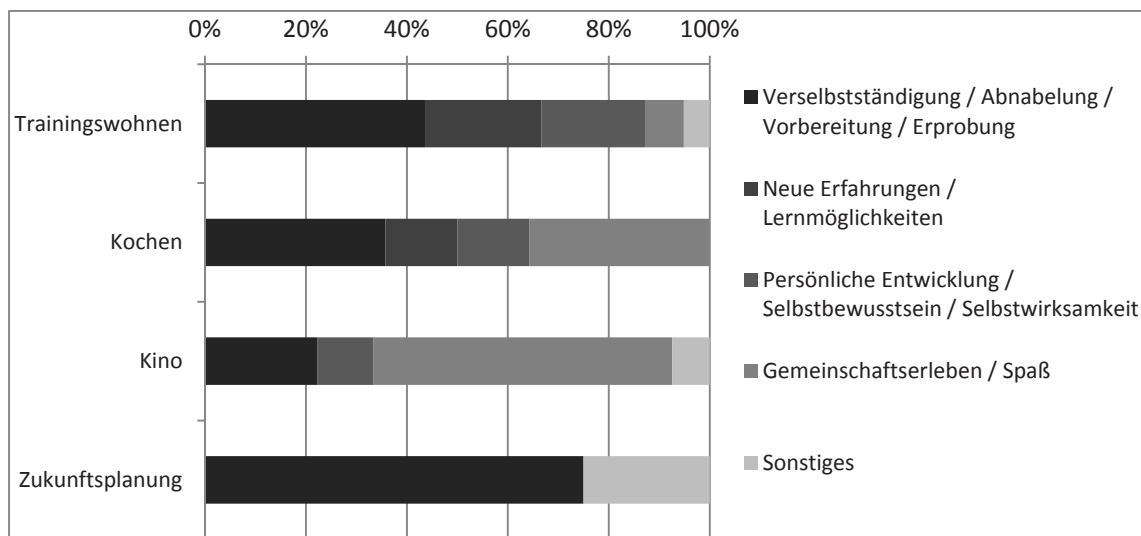
Bewertung der Angebote insgesamt

Abbildung 19: Bewertung der Angebote - Zusammenfassung der Antworten nach Kategorien



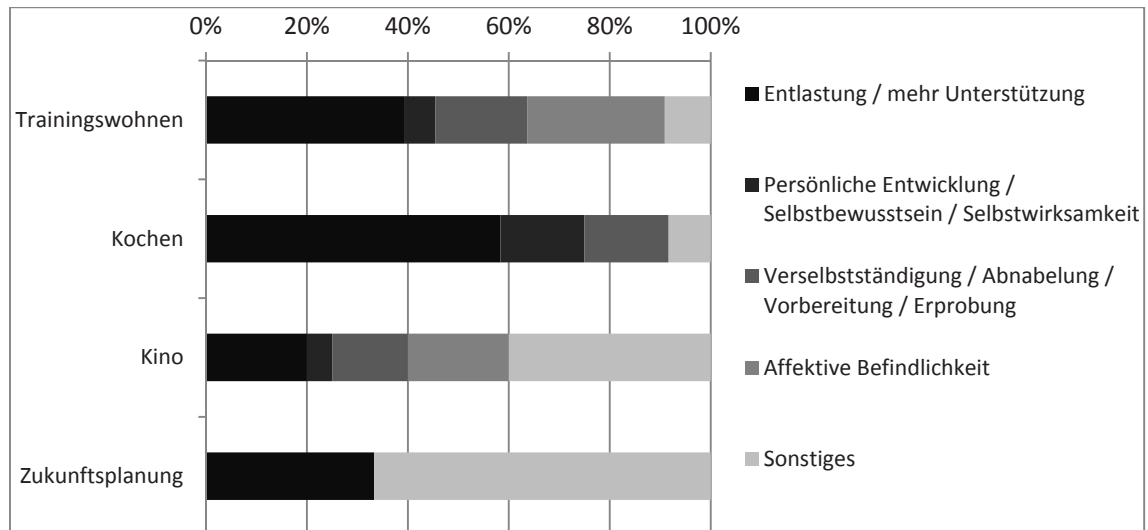
Wirkung der Angebote auf den jungen Menschen

Abbildung 20: Wirkung auf den jungen Menschen - Zusammenfassung der Antworten nach Kategorien



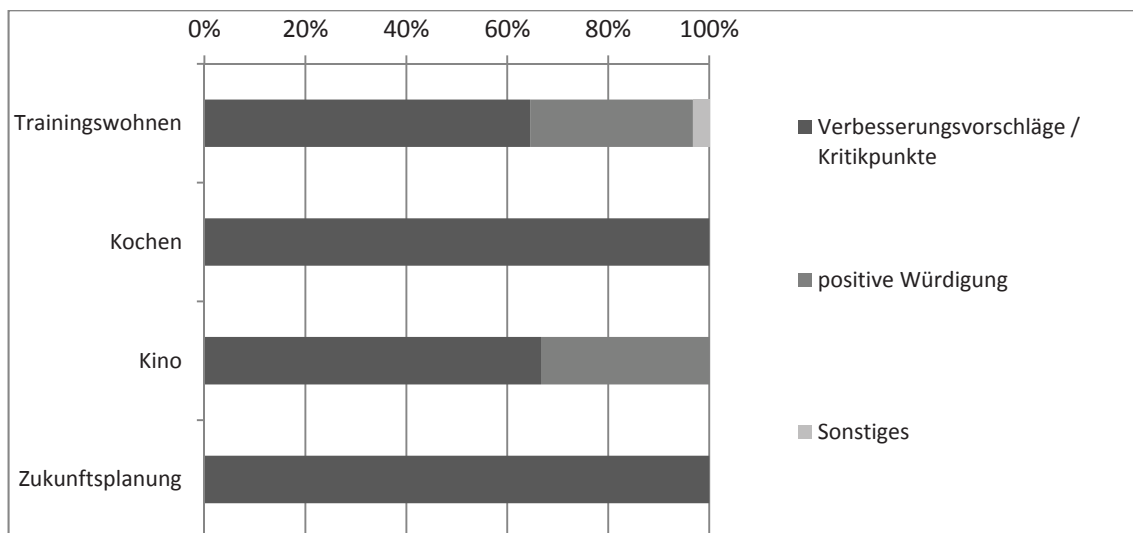
Wirkung der Angebote auf das Familienleben

Abbildung 21: Wirkung auf das Familienleben - Zusammenfassung der Antworten nach Kategorien



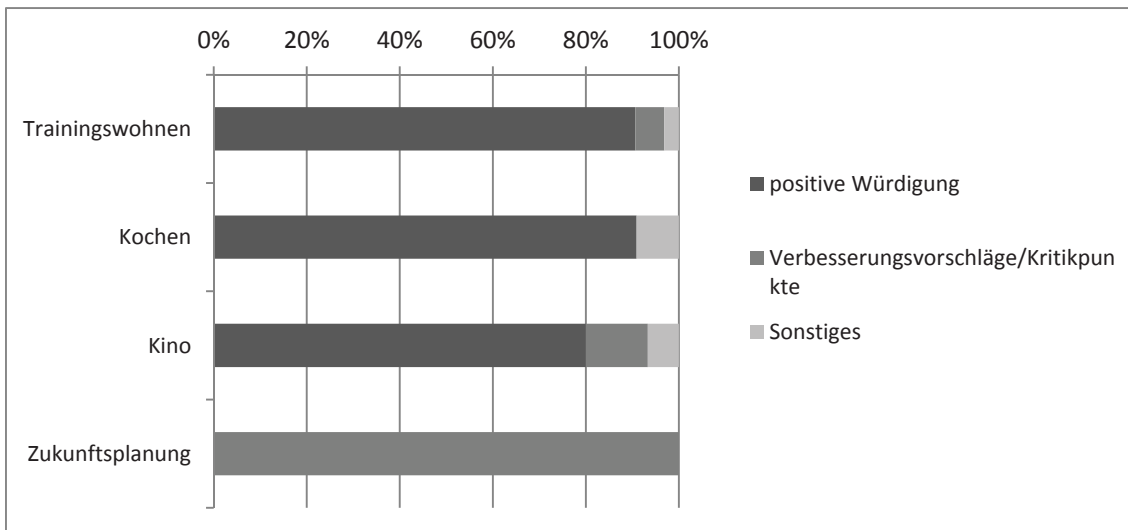
Kritikpunkte/Verbesserungsvorschläge

Abbildung 22: Kritikpunkte/Verbesserungsvorschläge - Zusammenfassung der Antworten nach Kategorien



Rückmeldung an Betreuungsperson/Kursleiterin und Kursleiter sowie Helferinnen und Helfer

Abbildung 23: Rückmeldungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Zusammenfassung der Antworten nach Kategorien



4.4.3 Modul 6: Fallanalysen

119

Im Frühjahr 2015 sowie im Herbst 2015 wurden mit fünf jungen Menschen Intensivfallstudien durchgeführt. An den Interviews nahmen weiterhin die Eltern der jungen Menschen teil. Außerdem unterstützten jeweils eine Lehrkraft und/oder eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Werkstatt die jungen Menschen bei den Interviews.

Der Schwerpunkt bei den Interviews lag darauf, dass die jungen Menschen einerseits ihre derzeitige Situation und Zufriedenheit in den Bereichen Arbeit, Alltag/Wohnen sowie Freizeit schildern sollten, andererseits ging es darum, etwas über ihr eigenes Selbstbild zu erfahren, sowie deren Einschätzungen zu den im Projekt durchgeführten Angeboten. Um eine Entwicklung beschreiben zu können, wurden die fünf Personen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten interviewt, einmal im Frühjahr 2015 und zum wiederholten Male im Herbst 2015. Befragt wurden zwei Schülerinnen der Martinusschule sowie drei Werkstattbeschäftigte.

a) Arbeit und Beschäftigung

Die **derzeitigen Tätigkeiten** der drei Werkstattbeschäftigten werden als positiv erlebt und beschrieben. Hierbei gibt es auch keine Unterschiede zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten T1 und T2:

„Fühlst Du dich wohl hier?“ „Ja, ich finde es jetzt cool“ „Und die Kollegen sind alle ok?“ „Ja“

„... er ist im **Arbeitsbereich in der Montagegruppe**“ „Und wie ist das, macht es Spaß?“ „Ja“
 „Und was machst Du da?“ „Autos mach ich da“ „Autos“ „Ja“ „Autoteile“ „Ja“



„Wie geht es Dir im Moment in der Arbeit? Wie fühlst Du Dich?“ „Gut.“

„Also zurzeit bin ich in Ravensburg im **Praktikum**“ „Ok wo bist Du?“ „Also das ist eine Außenstelle von Liebenau und-“ „**Ravensburger Spiele**, und die haben sie da-“ „Ach bei der Spielefabrik“... „Macht das Spaß?“ „Mhh (zustimmend)“

Die Wahrnehmung der aktuellen Situation und Zufriedenheit in der Schule bzw. in der Arbeit hängt dabei stark von institutionellen Rahmenbedingungen, wie etwa Kolleg/innen oder Betreuungskräfte, ab. In den Interviews werden **positiven Erfahrungen** mit Beziehungen und Begegnungen vor Ort verknüpft. Die Aussagen werden durch die Eltern meist bestätigt:

„Gibt es irgendwas was Du besonders gerne machst und besonders gut machst?“ „Holz“ „...ich denke das mit dem Holz hat ein bisschen damit zu tun, da war der R. G. drin und der R. G. das war für ihn einfach eine Bezugsperson, den er ganz arg gemocht hat, ein Mann zu dem er Vertrauen gehabt hat“ „Vertrauen ja“

„Ja Wäscherei haben wir auch gemacht“ „Das hat Dir auch gut gefallen, gell?“ „Ja“ „Da war es warm, sie hat es immer mit der Kälte“ „Ja da war es warm und die Arbeit und es war auch ein schönes Klima in der Wäscherei, es war echt toll, es war ein super Arbeitsbereich,...“

„Das ist **wie eine Familie** für ihn.“

„Hast Du Dir mal überlegt auch wo anderes auch zu arbeiten?“ „Ne“ „Willst Du da bleiben?“ „Ja“ „Was macht Dir daran Spaß?“ „Meine Arbeit machen“...

Aussagen über **negative Erfahrungen** werden von verschiedenen Personen im Rahmen vorangehender Praktika, oder im Falle der beiden befragten Schülerinnen, aufgrund von Erfahrungen in Schulpraktika beschrieben.

„Gartenarbeit und draußen und kalt ist. Das haben wir abgebrochen das Praktikum, das erste und ich dachte oh Gott.“

„Was hast Du denn noch für Praktikum gemacht, gab's da noch andere Sachen?“ „Bücherei.“ „In der Bücherei?“ „Ja.“ „Und wie war das?“ „**Ich hab halt das Alphabet nicht hingekriegt.**“ „Na so wie man die Bücher dort einsortiert meinst Du.“ „Ja.“

„Hat mir auch, also nicht so gefallen. Die Arbeit an sich hat Spaß gemacht, ansonsten waren die **Maschinen zu laut**, das mag ich nicht.“ „...Waren es eher die Leute vielleicht, die Dir nicht so gepasst haben, mit denen Du nicht?“ „Die sind **zu laut**, manche.“

„Also, das Stempeln hat schon Spaß gemacht, ansonsten, es war schwierig“ „Was war genau?“ „Die Leute“ „Die Gruppenleiter oder eher die Kollegen von Dir?“ „**Die Kollegen**“

„Und wie hat Dir das im Altersheim gefallen? War gut?“ „Das ist-“ „Nicht so?“ „Ging“ „Eigentlich doch schon oder?“ „Ja schon, aber“ „Die haben dann auch gesagt beim Abschlussgespräch, dass es halt vielleicht schwierig werden würde einen Arbeitsplatz, **einen geeigneten für sie zu finden**“

Von einer Schülerin der Martinusschule werden auch Praktika in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung als negativ beschrieben. Grund hierfür ist jedoch vor allem, dass eine Tätigkeit in einer WfbM als stigmatisierend erlebt wird.

„Naja, ich hab mich irgendwie nicht wohlfühlt, sage ich mal so.“ „Kannst Du das erklären warum? Ganz ehrlich?“ „Also was halt so ist, ich finde es gut, dass es die Werkstätte gibt, aber ich finde das irgendwie, keine Ahnung, ich finde man soll keine Menschen da arbeiten lassen, die fitter sind und mehr schaffen können. Weil es gibt ja wirklich Menschen, die es einfach nicht weiter schaffen und für die finde ich es gut, dass es das gibt. Aber jetzt nicht für mich. Aber ich will jetzt auch nicht sagen, dass die Menschen nichts wert sind. Das habe ich nie gesagt. ...“

„Was hat Dir nicht so gefallen“ „Ich möchte halt nicht in einer Werkstatt“ „Warum? Das würde mich interessieren?“ „Weil ich halt“ „Nicht immer das gleiche machen muss und so“ „Ja“ „Das ist ihr immer bisschen eintönig. Das hat sie schon länger irgendwie so, also in die Werkstatt will sie mal nicht.“

Die Frage nach beruflichen **Interessen und Wunschvorstellungen** wird von allen fünf Personen beantwortet. Die Äußerungen sind hier sehr vielfältig und nur eine Person kann einen solchen Wunsch nicht selbst formulieren und der anwesende Elternteil unterstützt hierbei.

„Kannst mal ganz ehrlich sein, was Du eigentlich so wahnsinnig gerne machen würdest, was guckst Du Dir denn immer an so gerne?“ „**Rettungsflieger**“ „Ja“

121

„Was gefällt Dir an diesem Beruf“ „Dass sie fliegen“ „Menschen helfen?“ „Menschen helfen“ „Und das fliegen bestimmt? Oder?“ „Fliegen“ „Und sich was trauen“

„Aber Koch das sagt er öfter, ich werde mal Koch sagt er immer“

„Hast Du so was wie ein Traumberuf, was Du gerne machen willst?“ „Also ich habe sehr viele Sachen, die ich bei mir sehr gut vorstellen könnte“ „Ok, was zum Beispiel?“ „Das Erste wäre im Kindergarten arbeiten, als Helferin und das Zweite als Kellnerin, das kann ich mir sehr gut vorstellen und im Café als Kellnerin, ja und als Raumausstatterin und Maler. Ja die **fünf Sachen kann ich gut bei mir vorstellen.**“

Ein Vergleich zwischen zwei Zeitpunkten verdeutlicht, dass es bei den Interviewten zwischen dem ersten Interview (T1) und dem zweiten Interview (T2) zu keiner inhaltlichen Veränderung bezüglich der beruflichen Situation kam. Die interviewten Personen scheinen entweder bereits ihren „Platz“ gefunden zu haben (dies trifft auf alle drei befragten Werkstattbeschäftigten zu) oder haben zumindest Vorstellungen und Pläne entwickelt (im Falle der Schülerinnen und Schüler). Auffallend ist jedoch, dass die beiden befragten Schülerinnen später nicht in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten wollen:

„Und da jetzt bei Ravensburger, das wäre etwas was Du gern machen würdest?“ „Ja“ „Ja, also lieber wie in der Werkstatt“ „Ja“

„Ja, und **mein Wunsch ist halt eine Ausbildung** zu machen im Berufsbildungswerk.“



Hingegen sind die drei befragten Werkstattbeschäftigten augenscheinlich sehr zufrieden mit ihrer beruflichen Tätigkeit.

„...hast Du den Wunsch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt irgendwo eine Arbeitsstelle zu finden?“ (verneinend) „Nicht, möchtest in der Werkstatt bleiben“ „Ja“...

... „Was würdest Du da gerne machen?“ „In der **Montage** arbeiten“

„...die einen sagen, sie wollen gerne auf den ersten Arbeitsmarkt, die anderen nicht. Also das wolltest Du nie?“ „Ne“ „Du wolltest einfach auch hier bleiben.“ „Ja“

b) Alltag/Wohnen

Im Bereich Wohnen lässt sich im Vergleich der zwei Erhebungszeitpunkte nur bei einer Person eine **Veränderung der Wohnsituation** dokumentieren (Auszug aus dem Elternhaus und Umzug ins Ambulant Betreute Wohnen). Bei den vier anderen Befragten blieb die Wohnsituation gleich, wenn es auch in einem Fall den Wunsch zu einer Veränderung gibt.

„Aber wo wohnst Du denn im Moment jetzt? Noch bei Deinen Eltern?“ „Ja **meine Eltern** und mein Bruder“

122 „...Wo wohnst Du?“ „In I.“ „Weißt, wohnst Du alleine oder wo wohnst Du?“ „Mit meinen Eltern“ „Mit deinen Eltern genau. Hat sich da irgendetwas verändert seit dem letzten Interview?“ „Nicht viel“

„...Also Wohnen, ich denk Du wohnst noch bei Deiner Mama, ist das richtig?“ „Bei meinem Papa.“ „Bei Deinem Papa, ok. Da hat sich nichts verändert, das ist immer noch gleich?“ „Ja“ „Ja, und was für Pläne hast Du in Bezug auf Wohnen?“ „Ähm, also ich hatte halt mal vor, **alleine zu wohnen.**“

In einem Fall zog eine Befragungsperson von zu Hause aus. Sowohl für die interviewte Person, als auch für den beteiligten Elternteil wird der Umzug mit positiven Erfahrungen verbunden.

„...beim letzten Mal beim Interview hast Du noch bei deinen Eltern gewohnt und da hast Du ja gesagt, **Du möchtest ausziehen**, weil Du auch im **Trainingswohnen** das **kennen gelernt** hast, das alleine wohnen, also ohne die Eltern. Und jetzt hast du das ermöglicht und bist **mit der E. zusammen** und das ist ja **eine Freundin** von Dir gell?“ „Mhh (zustimmend)“ „Gefällt Dir dass? Dass ihr da so alleine wohnt?“ „Mhh (zustimmend)“

„Wie erleben Sie es, für sich jetzt auch, das abgegeben zu haben, also in Führungszeichen?“ „Also ich finde es auch positiv, sie macht mir auch den Eindruck, wie wenn sie eigentlich **zufrieden** und **glücklich** ist und wenn sie jetzt nach Hause kommt fällt sie mir auch nicht heulend oder irgendwie in den Arm“... „Wenn sie dann kommt, dann legt sie aber Wert darauf, dann nehme ich sie natürlich in Arm und begrüße sie, freue ich mich auch und dann sagt sie oft, gell wir sind eine Familie.“

„...und sie fragt auch, **wann darf** ich wieder in die WG, **nicht muss** in die WG am Wochenende, da vergewissert sie sich immer wieder ob wir sie da hinbringen und wann das dann wäre.“

„...Sie haben schon das Gefühl, dass V. **selbständiger** geworden ist?“ „Auf jeden Fall, also an einem kleinen Beispiel, zum Beispiel jetzt sie kam letzte Woche und dann habe ich auf das Bett die Winterbettwäsche gelegt, die wärmere und dann habe ich gesagt: „Komm V. wir beziehen schnell zusammen das Bett“. Und dann sagt sie „Nein, das mach ich alleine, das mache ich in meiner WG auch.“

Ein **Unterstützungsbedarf** beim selbständigen Wohnen wird von drei Personen beschrieben. Die Selbstwahrnehmung der interviewten Personen ist in dieser Kategorie sehr unterschiedlich ausgeprägt. Eine Person zum Beispiel schätzt sich beispielsweise selbst absolut selbständig ein und sieht keinerlei Unterstützungsbedarf. Hierbei gibt es auch keinen Unterschied bei der ersten und zweiten Befragung, wie die folgenden Interviewpassagen zeigen (T1 und T2):

„...wer sollte Dich denn unterstützen wenn Du jetzt zum Beispiel wirklich allein in einem Zimmer wohnst, soll da jemand kommen und Dir helfen?“ „**Mach ich alles alleine**“ „Alles alleine machen, echt, ok. Aber wenn es bestimmte Dinge gibt, wo Du Hilfe brauchst, wo wendest Du dich dann hin?“ „Wäsche waschen, zum Beispiel bügeln, Zimmer putzen, Einkaufen, Geld umgehen brauchst Du da jemand der Dir hilft?“ „**Ne.**“

„Und würdest Du gerne alleine wohnen, darum frage ich jetzt nochmal nach, dass jemand kommt immer wieder mal und Dich bisschen unterstützt oder?“ „**Mach ich alles selber**“ „Du machst alles ok ja“ „Das hat er letztes Mal auch gesagt“ „Gibt es denn nichts, wo Du Unterstützung brauchst?“ „**Ne**“

123

Zur Frage „Wie möchtest Du mal wohnen? Welche **Wünsche** und **Interessen** hast Du in diesem Bereich?“ werden von allen fünf Befragten Aussagen gemacht. Dabei gab es schon beim ersten Erhebungszeitpunkt feste Vorhaben und konkrete Vorstellungen. Diese Vorstellungen umfassen sowohl den Wunsch nach einer Wohngemeinschaft, alleine zu wohnen sowie bei den Eltern weiterhin leben zu können. Insgesamt überwiegt jedoch das Thema „Wohngemeinschaft“:

„Wie sind da Deine Pläne, wie würdest Du gerne wohnen in Zukunft? Gibt es da, wo Du sagen würdest, genau so möchte ich wohnen? **Weiterhin noch zuhause?**“ „**Ja**“

„Wie möchtest Du gerne leben? Was möchtest du?“ „Ich will gerne wohnen“ „Wo? Und wie? Magst Du mit uns wohnen oder mit anderen oder?“ „Mit meiner Freundin zusammen“ „Aber Du würdest gerne mit deiner Freundin zusammenwohnen in einer Wohngemeinschaft?“ „**Ja, Wohngemeinschaft**“

„Würdest Du gerne alleine wohnen, oder mit anderen Leuten zusammen?“ „**Allein**“ „Echt allein, eigene Wohnung? Warum? Einfach Ruhe haben oder?“ „**Ja**“

„Ein ganz wichtiges Thema bei dem Projekt ist das Thema Wohnen. Wie würdest Du denn später mal leben?“ „Ich würde gerne mit meinem Freund zusammen ziehen“ „Das heißt Du hast einen Freund?“ „Nein hab ich nicht (lacht)“ „Aber wenn Du dann einen hast, willst Du mit ihm zusammen ziehen“ „Ja“ „Wo? In einer eigenen Wohnung?“



„Ja“ „WG oder so, also schon eigene Wohnung“ „Ja, mhh (zustimmend) also ich hab mir jetzt überlegt, wenn ich so auszieh halt oder so dann vielleicht **in eine WG**, aber jetzt nicht in so ein Wohnheim oder so, in eine WG und **später dann mal in eine** „**Eigene Wohnung**“ „Ja genau“
...

Die Aussagen der interviewten Personen zum Zeitpunkt T2 sind noch etwas konkreter und verdeutlichen genauere Vorstellungen. Bei einer Person konnte der in T1 formulierte Wunsch, in einer eigenen WG zu wohnen, bereits umgesetzt werden, drei der Befragten äußern zum zweiten Erhebungszeitpunkt ein Interesse, in eine WG ziehen zu wollen und eine Person könnte sich vorstellen, im elterlichen Haus in einer eigenen Wohnung zu leben. Diese Wünsche werden auch als Ziel von den anwesenden Elternteilen beschrieben. Das selbstständige Wohnen in einer eigenen WG wird aber noch mit Unsicherheiten erlebt.

„Klar Körperpflege...“ „...das sie öfters die Haar wascht, mit dem Eincremen, Hautpflege, so Zähne putzen“ „Das sind noch die Ziele dann?“ „Ja, es ist jetzt, glaub es klappt soweit eigentlich ganz gut, aber ja es ist die Routine, das Zuverlässige, das fehlt noch.“

„Ok dass sie vielleicht wenn es dann kalt ist, dass sie nur eine ganz leichte Jacke anhat, da mit dem Einschätzen von Temperatur, sich anziehen passend.“ „Das ist mit Sicherheit eben aber auch, denke ich ein Lernprozess, weil das ganz lange von Papa und Mama übernommen worden ist und dann von heute auf morgen ist es schwierig. Aber das wäre auch noch so ein Ziel.“

124

Das Trainingswohnen, die Persönliche Zukunftsplanung sowie der Übergang ins Berufsleben werden hierbei auch in direktem Zusammenhang mit diesen Zielen genannt.

„...Also verstehe ich das richtig, dass sich dadurch was verändert hat, **durch das Trainingswohnen?**“ „Ja“ „Hat es Dir denn gefallen?“ „Ja“ „Aber willst Du dann immer noch ausziehen?“ „Ja“ „Ist das so?“ (zustimmend) „Ok, und wie würdest Du gerne wohnen?“ „**In der Stadt unten**“ „Alleine oder in einer WG oder?“ „Allein“ „Vielleicht meinst Du **alleine ein Zimmer** möchtest Du gern haben oder?“ „Ja“ „Aber mit anderen zusammen in einer Wohnung?“ „Ja“ „Gell, so wie es andere auch schon haben“ „So eine Wohngemeinschaft oder so was“ „**Ja, Wohngemeinschaft**“

„...und beim Thema Wohnen, was ist da besprochen worden, gab es da was, also in der Zukunftsplanung?“ „Da ging es einfach darum, dass man sagt, ja **oder sie möchte eigentlich gar nicht wirklich weg** und das wir eben gesagt haben, dass wir eben den Wohnraum für sie ausbauen. ...“

„Ja, also, ich hab mir halt so überlegt, wenn ich in der Ausbildung bin, dass ich dann eben in einer WG wohnen möchte. Weil da kann ich mir ja eh nicht viel mehr leisten.“

Im Bereich Wohnen wird durch die Aussagen der interviewten Personen sehr deutlich, dass entsprechende Zukunftswünsche sowohl mit dem Einüben von Selbständigkeit (etwa durch das Trainingswohnen) als auch mit sozialen Bindungen (z. B. das Zusammenziehen mit Freundinnen und Freunden) einhergehen. Eine große Rolle spielt die Selbständigkeit und die eigene Selbsteinschätzung. Auch braucht es für den Schritt in eine andere Wohnform viel Mut und Vertrauen, sowohl von der

Person selbst als auch von deren Eltern. Durch das Trainingswohnen erhalten vier Personen einen Einblick ins selbständige Wohnen und bislang wagte auch tatsächlich eine Person diesen Schritt.

c) Freizeit

In den Interviews wurde nach den **derzeitigen Aktivitäten und Interessen** in der Freizeit gefragt. Diese Frage wird von allen Befragten beantwortet und es wurde eine Vielzahl an unterschiedlichen Freizeitaktivitäten und Interessen genannt. Zum ersten Erhebungszeitpunkt wurden beispielsweise genannt:

„Und das Reiten?“ „Auch.“ „Ja.“ „**Das ist ihre zweite Heimat**“ „Ja da ist sie häufig“ „Geht sie gerne hin?“ „Ja und gerne, das erzählt sie immer“

„Und so irgendwie Disco, tanzen gehen solche Sachen?“ „**Disco mag ich gerne**“ „Ok und mit wem oder wo?“ „Mit Freunden“

„Was machst Du denn sonst gern?“ „**Ministrieren**“ „Ministrieren?“ „Ja“ „In der Kirche bei euch?“ „Ja“

„**Narrenzunft**“ „Ach so in der Narrenzunft. Jetzt ok, stimmt. Und das ist so ein Fastnachtsverein wahrscheinlich. Ja, ok, ok.“ „Auch schon länger dabei?“ „Ja“

„So Hobbys, hast Du irgendwelche Hobbys?“ „Ja also ich geh immer dienstags in so ein Workshop Poetry-Slam, da dichtet man selber Sachen und Texte und so, ja“

„Wenn Du mal an dich selber denkst, wo du sagst, das hab ich richtig gut gemacht...“ „**Schwimmen**“ „Schwimmen, bist Du gut im Schwimmen?“ „Ja“

„Das heißt du kannst auch **Fahrrad fahren**, in dem Fall“ „Ja“

Einige der Antworten zum ersten Erhebungszeitpunkt wiederholten sich auch zum Zeitpunkt T2, jedoch lassen sich vereinzelt auch weitere (neue) Freizeitinteressen identifizieren.

„Aber neu **dazugekommen ist** eigentlich **der Sport** und der ist jetzt dazugekommen, weil Du da ganz **geschickte Möglichkeiten** hast, **mitzufahren**“ „Mhh (zustimmend)“ „Und gefällt Dir das?“ (zustimmend)

„Also mittwochs gehe ich zum Fußball in W. und dienstags Theatergruppe“ „Und was ist jetzt neu dazu gekommen?“ „Dass ich neu bin im Theater“

„Und Rollerführerschein mache ich auch“

Soziale Kontakte in der Freizeit bestehen bei allen Befragten. Es gibt jedoch unterschiedliche Formen von sozialen Kontakten. Bei zwei Interviewten konzentrieren sich die Kontakte auf den familiären Bereich, bei einer Person spielt die Wohnsituation eine große Rolle, da Freundschaften im Wohnumfeld wegfallen. Eine wichtige Bedeutung haben hier die Eltern, da viele Freizeitaktivitäten nur mit Fahrdiensten und Aufwand umgesetzt werden können.



„Die kennt er halt alle von der **DLRG**, weil er da ja mit schwimmt...“

...Er hat in W. im **Behindertenfußball** eine Gruppe wo er hinget

„Und da wo Du wohnst, hast Du da Freunde, Nachbarskinder oder?“ „Das sind nur zwei Häuser“

„...es ist ein bisschen schwierig natürlich für den M., eben vor Ort hat er jetzt einfach ja keine so speziellen Freunde mehr. Klar, weil er hier an der Schule war und jetzt auch hier morgens um viertel vor sieben in Bus einsteigt und abends um siebzehn Uhr heimkommt und er ist platt, und er hat **Montagabend schwimmen** und **Mittwoch noch Fußball**, da geht auch nicht viel außerhalb natürlich selbst - “ „Frau M., dann muss er nach Ravensburg ziehen“ „Ja wir hatten ja darüber gesprochen, so mit fünf-, sechszwanzig Jahren“ „Mama klammert (lacht)“ „Mama klammert nicht, aber ich will ein gutes Gefühl haben, muss ich ganz ehrlich sagen“

„Das heißt die **Hauptbezugspersonen** sind die **Geschwister** wahrscheinlich oder?“ „Ja in erster Linie ja und **wir als Eltern**“

Eine Person orientiert sich in ihrer Freizeit allerdings sehr nach außen und sucht vielfältige soziale Kontakte, unter anderem in einem örtlichen Jugendhaus.

126

„Und da habe ich auch Freunde gefunden, also außerhalb von meiner Schule. Die wissen auf welcher Schule ich bin und mögen mich trotzdem so wie ich bin.“ „Das ist auch wichtig. Wie lange gehst Du denn schon ins Jugendhaus?“ „Seit drei Jahren.“

Wünsche und Interessen im Freizeitbereich werden von allen fünf interviewten Personen genannt. Diese sind in den meisten Aussagen mit sozialen Kontakten verknüpft oder mit weiteren Freizeitaktivitäten.

„Tanzen gehen“ „Disco gehen“ „Ja so in diese Richtung“ „Auch einen **Tanzkurs** machen?“ „mhh (zustimmend)“

„Du willst nach Mallorca, ja?“ „Ja.“ „Warum? Gibt es da einen bestimmten Grund?“ „Party.“ „Party, jawohl.“

„**Essen und Kino**“ „Das würdest Du gerne öfters machen“ „Kino so **mit einem Freund** oder so das wäre cool, gell?“ „Ja“

„Ähm, ja. Ich würde gerne wo hin gehen, wo **andere Jugendliche** sind, also außer Jugendtreff. Also wo man auch **am Wochenende Sachen unternehmen** kann. Also ich bin wo, aber ich merke, ich fühle mich da nicht so wirklich wohl. In der Lebenshilfe von der Martinusschule, weil, ich weiß nicht, keiner, da ist irgendwie keiner so wie ich, sag ich mal so, **mit selben Interessen** und **mit denen ich mich** halt so **unterhalten kann** und so. „Ok, ok. Aber im Jugendhaus findest Du das so ein Stück weit schon?“ „Ja, schon.“

Der Bereich Freizeit ist für die Befragten sehr wichtig, da hier viele Erfahrungen und Kontakte gemacht werden, die wiederum zur Stärkung des eigenen Selbstbildes beitragen. Gute und verbind-

liche Sozialkontakte machen Mut, stärken das Selbstbewusstsein und tragen zur Lebenszufriedenheit bei. Die Interviewpassagen zeigen, dass bereits vielfältige Freizeitinteressen bestehen, die auch schon vereinzelt im Rahmen des Projekts umgesetzt werden konnten (etwa ein Kinobesuch). In den Interviews zeigen sich jedoch noch weitere Interessen, die im Rahmen von Kooperationen realisiert werden könnten (z. B. mit dem örtlichen Jugendhaus)

Ein Vergleich der zwei Erhebungszeitpunkte zeigt zudem nur wenige Veränderungen. In einem Fall wurde jedoch ein Englischkurs realisiert, der beim ersten Erhebungszeitpunkt noch geplant war:

T1 „Englisch wolltest Du doch lernen“ „Ja“ „Könntest Du dir vorstellen in die Volkshochschule zu gehen, in so Englischkurse?“ „Ja“

T2 „Gut, und jetzt auch noch Volkshochschule, was machst Du da?“ **„Englischkurs“**

d) Selbstbild

Die Auswertung der Interviews verdeutlicht, dass es den befragten jungen Menschen augenscheinlich nicht schwer fiel, konkret auf die Frage zu antworten, was sie an sich selbst mögen:

„Gibt es irgendetwas, was Du an Dir magst? (...) **„Meine Brille.“**

„Wenn es was gäbe, was Du an Dir ändern würdest, **was würdest Du gerne ändern?**“ - **„Zahnspange.“**

127

„Bestimmt, jeder Mensch kann irgendetwas gut. **Kannst Du gut singen und malen?**“ - **„Ja, Musik hören, Memory spielen.“**

„Ich bin **immer glücklich.**“

„Was magst Du denn an Dir selbst?“ - „Dass ich...“ (4sec Pause) - **„Alles“** - Das ist schön oder gibt es irgendetwas, was Du besonders gut kannst?“ - **„Alles“**

„Du kannst zum Beispiel wahnsinnig ordentlich Essen, das findest Du selber auch toll oder? Wenn wir im Lokal sitzen und Du tipptopp mit Messer und Gabel, aber so was von toll isst, da könnten sich die anderen was abschneiden“ - **„Was kann ich noch? Umgang mit Messer kann ich“** - „Sehr gut“ - **„Und dass ich freundlich bin“**

„Was magst Du denn an Dir? Schwierige Frage ich weiß, aber würde mich mal interessieren, also auf was bist Du stolz?“ - **„Dass ich so verantwortungsvoll bin.“** - Gibt es noch was?“ - **„Und dass ich mich so gut entwickelt habe.“**

Ergänzt wird die Beschreibung des Selbstbildes durch charakterisierende Beschreibungen der anderen anwesenden Personen, wobei hier der Fokus darauf lag, die Stärken der jungen Menschen mit Behinderung hervorzuheben. Hierbei sind zwei Schwerpunkte zu beobachten. Einerseits werden die Stärken bei den Charakterzügen beschrieben.

„...und Du **begrüßt auch die anderen**, das ist eine tolle Eigenschaft bei Dir und die **Hilfsbereitschaft**,...“



„Du kannst aber auch ganz toll spüren, wenn es anderen Leuten nicht so gut geht und dann zu den Leuten hingehen und **die Leute trösten und die Leute wieder fröhlich machen.**“ - „mhh (zustimmend) das mach ich, immer Freundin.“

Andererseits werden besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten hervorgehoben.

„...dass Du Deine Ideen in Sprache und das nicht nur jetzt ins Sprechen, sondern auch in schriftlicher Sprache festhalten kannst. Das heißt, Du schreibst, Du schreibst von Deinen Visionen, **Du schreibst von Deiner Phantasie**, Du schreibst von Deinen Gefühlen. Und Du schreibst so, dass ich merke, dass da eine ganz hohe Fähigkeit bei Dir da ist.“

„...er ist so **wahnsinnig ordentlich**, so immer gleich Hände waschen und umziehen, wenn was dreckig ist.“ - „Ja, ordentlich und hygienisch.“ - „Aber nicht unangenehm, also weil Sie das jetzt mit wahnsinnig beschrieben haben, also ich finde das positiv.“

„...wo es einfach mal darum geht, dass dieser pflegerische Anteil bei den noch kleineren Kindern einfach (...), dass Du das ganz schön machst, ganz liebevoll machst, **dass Du mit den Kleinen sehr gut umgehst.**“

128

Bei der Beschreibung des Selbstbildes zeigte sich in den Interviews, dass die jungen Menschen mit Behinderung durchaus in der Lage sind, persönliche Stärken (und auch Schwächen) zu benennen, auch wenn dies teilweise durch anwesende Personen unterstützt wurde. Insofern bestätigen die Interviews „Forschungsergebnisse (...) zum Selbstkonzept Erwachsener mit einer geistigen Behinderung (...), dass grundsätzlich von einer fundamentalen und gut ausgeprägten ‚Ich-Kompetenz‘ bei Erwachsenen mit geistiger Behinderung auszugehen ist“ (Schuppener 2005, S. 282).

Da die Orientierung an persönlichen Stärken ein wichtiger Ausgangspunkt für Empowermentprozesse ist, sollte die Auseinandersetzung mit dem Thema „Selbstbild“ im präventiven Fallmanagement noch stärker forciert werden. Im Sinne einer personenorientierten Planung sind entsprechende didaktische Vorhaben im Projekt noch (weiter) zu entwickeln, da die Stärkung von Selbstkonzept und Selbstbewusstsein eine hohe Relevanz für die Themen Ausbildung, Arbeit, Wohnen und Freizeit haben. Eine Orientierung hierfür bietet das Konzept der persönlichen Zukunftsplanung.

e) Bewertung der Projektangebote

Im Rahmen des Projektes wurden vier unterschiedliche Angebote gemacht, an denen die jungen Menschen mit Behinderung teilnehmen konnten. Im Folgenden werden die Ergebnisse aus den Intensivfallstudien zu den drei Projektangeboten Trainingswohnen, Kochkurs und Kino näher dargestellt. Das Angebot der persönlichen Zukunftsplanung wurde bereits in Kap. 4.4.1 diskutiert und wurde auch lediglich mit insgesamt zwei jungen Menschen während der Projektlaufzeit durchgeführt.

Trainingswohnen

Alle fünf interviewten jungen Menschen mit Behinderung nahmen am Angebot des Trainingswohnens teil. Die Frage, ob ihnen das Angebot gefallen habe, konnten alle bejahen. Einschränkend muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass dies zu einem großen Teil auch an den begleitenden Angeboten lag, die im Rahmen des Trainingswohnens gemacht wurden.

„Und wie war denn das, nach dem Trainingswohnen?“ - „Schön“ (...) „Also ich kann mich erinnern, in der Woche, **wo sie ins Kino gegangen sind, das hat ihm ganz gut gefallen**, das hast Du mir gleich erzählt und **natürlich abends wart ihr dann mal Wurstsalat essen**, also das sind die zwei Sachen gewesen, wo er gleich erzählt hat.“

„Ja, was ihm gut gefallen hat war einfach fortgehen abends, mal wo hinfahren, mal ins Kino gehen...“

„...bei Trainingswohnen da hat mir noch gefallen, dass wir **zum Pizza essen gegangen sind**.“

Diese Einschränkung, das heißt der „Eventcharakter“ des Trainingswohnens, ist ein wichtiges Element im Hinblick auf eine kritische Sicht auf das Angebot, denn es gab genau hierzu auch direkte kritische Rückmeldung, sowohl von einem jungen Menschen als auch von Angehörigen.

„Also, **wenn ich ehrlich bin, fand ich, das hat nicht wirklich viel gebracht**.“ - „OK, warum?“ - Weil, **wir sonst gar nicht gelernt haben, selbständiger zu sein**, weil wir immer betreut worden sind, viel unternommen haben und sehr wenig um Haushalt gekümmert haben, denke ich so, da ist es ja so wie wenn man daheim alleine wohnt. Also weniger selbständig.“ (...) „Das heißt, mehr Freizeit?“ - „Ja, genau. Und dass man halt eben nicht wenn man alleine wohnt. Weil man ja zuständig für alles ist.“

„...also ich hätte jetzt, ihm hat es jetzt nichts ausgemacht, aber ich denke zu zweit im Zimmer, **das war so ein bisschen wie Schulausflug**, das wäre sicherlich noch idealer gewesen, es hätte jeder so sein Zimmer, macht seine Tür zu und ist doch mal so ganz für sich wenn es doch so eine ganze Woche ist, dass man da nicht abends mit jemand noch so zusammen ist. Ich denke es ist **natürlich nicht zu vergleichen mit einem Alltag** dann mal, weil man ja einfach immer diese besonderen Aktionen macht, sie dürfen sich was aussuchen, das hat das Ganze natürlich brutal aufgewertet, das war schon Urlaubsfeeling würde ich jetzt einfach sagen, ...“

129

Augenscheinlich hat das Angebot (noch) zu wenig Bezug zur Realität des selbständigen Wohnens. Auch wenn es sicher schwierig ist, für einen inhomogenen Personenkreis ein Gruppenangebot zu konzipieren, das allen Bedürfnissen gerecht wird, sollte die Kritik ernst genommen werden. Für die weitere Ausgestaltung dieses Angebotes ist daher zu überlegen, den teilnehmenden jungen Menschen mehr Alltagserfahrungen zu ermöglichen. Eine Überbetonung von Spaß und Erlebnissen sowie eine „Rund-um-Vollversorgung“ wirken hier eher kontraproduktiv.

Kochen und Kino

Die beiden Angebote Kochen und Kinobesuch lassen sich dahingehend zusammenfassen dass beide positiv in Erinnerung geblieben sind.

„Hat Dir das gefallen? Fandst Du das anstrengend? Hat es geschmeckt?“ - „**Mir hat es geschmeckt**.“

„Und wie war das im Kino und wie war das?“ - „**Gut**.“



Auch in anderen Interviews werden beide Angebote als angenehm und bereichernd beschrieben. Allerdings überwiegen auch hier die Elemente „Spaß“ und „Geselligkeit“. Eine Bezugnahme auf die hintergründigen Ziele des Einübens von Selbständigkeit ist in keinerlei Hinsicht zu erkennen. Insgesamt besteht eher der Eindruck, dass die Angebote lediglich als „nette“ Ergänzung zu den üblichen Freizeitangeboten verstanden werden. Daher wird – was die beiden Angebote Kochen und Kino betrifft – ebenfalls empfohlen, sowohl Sinn und Zweck als auch den Gedanken des „Kompetenzerwerbs“ mehr zu stärken.

Darüber hinaus ist ein kritischer Blick auf das Kinoangebot angebracht, da es im Grunde nicht den Zweck einer Unterstützung sozialräumlicher Inklusionsprozesse erfüllt. Sicher kann der Besuch eines Kinos als Möglichkeit der Teilnahme an Freizeitangeboten in einem Sozialraum verstanden werden. Allerdings geht es hierbei nur um eine räumliche Teilnahme, denn der Sache nach eignet sich ein Kinobesuch nur wenig, um mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen. Insgesamt trägt der Kinausflug daher eher den Charakter eines „exklusiven“ Gruppenfreizeitangebots. Statt auf sozialräumliche Teilhabe zu setzen, steht hier lediglich der Spaß im Vordergrund, dies zeigen auch die Auswertungen der Elternbefragung.

Zusammenfassend lässt sich für alle drei Angebote sagen, dass die interviewten jungen Menschen den Angeboten zwar positiv gegenüberstehen, ein Bezug zum Thema Verselbständigung und/oder sozialräumlicher Inklusion jedoch nicht hergestellt wird. Eine entsprechende didaktische und methodische Reflexion ist hier von Nöten.

130

Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Im Folgenden werden die zentralen Erkenntnisse nochmals bezogen auf die Projektziele und -inhalte zusammengefasst und bewertet. Die Projektbewertung wird dabei entlang der in Kapitel 1 beschriebenen forschungsleitenden Perspektiven Personen- und Sozialraumorientierung vorgenommen. Abschließend erfolgen noch eine kurze Bewertung der im Rahmen des Projekts erprobten Angebote sowie daraus resultierende Empfehlungen.

Personenzentrierte Unterstützungsplanung

Im Zentrum einer personenzentrierten Vorgehensweise stehen die Bedürfnisse, individuellen Interessen, aber auch die Stärken des jeweiligen Menschen sowie die Ressourcen im unmittelbaren oder auch im fernen Umfeld. Im Sinne von Empowerment sollte eine personenzentrierte Planung auf die Aktivierung dieser Stärken und Ressourcen setzen.

Ein präventives Fallmanagement, wie es in Ravensburg erprobt wurde, muss diesen Prämissen entsprechen. Aus diesem Grunde gilt es, sowohl Strukturen als auch Methoden zu entwickeln, die bereits frühzeitig auf die Aktivierung solcher Empowermentprozesse setzen. Ein entsprechendes Instrumentarium stellen Konzepte der persönlichen Zukunftsplanung dar, weil sie es ermöglichen, die zukünftige Gestaltung der Lebenswelt von der Person und ihren Bedürfnissen und Ressourcen aus zu denken.

Auch wenn die Durchführung einer solchen persönlichen Zukunftsplanung im Rahmen des Ravensburger Projekts vielfach kritisch wahrgenommen wurde, sollten Elemente und Inhalte dieser Vorgehensweise in einem umfassenden Konzept berücksichtigt werden. Insgesamt wird daher empfoh-

len, personenzentrierte Planungsprozesse sowohl a) möglichst frühzeitig zu beginnen, als auch b) in bestehende Strukturen (z. B. in Form einer Lebenswegekonferenz in der Schule) einzubinden.

Frühzeitiger Beginn des Fallmanagementprozesses

Sowohl in der quantitativen Befragung der Schülerinnen und Schüler der Martinusschule bzw. der jungen Werkstattbeschäftigten der OWB als auch in den vertiefenden Fallanalysen wird deutlich, dass die jungen Menschen Wünsche und Perspektiven äußern, die sich zum Teil nicht mit den klassischen Angeboten der Behindertenhilfe decken. Dieser Befund hat zwei Seiten: Zum einen ist es der Sache nach notwendig, entsprechende Lösungen gemeinsam mit den jungen Menschen zu suchen (und dabei auch realistische Möglichkeiten aufzuzeigen), zum anderen müssen aber auch frühzeitig Weichen gestellt werden, ein selbständiges Leben mit Unterstützung realisieren zu können, auch außerhalb von Institutionen der Behindertenhilfe.

Grundsätzlich zeigt sich in den Analysen zudem ein Phänomen der „Gewöhnung“ im Hinblick auf ein Leben in Institutionen. Schlagen junge Menschen mit Behinderung nach ihrer Schulzeit einen „institutionalisierten“ Lebensweg, beispielsweise in einer WfbM, ein, dann orientieren sich die zukünftigen Vorstellungen auch stark an den Angebotsstrukturen des jeweiligen Behindertenhilfeträgers. Auch aus diesem Grund ist es folgerichtig, ein präventives Fallmanagement bereits am Ende der Schulzeit zu installieren.

Einbezug/Weiterentwicklung von Elementen/Methoden der persönlichen Zukunftsplanung im Rahmen des präventiven Fallmanagements (z. B. in Form von Lebenswegekonferenzen)

131

Generell eignet sich die persönliche Zukunftsplanung für die Entwicklung eines positiven Selbstbildes und für das Kennenlernen der eigenen Stärken. Im Rahmen des Projektes wurde die persönliche Zukunftsplanung mit zwei jungen Menschen durchgeführt. Diese Methode eignet sich im Grundsatz sehr gut, um gemeinsam mit den jungen Menschen Zukunftsperspektiven zu entwickeln und Bereiche zu identifizieren, die bei der Zielerreichung bedacht bzw. umgesetzt werden müssen. Deutlich wurde bei der Erprobung im Projektzeitraum jedoch auch, dass der Einsatz der Methode einer Moderation bedarf, die die Selbstbestimmung des jungen Menschen im Blick hat, da die Zukunftsplanung sonst Gefahr läuft, dass mehr über den jungen Menschen gesprochen wird als mit ihm. Persönliche Zukunftsplanung ist hierbei als kontinuierlicher Prozess zu verstehen.

Als Desiderat der Aktivitäten im Projektzeitraum kann hier die Entwicklung der Idee der **Lebenswegekonferenz** angesehen werden, die in Form eines ganzheitlichen Konzepts - in Anlehnung an die Berufswegekonferenz - junge Menschen mit Behinderung begleiten und unterstützen soll. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt wird es dadurch möglich, auf allen wichtigen Ebenen einer selbständigen Lebensführung (Wohnen, Arbeit, Freizeit) eigene Pläne zu entwickeln und umzusetzen. Eine solche Lebenswegekonferenz kann bereits in der Schulzeit angeboten werden.

Sozialraumorientierung

Die Darstellungen in Kapitel 1 verdeutlichen, dass sozialräumliche Inklusionsbemühungen in der Behindertenhilfe im Grunde auf die Vermittlungs- und Begleitungsaktivitäten der Fachkräfte angewiesen sind. Damit rückt nicht nur die zu unterstützende Person in den Fokus der (pädagogischen) Be-



mühungen, sondern gleichermaßen auch die Strukturen und Angebote im jeweiligen Sozialraum. Fachkräfte der Behindertenhilfe fungieren als Brückenbauer und erschließen Möglichkeiten sozial-räumlicher Teilhabe.

Ein kritischer Blick auf das Ravensburger Projekt zeigt jedoch, dass solche Bemühungen eigentlich kaum realisiert wurden. Die im Rahmen des Projekts erprobten Angebote konnten einer solchen sozial-räumlichen Aufgabe im Grunde nicht gerecht werden. Zwar kann der Besuch eines Kinos als Teilnahme an Freizeitangeboten im Sozialraum verstanden werden. Es handelt sich hierbei jedoch lediglich um einen Ausflug einer Gruppe junger Menschen mit Behinderung und damit um ein eher „exklusives“ Angebot. Darüber hinaus sollte kritisch bedacht werden, inwiefern ein Kino ein geeignetes Setting ist, um mit anderen Menschen in Kontakt (bzw. ins Gespräch zu kommen). Erfahrungsgemäß schaut man sich in einem Kino gemeinsam einen Film an und verlässt dann sofort das Setting, wenn der Film zu Ende ist.

Wünschenswert wären daher stärkere Bemühungen, um Ressourcen, Freizeit- und Begegnungsmöglichkeiten sowie sinnstiftende Betätigungsoptionen für junge Menschen mit Behinderung zu erschließen. Die Sozialraumanalyse in der Stadt Ravensburg ist hierzu ein wichtiger Anfang. Professionelle aus der Behindertenhilfe sind nun aufgefordert, die dringend benötigten Brücken noch zu bauen und gegebenenfalls junge Menschen in Regelstrukturen zu vermitteln und zu begleiten.

132

Damit ein Leben „mitten in der Gemeinde“ gelingen kann, ist es notwendig, Dienstleister, Einrichtungen oder Freizeitakteure außerhalb der Behindertenhilfe dafür zu gewinnen, dass diese ihre Angebote für Menschen mit Behinderung öffnen. Hier sollten zwei Aspekte in den Fokus genommen werden: Einerseits die Sensibilisierung und Unterstützung der Akteure im Sozialraum für die Belange von Menschen mit Behinderung, andererseits die Förderung von Selbstbewusstsein und sozialen Kompetenzen der jungen Menschen mit Behinderung, so dass diese Sicherheit im Umgang mit anderen Mitmenschen erlangen können und damit ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von Sonderinstitutionen möglich wird. Teilhabemöglichkeiten und Anerkennung außerhalb von Institutionen der Behindertenhilfe können die jungen Menschen mit Behinderung vor allem dann erlangen, wenn die Begegnungen im Sozialraum alltäglich werden und wenn „...ein Passungsverhältnis zwischen Einzigartigkeit/Individualität und sozialer Akzeptanz“ (Langner 2011, S.35) hergestellt werden kann.

Abschließende Empfehlungen zu den evaluierten Angeboten

Während des Projektes wurden unterschiedliche flankierende Angebote erprobt, die zum Ziel hatten, die Selbständigkeit und soziale Teilhabe der jungen Menschen mit Behinderung zu fördern. Auch wenn die jungen Menschen augenscheinlich mit den Angeboten relativ zufrieden waren, bleibt fraglich, ob diese Angebote ihren Sinn erfüllt haben. Folgende Empfehlungen können hierzu zusammengefasst werden.

Eine stärkere Orientierung an Empowerment und Kompetenzerwerb

Bei der (Weiter-) Entwicklung der bestehenden Angebote sollte noch mehr auf sowohl die Orientierung an Stärken als auch die Erschließung und Mobilisierung von Ressourcen geachtet werden. Die bisher dokumentierten Erfahrungen, insbesondere mit den Angeboten Trainingswohnen, Kochkurs,

Kinoabend setzen aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung noch zu wenig auf Empowerment und Kompetenzerwerb. Stattdessen tragen sie eher den Charakter eines Freizeitangebots, was sich sowohl in den Bewertungen der Eltern als auch in der subjektiven Empfindung der befragten jungen Menschen zeigt.

Das Selbstbild und reale Selbsterfahrungen sollten mehr in den Fokus gerückt werden

In Anlehnung an den Empowermentgedanken sind die persönlichen Stärken ein wichtiger Ausgangspunkt. Didaktisch gilt es hierzu, das Thema „Selbstbild“ und „Stärken“ noch stärker in den Fokus zu rücken. Augenscheinlich setzen die bisher erprobten Angebote noch zu sehr auf einen Eventcharakter. Pädagogisch wertvoll sind jedoch insbesondere Selbsterfahrungen in den entsprechenden Settings. Den jungen Menschen sind daher insbesondere Alltagserfahrungen zu ermöglichen, die natürlich mit Spaß in Verbindung stehen können. Jedoch sollte der Spaß nicht im Vordergrund stehen. Dies gelingt nur, wenn die Angebote als ein tatsächliches Erproben von Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Verantwortungsübernahme wahrgenommen werden.



Tabellenverzeichnis

	Tabelle 1: Institutionelle Hilfeplanung versus Persönliche Zukunftsplanung (Quelle: Doose 2011)	80
	Tabelle 2: Übersicht über die einzelnen Forschungsmodule und einzelnen Erhebungsverfahren	85
	Tabelle 3: Schulentlassungsjahr (nur Schülerinnen/Schüler der Martinusschule; n=30)	87
	Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Wohnsituation im Elternhaus (N=63, Angaben in %)	88
	Tabelle 5: Beschäftigungssituation (Mehrfachantworten möglich)	89
	Tabelle 6: Gründe der Zufriedenheit mit Beschäftigungssituation (Mehrfachantworten)	90
	Tabelle 7: Aktuelle Freizeitsituation (Mehrfachantworten möglich)	91
	Tabelle 8: Gründe der Zufriedenheit mit Freizeitsituation (Mehrfachantworten möglich)	92
134	Tabelle 9: Zukünftige Wohnform (Mehrfachantworten möglich)	93
	Tabelle 10: Wünsche an zukünftige Wohnsituation (Mehrfachantworten möglich)	94
	Tabelle 11: Berufswünsche (Mehrfachantworten möglich)	95
	Tabelle 12: Veränderungswunsch bei der aktuellen Beschäftigungssituation	96
	Tabelle 13: Veränderungswünsche zur Beschäftigungssituation (Mehrfach- antworten möglich)	97
	Tabelle 14: Zukünftige Freizeitgestaltung (Mehrfachantworten möglich)	99
	Tabelle 15: Rahmen der Freizeitgestaltung (Mehrfachantworten möglich)	99
	Tabelle 16: Angabe der Zielgruppen, für die die Angebote gedacht sind (Mehrfachantworten möglich)	103
	Tabelle 17: Angaben über die in der Einrichtung vorgehaltenen Angebote (Mehrfachantworten möglich)	103
	Tabelle 18: Teilnahme von Menschen mit Behinderung	104
	Tabelle 19: Verteilung Menschen mit Behinderung auf die verschiedenen Angebote	104
	Tabelle 20: Verteilung Menschen mit Behinderung auf die Altersstruktur der Zielgruppen	105
	Tabelle 21: In den Angeboten vertretene Behinderungsformen	106
	Tabelle 22: Ausbau weiterer Angebote für Menschen mit Behinderung im Vergleich zur bisherigen Teilnahme von Menschen mit Behinderung	109

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ein Modell für das erweiterte Aufgabenspektrum von Professionellen und Einrichtungen der Behindertenhilfe (eigene Darstellung, vgl. Meyer 2014, S.36)	82	
Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Wohnsituation im Elternhaus (N=63, Angaben in %)	87	
Abbildung 3: Zufriedenheit mit der Beschäftigungssituation (N=62; Angaben in %)	90	
Abbildung 4: Zufriedenheit mit der Freizeitsituation (N=58, Angaben in %)	92	
Abbildung 5: Unterstützerinnen und Unterstützer beim Thema Wohnen (Mehrfachantworten möglich) (Ngesamt=35; NSchüler/innen=19; NWerkstattbeschäftigte=16)	94	
Abbildung 6: Unterstützerinnen und Unterstützer beim Thema Beruf (Mehrfachantworten möglich) (Ngesamt=29; NSchüler/innen=20; NWerkstattbeschäftigte=9)	98	
Abbildung 7: Unterstützerinnen und Unterstützer im Freizeitbereich (Ngesamt=28; NSchülerInnen=18; NWerkstattbeschäftigte=10)	101	
Abbildung 8: an der Befragung beteiligte Einrichtungen (Angaben in Prozent)	102	135
Abbildung 9: Zusammenhang zwischen Bewerbung der Angebote und Teilnahme von Menschen mit Behinderung an den Angeboten	106	
Abbildung 10: Übersicht über die abgebauten Barrieren in der Einrichtung	107	
Abbildung 11: Übersicht über die Art der Angebote	108	
Abbildung 12: Planung weiterer Angebote, die von Menschen mit Behinderung genutzt werden können.	108	
Abbildung 13: Zufriedenheit mit dem Angebot „Trainingswohnen“ (n=24)	113	
Abbildung 14: Zufriedenheit mit dem Angebot „Kochkurs“ (n=10)	114	
Abbildung 15: Zufriedenheit mit dem Angebot „Kino“ (n=13)	114	
Abbildung 16: Zufriedenheit mit dem Angebot „Persönliche Zukunftsplanung“ (n=2)	115	
Abbildung 17: Zufriedenheit mit den Angeboten im Vergleich (n=49)	115	

Literaturverzeichnis

Aselmeier, L. (2008): Community Care und Menschen mit geistiger Behinderung. Gemeinwesenorientierte Unterstützung in England, Schweden und Deutschland. VS Verlag, Wiesbaden.

Aselmeier, L. (2009): Gemeinwesenorientierung in England, Schweden und Deutschland. Community Care als Ansatz für eine Neuausrichtung in der Behindertenhilfe? In: *Teilhabe. Die Fachzeitschrift der Lebenshilfe*, 48 Jg., Heft 3, S. 116 - 122.

Berger, P.L./Luckmann, T. (2009): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie (22. Auflage). Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M.

Boban, I./Hinz, A. (1999): Persönliche Zukunftskonferenzen. Unterstützung für individuelle Lebenswege. In: *Behinderte in Familie, Schule und Gesellschaft*, 22 (4/4), S. 13 - 22.

Doose, Stefan (2011): "I want my dream!" Persönliche Zukunftsplanung. Neue Perspektiven und Methoden einer individuellen Hilfeplanung mit Menschen mit Behinderungen. Onlinepublikation unter: <http://bidok.uibk.ac.at/library/doose-zukunftsplanung.html#idp7977232>. Stand: 2016-02-29

Herriger, Norbert (2006): Empowerment in der sozialen Arbeit. Eine Einführung (3., erweiterte und aktualisierte Ausgabe). Kohlhammer Verlag, Stuttgart.

Hinz, A./Kruschel, R. (2013): Bürgerzentrierte Planungsprozesse in Unterstützernetzen. Praxishandbuch Zukunftsfeste. Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. (BVKM), Düsseldorf.

Kastl, J.M. (2007): Einleitung. In: Cloerkes, G./Kastl, J.M. (Hrsg.): *Leben und Arbeiten unter erschwerten Bedingungen. Menschen mit Behinderung im Netz der Institutionen (Materialien zur Soziologie der Behinderten, Bd 3)*. Universitätsverlag Winter, Heidelberg, S. 7 - 14.

Langner, A. (2011): Behindertwerden, Geschlecht und Identitätsarbeit. In: Mürner, Christian/Sierck, Udo (Hrsg.): *Behinderte Identität? AG SPAK Bücher*, Neu-Ulm, S. 34 - 53.

Meyer, T. (2014): Informelle Bildung im Sozialraum – Überlegungen zur Notwendigkeit einer Perspektivenerweiterung in der Inklusionsdebatte. In: *Pädagogische Impulse. Zeitschrift des Verbands Sonderpädagogik Baden-Württemberg (vds)* 47, H. 1, S. 21 – 51.

Niediek, I. (2010): Über die Herausforderung, Person und Sozialraum gleichzeitig zu denken. In: Stein, A-D./Krach, S./Niediek, I. (Hrsg.): *Integration und Inklusion auf dem Weg ins Gemeinwesen. Möglichkeitsräume und Perspektiven*. Klinkhardt, Bad Heilbrunn, S. 89 - 96.

Schuppener, S. (2005): Inklusive Voraussetzungen für eine Förderung lebenspraktischer Kompetenzen von Menschen mit einer geistigen Behinderung. In: *Bundesvereinigung Lebenshilfe: Geistige Behinderung* 4/05, 44. Jg., S. 275 - 285.

Seifert, M./Steffens, B. (2009): Das Gemeinwesen mitdenken. Die Inklusionsdebatte an der Schnittstelle zwischen Behindertenhilfe und Sozialer Arbeit. In: *Teilhabe. Die Fachzeitschrift der Lebenshilfe*, 48 Jg., Heft 1, S. 11 - 17.

Seifert, M. (2010): Das Gemeinwesen mitdenken – Herausforderungen für die Behindertenhilfe. In: Stein, A-D./Krach, S./Niediek, I. (Hrsg.): *Integration und Inklusion auf dem Weg ins Gemeinwesen. Möglichkeitsräume und Perspektiven*. Klinkhardt, Bad Heilbrunn, S. 32 - 50.

Theunissen, G. (2009): *Empowerment und Inklusion behinderter Menschen. Eine Einführung in Heilpädagogik und Soziale Arbeit* (2. Auflage). Lambertus Verlag, Freiburg i. Br.

Theunissen, G. (2012): *Lebensweltbezogene Behindertenarbeit. Eine Einführung in die Praxis*. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, Freiburg i. Br.



Erfahrungsbericht des Landkreises Ravensburg

„Empowerment für Menschen mit geistiger Behinderung“ Projekt für das Fallmanagement der Eingliederungshilfe mit präventivem Ansatz²⁴

1. Landkreisfakten

Im Landkreis Ravensburg bieten insgesamt sechs Träger der Behindertenhilfe mit Leistungsvereinbarungen zur Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung sehr ausdifferenzierte Angebote in den Lebensfeldern Wohnen, Arbeit und Freizeit an. Durch die Spezialisierung einiger Träger und die Exklusivität bestimmter einzelner Angebote werden in den insgesamt elf Werkstätten und 23 Wohnheimen dieser Träger neben den Landkreisbewohnern eine hohe Zahl landkreisfremder Personen versorgt. Die Landkreisverwaltung ist darauf bedacht, vorrangig die Versorgung der aus dem Landkreis stammenden Menschen vor Ort selbst sicherzustellen.

Zum 31.12.2014 wurden in Kostenträgerschaft des Landkreises Ravensburg 815 Menschen mit Behinderung im stationären Wohnen betreut. Die Bruttoaufwendungen im stationären Wohnen betrugen 26,77 Mio. Euro.

Zum gleichen Stichtag waren in Kostenträgerschaft des Landkreises Ravensburg 1.074 Menschen mit Behinderung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) tätig. Davon lebten 511 Personen, also knapp die Hälfte, zu Hause. Von diesen 511 Personen werden ca. 230 Personen der Gruppe der Menschen mit geistiger Behinderung zugeordnet.

Bei knapp einem Viertel aller Beschäftigten der WfbM's handelt es sich somit um Menschen mit einer geistigen Behinderung, die in der Regel zu Hause bei den Eltern leben.

Der Landkreis Ravensburg hatte im Jahr 2014 für die Personengruppe in WfbM's Bruttoaufwendungen in Höhe von 17,09 Mio. Euro.

2. Projektstart und Rahmenbedingungen

Im Rahmen der konzeptionellen Neuausrichtung des Fallmanagements im Landkreis Ravensburg entstand die Idee eines frühzeitigen, präventiv wirksamen Fallmanagements.

Bisher wird das sozialpädagogische Fallmanagement erst mit der Antragstellung auf Leistungen der Eingliederungshilfe aktiviert. Tatsache ist, dass familiäre Problemlagen beim Leistungsträger oft erst bekannt werden, wenn das Familiensystem bereits an seine Grenzen gekommen ist und alternative Lösungen außerhalb der familiären Betreuung gesucht werden. Notwendige Beratungen zu neuen Wohnformen und Maßnahmen sind zum Zeitpunkt der Antragstellung erfahrungsgemäß durch die Leistungserbringer der Behindertenhilfe vor Ort bereits erfolgt und Handlungsalternativen im Vorfeld bereits abgeklärt.

²⁴ Zu Gunsten der erleichterten Lesbarkeit wurden im Text die geschlechterspezifischen Feinheiten vernachlässigt, aber dennoch sind Männer wie Frauen gemeint.

Im Ergebnis verweisen die Leistungserbringer im Rahmen dieser Beratung in der Regel auf ihre eigenen Angebote. Erfolgt der Auszug vom Elternhaus ohne die frühzeitige Beteiligung des Leistungsträgers, wird es für den Leistungsträger schwierig, seine Aspekte und Ansichten bei der Entscheidung miteinzubringen.

Durch das vom Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) verabschiedete Förderprogramm „Neue Bausteine in der Behindertenhilfe 2014/2015“ ergab sich für den Landkreis Ravensburg die Möglichkeit, präventive Wege zu gehen und Neues zu erproben.

Das Ziel des Landkreises Ravensburg war im Rahmen des Projektes „Empowerment für Menschen mit geistiger Behinderung“:

- Erkenntnisse über den Erhalt und die Stärkung familiärer Strukturen zu gewinnen
- Potentiale und praktische Kompetenzen in der selbständigen Lebensführung von Menschen mit Behinderung zu stärken
- Kenntnisse über Betreuungsnetzwerke im Sinne einer sozialräumlichen Inklusion im Sozialraum Stadt Ravensburg zu erhalten.

Mit diesen Erkenntnissen soll ein frühzeitiger, präventiv wirksamer Einsatz des Fallmanagements angestrebt werden, der Menschen mit Behinderung, die Angehörigen und Bezugspersonen durch Beratung, Information und Planung dazu befähigen soll, rechtzeitig individuelle, inklusive und dadurch weniger (kosten-) intensive Formen der Betreuung für sich nutzbar zu machen.

139

Die Zielgruppen des Projektes waren Menschen mit einer geistigen Behinderung, die zu Hause leben und entweder eine Werkstatt oder die Berufsschulstufe der öffentlichen Sonderschule G des Landkreises besuchen. Bei diesen beiden Personengruppen stellen sich im besonderen Maße die Fragen der perspektivischen Lebensgestaltung in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Freizeit. Es wird ebenso vermutet, dass bei diesen Personengruppen im Hinblick auf den präventiven Ansatz des Projektes, das größte Entwicklungs- und Handlungspotential liegt.

Als Projektpartner konnten die Oberschwäbischen Werkstätten gem. GmbH (OWB) und die Martinusschule Ravensburg gewonnen werden.

Die OWB ist seit 1971 als regionaler Leistungserbringer in Ravensburg tätig und verfügt über ein sehr ausdifferenziertes Leistungsangebot in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Freizeit und Bildung mit Schwerpunkt auf ambulante Versorgung und regionale Ausrichtung.

Die Martinusschule ist eine kreiseigene Schule, welche für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung aus dem Landkreis zuständig ist.

Die Zielsetzungen der Projektpartner waren, durch das Projekt die Bereiche „Schule/Arbeit – Freizeit – Wohnen“ noch besser zu verknüpfen und den Übergang „Schule -Beruf“ / „Arbeit- Wohnen“ aktiv zu gestalten. Die Selbstständigkeit der Projektteilnehmer sollte in den Bereichen „Wohnen, Arbeit, Freizeit und Zukunftsplanung“ gefördert und dadurch neue Erfahrungen und individuelle Kompetenzerweiterungen ermöglicht werden. Die Reflexion über die persönlichen Bedürfnisse, Wünsche und Ziele bezüglich der eigenen Zukunftsvorstellungen sollte bei den Projektteilnehmern und deren Angehörigen angeregt und erste Ablöseprozesse begonnen werden.



Das Projekt wurde als geeignete Möglichkeit zum einen für die Beschäftigten der Werkstatt, ihre Vorstellung von Verselbständigung zu erproben und zum anderen für die Schule, den Unterricht im Hinblick auf lebenspraktische Fähigkeiten auf vielfältige Weise zu ergänzen, gesehen.

Die Projektlaufzeit mit dem KVJS umfasste zwei Jahre, von Oktober 2013 bis Oktober 2015. Der Sozialausschuss des Landkreises Ravensburg verlängerte dann im November 2015 das Projekt bis zum 31.12.2015, um bereits begonnene Teilprojekte fortführen zu können.

Von Seiten des Landkreises Ravensburg wurden für das Projekt Eigenmittel in Höhe von 90.000 € bereitgestellt.

3. Projektdurchführung

3.1 Projektausstattung

Von Seiten des Landratsamtes wurde ein Stellenanteil von 0,5 Stellen im Rahmen des bestehenden Stellenplans im Fallmanagement der Eingliederungshilfe für die Projektarbeit eingebracht. Neben den Stellenanteilen hat der Landkreis für das Jahr 2014 Eigenmittel in Höhe von 30.000 € und für das Jahr 2015 Eigenmittel in Höhe von 60.000 € für das Projekt bereitgestellt. Der Zuschuss des KVJS im Rahmen der neuen Bausteine betrug 20.000 €. Trotz zahlreicher einzelner Wochen des Probe-wohnens und der dafür angefallenen Miet- sowie Personalkosten waren die Ausgaben im Rahmen des Projekts moderat. Der Landkreis hat von den eingeplanten Mitteln einschließlich des Zuschusses des KVJS ca. 40.000 € verbraucht. Davon entfielen etwas mehr als 50 % auf Personalkosten, die restlichen Ausgaben fielen für Sachkosten wie Miete und sonstige Ausgaben an.

Von Seiten der OWB wurde eine Mitarbeiterin mit 20% Stellenanteil für das Projekt freigestellt. Durch ihre langjährige Tätigkeit innerhalb der OWB und bisherigen, intensiven Zusammenarbeit mit der Martinusschule war sie den Projektteilnehmern und deren Angehörigen schon vor Beginn des Projektes vertraut.

3.2 Projektverlauf

Zu Beginn des Projektes im Oktober 2013 wurde die Bedarfslage mit der Zielsetzung analysiert, wo und wie die Versorgungslandschaft optimiert werden kann. Hierbei wurden Eltern und Angehörige zu deren Bedarfen befragt und in zwei Veranstaltungen (Schule und Werkstatt) über das Projekt informiert.

Im Zuge der verschiedenen Projektpräsentationen wurde durch Angehörige und Eltern häufig die Frage gestellt, was sich für den Einzelnen verändert, wenn sich die Lebenssituation durch den Auszug von zu Hause wandelt. Eine ursprünglich geplante Informationsveranstaltung zum Thema Sozialhilferecht fand trotz Angebot nicht statt, da die Betroffenen etwaige sozialhilferechtliche Fragen lieber direkt mit dem zuständigen Sachbearbeiter des Leistungsträgers klären wollten.

Im nächsten Schritt erfolgte eine Bestandsaufnahme von Interessen, Wünschen und Erwartungen der ausgewählten Zielgruppe. Hierzu wurden 64 Personen mit Hilfe eines speziellen Fragebogens zu ihrer aktuellen Lebenssituation und zu ihren Wünschen für die Zukunft in den Lebensbereichen

Wohnen, Tagesstruktur (Arbeit bzw. Schule) und Freizeit befragt. Die Evaluation dieser Befragung ergab, dass der Wunsch nach selbstbestimmtem Leben außerhalb von „Sonder-Institutionen“ besteht. Beispielsweise wurde vielfach der Wunsch:

- nach einer ambulant betreuten Wohnform oder einer gemieteten Wohnung,
- nach einer Tätigkeit außerhalb einer Werkstatt für behinderte Menschen (auch als Außenarbeitsplatz),
- nach mehr nach außen gerichteten Freizeitaktivitäten,
- mehr sozialen Kontakten sowie
- nach einem Mofa und Auto und dem damit verbundenen Führerschein geäußert.

Der Unterschied der zwei Zielgruppen zeigte sich im Gewöhnungs- und Hospitalisierungseffekt bei der Nutzung von institutionalisierten Dienstleistungen der Behindertenhilfe. Deutlich wurde die Notwendigkeit, möglichst frühzeitig mit einer entsprechenden Lebensplanung zu beginnen und die jungen Menschen in der Realisierung ihrer Wünsche zu unterstützen.

3.3 Projektmodule

Als Ergebnis der Befragungen wurden im nächsten Schritt verschiedene Angebote wie zum Beispiel

- Trainingswohnen, Kochkurse, Discobesuche

geplant und umgesetzt. Ebenso wurde in der Projektgruppe ein „Qualipass“ für die Teilnehmer aller Angebote entwickelt. In diesem „Qualipass“ werden die vorhandenen und erlernten Kompetenzen festgehalten. Er soll als Qualifikationsnachweis und zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Teilnehmer beitragen. Die Idee entstammt der Jugendstiftung Baden-Württemberg²⁵.

3.3.1 Trainingswohnen

Von vielen Angehörigen und Teilnehmern gewünscht und auch von Seiten der wissenschaftlichen Begleitung als wichtiger präventiver Projektbestandteil benannt, wurde durch die Projektgruppe das Trainingswohnen geplant.

Das Landratsamt mietete im Stadtgebiet eine geeignete Ferienwohnung wochenweise an, in der bis zu vier Personen mit Unterstützung und Nachtbereitschaft jeweils eine Woche gemeinsam „Wohnen üben“ konnten. Wichtig war, dass die Woche Trainingswohnen während der regulären Tagesstruktur (Schule/WfbM) stattfand, um einen möglichst realen Alltag darzustellen.

Das erste Trainingswohnen mit Werkstatt-Beschäftigten der OWB fand im Juni 2014 statt. Es wurde filmisch dokumentiert, damit auch weitere „Interessenten“ einen Eindruck über das Angebot gewinnen konnten. Für die Werkstatt-Beschäftigte wurde insgesamt 4-mal Trainingswohnen angeboten.

²⁵ Der Qualipass soll Praxiserfahrungen und Kompetenzgewinne festhalten, welche auf unterschiedliche Art und Weise erworben wurden. Er dokumentiert Bildungsbiographien und ist ein wichtiges Instrument zur Berufsorientierung. Betriebe und Vereine nutzen ihn zur Dokumentation von Praktika und Engagement und als Ausdruck ihrer Wertschätzung für das Geleistete.



Einige Werkstatt-Beschäftigte der OWB waren trotz ihres hohen Unterstützungsbedarfs schon vor dem Projekt daran interessiert, selbständig zu leben. Beim Trainingswohnen konnte beobachtet werden, was die einzelnen Teilnehmer tatsächlich für Fähigkeiten haben oder wo und wieviel Unterstützung sie noch benötigen. Dadurch konnten die interessierten Werkstatt-Beschäftigten und deren Angehörige ihre eigenen Erfahrungen machen. Im Nachgang der Woche Trainingswohnen konnten sie sich besser vorstellen, was es heißt, ambulant betreut zu wohnen.

Insgesamt sieben Personen haben nach dem Trainingswohnen den Entschluss gefasst, dass diese Wohnform die richtige für sie ist. Ein Teilnehmer sagte: „Jetzt weiß ich, dass ich das kann, ich will später, wenn ich arbeite, ausziehen“. Vier der Werkstatt-Beschäftigten der OWB zogen bereits im Juli 2015 in die im Landkreis Ravensburg angebotene Wohnform des ABW Plus (ein ambulant betreutes Wohnen für Menschen mit höherem Hilfebedarf), betreut durch die OWB. Auch die anderen Teilnehmer konnten mit Hilfe des Trainingswohnens ihre Vorstellungen präzisieren. Zum Beispiel war nach der Teilnahme am Trainingswohnen für einen jungen Mann klar, dass er noch länger zu Hause bei den Eltern leben möchte. Eine Mutter sagte, nachdem sie den Film vom Trainingswohnen gesehen hatte, dass sie sich für ihre Tochter ein Betreutes Wohnen in einer Gastfamilie wünscht.

Im Juli 2014 nahmen vier Entlassschüler der Martinusschule am Trainingswohnen teil, das von den Schülern und den Eltern sehr positiv aufgenommen wurde. Weitere vier Einheiten Trainingswohnen für Schüler wurden im November 2014, im Juni 2015, im Oktober 2015 und im Dezember 2015 angeboten. Eine Herausforderung während des Trainingswohnens war es, den Schülern den ernsthaften Charakter zu verdeutlichen und ihnen zu vermitteln, dass es sich nicht um einen Schullandheimaufenthalt handelte.

Während die Schüler sehr schnell vom Trainingswohnen zu begeistern waren, blieben die Eltern oft skeptischer und benötigten den direkten Besuch in der Wohnung am letzten Tag, um sich ein späteres Loslassen der Kinder auch vorstellen zu können. Personell wurde das Trainingswohnen neben einem Lehrer durch die OWB begleitet, da ein solches Projekt neben dem bzw. im regulären Schultag nicht durchführbar war.

3.3.2 Freizeit

In der ersten Befragung durch IfaS wurde deutlich, dass die Freizeitsituation der befragten Personen vielfältig ist. Die Befragten, hier vor allem die Beschäftigten der OWB, wollen ihre Freizeit vor allem dazu nutzen, um soziale Kontakte erschließen und pflegen zu können, auch wurden Aktivitäten mit „Außenbezug“ gewünscht. Eine überwältigende Mehrheit wünschte sich zudem in ihrer Freizeit aktive Beschäftigungsmöglichkeiten („etwas zu tun haben“), um Langeweile vorzubeugen. Momente der Langeweile wurden dabei weniger bei Schülern benannt. Stattdessen schien es eher ein Phänomen der Beschäftigten der OWB zu sein. Manche Befragte wünschten sich Freizeitangebote im Kurzformat, wie z. B. Kurse zur Aneignung von Haushaltskompetenzen (Kochen/Backen), zur Erlangung des Führerscheins und zum Tanzen. Ausschließlich Schüler wünschten sich auch eine Vereinstätigkeit.

Die Wünsche und Anregungen griff die Projektgruppe auf und es wurden folgende Angebote für beide Gruppen entwickelt:

Kochkurs:

Von Seiten der OWB wurde ein Kochkurs mit zehn Einheiten für insgesamt fünf Personen angeboten. Er fand direkt im Anschluss an die Arbeit statt. Erkenntnis war, dass viele der Teilnehmer nach der Arbeit erschöpft waren. Ein weiterer Kurs mit vier Einheiten wurde in Folge dessen auf das Wochenende verlegt. Insgesamt haben acht Frauen und ein Mann aus der OWB-Werkstatt teilgenommen. Jeder Teilnehmer erhielt neben dem „Qualipass“ zum Abschluss ein Kochbuch.

Disco/Kino:

In der Schule war das erste Vorhaben zum Thema Freizeit gemeinsame Discobesuche, die allerdings an der fehlenden Volljährigkeit der Schüler scheiterten. Auf sehr großen Zuspruch stießen die regelmäßigen Kinobesuche, jeweils an einem Freitagnachmittag im Turnus von drei bis vier Wochen. Dabei wurden die Schüler von einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin der OWB begleitet und fast die Hälfte aller Schüler der Zielgruppe nahm an diesem Angebot teil.

Die OWB bot ihren Werkstatt-Beschäftigten monatlich einen begleiteten Kinobesuch an, der ebenfalls auf großes Interesse stieß.

Viele derer, die an den Freizeitangeboten teilgenommen haben, taten dies zum ersten Mal in ihrem Leben. Neben den neuen Erfahrungen, die sie machten, erlebten sie auch, dass ihre Wünsche nach Selbstständigkeit mit Unterstützung verwirklicht werden können.

Während des ganzen Projektes wurde ein eigens erstellter Fragebogen von den Eltern der Teilnehmer der Angebote ausgefüllt. Dabei ging es um den Zugang zum Angebot, den Nutzen, die Zufriedenheit und Verbesserungsvorschläge. Durch die wissenschaftliche Begleitung wurde der Fragebogen ausgewertet, um die Nachhaltigkeit der Erkenntnisse zu sichern. (Vgl. dazu den Bericht der wissenschaftlichen Begleitung).

3.3.3 Persönliche Zukunftsplanung

Eine weitere Erkenntnis der Befragung war, dass es notwendig ist, frühzeitig mit der Lebensplanung zu beginnen. Vor diesem Hintergrund wurde durch das Landratsamt ein Vortrag zum Thema „Persönliche Zukunftsplanung“ organisiert. Im Anschluss an diesen Vortrag wurde mit zwei Personen an je einem Tag im Rahmen eines Workshops eine „Persönliche Zukunftsplanung“ durchgeführt. Bei der „Persönlichen Zukunftsplanung“ werden gemeinsam mit dem Menschen mit Behinderung und seinem Unterstützerkreis Veränderungen im Leben geplant und Unterstützungen bei diesen Veränderungen organisiert.

Von Seiten der Schule wurde die Idee einer „Persönlichen Zukunftsplanung“ als Erweiterung und Ausbau der bisherigen Berufswegeplanung im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Berufswegekonferenzen sehr begrüßt.

Der durchgeführte Workshop wurde widersprüchlich erlebt, da er methodische Schwächen hatte, aber viele Familienmitglieder den Workshoptag als sehr stärkend empfanden.



Von Seiten der OWB wurde die Methode der „Persönlichen Zukunftsplanung“ grundsätzlich sehr positiv wahrgenommen, die Umsetzung im Rahmen des Workshops wurde jedoch kritisch hinterfragt.

3.3.4 Sozialraumanalyse

Des Weiteren wurde eine Sozialraumanalyse durchgeführt mit dem Ziel, einen „Inklusionsatlas“ für den Sozialraum „Stadt Ravensburg“ zu erstellen. Hierbei sollten Kenntnisse über bestehende, inklusive Angebote (für Menschen mit Behinderung) bzw. das Fehlen solcher erlangt werden. Insgesamt wurden durch das Landratsamt 321 Fragebögen verschickt und mit zehn Multiplikatoren der Stadt Ravensburg kommuniziert.

Ein positiver Nebeneffekt der Befragung war, dass ein ortsansässiger Verein Kontakt mit den Projektteilnehmern aufnahm mit dem Vorschlag, künftig Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung anzubieten.

Um inhaltlich tiefer in die Fragestellung – Inklusion im Sozialraum Stadt Ravensburg – einsteigen zu können, wurden in einem weiteren Baustein des Projektes, elf ausgewählte Schlüsselpersonen von örtlichen Vereinen und Verbänden durch das Landratsamt im Rahmen eines standardisierten Interviews zu ihren Erfahrungen mit Menschen mit Behinderung in ihren Vereinen/Verbänden befragt. Des Weiteren wurden sie zu ihrer persönlichen Einschätzung zum Thema Inklusion und wie in ihren Vereinen/Verbänden Hürden ab- und Angebote ausgebaut könnten, interviewt.

(Vgl. dazu den Bericht der wissenschaftlichen Begleitung).

3.3.5 Intensivfallstudie

In der letzten Phase des Projektes wurden unter anderem im Rahmen einer Intensivfallstudie fünf Teilnehmer, deren Angehörige, Lehrer beziehungsweise Werkstattgruppenleiter zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu ihrem persönlichen Nutzen des Projektes befragt. Die Auswahl der Teilnehmer versuchte ein möglichst breites Spektrum von Nutzern darzustellen (Trainingswohnen + Kochkurs + Persönliche Zukunftsplanung oder keine Teilnahme an Angeboten).

(Vgl. dazu den Bericht der wissenschaftlichen Begleitung).

4. Fazit

In einem abschließenden Workshop wurden die Erfahrungen und Ergebnisse des Projektes ausgewertet.

Ein konkreter Erfolg des Projektes war, dass bereits während der Projektlaufzeit vier Teilnehmer mit umfangreichem Unterstützungsbedarf aus der WfbM der OWB in eine **ambulante Wohnform (ABW Plus)** wechselten und auch zum jetzigen Zeitpunkt noch in dieser Betreuungsform leben.

Gemeinsame Erkenntnis war, dass es wünschenswert wäre, das Angebot **Trainingswohnen** künftig als Angebot für Einrichtungen und Schulen zu etablieren. Mit Hilfe des Trainingswohnens kann „Wohnen“ geübt werden und dadurch mit einem konkreten Einstieg zur Überlegung in „Wohnen außerhalb der Familie“ begonnen werden. Auch Eltern konnten durch dieses Angebot Perspektiven für ihre Kinder entwickeln.

Für die Schule war ein bedeutender Aspekt für die Fortführung des Trainingswohnens die Erweiterung des schulischen Angebotes (Wissensvermittlung bzgl. Wohnformen), sowie die Möglichkeit für die Schüler ihre eigenen Kompetenzen kennenzulernen.

Da der Begriff Trainingswohnen als Leistungstyp I.6 bereits definiert ist, wurde nach einer anderen Begrifflichkeit gesucht. Der Vorschlag war künftig nur noch „Schnupperwohnen“ als Begrifflichkeit zu verwenden.

Im Ergebnis sollte sich das Angebot weiterhin an Personen richten, die zu Hause leben, das **„Schnupperwohnen“** sollte innerhalb einer Gruppe stattfinden, einen „normalen“ Alltag (Schule/ Werkstatt) ermöglichen und über einen begrenzten Zeitraum gehen. Einig waren sich alle Beteiligten, dass es hier zu keinem Einkommens- und Vermögenseinsatz der Nutzer kommen sollte.

In Bezug auf die **Freizeitangebote** war eine Erkenntnis des Projektes, dass inklusive Angebote selten genutzt werden. Hier könnte der Landkreis auf den Ergebnissen der Sozialraumanalyse weiter aufbauen. Die Projektpartner haben signalisiert, dass sie aufgrund der großen Nachfrage die Freizeitangebote fortführen werden.

Innerhalb der Verwaltung des Landkreises wurden die Erkenntnisse des Projektes gemeinsam mit der **Sozialplanung** ausgewertet und geprüft, wie dem präventiven Ansatz weiter Rechnung getragen werden kann und welche Aspekte des Projekts in die reguläre Versorgungslandschaft für alle Personenkreise übernommen werden können. Hierfür bedarf es allerdings weiterer Beratungen in den Gremien des Landkreises.

145

Aus Sicht der Verwaltung war das Projekt insgesamt sehr erfolgreich, es hat zahlreiche Ansatzpunkte im Rahmen eines präventiven Ansatzes für Fallmanagement gebracht und Erkenntnisse dahingehend geliefert, was notwendig ist, um frühzeitig und rechtzeitig in eine personenzentrierte Planung einzusteigen und gleichzeitig möglicherweise Kosten einzusparen. Die Landkreisverwaltung wurde in ihrer Konzeption zum Fallmanagement dahingehend bestätigt, dass nur der frühzeitige Ansatz des Fallmanagements die Option bietet, vom bisherigen Reagieren hin zum **Agieren** zu kommen.

5. Perspektiven

Zukunfts- /Lebenswegeplanung

Im Rahmen des Projekts wurde aus den bisher gezogenen Erkenntnissen die Idee geboren, im Sinne eines frühzeitigen präventiven Ansatzes des Fallmanagements die Stelle eines Lebenswegeplaners zu installieren. Dieser Lebenswegeplaner soll erster Ansprechpartner für Menschen mit Behinderung und Angehörige sein, wenn es darum geht, zukünftige Wohnformen und notwendige Schritte in ein selbständiges Leben zu planen.

Deshalb entstand die Idee, den Lebenswegeplaner im Rahmen der stattfindenden Berufswegekonferenzen (BWK) an der öffentlichen Sonderschule G neben der Eingliederungshilfe und den anderen Rehabilitationsträgern zu installieren.



Der Lebenswegeplaner soll im Zuge der Berufswegekonferenz mit den Schülern und deren Angehörigen in Kontakt treten, diese kennenlernen und im Anschluss an die Konferenz, wenn weitere Beratung gewünscht bzw. gewollt ist, erste Gespräche führen und dann weitere Schritte in Richtung Verselbstständigung mit den einzelnen Schülern, deren Angehörigen und Bezugspersonen planen.

Dabei sollen Methoden (z. B. Persönliche Zukunftsplanung) ausprobiert werden, um diese im Anschluss im System zu etablieren. Da in den WfbM's schon seit Jahren planerisch beraten wird, soll die vorgesehene Lebenswegeplanung eine „Brückenfunktion“ haben und bereits in der Schule beginnen. Aus Sicht aller Beteiligten wäre dies der richtige Zeitpunkt.

Aus Sicht der Schule wäre dieses Projekt ein neuer Ansatz und die Möglichkeit die Berufswegeplanung inhaltlich zu erweitern. Auch würde dieses Angebot zur Qualitätssteigerung und Standort-sicherung der Schule beitragen.

Hier ist zu prüfen, ob mit dem KVJS und einer wissenschaftlichen Begleitung ein neues Projekt beantragt werden kann.

Schnupperwohnen:

Es wird seitens der Landkreisverwaltung geprüft, ob aus den eingesparten Mitteln während der Projektphase nun im Jahr 2016 das Angebot des Schnupperwohnens weiterhin aufrechterhalten werden kann. Weitere Details werden in den Gremien des Landkreises beraten.



Juni 2016

Herausgeber:

**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg
Dezernat Soziales**

Verantwortlich:

KVJS-Dezernat Soziales

Christine Blankenfeld

Michael Heck

Bettina Süßmilch

Autoren:

Für die Stadt- und Landkreise:

Andrea Meixner, Stadt Heidelberg

Elvira Rau, Landratsamt Ravensburg

Jan Peter, Landeshauptstadt Stuttgart

147

Für das IfaS:

Projektleitung:

Prof. Dr. Paul-Stefan Roß,

Prof. Dr. Thomas Meyer

Wissenschaftliche Mitarbeit:

Martina Bell

Christina Kieslinger

Gestaltung:

Silvia Kurucic

Lindenspürstraße 39

70176 Stuttgart

info@kvjs.de

www.kvjs.de

Kontakt/Bestellung:

Silvia Kiraly

Telefon 0711 6375-237

Telefax 0711 6375-735

Silvia.Kiraly@kvjs.de



KVJS

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Postanschrift

Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausadresse

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart (West)

Tel. 0711 63 75-0
www.kvjs.de